Heft 11 November 1988 6,– DM

C 4163 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Was will die Radikale Linke?
- Sachsen, Letten, Moskowiter
- National-Sozialdemokratismus
- Streicht die Schweiz den Zapfen?
- Hitler als Comicer
- Modell Kreuzberg
- Damen und Herren

in konkret November 1989

Von Konkret

An Konkret

Vorschlag zur Güte von Hermann L. Gremliza
An die Mitglieder des Politbüros der SED

»A whimper or a bang« von Uwe Klußmann
Wenn die unten nicht mehr wollen und die oben nicht mehr können, kommt es zur Revolution. Kommt es, wenn die unten sowenig wie die oben wissen, was sie wollen könnten, zur Reform? Der evangelische Oppositionspräsident Stolpe verlangt freie Wahlen und Knast für Schwule, der SED-Ideologe Hager bietet an, den ersten Arbeiter- und Bauernstaat nun doch neu zu tapezieren. Es geht oben drunter und unten drüber, drüben, in der DDR

Anpasser oder Schlimmeres? von Klaus Höpcke
In seinem Beitrag über »Höpckes Comeback und Kants schwierigen Aufenthalt« hat Hajo Steinert in der »Zeit« vom 15. September 1909 den Roman »Der Aufenthalt« des DDR-Schriftstellers Hermann Kant in einer Weise abgetan, die den stellvertretenden Kulturminister der DDR, Klaus Höpcke, zu einer Antwort veranlaßte. Deren Abdruck hat die Feuilleton-Redaktion des Blattes mit der Begründung abgelehnt, sie handele nur von Nebensächlichem. Sie erscheint daher in KONKRET

Oder islamisch von Georg Fülberth

Gordisch National von Oliver Tolmein; Djars Skudra
Ökologisches Engagement und Angst vor »Überfremdung«, nationale Überheblichkeit und Sehnsucht nach den alten Zeiten bilden in den baltischen Sowjetrepubliken eine brisante Mischung. Der Nationalitätenkonflikt, in dem die Kommunistische Partei die Initiative verloren hat, ist aber auch ein Kampf um Perestrojka und gegen die Folgen stalinistischer Politik

»Das ist das Unerwartete« von Alexander Jakowlew
Am Rande eines Atomenergie-Seminars, das als Gemeinschaftsveranstaltung der GRÜNEN und der KPdSU im September in Moskau stattfand, sprachen Jutta Ditfurth, ehemalige Sprecherin im Bundesvorstand der Partei, Ralf Fücks, Sprecher im Bundesvorstand, Manfred Zieran, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft, und andere mit Alexander Jakowlew, Mitglied im Politbüro der KPdSU und Gorbatschow-Berater, über Probleme der »Umgestaltung« in der Sowjetunion Nationalitätenkonflikt, Wirtschaftskrise und die Bereitschaft der sowjetischen Führung, sich den Institutionen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems anzuschließen

Etwas andere Großmacht von Charlotte Wiedemann; Bruno Feige
Während bei den Konservativen noch darüber gestritten wird, wie lautstark die Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 gefordert werden soll, haben sich die bundesdeutschen Sozialdemokraten schon ans Werk gemacht. Sie konzipieren die etwas andere Großmacht Deutschland modern und effizient: des Revanchismus unverdächtig und doch der wesentliche Profiteur der Erosion des »Ostblocks«. Von der »Selbstbehauptung Europas« wird geredet, Deutschland, Deutschland über alles ist gemeint

Schollentreue von Pit Wuhrer
»Die Schweiz hat keine Armee, die Schweiz ist eine Armee« – mit solchen Sprüchen ziehen derzeit konservative Knalltüten durch das Alpenland. In der Tat: Die

Schweizer Armee ist mit keiner anderen in Westeuropa zu vergleichen. Nun steht ihr die größte Schlacht bevor, die sie in diesem Jahrhundert zu schlagen hat. Ende November stimmt das wehrhafte Volk über eine Initiative ab, die die Armee abschaffen will

»Wir wollen die Kraft der Negation sein« von Dokument "Radikale Linke"

Wenn Bürgerblätter und Talkshowmaster von den bundesdeutschen »Linken« sprechen, meinen sie die bei den Grünen oder in der SPD tätigen Reformer, die an einer Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft mitwirken wollen. Daß die Gleichsetzung von »links« und staatsloyal so glatt gelingt, ist auch die Schuld jener antikapitalistischen Gruppierungen, die sich in ihr Vereinsleben zurückgezogen haben und einer auch selbstkritischen Diskussion mit anderen Strömungen ausgewichen sind. Das soll anders werden. Im Mai 1990 wollen sich radikale Linke aus der BRD und Westberlin zu einem ersten bundesweiten Kongreß treffen. Zuvor schon hat sich ein Kreis »Radikale Linke« bei zwei Wochenendtreffen in Hamburg und Frankfurt auf den »Entwurf einer politischen Grundlage« verständigt, dessen Erstfassung von einer zehnköpfigen Redaktionsgruppe bearbeitet wurde. Der hier dokumentierte Text lag dem dritten Treffen des Kreises »Radikale Linke« in Frankfurt am 14./15. Oktober vor

Nachgerade kosmisch von Erica Fischer

Bicentenaire au féminin: Ist der Mann fähig, gerecht zu sein? Unter dem Motto »Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht – 200 Jahre Aufklärung – 200 Jahre Französische Revolution« debattierten Anfang Oktober in Frankfurt 2000 Frauen über Freiheit, Gleichheit, Differenz und den falschen Universalismus der Menschenrechtserklärung

Wenn's gut tut von Martin Fischer

Was bewegt die bewegten Männer? Männergewalt, »Gewalt-Arbeit«, Staatsknete oder gar Unterdrückung?

Rassismus und »Rationalität« von Ulrich Herbert

Anmerkungen zu den Thesen von Susanne Heim und Götz Aly zur »Ökonomie der 'Endlösung'« (KONKRET 10/89)

Hitler im Comic-Strip»Ein Maximum an Wirkung« von Jan Philipp Reemtsma

Auf zwei Bitten, den von der bürgerlichen Presse angepriesenen zweibändigen »Hitler-Comic« des Hamburger Carlsen-Verlags zu rezensieren, erhielt KONKRET anderthalb Körbe: einen von Jan Philipp Reemtsma, der dieses »in jeder Beziehung miserable Erzeugnis der papierschändenden Industrie« nicht durchlesen wollte, einen halben von dem Hamburger Maler Christoph Krämer, dem die Durchsicht dieses Schunds »selbst die Lust am Besserwissen vertrieb«. Sie lesen die Absagen:

Hitler im Comic-StripVon Mäusen und Machern von Christoph Krämer

Auf zwei Bitten, den von der bürgerlichen Presse angepriesenen zweibändigen »Hitler-Comic« des Hamburger Carlsen-Verlags zu rezensieren, erhielt KONKRET anderthalb Körbe: einen von Jan Philipp Reemtsma, der dieses »in jeder Beziehung miserable Erzeugnis der papierschändenden Industrie« nicht durchlesen wollte, einen halben von dem Hamburger Maler Christoph Krämer, dem die Durchsicht dieses Schunds »selbst die Lust am Besserwissen vertrieb«. Sie lesen die Absagen:

Buch des Monats - Militante Frauen von Oliver Tolmein

Ingrid Strobl: »Sag nie, du gehst den letzten Weg«. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besetzung, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1989, 351 Seiten, 16.80 Mark

Modell Kreuzberg von Michael Wildenhain

Ein halbes Jahr nach dem Ausbruch der "Hölle von Kreuzberg" ein ruhiger Blick auf die erkalteten Schlacken: auf die Wunder der staatlichen Sozialtherapie, auf die

neuen Mittelschichten und die autonomen Kämpfer in ihren selbstbestimmten Kisten

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Platte des Monats: Die Aufgabe der Rockmusik ist es mitunter, geschundene Begriffe zu retten von Diedrich Diederichsen
Neil Young: »Freedom«; Reprise/WEA

Oh, toll, Klasse, da freuen wir uns aber! von Georg Heinzen
In der Hoffnung, durch das Fernsehen endlich lebendig zu werden, geben die Gäste der Rudi Carrell-Show bereitwillig alles her: ihre Geschichte, ihre Gefühle, ihr Leben

After-Klatsch zum 15. Jahrestag von Sybill Gräfin Schwerin-Knosprigck, Horst Tomayer
15 Jahre KONKRET. Dieses die linksradikale Weltpublizistik zu Waschkörben (ja, Waschkörben!) frenetischer Glückwunsch- und Solidaritätstelegramme anstiftende Jubiläum galt es am 26. September in einem Hamburger Kabarett-Café mit Blatt-spezifischem Aplomb, also mit Lokalverbot für alles Gesindel rechts von der Revolution, zügig abzufeiern. Der Verleger Hermann L. Gremliza persönlich leitete die durch freien Verzehr von Schnittchen und Schlückchen aufgelockerte Zeremonie mit erschütternden Ausführungen zum Elend der zeitgenössischen Literatur ein. Danach entwarf Horst von Tomayer in bewegenden Worten die Vision einer abenteuerlicheren Gründung der Zeitschrift, nämlich in den Trümmertagen des Jahres 45. Schließlich gab Ernst Kahl zur ungeteilten Erheiterung der Gästeschar an der Guitarre Proben seines virtuosen Könnens. Bis Mitternacht spannte man bei einem guten Tropfen von den Strapazen der Gebirge aus, dann rief die Glocke zum Aufbruch, warteten doch am nächsten Morgen in aller Herrgottsfrüh schon wieder die Mühen der Ebenen.

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 11/89, S. 4

Von Konkret

Im beigehefteten Innenteil, auf dem Platz der Streitgespräche, dokumentiert KONKRET diesmal ein Papier, das Streitgespräche erst provozieren will: »Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis 'Radikale Linke'« heißt es, wurde im Auftrag dieses Kreises von Thomas Ebermann und Rainer Trampert verfaßt, an einem Wochenende in Frankfurt diskutiert, von einer Redaktionsgruppe bearbeitet, bei einem weiteren Treffen in Frankfurt am 14. und 15. Oktober erneut diskutiert und kritisiert. Nun soll es in der hier abgedruckten Form, erweitert um kritische Einwände zu Details und zum Prinzip, Teil eines Readers zur Vorbereitung eines bundesweiten Kongresses der radikalen Linken im Mai 1990 werden.

Was es mit dem Kreis »Radikale Linke« auf sich hat, wurde der interessierten Öffentlichkeit bereits durch zwei im Tenor identische Berichte vermittelt: in der »Tageszeitung« und in der »Bildzeitung«. Es genügt deshalb, die etwas griffigere zu zitieren:

GALier Ebermann gründete »Radikale Linke«

Von Georg Dornhof

Hamburgs Ex-Bürgerschafts- und Ex-Bundestagsabgeordneter Thomas Ebermann (38) will seine Abende nicht nur auf der Trabrennbahn in Bahrenfeld und in Szenekneipen im Schanzenviertel verbringen – der Oldtimer der Grünen möchte wieder Politik machen. Er gründete die »Radikale Linke«.

Jetzt stellte Ebermann im Kaifu-Gymnasium seine neue »Sekte« vor. Sie will mit Parlamenten nichts mehr zu tun haben. Bündnisse mit der SPD nennt er rot-grüne Besoffenheit. Ebermann: »Ich will nicht massenfreundlich sein. Wer die Mehrheit hat, hat die falsche Politik.«

Thomas Ebermann, der auch durch Prügeleien im Ratsweinkeller und Beleidigung von Polizisten in Kneipen von sich reden machte, ist noch Mitglied der GAL. Er will sich seinen Parteiaustritt für einen »historischen Moment« aufsparen. Neben Mitgliedern der autonomen Gruppen und Ex-Kommunisten mischt auch der Herausgeber der linken Sex-Postille KONKRET Hermann Gremliza bei der »Radikalen Linken« mit.

Ein Reisebericht, sagt Tucholsky, gibt oft ein erstaunlich gutes Bild von dem Reisenden, oder: Wie Herr Dornhof, der die eine Hand nie frei hatte, wenn er KONKRET in die andere nahm, und deshalb ab 1973 nach Vorlagen aus dem eigenen Konzern greifen mußte, sich die Unterwelt vorstellt. KONKRET ist eine »Sex-Postille« und Ebermann »gründet« eine »Sekte«. Scherz beiseite: KONKRET wird die Initiative »Radikale Linke« kritisch verfolgen, einige seiner Autorinnen, Autoren und Redakteure werden sich an ihren Diskussionen beteiligen. Ein Parteiblatt ist KONKRET nie gewesen und soll es auch nie werden.

In KONKRET 10/89 haben Gabi Gottwald und Ralf Leonhard berichtet, wie die USA und bundesdeutsche Parteistiftungen über verdeckte und offene Kanäle den Wahlkampf der nicaraguanischen Rechten mit Millionenbeträgen unterstützen. Inzwischen hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden, das der sandinistischen FSLN helfen will, dieser finanziellen Intervention zu begegnen. Die Kampagne heißt: *Farbe bekennen – Den Wahlkampf der Sandinisten in Nicaragua unterstützen!* Es wurden zwei Spendenkonten eingerichtet: Infobüro Nicaragua e.V., Konto-Nr. 962001 bei der Stadtsparkasse Wuppertal, Bankleitzahl 330 500 00; Die Grünen/ Spendenkonto für Nicaragua, Postgiroamt Köln, Konto-Nr. 284 532 505, Bankleitzahl 370 100 50.

Zum 1 040 Geburtstag der BRD veranstaltet der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg in diesen Wochen eine Aufführung, die dem Anlaß eine Ehre macht, die Treue heißt: Mit Polizeigewalt ließ der sozialdemokratische Innensenator hundertfünfzig Roma vom Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme vertreiben, wohin sie sich aus Furcht vor ihrer Ausweisung geflüchtet hatten. Der Vorgang ist so widerwärtig, die Tat so offenkundig skandalös, daß KONKRET die Alarmierung der Öffentlichkeit in diesem Fall dem Restanstand der Bürgerpresse überlassen zu können glaubte. Ein Fehler. (Sie hat ihn nicht.) Deshalb wenigstens hier ein Auszug aus der Erklärung der Rom & Cinti Union:

Zahlreiche Organisationen, darunter Verbände von Verfolgten und Opfern des NS-Regimes, betonten in den letzten Tagen ihre Solidarität mit den abschiebebedrohten Roma und ihre Empörung über den Polizeieinsatz auf dem KZ-Gelände in Neuengamme. Mit dem Einsatz der Gewalt am Ort des Gedenkens und der Mahnung ist nun die Hemmschwelle für den Bruch mit der geschichtlichen Verantwortung überschritten worden.

Um die Tragweite dieses Einsatzes deutlich zu machen, werden Opfer und Verfolgte des NS-Regimes zusammen mit den überlebenden und von der Abschiebung bedrohten Roma am 9. November 1989, zum Gedenken an die Reichspogromnacht, gemeinsam nach Neuengamme marschieren, um das Klinkerwerk des ehemaligen Konzentrationslagers zu besetzen und um

damit zu demonstrieren, daß über das »Hausrecht« der Opferstätten des NS-Terrors einzig und allein die Opfer und Überlebenden verfügen.

Die heute sozialdemokratisch geführte Hamburger Polizei wird zeigen müssen, ob sie an diesem Tag auf dem Gelände eines ehemaligen KZs die Knüppel schwingen will, als Rechtsnachfolgerin.

konkret 11/89, S. 6

An Konkret

Die Wahrheit

KONKRET 10/89 »Tanz der Derwische« von Wolfgang Schneider

Sehr geehrter Herr Gremliza

Ihr Redakteur, Herr Wolfgang Schneider, hat im Oktober-Heft KONKRET auf den Seiten 76ff die »Spiegel«-Veröffentlichung über Hitler, ich kann nicht sagen »besprochen«, es muß wohl heißen »her-gerichtet«. Unsinn zu schreiben ist jedermanns Recht, und KONKRET macht von diesem Recht ja auch immer den verfassungsmäßigen Gebrauch.

Ich erinnere in diesem Jahr lieber, weil auch für unsere Zeit bedeutsamer, an den 100. Geburtstag von Carl von Ossietzky. Er würde beim Lesen Ihres Artikels wohl Trauer anlegen. Denn Schärfe ist die Pflicht, Verkehrung die Todsünde des Redakteurs. Den Satz, den Herr Schneider auf S. 77 als Aberwitz bezeichnet, hatte ich wortwörtlich auf der Begrüßung für die Internationale Psychoanalytische Vereinigung gesprochen, die 1986(?)nach 1932zumerstenMalwieder auf deutschem Boden tagte. Über die Reaktion auf diese Rede in Hamburg könnten Teilnehmer besser berichten als ich selbst. Ich glaube allerdings, daß ich für Begrüßungsworte in meinem langen Leben (als Politiker) noch nie einen solchen Beifall erhielt. Die Rede wurde mit diesem Satz (ich meine fast: auch wegen dieses Satzes) im internationalen psychoanalytischen Fachblatt abgedruckt, was, wie man mir sagte (ich kann es nicht beurteilen), noch nie für einen nicht psychoanalytischen Beitrag und schon garnie für eine Politiker-Rede erfolgte. Man sagte und schrieb mir, diese Rede habe den Weg des Kongresses entscheidend bestimmt.

Ich schreibe das nicht, um mich zu verteidigen, sondern um Sie zu bitten, im Jahre des 100. Geburtstags von Carl von Ossietzky, wenigstens in diesem Jahr und ausnahmsweise, sich weniger um die Auflage als um die Wahrheit in Ihrer Zeitung zu kümmern. Auflagen schinden durch Lesergefälligkeiten ist nämlich kein kritischer Journalismus. Klaus von Dohnanyi Hamburg

Wolfgang Schneider hatte aus Dohnanyis Beitrag zum »Hitler-Special« des »Spiegel« u.a. die Sätze zitiert: »Auf dem Weg in die Zukunft ist der ständige Blick in den Rückspiegel gefährlich. . . In Hitlers Schatten können wir weder klar sehen, noch entschlossen handeln. . . Hitler, seine Erfolge und Verbrechen, haben uns heute politisch nichts mehr zu sagen. . . Wenn wir ganz unbefangen sagen werden: So wie Goethe unser Goethe, wie Bach unser Bach, so war auch Hitler 'unser' Hitler, denn er war Deutschlands gewählter Führer. Erst dann haben wir uns von ihm befreit.« Für solch dümmliches Geschwafel den posthumen Applaus Carl von Ossietzkys zu reklamieren, des schärfsten Kritikers der bereits vor 1933 dohnanyihaft-nationalduseligen SPD, ist ein fast noch stärkeres Stück als die Forderung des Beiträgers zum Führergeburtstag beim »Spiegel« an den KONKRET-Herausgeber, er solle sich weniger um die Auflage seines Blattes kümmern als um die Wahrheit. Die Wahrheit? Die über Dohnanyi hatte er schon im August 1987 in KONKRET (»Alfons und das Chaos«) lesergefällig herausgeschunden: »Er ist und bleibt ein Trottel.« – Red.

Das Fach als solches

KONKRET 9/89 »Hirnvolumen + Geburtskanal« von Regine Geraedts

Es ist bedauerlich, aber auch für einen Anthropologen nachfühlbar, wenn ein junger Mensch in Anbetracht der Schuld, die deutsche Anthropologen in der nationalsozialistischen Ära auf sich geladen haben, einen Haß gegen das Fach als solches entwickelt hat. Was Frau Regine Geraedts in Nr. 9/89 von KONKRET unter der Überschrift »Hirnvolumen + Geburtskanal« über die heutige Anthropologie und einige ihrer Repräsentanten schrieb, besitzt allerdings den Charakter einer bösartigen Verleumdung und kann nur einem ähnlichen Fanatismus wie dem der Nationalsozialisten, freilich mit umgekehrten ideologischen Vorzeichen, entsprungen sein. (...)

Es sei unmißverständlich klargestellt, daß zwischen Frau Geraedts und mir kein Dissens in der Ansicht besteht, daß deutsche Anthropologen im sogenannten Dritten Reich durch ideologische Unterstützung der Machthaber im allgemeinen und durch Rassengutachten im einzelnen Beihilfe zum Massenmord begangen haben. So steht es auch klar formuliert in dem von mir 1988 herausgegebenen Handbuch der Anthropologie. Daß aber heutige Anthropologen immer wieder dann, wenn sie Meßzirkel in die Hand nehmen, als Neofaschisten gebrandmarkt werden, nur weil im Rahmen der Erstellung solcher verhängnisvollen Rassengutachten diese Instrumente eingesetzt wurden, ist dasselbe, als wenn ein Arzt, der sich heute einer Spritze bedient, des Neofaschismus bezichtigt würde, nur weil im Dritten Reich von Ärzten mittels Spritzen sogenannte Euthanasie betrieben wurde.

Ich garantiere persönlich dafür, daß heute an keiner deutschen Universität ein Anthropologe im Amt ist, der rassistisches Gedankengut vertritt. Auch ich habe keineswegs die Schwarzen auf Grund ihrer Rassenzugehörigkeit als minderintelligent bezeichnet, wie mir dies Frau Geraedts nachsagt, sondern die in der Literatur anzutreffenden Argumente für rassische und ebenso die für soziale Ursachen von IQ-Testunterschieden referiert und mich selbst abschließend gegen eine graduelle Wertung der Intelligenz verschiedener Rassen ausgesprochen. (...)

Meinem eigenen geschlechteranthropologischen Arbeitsgebiet zufolge bin gerade ich es, dem Sexismus vorgeworfen wird. Die entsprechenden und z.T. geradezu amüsanten Passagen in den Ausführungen von Frau Geraedts gehen zwar an meiner eigentlichen Intention vorbei, kehren aber meine Meinung nicht in dem Maße um wie bezüglich des Rassismus. Ich bin in der Tat der Ansicht, daß die – wohlgemerkt: durchschnittlichen – Verhaltensunterschiede zwischen den Geschlechtern nicht allein erziehungsbedingt, sondern biologisch mitbedingt sind. Das Bemühen mancher Feministinnen, genauso sein zu wollen wie die Männer, kommt mir wie eine Bankrotterklärung der Emanzipationsbewegung vor. Es kommt doch nicht darauf an, vorgegebene Unterschiede zu ignorieren, sondern gegen die einseitig an männlichen Eigenschaften und Vorstellungen orientierte Festlegung von Wertmaßstäben zu kämpfen. (...)

Eine wirklich gefährliche Sache ist die Gentechnologie. (. . .) Nichts mit Gentechnologie zu tun hat die Erbberatung, zu der als segensreicher Einrichtung ich mich uneingeschränkt bekenne. Hier geht mir in der Tat jegliches Verständnis für die vor allem in einem anderen Beitrag in Heft 9/89 vorgebrachte Kritik ab. Ungeachtet dessen, daß Erbberatung vor allem die Zeugung genetisch belasteter Kinder zu verhindern vermag, drängt sich mir die Schlußfolgerung auf, daß eine Frau das Recht haben soll zu entscheiden, ob sie eine Frucht austrägt oder abtreibt – absurderweise nur dann nicht, wenn ein behindertes Kind daraus entsteht.

Wegen meiner hier dargelegten Ansichten bin ich noch lange kein Neonazi. Ich gebe zu, auch Fehler gemacht zu haben (wer macht keine?), vor allem darin, nicht genügend Prophylaxe gegen Fehldeutungen anthropologischer Aussagen betrieben zu haben. (...) Solche Versäumnisse, die ich in der anstehenden Überarbeitung meines Lehrbuchs wettzumachen beabsichtige, berechtigen aber nicht, mich in eine rechte Ecke zu stellen, der ich mich absolut nicht zugehörig fühle. (...)

Prof. Dr. Rainer Knußmann Geschäftsführender Direktor am Institut für Humanbiologie der Universität Hamburg

Werbegags

KONKRET 10/89: »Rache für H. von Kleist« von Matthias Altenburg

Was tun, wenn's nicht weitergeht? Nachdenken. Worüber? Über den Sinn des Lebens im allgemeinen und der Bewegung im besonderen. Ergebnis?

»Wer nicht gerne ißt, nicht gerne trinkt, nicht gerne bumst und wer dabei nicht zuerst an sich selber denkt, dem ist nicht zu trauen«.

Die »vorsichtig geschätzten« zwei Drittel der Weltbevölkerung werden ihre helle Freude daran haben, wie die bundesdeutsche Linke »die Schnauze aus dem Dreck« nimmt und sich endlich beim Fressen, Saufen und Ficken selbst wiederfindet und sich auch noch »weltoffen und stur« jener Leute entledigt, »die es nicht nötig hatten, bei uns zu sein«.

Und dann kann sich der von aller falschen Bescheidenheit geläuterte Linke wieder ganz zuhause fühlen in der KP, in der »die Künstler mit Krankenschwestern auskommen müssen«.

Nein, jedes Wort ist falsch, ob das vom »FCKW-freien Farbspray« (ein Werbegag der Chemieindustrie zur Vermarktung ihres um I Gift reduzierten Mülls; ein Quast mit Kalktünche klingt aber auch echt nicht so gut) oder das von den ersten Christen in den Höhlen (noch ein Werbegag und historisch genauso gelogen).

Die Sprache verrät ihn: der westdeutsche Linke aus dem akademischen Mittelstand in seinen eigenen Worten.

Josef Schwarz

Hagen

konkret 11/89, S. 8

Hermann L. Gremliza

Vorschlag zur Güte

An die Mitglieder des Politbüros der SED

Werte Genossen! Ein Beitrag des Zentralorgans Ihrer Partei (»Neues Deutschland« vom 5. Oktober 1989), der mir den Titel »besonnener BRD-Bürger« verleiht, ermutigt mich, Ihnen eine Anregung, die Zukunft Ihrer Partei und der von ihr regierten DDR betreffend, zu unterbreiten, die Sie an der Richtigkeit des ausgesprochenen Lobs zweifeln lassen könnte.

Auch wer das Geschick und die Anstrengungen nicht unterschätzt, die eine feindliche Umwelt entfaltet, um die Bevölkerung der DDR gegen Sie aufzuwiegeln, könnte nur mit Vorsatz noch übersehen, daß eine sehr große Zahl Ihrer Bürger ein Leben in Verhältnissen erstrebt, wie sie jenseits Ihrer Westgrenze üblich zu sein scheinen. Daß viele der Vorstellungen, die Ihre Bürger sich da machen, illusionär sind, werden sie sich von Ihnen nicht mehr erzählen lassen. Wie beim Wettkampf um die höchste Arbeitsproduktivität bleibt das kapitalistische System auch in der Werbung für die Produkte dem Ihren für immer überlegen; nur jene rigorose Ausbeutung der Arbeitskraft, die Ihnen Ihre Klassiker verbieten, erzeugt den immensen Reichtum, der dem Geschäft der *public relations* die allverblödende Dynamik verleiht, gegen welche Ihre Propaganda auch dann keine Chance hätte, wenn sie auf die Kraft der Wahrheit vertraute. Erwägungen, die in diese Richtung gehen, sollten Sie also vergessen.

Ähnliches gilt für Vorschläge, denen sich bereits einige Ihrer Genossen angeschlossen haben, die in der DDR geltenden Verhältnisse zu »reformieren«, sie als nichtkapitalistische zu bewahren und doch so umzugestalten, daß die Sehnsucht nach jenen anderen verschwindet. Auch dieser Versuch wäre verlorene Liebesmüh'. Ihre Gesellschaftsform ist inmitten einer kapitalistisch beherrschten Welt entstanden, und noch Ihr Gegenentwurf ist von den Gesetzen dieser Herrschaft bestimmt. Sie haben Fehler gemacht, Dummheiten, gewiß, und manche davon ließen sich korrigieren. Wer aber den Grund dafür, daß Sie keine Assoziation der Freien und Gleichen errichtet haben, in Ihrem bösen Willen sucht, ist ein Trottel bzw. Sozialdemokrat. Wie wenig sozialistisch (gemessen an den Kriterien der Herren Marx

und Engels) die realsozialistischen Staaten auch waren und sehr zum kleineren Teil noch sind: Sie waren (und sind), im großen Ganzen, so »sozialistisch«, wie die Realität der kapitalistischen Weltherrschaft es zuließ; viel mehr und ganz anderes war aus dem Vorgefundenen, zumal unter der aggressiven Belagerung, nicht zu machen – oder doch nur um den Preis von Risiken, die gescheut zu haben Sie sich erst heute vorwerfen können, da es schließlich auch auf die sichere Tour schiefgegangen ist.

Sie könnten natürlich Ihr Heil auch beim Heiland suchen, im Dialog mit der evangelischen Kirche, die zu schließen, als es noch Zeit war, Sie unterlassen haben. (Aber Sie glaubten ja, auf die Pfaffen, die schon zweimal in diesem Jahrhundert die deutschen Waffen gesegnet haben, beim Friedenskampf nicht verzichten zu können, und wollten nicht wahrhaben, daß sie es ein drittes Mal nur deshalb nicht taten, weil es real sozialistische waren.) Sie könnten (und ich fürchte: Sie werden, um die »führende Rolle der Partei« doch irgendwie zu retten) mit dem »Neuen Forum« und der »Sozialdemokratischen Partei« an Walesas »rundem Tisch« so lange deren rosa Quark löffeln, bis der Sozialismus sich real übergibt. (Ein »besserer Sozialismus«? Gewiß. Nach dem Vorbild jenes wunderbaren, den die kommunistische Partei Italiens, das heißgeliebte Vorbild aller »Reformer«, verwirklicht hat.)

Was aber, um endlich zum angedrohten Vorschlag zu kommen, wenn Sie die Staatsmacht, anstatt sie langsam aus schweißnassen Händen sich winden zu lassen, noch einmal nutzten, der kapitalistischen Welt und ihren Betbrüdern und -schwestern eine letzte, unvergeßliche Lektion zu erteilen? Eine, die der Biographie älterer deutscher Kommunisten mehr Ehre machte als sogar die Teilnahme an einem Sekt-Empfang auf der Villa Hügel? Was, wenn Sie den Aufwallungen der bekannt guten, jetzt sogar noch besseren deutschen Volksseele hüben und drüben mit der folgenden Erklärung begegneten, die ich Ihnen ohne jede Sorge um mein Urheberrecht überlasse?:

In Erwägung, daß es falsch war, den Bürgern der DDR zu versprechen, der reale Sozialismus werde eine mit kapitalistischen Verhältnissen vergleichbare Konsumfülle je erreichen; daß wir für den Versuch, das Unmögliche dennoch zu schaffen, viele unserer besten Gedanken und Traditionen verraten und verkauft haben; daß wir damit unsere Feinde nicht besänftigt und unsere Freunde abgestoßen haben; daß wir aber stolz darauf bleiben wollen, uns – wie Hermann Kant sagt – denen weggenommen zu haben, den deutschen Herrenmenschen, die den Hals nie voll kriegen können, und daß wir dafür Sorge tragen müssen, daß die uns nicht wiederbekommen; daß wir wie bisher nicht weitermachen können und so, wie uns vorgeschlagen, nicht wollen – haben Staats- und Parteiführung beschlossen:

Ab 1. Januar 1990 steht es jedem Bürger der DDR frei, seine Staatsbürgerschaft abzulegen und in ein Land seiner Wahl auszuwandern. Zum gleichen Zeitpunkt öffnet die DDR ihre Grenzen für Verfolgte aus allen Teilen der Welt: Tamilen, Kurden, Ghanaer, Palästinenser, Chilenen, Panamesen, Iren, Armenier, demnächst auch ungarische oder lettische

Kommunisten – sie und viele mehr sind eingeladen, die Plätze der Auswanderer einzunehmen und, wenn sie möchten, auf Dauer Bürger der DDR zu werden.

Die Nationale Volksarmee wird aufgelöst. Da ohne den Rückhalt, den der Warschauer Vertrag bot, eine militärische Verteidigung unseres Staates gegen die westliche Übermacht nicht möglich wäre, können die der Rüstung und dem Kasernenleben gewidmeten Teile des Sozialprodukts für die Kosten aufgewandt werden, welche die Einübung der neuen Bürger an ihren Arbeitsplätzen verursachen wird.

Die Kräfte der Staatssicherheit, die Volkspolizei, die Betriebskampfgruppen und die Justiz sollen eine neue, der Humanität verpflichtete Aufgabe erhalten: Sie werden dafür sorgen, daß dem auch in der Bevölkerung der DDR, denn es sind Deutsche, virulenten Rassismus keine Chance gegeben wird, daß Rassisten ausgespäht und zu hohen Strafen verurteilt werden. Wir wissen, daß die Bestrafung auch von miesester Gesinnung nur ein Notbehelf ist; zum Schutz unserer neuen Bürger wird uns aber zunächst nichts anderes übrigbleiben, als von diesem Mittel Gebrauch zu machen.

Da viele der neuen DDR-Bürger aus Ländern kommen werden, in denen der Aberglaube noch tiefer sitzt als bei unseren Eingeborenen, wird ihnen die Ausübung ihrer Religion bis auf weiteres gestattet. Verboten aber wird schon jetzt die öffentliche Werbung für alle Aberglaubensgemeinschaften sowie die Abhaltung ihrer Riten außerhalb geschlossener Wohnungen. Geistliche gleich welcher Religion sind von der Einwanderung in die DDR ausgeschlossen; hier bereits tätige werden in ein Land ihres Glaubens ausgewiesen.

Unser Beschluß trägt »dem Fakt« (Walter Ulbricht) Rechnung, daß wir trotz beachtlicher ökonomischer Leistungen unserer Werktätigen, die die DDR auf Rang 10 der größten Industriestaaten gebracht haben, den Wettlauf mit dem kapitalistischen Nachbarn nicht fortsetzen können, weil wir nicht nur ihn, sondern in ihm die letzten Reste der Fähigkeit verlieren werden, eine Gesellschaft jenseits des Menschen und Natur zerstörenden Prinzips der Profitmaximierung planvoll und solidarisch zu gestalten. Wir haben uns deshalb auf unsere Pflicht besonnen, das humanistische Erbe der Aufklärung, der frühen Kommunisten, des Widerstands gegen Faschismus und Rassismus, das unsere Feiertagsreden bereichert hat, ohne Rücksicht auch auf schmerzhafte ökonomische Einbußen anzunehmen.

Wollen Sie, werte Genossen, die deutsche Bourgeoisie noch ein Mal in ein nie gehörtes Wutgeschrei (»Luthers Stadt von Kanaken erobert!«) ausbrechen lassen? Wollen Sie einer Welt des Rassenhasses und der Mordsprofite eine Schamwelle übers geldgeile Gesichtchen treiben? Dann bedenken Sie den tolldreisten Vorschlag Ihres »besonnenen BRD-Bürgers«. Sie, die von der Bürgerpresse und Ihrem eigenen Pöbel als Tattergreise nicht zuletzt deshalb Verhöhnten, weil Sie die Nazi-Lager leider überlebt haben, sind auch in Ihrer Partei die letzte Generation, auf deren Verständnis Erwägungen der vorgetragenen Art rechnen könnten; die Technokraten, die Ihnen nun zu folgen beginnen, werden dafür taub sein.

Die Risiken, die einzugehen Sie einst versäumt haben, waren geringer; jetzt, da Ihre Chancen geringer geworden sind, ist das Risiko umso größer. Und doch: Wäre selbst ein »Tout est perdu, fors l'honneur« nicht ein besserer Abgang von der Weltbühne als eine vom evangelischen Generaldirektor Stolpe und seiner Frau Bohley bewilligte Rente?

konkret 11/89, S. 10

Uwe Klußmann

»A whimper or a bang«

Wenn die unten nicht mehr wollen und die oben nicht mehr können, kommt es zur Revolution. Kommt es, wenn die unten sowenig wie die oben wissen, was sie wollen könnten, zur Reform? Der evangelische Oppositionspräsident Stolpe verlangt freie Wahlen und Knast für Schwule, der SED-Ideologe Hager bietet an, den ersten Arbeiter- und Bauernstaat nun doch neu zu tapezieren. Es geht oben drunter und unten drüber, drüben, in der DDR

Darüber, was der DDR gut tut, sind sich im Westen alle einig: Am gleichen Tag, an dem Theo Sommer in der »Zeit« dekretiert: »Reform im zweiten deutschen Staat muß die Parole sein«, findet auch der Chefredakteur des DKP-Zentralorgans »Unsere Zeit«, daß es für die SED »natürlich keine vernünftige Alternative dazu (gibt), durch gründliche und zügige Reformen den Sozialismus fortzuentwickeln«.

Reform also – aber wohin? Um eine Reform des zweiten deutschen Staates zu befördern, haben sich in der DDR innerhalb weniger Wochen mehrere Oppositionsgruppen gebildet, die nach der Zahl ihrer Mitglieder und Sympathisanten und dem Umfang ihrer Tätigkeit alle früheren Experimente übertreffen. »Die Zeit ist reif«, verkündete die zur Zeit einflußreichste Oppositionsgruppe »Neues Forum« in ihrer Gründungserklärung. Reif zumindest für programmatische Plattformen wie diese: »Faulpelze sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilnehmen, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden«.

Daß ein derartiger Stuß innerhalb weniger Wochen von mehr als zehntausend DDR-Bürgern unterschrieben worden ist, ist an sich bereits ein sicheres Indiz für eine ernste Krise: Selten in der Geschichte des realen Sozialismus ist eine Oppositionsgruppe mit einem derart ärmlichen politischen Inventar angetreten. Glänzte der frühe Wolf Biermann noch mit sozialistischer Bürokratiekritik und poetischer Polemik, brachte Rudolf Bahro bei allem Hang zur Prophetie und Exzentrik in seinem lesenswerten Buch »Die Alternative« noch wesentliche Elemente einer marxistischen Gesellschaftskritik zum Ausdruck, so ergeht sich das »Neue Forum« in Parolen, die das von der SED ohnehin schon bedenklich niedrig gehaltene Niveau der Losungen noch unterschreitet: »Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft«. Mieten wie in Leipzig und volle Regale wie in Hamburg.

Rolf Henrich, Cheftheoretiker des »Neuen Forums« und ehemaliger Bezirkssekretär der SED, fordert in seinem bei rororo-aktuell erschienenen Buch »Der vormundschaftliche Staat – Vom Versagen des real existierenden Sozialismus« die Schaffung »operativen Eigentums« durch »freie Unternehmer« und eine »Selbstverwaltung der Wirtschaft«, die dann »endlich wieder (!) ihrem eigenen Takt folgen« könne. Zum liberalen Wirtschaftstakt wünscht er sich kirchliche Begleitmusik: Eine »kommende Erneuerung des Glaubens in Freiheit«, die einen Zustand in der DDR aufheben soll, in dem, wie der Christdemokrat bedauert, »der Religion jeder Einfluß auf das Erziehungswesen genommen wird«. Zum 50. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf Polen haben Mitglieder des »Friedenskreises der Samaritergemeinde« in Berlin (DDR), unter ihnen die künftige Sprecherin des »Neuen Forums«, Bärbel Bohley und der Pfarrer Rainer Eppelmann, eine gemeinsame Erklärung mit dem Arbeitskreis »Liberalismus und Kirche« der FDP Niedersachsens verabschiedet. Der Text fordert, zum Anlaß besonders geschmackvoll, man müsse »das Blockdenken überwinden« und »eine gemeinsame deutsche Identität stärken«. Daß FDP-Politiker Sympathie für Fensterreden gegen »Faulenzer« haben, ist genauso verständlich wie die Tatsache, daß Alfred Dregger dem Generalsekretär der SED empfiehlt, sich nicht mit Kurt Hager und Otto Reinhold sondern mit Rolf Henrich und Bärbel Bohley an einen Tisch, rund wie in Polen, zu setzen. Kaum glaubhaft aber scheint, daß unter derlei Parolen sich Menschen sammeln, die für eine »bessere, lebenswerte, sozialistische DDR« (Erklärung eines Treffens von DDR-Oppositionsgruppen am 24. September in Leipzig) eintreten.

Neben dem »Neuen Forum«, das zum Dachverband oppositioneller Gruppen – von den Grün-Alternativen bis zu den Christdemokraten – avanciert ist, hat sich eine Initiativgruppe zur Bildung einer sozialdemokratischen Partei konstituiert, aus der mittlerweile eine nicht genehmigte, aber geduldete Sozial-Demokratische Partei (SDP) entstanden ist. Die DDR-Sozis fordern eine »soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot«, »freie Presse« und »besondere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gemeinsamen Nation«.

Zu den Liberalen des »Neuen Forums« und den neuen Sozialdemokraten hat sich der »taz« zufolge eine »Vereinigte Linke« gesellt, deren 300 bis 500 Mitglieder über Rätesystem und Kommune als Alternative zur »Politbürokratie« diskutieren, dem DDR-Gewerkschaftsbund FDGB Konkurrenz machen wollen und sich nichts geringeres vorgenommen haben, als »den Sozialismus in der DDR wieder mit visionären Vorstellungen zu füllen«. Als Ziel nennt ein Sprecher der Gruppe das Mehrparteiensystem, »aber auf der Grundlage einer Verfassung, die geprägt ist von einem freiheitlich demokratischen Sozialismus«. Daß Ergebnis einer Umgestaltung in der DDR eine sozialistische Räterepublik sein könnte, scheinen die Mitglieder der Gruppe jedoch selbst nicht zu glauben: »Bei einer fundamentalen Öffnung müssen wir damit rechnen, daß es zu einem starken Rechtsruck kommt«, erklärt der ungenannt gebliebene Sprecher der »Vereinigten

Linken«, die Stimmung im Volk bedenkend. Eine vom »demokratischen Sozialismus« geprägte Verfassung als Ergebnis einer »Öffnung«, die einen »starken Rechtsruck« mit sich bringt? Das ist zwar bloß albern, firmiert in der »taz« aber dennoch unter der Überschrift »Sozialistische Konkurrenz für Honecker«.

Doch nicht nur Liberale, Pfaffen, Sozis und eine Handvoll Rätesozialisten formieren sich in der DDR, sondern auch jene Kräfte, denen die »gemeinsame deutsche Identität« schon immer ein ernstes Anliegen war. »Die Faschisten haben Zulauf. An den Berufsschulen rechnet man mit zwei bis drei Rechtsradikalen pro Klasse«, berichtet der DEFA-Dokumentarfilmregisseur Konrad Weiß, Mitglied der Bürgerbewegung »Demokratie jetzt«. Chauvinistische Sprüche gegen in der DDR lebende und arbeitende Vietnamesen, denen »Kollegen« übel nehmen, daß sie gelegentlich mal ein Fahrrad nach Hause schicken, das sie sich von ihrem Lohn gekauft haben, gehören inzwischen zum Alltag. Antisemitismus und Rassismus seien latent vorhanden, sagt Konrad Weiß und befürchtet für die nahe Zukunft antisemitische Ausschreitungen und Schmierereien. Immer häufiger sieht man im östlichen Berlin, am Prenzlauer Berg und am Bahnhof Alexanderplatz, Jungs, die sich den Rasierer über den Schädel und Kampfstiefel über die Füße gezogen haben. Nicht nur CDU, SPD, FDP und Grüne, auch die Faschisten der NPD, der Nationalistischen Front und der Kühnen-Truppe haben mittlerweile unter jungen DDR-Bürgern Anhänger rekrutiert.

»Die Saat, die die Pädagogen unseres Landes ausbrachten und täglich neu ausbringen, sie ist aufgegangen«, verkündete die DDR-Volksbildungsministerin Margot Honecker auf dem Pädagogischen Kongreß der DDR im Juni dieses Jahres. Die Volksbildungspolitik hat neben den von der Agitationsabteilung des ZK der SED in einer Weise »angeleiteten« Medien, die eine gebildete Bevölkerung permanent für dumm verkauft, maßgeblich zur Desorientierung der DDR-Bevölkerung beigetragen. In den Schulen wurde und wird in der Art eines Religionsunterrichtes in den Fächer Staatsbürgerkunde und Geschichte ein Kanon von Glaubensbekenntnissen gepredigt, die mit der sozialen Wirklichkeit nicht viel zu tun haben und dazu führen, daß schon 18- bis 20jährige DDR-Bürger abschätzig von ihrer politischen Vergangenheit als »rotes Persönchen« reden.

»Die real existierende sozialistische Gesellschaft ist eine moderne, humanistische, demokratische Gesellschaft« – so beantwortete Margot Honecker auf dem Pädagogischen Kongreß alle Fragen nach der Zweckmäßigkeit gesellschaftlicher Reformen nach sowjetischem, ungarischem und polnischem Vorbild auch für die DDR. Auf diesem Niveau bewegen sich gegenwärtig durchweg auch die Äußerungen der Mitglieder des Politbüros des ZK der SED. In der »Einheit«, dem theoretischen Organ der SED, verkündet Willi Stoph zum 40. Jahrestag der Staatsgründung, die Machtfrage in der DDR sei »ein für allemal durch das Volk geklärt«, und die Erfahrung habe gezeigt, daß »die Stärkung des sozialistischen Staates und die Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie untrennbar miteinander verbunden« seien. Da im übrigen nach Meinung des SED-Chef-Ideologen Kurt Hager die Partei »stets im Einklang mit dem Gang der Geschichte« handelte, glaubt sie, die Partei nämlich, auch die »komplizierte widerspruchsvolle gesellschaftliche Entwicklung unserer Zeit« kraft der gesellschaftlichen »Gesetzmäßigkeiten« überstehen und die »Stabilität« der DDR »unter allen Umständen« garantieren zu können. Wird an dieser Sichtweise auch dann festgehalten, wenn die unmarxistische Theorie von der »politisch-moralischen Einheit des Volkes« von der Wirklichkeit blamiert wird? Die Partei folgte bislang der Maxime, die Erich Honecker im Februar 1989 in einem Interview mit der FDJ-Zeitung »Junge Welt« verkündete: »Wenn man einmal einen als richtig erkannten Weg eingeschlagen hat, dann muß man ihn weitergehen«.

Die Geschichte der DDR ist nicht nur die Geschichte der Beseitigung der Überreste des Faschismus, des Aufbaus einer Planwirtschaft in einem kriegszerstörten Land, sondern auch die Geschichte versäumter revolutionärer Konsequenz. Das Ende der vierziger Jahre errichtete proletarische Erziehungsregime mit seinem Anhang aus braven Blockparteien notdürftig dressierter Kleinbürger degenerierte mehr und mehr zu einem bürokratischen Wohlfahrtsstaat, der zwar soziale Mindeststandards garantiert, aber Entfremdung und »Subalternität« (Bahro) statt Kreativität hervorbrachte. Die Wahl der Leitungskader aller Ebenen etwa funktioniert(e) nach Prinzipien, wie sie Rudolf Bahro 1977 beschrieb: »Fügsamkeit nach oben, disziplinarische Durchschlagskraft nach unten und erst an dritter Stelle Kompetenz, das ist die vorherrschende Rangordnung der Auswahlkriterien«.

Schon in den fünfziger Jahren startete die SED den fatalen Versuch, die Konsumstruktur der BRD zu kopieren. So verständlich nach den Hungerjahren der Wunsch des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl 195 3 war, die Werktätigen der DDR sollten »mehr essen und besser mit Konsumgütern versorgt werden als in Westdeutschland«, so sehr ist damit eine Entwicklung begünstigt worden, deren Folgen nun die Existenz der DDR gefährden. Privat-Pkw und Schrankwand, Spraydosen, Mittwochsziehung und TV-Schnulzen, Karl Eduard von Schnitzler umrahmt von Ufa-Filmen und Wirtinnen-Gesängen – nur für das Toilettenpapier mit den Luftpölsterchen hat es nie gereicht.

»Im Geburtsland von Karl Marx und Friedrich Engels ist es gelungen, für die Ideen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus breiteste Schichten von Werktätigen zu begeistern«, verkündete das »Neue Deutschland« am 2. Mai 1988. Zwar nicht an der Begeisterung, aber an den breitesten Massen ist etwas dran: »Die Bundesbürger, so heißt es, tranken 1986 nicht einmal halb so viel Schnaps wie die DDR-Bürger (6,3 zu 15,4 Liter)« (»Neues Deutschland«, 23.9.1987).

Angesichts der dramatisch gesunkenen Akkumulationsraten und der Tatsache, daß die DDR heute nicht mehr mit entwickelten kapitalistischen Industrieländern, sondern mit »Schwellenländern« wie Taiwan um Absatzgebiete konkurriert, ist die DDR ökonomisch in eine Krise geraten, die durch den wirtschaftlichen Niedergang des Haupthandelspartners und Rohstofflieferanten Sowjetunion weiter verschärft wird. Da die Einführung von Mikroelektronik als »Schlüsseltechnologie« insgesamt eher propagiert als praktiziert wird, hocken DDR-Werktätige in den Betrieben heute oft vor veralteten, zerbröckelnden Anlagen, die nur vor einem Ministerbesuch und dem Anrücken des Teams von der »Aktuellen Kamera« noch mal aufpoliert werden. Die überzentralisierte Planung hat die technische Entwicklung in weiten Bereichen, etwa in der Leichtindustrie, blockiert. Die Zahl der Kennziffern, nach denen sich die Betriebe richten müssen, stieg allmählich auf mittlerweile 214. Häufig, aber erfolglos warnte Jürgen Kuczynski, Wirtschaftshistoriker und Nestor der Gesellschaftswissenschaften der DDR: »Wir planen viel zu viel. Es kommt darauf an, Eckdaten zu setzen«.

Statt sich nun aber die Frage zu stellen, ob »jener mittelmäßige, in sich selbst perspektivlose Wohlstand, mit dem wir dem Spätkapitalismus so erfolglos den Rang abzulaufen suchen« (Bahro), der einzig denkbare Weg sozialistischer Entwicklung ist, folgt die momentane »Reform«-Diskussion mehrheitlich der entgegengesetzten Perspektive. Eine »Effektivitäts«-Debatte beginnt, in der von Konvertibilität der DDR-Mark, Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds die Rede ist. »Reformer« mit in Ungarn und im Westen abgekupferten Rezepten erhalten Zustimmung, weil die bisherige Preispolitik mit ihren Subventionen für Lebensmittel, Verkehrstarife und Mieten bei Beibehaltung der Weltmarktorientierung auf längere Sicht kaum mehr bezahlbar erscheint. Die 4 Prozent Wirtschaftswachstum, die das »Neue Deutschland« allmonatlich meldet, existieren nur auf dem Papier.

1977 wies Rudolf Bahro warnend darauf hin, daß die SED das Ziel verfolge, »in den Jahren 1970-1990 die Waren-Produktion, mit gewissen Abstrichen, also auch den Materialverbrauch, zu vervierfachen. Diese Erzeugungsschlacht führt ihren innersten Triebfedern nach niemals über das von allen Generalen geheiligte Gleichgewicht der Abschreckung hinaus, und ebensowenig über die Knappheit der Existenz- und Entwicklungsmittel«. Für seine Analyse und Prognose erhielt Bahro 1977 acht Jahre Knast, von denen er zwei absaß. Da über die von ihm und auch von Wolfgang Harich («Kommunismus ohne Wachstum?«) in den siebziger Jahren aufgeworfenen Fragen in der DDR öffentlich nie ernsthaft diskutiert wurde, ist es kein Wunder, daß jetzt eine Schicht planmäßig herangezogener Spießwerktätiger nach ihrer »Einbeziehung« in die Versorgung mit Trabants partout auf Mittelklassewagen umsteigen will.

An guten Ratschlägen aus der westdeutschen Linken fehlt es momentan nicht: »Die DDR hat nur noch eine Chance, die der rückhaltlosen sozialistischen Erneuerung«, weiß die Juso-Bundesvorsitzende Susi Möbbeck und beklagt in einer Presseerklärung die Politik der Parteiführung der SED: »Eingemauert in einer Wagenburg von gestanzter Rhetorik, Lichtjahre entfernt vom eigenen Volk sucht sie sich mit Durchhalteparolen über die Runden des angelaufenen Systemwettbewerbs zu retten, statt sich offen, souverän und selbstkritisch mit der historischen Aufgabe der grundlegenden Demokratisierung der Gesellschaftssysteme in 0st und West und der Neudefinition des Sozialismus unter gewandelten historischen Bedingungen zu stellen«.

Daß die Nachfolgerin der für ihre Kompetenz bei der Lösung von Machtfragen bekannten Strategen »systemüberwindender Reformen« (sie hießen Karsten Voigt und Wolfgang Roth) größere Fähigkeiten zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mitbringt als, sagen wir Margot Honecker, mag annehmen, wer den Abstieg einer Bewegung von Rosa Luxemburg zu Susi Möbbeck für eine Weiterentwicklung des Sozialismus hält. Auch ihren Gencssen Horst Ehmke treibt nichts als die Sorge um den Erhalt des Sozialismus in der DDR. In dem Text einer Rede, die Ehmke für einen Besuch beim Volkskammerpräsidenten formulierte, heißt es: »Niemand fordert auch, daß die DDR kapitalistisch werde, daß sie das gesellschaftliche bzw. staatliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln aufheben müsse«. Tatsächlich braucht niemand zu fordern, was der ökonomische Weltkrieg im Bedarfsfalle über Kredite und Wechselkurse auch scham, ohne auf Panzer zurückgreifen zu müssen.

Plumper, weil ungeübter als Ehmke, agiert Jürgen Maier vom Bundesvorstand der Grünen, der an »die Verantwortung der Bundesrepublik« appelliert, »alles zu tun, was zu demokratischen Reformen und zur Entstalinisierung in der DDR wie in Ungarn oder Polen beiträgt«. Denn auch das grüne Echtheitsprädikat für »Reformen« in der bis heute unterm Stalinschen Joch ächzenden DDR gibts erst, wenn die Leuna-Werke der Deutschen Bank gehören, wie jetzt schon jene Buswerke in Ungarn, die den Namen eines jungen Mannes tragen, der einer Sage zufolge einen Höhenflug nicht überlebte: Ikarus. Anerkennung der DDR, Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft, Abbau von Konfrontation, Abrüstung? Hier ist der telefonische Anrufbeantworter der westdeutschen Linken: DDR? – Da gilt nur noch: Reform.

Es ist Premierenzeit: Erstmals in seiner langjährigen politischen Laufbahn ist der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden, Manfred Gerlach, in der »Tagesschau« zitiert worden, als er aus Anlaß der Abwanderungswelle für ein bißchen mehr innergesellschaftlichen Dialog plädierte und »Fragende, Ungeduldige, Neugierige« ermunterte. Der erste Reformer in Amt und Würden der DDR war entdeckt, und so wurde die Erwartung geschürt, daß sich die von der SED behüteten Blockparteien in weiteren Lockerungsübungen ergehen und ihre Klientel aus Handwerksmeistern, die heute schon mal ungeduldig und neugierig fragen, ob der Kunde nicht auch

Westgeld zahlen könne, für einen Partnerwechsel sorgen würden. Da gäbe es was zu erben: Die SED geht an die SPD; die LDPD an Genscher; die DDR-CDU an Walter Wallmann; die Grünen kriegen die Demokratische Bauernpartei; und die National-Demokratische Partei Deutschlands des Stalingrad-Majors Heinrich Homann kriegt der... aber lassen wir das. Daß derartige Hoffnungen gehegt werden, ist unüberhörbar, daß sie völlig unrealistisch seien, kann angesichts der Lage kaum angenommen werden.

Warum bricht die Krise der DDR gerade gegenwärtig aus? Die Antwort heißt: Gorbatschow. »Alle Fortschritte zum Wohl der Brudervölker sind zugleich ein Gewinn für unsere gemeinsame Sache, für die internationale Position unserer Gemeinschaft«, verkündete Erich Honecker in seiner Grußadresse zum neuen Jahr 1989, bevor ihm angesichts der diesjährigen Fortschritte der Brudervölker die Galle überlief. Daß die Feststellung des SED-Generalsekretärs auch in umgekehrter Richtung gilt, ließ Michail Gorbatschow am 29. März dieses Jahres in einer Rede vor Vertretern der Massenmedien erkennen: »Wenn die Marktlage aber unverändert bleibt, dann haben wir nichts erreicht, Genossen«. Ein halbes Jahr später, am 9. September, bilanzierte er in einer Fernsehansprache die Lage: »Alles hat sich zu einem festen Knoten zusammengeschnürt, die gespannte Lage auf dem Verbrauchermarkt, die Konflikte in den nationalen Beziehungen und die schwierigen, bisweilen schmerzhaften Prozesse im gesellschaftlichen Bewußtsein.«

Nie zuvor in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ist die Diskrepanz zwischen den Erwartungen an einen »Hoffnungsträger« und den realen Ergebnissen seiner Politik größer gewesen als bei M.S. Gorbatschow. Daß die Mehrzahl der DDR-Bürger in ihm nicht den größten Bankrotteur in der Geschichte der UdSSR sieht, dessen Kombination aus Experimentierfreude, Verschwommenheit in der Theorie und Konzeptionslosigkeit in der Praxis die Sowjetunion an den Rand eines Bürgerkriegs und in eine wachsende Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital gebracht hat, sondern einen zukunftsweisenden Erneuerer, ist Teil des Krisenprozesses in der DDR, der es unwahrscheinlich macht, daß Reform und Umgestaltung in einem sozialistischen Land, in dem westliche Medien wie in keinem anderen zur Meinungs- und Stimmungsbildung beitragen, qualitativ andere Ergebnisse bringen würde, als in Estland, Lettland, Litauen, Polen und Ungarn, selbst wenn man in der DDR als historischer Optimist auf die fortwirkenden Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und die vergleichsweise geringe Stärke der Divisionen des Vatikan setzt – es sei denn, das chinesische Beispiel machte Schule.

So steht zu erwarten, daß es manch reformfreudigem Sozialisten in der DDR ergehen wird wie dem Bolschewiken A.F. Mjasnikow, der 1921 den vom Bürgerkrieg angeschlagenen Sowjetstaat mit dem Vorschlag einer »Pressefreiheit von den Anarchisten bis zu den Monarchisten« sanieren wollte. Lenin bescheinigte Mjasnikow in einem Brief vom 5. August 1921: »Sie wollten die Kommunistische Partei kurieren und begannen, nach einer Arznei zu greifen, die den sicheren Tod bringt«.

Erst wenn in der DDR die Phase der Metakommunikation eines Redens darüber, worüber man schon immer mal hat reden wollen, über die »nicht ausgetragenen Widersprüche im eigenen Land« und die »angestauten gesellschaftlichen Probleme in allen Bereichen der Gesellschaft« (Resolution des Schriftstellerverbandes vom 14. September) nämlich, der Diskussion über Inhalte weicht, wird deutlich werden, daß es auf die Frage nach den innergesellschaftlichen Ursachen für Abwanderung und Frust sehr unterschiedliche Antworten gibt. Der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR und Konsistorialpräsident der Berlin-Brandenburgischen Kirche etwa, Manfred Stolpe, hat den Schriftsteller- und Intellektuellen-Zirkeln in der DDR, die noch davon träumen, mit Gorbatschow den wahren Sozialismus zu erreichen, zweierlei voraus: den Apparat und klare Positionen: »Konsumorientierung, Umweltzerstörung, Verdrängen der Dritte-Welt-Problematik, leichtfertiges Sexualverhalten mit steigender Scheidungsrate und Tötung ungeborenen Lebens sind Gefährdungen, denen Menschen in der DDR ausgesetzt sind«. Die »Rolle der christlichen Familie« will Stolpe stärken, wobei er um bisherige ideologische Nachlässigkeiten seiner Kirche weiß: »Der legalen Homosexualität wird hilflos zugesehen«. Eben mangels Pluralismus und freiheitlicher Demokratie hat er nicht verhindern können, daß die Volkskammer am 14. Dezember 1988, anders als der Bundestag, die letzten Paragraphen zur Diskriminierung von Schwulen aufhob. Im Zuge seines Reform-Konzepts wirft Stolpe Fragen auf, die der Umgestaltung in der DDR den Weg weisen sollen: »Die evangelische Kirche in der DDR ist auch gefragt, wann sie erneut eindeutig gegen die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung Stellung bezieht.«

So verspricht die »kommende Erneuerung des Glaubens in Freiheit« (Rolf Henrich) Knast für Schwule und Memminger Verhältnisse in Mecklenburg. Der DDR-Schriftsteller, der die Kirche »schätzt«, weil sie ihn, anders als die Partei, in ihren Räumlichkeiten seine Prosa vorlesen läßt, die Fernsehzuschauerin in Leipzig, die im ZDF entdeckt, daß der Pfarrer Schorlemmer aus Wittenberg redet, wie Gorbatschow in seinen besten Zeiten, und der Student, der sich unter dem Dach der Kirche einer Umweltgruppe anschließt, verdrängen bislang erfolgreich, was sich in der klerikalen Mogelpackung mit den vielversprechenden Etiketten »Öffnung« und »Erneuerung« verbirgt. »Die sozialen Prinzipien des Christentums haben jetzt achtzehnhundert Jahre Zeit gehabt, sich zu entwickeln und bedürfen keiner ferneren Entwicklung durch preußische Konsistorialräte« (Marx).

Noch ist in den Leitartikeln der »FAZ« ungeklärt, ob der reale Sozialismus in der DDR »einen vergleichsweise stillen Tod sterben kann« (Günther Nonnenmacher) oder ob »das Regime in Ost-Berlin<~ einem Druck erliegt, »unter dem es zerspringen wird« (Günther Gillessen). Einigkeit besteht nur in dem Vorsatz, »das Regime beharrlich unter Reformdruck zu setzen« (Fritz Ulrich Fack), bis es platzt, weil man in Frankfurt am Main hofft, daß die Trümmer nur den Leuten in Leipzig und Dresden um die Ohren fliegen werden. Das ist nicht ganz neu. Reagans Kriegsminister Caspar Weinberger spekulierte schon Anfang der achtziger Jahre darüber, ob das sowjetische Imperium »mit einem Winseln oder mit einem Knall« enden würde, »with a whimper or with a bang«.

Wenn Radau-Rassisten ins Leipziger Rathaus einziehen, arbeitslose Werftarbeiter in Rostock das Ausfüllen früher unbekannter Formulare lernen, wenn der Volkskammerabgeordnete Henrich die Einführung des Morgengebets in den Schulen beantragt und die Punks vom Prenzlauer Berg am Alexanderplatz täglich die Frage nach 'ner Mark aufwerfen, wird auch die bundesdeutsche Linke um die Erfahrung reicher sein, daß es nichts Schöneres gibt auf Erden als eine Reform des Sozialismus.

konkret 11/89, S. 14

Klaus Höpcke

Anpasser oder Schlimmeres?

In seinem Beitrag über »Höpckes Comeback und Kants schwierigen Aufenthalt« hat Hajo Steinert in der »Zeit« vom 15. September 1909 den Roman »Der Aufenthalt« des DDR-Schriftstellers Hermann Kant in einer Weise abgetan, die den stellvertretenden Kulturminister der DDR, Klaus Höpcke, zu einer Antwort veranlaßte. Deren Abdruck hat die Feuilleton-Redaktion des Blattes mit der Begründung abgelehnt, sie handele nur von Nebensächlichem. Sie erscheint daher in KONKRET

»Das Hundeohr« wird der Titel eines Romans sein, den Herbert Otto augenblicklich schreibt. Das Buch soll von einem Mann handeln, dem bei einem Unfall ein Ohr verlorengeht und dem – neue Variante der Organverpflanzung – ersatzweise das Ohr eines Hundes heranoperiert wird. Mit dem Ergebnis, daß der Mann vorher Ungehörtes nun vernimmt.

An diesen Einfall eines Erzählansatzes mul3te ich denken, als ich las, was Hajo Steinert über die Lesung Hermann Kants zu Papier gebracht hat, die am Tage der Eröffnung der Ausstellung »Bücher aus der Deutschen Demokratischen Republik« in Köln in der Zentralbibliothek stattfand. Der Berichterstatter moniert, daß Kant auf sein Hörgerät anspielte. Will er so vielleicht überspielen, daß er – Steinert – eines nötig hätte? Sein Bericht jedenfalls zeugt von einem Weghören, das zu tendenziös ausfiel, als daß es unbemerkt und unkommentiert bleiben könnte.

Schwelgerisch berichtet er, daß unter den Diskutierenden des Abends auch ehemalige DDR-Bürger sich zu Wort meldeten und Kant mit Ungeduld widersprachen. Er malt sich und den Lesern der »Zeit« aus, wie das künftig häufiger der Fall sein könnte. Was der Berichterstatter zu berichten unterläßt, was er verschweigt, ist dies: wie der Versuch ausging, den einer dieser nicht nur ungeduldig, sondern auch unsachlich Diskutierenden unternahm. Er wollte seine eigenen abschätzigen Eindrücke von den Antworten Kants den anderen Anwesenden als allgemeine »Einschätzung« aufnötigen. Von den meisten wurde das abgelehnt. Nicht heimlich in stiller Brust, sondern laut und klar und deutlich, von einigen sogar heftig. Meines Erachtens akustisch ohne Schwierigkeiten mit gewöhnlichen Menschenohren wahrnehmbar, die Abwesenheit ideologiebedingter Hörstörungen vorausgesetzt. Da man sie, wie sich zeigt, in Wahrheit nicht voraussetzen kann, hier die eben gegebene Hör-Nachhilfe.

Der eigentliche Grund, aus dem ich zur Feder gegriffen habe, liegt aber nicht in der Idee, Herbert Ottos metaphorische Erfindung eventuell Hajo Steinert real an den Kopf zu wünschen. Auch sein Gestichel mit der 17. Reihe, in der ich Platz genommen haben soll (der Mann hört nicht nur schlecht, zählen kann er auch nicht), findet angemessene Behandlung eigentlich nach der österreichischen Redensart »Net amol ignoriern« (ich halte sie nicht ganz ein, wenn ich mitteile, daß ich, der ich mich in Kants Veranstaltung zurückhielt, tags darauf in Essen zwei eigene Diskussionsrunden hatte). Nein, daß all so etwas in der »Zeit« stand, ließe sich übergehen. Dagegen hielt und halte ich es für unumgänglich, daß ich mich zu der Floskel äußere, mit welcher Ihr Berichterstatter Hermann Kants Roman »Der Aufenthalt« abzutun versucht.

Zur Erinnerung: »Hermann Kants Lesung aus dem alten Plauderroman 'Der Aufenthalt' über die Mitschuld am Überfall auf Polen«, begann der entsprechende Satz des Berichts (der dann auf das bereits erwähnte Zeugnis der Zählschwäche des Berichterstatters hinauslief). Alter Plauderroman über die Mitschuld am Überfall auf Polen. Angesichts solcher Formulierung fragte mich einer der kritischsten Leser Kants, die ich hierzulande (bei mir im Lande) kenne, voller leidenschaftlicher Solidarität mit Kant und voll Zorn, wes Geistes Kind der Schreiber des Berichts sei. Einer von denen, die »den Revolver entsichern«, wenn sie das Wort Kultur hören? Ich antwortete ihm, es sei wohl anders. Ich hätte den Mann bei anderer Gelegenheit schon zu anderem Verhalten imstande gesehen. Allemal etwas oberflächlich, liederlich auch, das ja. Aber in solcher Selbstdisqualifikation durch geistige Wertleugnung wie in diesem Fall noch nicht. Die Verbissenheit der versuchten Aburteilung von Kants Roman wird ja durch die locker scheinende Art, in der sie hingeworfen wird, nicht aufgehoben. Darin war ich mir mit meinem Gesprächspartner einig. Wie Steinert zu ihr gelangt sein mag, konnte ich ihm nicht schlüssig erklären. Vielleicht, sagte ich hypothetisch, hat er sich »bloß« der laufenden Kampagne gegen uns angepaßt, und Schlimmeres ist nicht im Spiel. Und im Aussprechen des Satzes wurde mir bewußt: Gerade solche Anpasserei wäre ja das Schlimmere, das Schlimmste. Wenn Leute, die es besser sehen und wissen können, das gar nicht wollen...

Als der Roman »Der Aufenthalt« 1977 erschienen war, gehörte ich zu den ersten, die sich literaturkritisch mit ihm beschäftigt haben. Ein Zufall hatte dafür gesorgt, daß mir im Laufe der Tage, da ich bei Kant vom Geschick schwerer Verbrechen verdächtiger Deutscher in polnischem Gewahrsam las, ein »Polnisches Tagebuch 1939« in die Hand geriet. Ein gewisser Friedrich Bodenreuth hatte es geführt. Und die Nazis – Frevler, die sie auch im Buchwesen waren – hatten es drucken und in Reclams Universalbibliothek herausbringen lassen.

Unter dem Stichwort »Konzentrationslager in Posen« hat der Herrenmensch über die dort eingekerkerten Polen notiert: »Es erscheint irrsinnig, diese Wesen, die als Tiere zu bezeichnen, die Achtung vor dem Tier verbietet, eines Gerichtsverfahrens zu würdigen...« Er hielt es für »wahnsinnig«, faschistische Soldaten »zum Opfer auch nur einer einzigen Minute ihres Lebens für die Bewachung dieser Verbrecher anzuhalten«.

Nicht zu fassen, solche Sätze?

So fragte auch ich damals, 1977. Und antwortete in meiner Rezension: »Hermann Kant macht die Leute faßbar, die so denken, reden, schreiben, handeln und – in entsprechender Lage – darüber schweigen . « Was Kant dem Urteil des Lesers überantwortete, schrieb ich weiter, sei ein Konzentrat des seinerzeit zum Üblichen gewordenen Üblen. Den Beiträgen, die unsere Literatur zur Durchleuchtung der politischen und moralischen Verkommenheit nazistischer Befehlshaber geleistet habe, füge er eine besondere Leistung hinzu. Er zeigt Nazi-Obere, wie sie sich den wenigsten gezeigt haben: eingesperrt. Er überliefert, wie sie im Katzenjammer unter sich, unter ihresgleichen waren. Noch in der Prozedur ihrer Berichte über »schönste Erlebnisse« enthüllt er ihre Häßlichkeit.

Diese Feinde des Menschlichen vor Augen – einschließlich derjenigen, die keine einzige Minute auch nur für die Bewachung polnischer Gefangener »opfern« – , liest man mit geschärfter Aufmerksamkeit von den Stunden und Tagen, von den Wochen und Monaten, die polnische Vernehmer gegenüber den von ihnen in Arrest genommenen Deutschen darauf verwandten, in der großen Schuld die einzelnen nicht unterschiedslos untergehen zu lassen, sondern jedes einzelnen Schuldmaß genau zu ermitteln, darunter das des Helden des Romans.

Wie mag es kommen, wodurch mag es zu erklären sein, wovon mag es zeugen, frage ich heute – und mit dieser Frage endet meine Antwort auf Steinerts Tiefschlag gegen Hermann Kant – , daß »Der Aufenthalt«, ein Werk geistig und sprachlich dichter deutscher Prosa, das in seiner politischen und ethischen Botschaft, wie auch die Lesung in Köln bewies, brisant geblieben ist, im September 1989 in der »Zeit«, Hamburg, als »Plauderroman« bezeichnet wird?

konkret 11/89, S. 15

Georg Fülberth

Oder islamisch

Manche meinen, die Probleme der DDR seien ganz leicht zu lösen. Werde erst einmal Parteien-Pluralismus, Freiheit der Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie freie Wahl eingeführt, dann könne sich die Gesellschaft schnell reformieren. Schließt man von den Davongegangenen auf die Dortgebliebenen, dann gilt die Vermutung: die Leute – zwar gut ausgebildet, aber schlecht erzogen – werden den Kapitalismus wählen.

Kurz bevor sie ausrasteten, haben Ehmke und Eppler angedeutet, was dagegen vielleicht getan werden könne: das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln dürfe ja gesetzlich garantiert bleiben.

Das wird wenig nützen. Wenn die Leute frei entscheiden können, werden sie praktische Konsequenzen aus dem Wunsch ziehen, daß das gesellschaftliche Eigentum ihnen schon in der Gegenwart konkret was bringen soll. Es muß also effektiv sein. Wahrscheinlich sind dann ein paar zusätzliche Investitionen nötig. Woher nehmen und nicht stehlen? Kredite müssen nicht, können aber zur Katastrophe nach polnischem Muster führen, besonders dann, wenn es bei ihrer Aufnahme populistisch und bei ihrer Gewährung nach den bisherigen Praktiken des Internationalen Währungsfonds zugeht. Sozialdemokratisch regierte Städte lösten das Problem in den zwanziger Jahren dadurch, daß sie die kommunalen Betriebe in Aktiengesellschaften umwandelten und die Anteile verkauften. Damit hatten sie den Kapitalismus nicht mehr nur rund um, sondern mitten in ihrem »Gemeindesozialismus«.

Dies ist ein mögliches Ergebnis freier Mehrheitsentscheidung. Ihr Subjekt wären die »Leute«, die ich deshalb so nennen darf – also ohne Klassen-Zuweisung – weil hier von der DDR die Rede ist, in der immerhin staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln besteht. Eine gewöhnliche parlamentarische Demokratie würde es in der gegenwärtigen Lage wahrscheinlich zur Disposition stellen. Der Diktaturgedanke kann nicht einfach aus der Geschichte und Praxis des Marxismus hinausgeschmuggelt werden. Das Dilemma sieht so aus: Einerseits: Erst wenn der gegenwärtige Noch-nicht-Sozialismus und Nicht-mehr-Kapitalismus in der DDR zum Sozialismus geworden ist, kann er umfassend demokratisch sein, meinetwegen auch im parlamentarischen Sinne. Andererseits: Die Demokratie muß nicht irgendwann, sondern von Anfang an ständig erweitert werden, um dieses Ziel zu erreichen. Das Ausmaß an Kunstfertigkeit, welches zur Realisierung eines solchen Vorhabens nötig ist, überstieg die Fähigkeiten zweier Generalsekretäre. Schafft die gegenwärtige Führung es doch noch, wird die Verachtung, welche ihr gegenwärtig entgegengebracht wird, irgendwann sich in Bewunderung verwandeln: Sie hätte mehr geleistet als sonst jemand vorher.

Geht es aber schief, dann werden sich bald die Konturen eines spezifischen DDR-Kapitalismus ertasten lassen. Vielleicht können ja vierzig Jahre Sozialismus-Versuch ihm noch ein paar humane Relikte aufprägen. In einer »Streitschrift« der DKP-Erneuerer schreibt Jan Priewe, wie er sich Sozialismus vorstellt: »Privates Kapital wird nicht vollends abgeschafft und die Kapitalistenklasse bleibt erhalten, nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer – aber sie ist nicht die herrschende Klasse (etwa so wie die Gundeigentümer im modernen Kapitalismus nicht mehr herrschende Klasse sind), sondern sie ist eingebunden in ein System sozialistischer Warenproduktion.« Realia sunt nomina: Der Verfasser bezeichnet eine Gesellschaft als »Sozialismus«, die er ebensogut einen »gebändigten Kapitalismus« nennen könnte. Er plant hier u.a. für die Bundesrepublik, und da wird er die Deutsche Bank und Daimler-Benz enteignen müssen. In der DDR hätte er es da leichter.

Doch das sind nun Spinnereien meinerseits. Ein DDR-Kapitalismus wäre ein subalternes Anhängsel des westdeutschen. (Dies ist der Grund, weshalb von Adenauer bis Michael Stürmer die »Österreich«-Lösung so beliebt war und ist.) Diese Vorstellung ist arg genug, um das Projekt Sozialismus noch einmal auf seine mögliche Attraktivität hin zu prüfen. Seine allgemeinste Definition: freie Entscheidung aller über die Investitionen, über das Was und das Wie der Produktion auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums – markiert einen gewaltigen Unterschied zum gegenwärtigen DDR-Zustand. Einschränkungen wird es dann noch genug geben: einmal das unvermeidliche zeitweilige Demokratie-Defizit, das aber viel geringer sein muß, als es heute ist; zweitens aber sind selbstbestimmter Produktion in einem kleinen, nunmehr auch nach Osten hin isolierten sozialistischen Staat, der sich aus der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht lösen kann, sehr enge Grenzen gezogen. Aber immerhin die internen Hemmungen könnten heute schon weitgehend abgebaut werden.

Zweifellos wird die Debatte die *Form* des öffentlichen Eigentums zentral behandeln müssen. Einer der wenigen vernünftigen Begriffe des Gorbatschowismus ist die »Reale Vergesellschaftung«. Hier wird die Konsequenz daraus gezogen, daß staatliches Eigentum allein noch nicht tatsächliche Aneignung durch die Produzenten bedeutet. Stattdessen kann »herrenloses Eigentum« entstehen. Von dort führt – in Polen, Ungarn – der Weg wieder zurück zum Privateigentum, und in der UdSSR sieht es so aus, als werde aus der Kritik an der nur formalen Verstaatlichung derselbe falsche Schluß gezogen. »Reale Vergesellschaftung« aber könnte das Ziel sein, mit dem Sozialisten in der DDR jene allgemeine Forderung

nach »Reformen« zuspitzen, die in ihrer jetzigen Form schon deshalb faul ist, weil auch Kohl und Genscher ständig damit hantieren: die wollen reale Privatisierung.

Es ist also möglich, beim Anblick der DDR noch an einen möglichen Sozialismus zu denken. Falsch aber ist das Reden, dieser allein mache die Existenzberechtigung der Deutschen Demokratischen Republik aus. Der zweite deutsche Staat ist schon deshalb notwendig, weil die BRD behauptet, sie sei identisch mit dem imperialistischen Raub-Reich der Jahre 1871-1945. Das Argument, nur der Sozialismus garantiere die Existenz der DDR, ist, bei Lichte besehen, sogar eine Verhohnepiepelung des Sozialismus. Dessen Sinn besteht nämlich darin, daß er eine gute Gesellschaftsordnung ist, und nicht in erster Linie darin, daß er die segensreiche Zerstückelung des alten Deutschland im Geiste Andreottis gewährleistet. Das wäre zur Not auch mit einer UNO-Friedenstruppe zu schaffen: Inder und Tamilen mit Blauhelm jeweils fünfzig Kilometer tief zu beiden Seiten der Grenze zwischen der BRD und der DDR.

Von der Bundesrepublik aus sind Reformen in der DDR nicht zu fordern. Es ist doch gerade Arbeit genug, eine Änderung, nämlich eine Abschaffung der sogenannten »Deutschland-Politik« zu verlangen. Deshalb, so schlage ich vor, sollten alle Menschen nicht nur linken, sondern auch nur guten Willens aus Anlaß des vierzigsten Geburtstages der DDR folgenden Glückwunsch aussprechen: Die Deutsche Demokratische Republik, sie lebe hoch, dreimal hoch, und zwar egal, ob sozialistisch, kapitalistisch oder islamisch. Die operativen Forderungen, welche damit verbunden werden können, sollten lauten: Erstens natürlich: Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft. Zweitens aber: Nicht nur Streichung des sogenannten Wiedervereinigungs-Gebots aus dem Grundgesetz (Präambel, Art. 146), sondern Aufnahme eines ausdrücklichen Wiedervereinigungs- Verbots, das unter den Schutz von Artikel 79 Abs. 3 gestellt wird, also selbst mit Zweidrittelmehrheit des Bundestages und des Bundesrates nicht aufgehoben werden darf.

konkret 11/89, S. 16

Oliver Tolmein; Djars Skudra

Gordisch National

Ökologisches Engagement und Angst vor »Überfremdung«, nationale Überheblichkeit und Sehnsucht nach den alten Zeiten bilden in den baltischen Sowjetrepubliken eine brisante Mischung. Der Nationalitätenkonflikt, in dem die Kommunistische Partei die Initiative verloren hat, ist aber auch ein Kampf um Perestrojka und gegen die Folgen stalinistischer Politik

Auf dem Marktplatz von Tallinn, der Hauptstadt Estlands, sammelt eine nationalistische Gruppe Unterschriften für ein Referendum: »Wir fordern die Unabhängigkeit Estlands sofort«, erklärt ein älterer Mann am Infostand. Ein paar hundert Unterschriften pro Tag kämen leicht zusammen. Wenige Meter weiter, an einem Bretterzaun, hängen Wandzeitungen und antisowjetische Karikaturen. Gruppen von Menschen stehen davor, diskutieren die Texte, die so Unterschiedliches wie religiöse Erneuerung, den sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt von 1939 oder die industrielle Verseuchung des Ostseestrandes abhandeln. Die für mehr Unabhängigkeit auftretenden und seit 1988 in den drei baltischen Staaten jeweils zur »Volksfront« zusammengeschlossenen Gruppen setzen die Themen und beherrschen die öffentliche Diskussion – in Estland, Lettland und Litauen gleichermaßen. Die Kommunistischen Parteien, in der Anfangsphase vom nationalen Aufbruch überrascht, versuchen derzeit den Anschluß an die Diskussion zu finden, um nicht völlig von der politischen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Ihre Führungskader arbeiten in der Regel mit den gemäßigten Fraktionen der »Volksfronten« zusammen, zehntausende KP-Mitglieder engagieren sich auch in den Massenbewegungen .

In den Republiken bilden deswegen nicht die Regierungsparteien, sondern die »Internationale Bewegung der Werktätigen«, in der im wesentlichen Russen aktiv sind, das politische Gegengewicht zur nationalen Erneuerung. Ihre Situation allerdings ist politisch denkbar ungünstig, ihre Strategie, sich gegen den Trend auf die Verteidigung des Alten und die Beschwörung der einst angeblich friedlichen und harmonischen Verhältnisse zu konzentrieren, wirkt hilflos.

Die »Interbewegung«, die ebensowenig wie die »Volksfront« eine formale Mitgliedschaft kennt, hat in Estland zwar etwa 100.000 Sympathisantinnen und Sympathisanten (bei etwa einer Million Einwohnern), aber keine politisch einflußreichen Bündnispartner. Von der estischen KP werden ihre Funktionäre umstandslos als »Stalinisten« abgetan, die lettische KP attackiert sie als »Konservative«. Auch die regionalen Medien sind auf den ökonomischen und nationalen Umgestaltungskurs eingeschwenkt und lassen das die »Interbewegung« empfindlich spüren: Ihre Chance, in Rundfunk oder Fernsehen zu Wort zu kommen, ist gering, Druckereien, darunter die offizielle lettische KP-Druckerei, weigern sich, die Zeitung der »Interbewegung« zu drucken.

Als erhebliches Handicap erweist sich auch die bis heute wirksame, geradezu zwangsläufig nationales Ressentiment hervorrufende stalinistische Industrialisierungs- und Nationalitätenpolitik: Im Alltag leben die Russen, die immerhin einen Bevölkerungsanteil von 30 bis 40 Prozent in den verschiedenen Ostseerepubliken stellen, fast vollständig getrennt von den Balten. Die industriellen Großbetriebe, die nach dem Krieg in Estland und Lettland angesiedelt wurden und in denen die »Interbewegung« ihre Basis hat, sind die maßgeblichen Verursacher der massiven Umweltzerstörung. Zwischen 70 und 90 Prozent der dort Beschäftigten sind Russen. »Stalin hat nach dem 2.Weltkrieg nicht versucht, durch die Ansiedlung der Industrie die Sozialstruktur in Estland zu verändern, sondern er hat der Einfachheit halber das Proletariat gleich mit den Werken mitgeschickt; das war ein großer Fehler«, meinen heute auch führende Mitglieder der estischen »Interbewegung«. »Die Industrialisierung, die uns hier aufgezwungen wurde, hat uns kein Glück gebracht«, bilanziert Heinz Fall, einer der Sprecher der estischen »Volksfront«, »sie ist von Rohstoffen aus anderen sowjetischen Republiken abhängig, die Produkte gehen meistenteils dorthin zurück. Uns bleibt die zerstörte Natur«.

In der Auseinandersetzung um Wirtschaftspolitik und Industrialisierung der baltischen Staaten, von Stalin unter anderem betrieben, um die Akzeptanz des Anschlusses des Baltikums an die UdSSR zu erhöhen, verwickeln sich die zahlreichen Konfliktlinien zu einem kaum lösbaren Knoten: ökologischer Protest gegen verheerende Umweltzerstörung, nationalistisches Ressentiment gegen die mit weiterer Industrialisierung verbundene Arbeitsmigration und kulturelle »Überfremdung« sowie Bemühungen um die Erhöhung ökonomischer Effizienz durch den Umbau der Wirtschaft.

Was von »Volksfront«-Sprecher Fall als Ausweg angeboten wird, zeigt nur, wie ausweglos die Lage ist: »Wir wollen wieder eine Situation schaffen, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg existiert hat, als 70 Prozent unserer Bevölkerung in der Landwirtschaft und in kleinen Betrieben gearbeitet haben und nur 20 Prozent lohnabhängig waren. Das entsprach unseren Möglichkeiten und hat eine die Ressourcen schonende Wirtschaftsweise zur Folge gehabt.« Gleichzeitig plädiert Fall aber für einen gemeinsamen Markt der drei baltischen Staaten, eine möglichst frei konvertierbare eigene Währung und eine Verbesserung der Versorgungslage durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen. Daß kleinbäuerliche Agrarwirtschaft, mittelständische Industrie und eine Orientierung auf EG und Weltmarkt nicht zusammenpassen, will er nicht glauben.

Daß es den Weg zurück nicht gibt, sehen allerdings auch viele »Volksfront«-Politiker in Estland und Lettland. Sie setzen vor allem auf scharfe Umweltauflagen, die Stillegung etlicher großer, der Moskauer Zentralregierung unterstellter Betriebe

und die Neuansiedlung rentabler, moderner Industriezweige, die entweder privatwirtschaftlich, als Kooperativen oder Aktiengesellschaften organisiert oder der Republik unterstellt werden sollen. Mit dem Gesetz über »Wirtschaftliche Autonomie«, das 1990 in Kraft treten soll, sind die Grundlagen für weitgehende Schritte in diese Richtung gelegt: Im Gesetz sind für Estland die Finanz- und Budgethoheit, außenwirtschaftliche Autonomie und die Ausgliederung der meisten estischen Betriebe aus der zentralen sowjetischen Wirtschaftsplanung festgeschrieben. Vergleichbares ist auch in Lettland und Litauen beschlossen worden.

Sowohl die baltischen Politiker als auch ihre Moskauer Unterstützer und Opponenten beurteilen die Entwicklung in den baltischen Staaten als »Wendepunkt in der Geschichte des ganzen Landes«. Im Baltikum ist die Vorherrschaft der Kommunistischen Partei so angegriffen, wie in sonst keiner Sowjetrepublik. Rede, Meinungs- und Organisationsfreiheit sind in einem außerordentlich großen Maß realisiert – mit der erheblichen Einschränkung allerdings, daß der Umgang der »Volksfronten« und der offiziellen Medien mit den »Interbewegungen« kaum als beispielhaft demokratisch gelten kann.

Selektiv ist auch die für die Mobilisierung der nationalen Bewegungen wichtige Aufarbeitung der eigenen Geschichte: Es ist das Verdienst der »Volksfronten«, ins Bewußtsein gerückt zu haben, daß die baltischen Staaten keineswegs freiwillig in den sowjetischen Staatenverbund aufgenommen wurden und daß im Zuge der Okkupation durch die Russen schwere Verbrechen, beispielsweise die Deportation von etwa 20.000 Lettinnen und Letten, darunter 5.000 Juden, kurz vor dem Überfall der Deutschen auf die UdSSR, begangen wurden. Zu behaupten, die Okkupation habe eine lange demokratische Tradition beendet, entspricht allerdings angesichts des bis dahin herrschenden baltischen bürgerlich-autoritären Regimes nicht der Wahrheit. Und auch der große Anteil, den estische, lettische und litauische SS-Einheiten an der Massenvernichtung der Juden im Baltikum hatten, ist in der aktuellen Geschichtsdiskussion kein Thema, gerade so, als könnten die Ereignisse der Jahre 1939/40 und 1944/45 unter Ausblendung des Faschismus gesehen werden. Auch der aus dem Widerstand gegen die realen grossrussischchauvinistischen Tendenzen legitimierte Kampf der Balten um größere nationale Autonomie wird durch fremdenfeindliche Wahl- und Einbürgerungsgesetze und eurochauvinistische Töne gegen die den »zivilisierten mitteleuropäischen Traditionen« entgegengesetzte »Ostkultur« desavouiert.

Der Nationalitätenkonflikt hat als Katalysator für die Umgestaltung der Wirtschaft gewirkt, gleichzeitig hat die Orientierung der baltischen »Volksfronten« auf die skandinavischen Länder Schweden und Finnland die Entwicklung auf sozialdemokratisch-kapitalistischen Kurs gebracht. Das ist der Hintergrund, vor dem auch die verschiedenen Linien der Moskauer Politik in dieser Frage gesehen werden müssen. Während viele Deputierte aus anderen Sowjetrepubliken im Obersten Sowjet den Prozeß im Baltikum mit Sympathie begleiten, weil sie hoffen, daß auch die Republiken, aus denen sie kommen, von Erfolgen der Balten im Kampf um mehr Unabhängigkeit von der

Zentralgewalt profitieren können, versuchen die konservativen Kräfte im ZK der KPdSU mit ihrer »Erklärung zur Lage in den sowjetischen Ostseerepubliken« eine Front gegen den Umgestaltungskurs insgesamt aufzubauen. Um dem entgegenzuwirken, scheinen auch linke russische Reformkräfte bereit, sich weitgehend unkritisch mit den Forderungen der »Volksfronten«, soweit diese nicht den sofortigen Austritt aus der UdSSR verlangen, und der Regierungspolitik der regionalen KPs zu solidarisieren. Gorbatschow selber hat Ende September in seinem »Bericht über die Nationalitätenpolitik der KPdSU unter den gegenwärtigen Bedingungen« lediglich eine Darstellung der im wesentlichen auf Forderungen der »Volksfront« basierenden Maßnahmen, wie Einführung der baltischen Sprachen als Staatssprachen, geliefert. Von seiner Seite, das hat sich in der Geschichte des Konflikts und auch in dieser Rede gezeigt, ist keine politische Initiative zu erwarten, die den auf die Loslösung zusteuernden Kräften das Ruder aus der Hand nimmt.

Daß die KP Lettlands einen dritten Weg zwischen opportunistischer Anpassung an die radikalen Fraktionen der »Volksfront« und bloßer Ausführung Moskauer Direktiven findet, hält Djars Skudra, stellvertretender Leiter der Presseabteilung des ZK, für die wichtigste Voraussetzung, damit seine Partei aus dem so heftig entbrannten Machtkampf nicht als bedeutungslose Sekte hervorgeht. Das folgende Gespräch mit ihm führte ich im September in Riga.

KONKRET: Betrachtet man von der BRD aus den Nationalitätenkonflikt in der Sowjetunion, gewinnt man den Eindruck, daß im Zuge von Glasnost und Perestroika jetzt auch ein zutiefst reaktionärer, nationalistischer Bodensatz nach oben gespült wird. Entspricht das Ihrer Wahrnehmung?

Skudra: Unsere Situation hier in Lettland weist sicher Merkmale auf, die den aktuell ausgetragenen Konflikt als Nationalitätenkonflikt erscheinen lassen. In den aktuellen Auseinandersetzungen engagieren sich auch wichtige Gruppen, die nationalen Charakter haben: die »Internationale Front der Werktätigen«, in der fast ausschließlich russischsprachige Menschen organisiert sind, oder die »Volksfront«, in der zu 88 Prozent Letten arbeiten. Es gibt aber nicht nur nationale Differenzen, sondern auch wichtige Unterschiede in den politischen Traditionen, auf die sich die Letten, die einmal einen unabhängigen, zeitweise demokratischen Staat hatten, und die Russen berufen, die erst in den Jahrzehnten nach dem Krieg hierhergekommen sind. Dazu kommen soziale und ökonomische Unterschiede. Die nationalen Probleme sind natürlich die, die an der Oberfläche sofort sichtbar sind und schnell auch begriffen werden können, die deswegen immer in den Mittelpunkt gestellt werden.

KONKRET: An ihnen entzünden sich auch die Konflikte, mit nationalen Themen sind die »Volksfronten« stark geworden.

Skudra: Das stimmt. Für die radikalen politischen Kräfte auf beiden Seiten ist das Nationale als Mobilisierungsinstrument von überragender Bedeutung.

KONKRET: Die Kommunistische Partei macht sich diesen Schwerpunkt zu eigen. Die Beschlüsse, mit denen sie in den letzten Monaten versucht hat, Sympathien in der Bevölkerung zu wecken, zielen alle aufs nationale Gefühl: das neue Sprachengesetz, die Deklaration über die Staatssouveränität der Republik, der Erlaß zur Beschränkung der Einwanderung, das Wahlgesetz...

Skudra: Die Gesetze haben nicht in erster Linie nationalen Charakter. Es geht uns z.B. mit dem Einwanderungsgesetz nicht darum, Angehörige anderer Nationalitäten aus Lettland herauszuhalten; wir versuchen nur, die unkontrollierte Einwanderung in den Griff zu bekommen. Wir wollen den sozialen Prozeß, der mit der Einwanderung verbunden ist, regulieren. Anders sind die gravierenden Probleme mit der Infrastruktur für uns nicht in den Griff zu bekommen. Um den Hintergrund der anderen Gesetze zu verstehen, ist ein Blick in die lettische Geschichte nötig. Im früheren, unabhängigen Lettland gab es eine Vielzahl von nationalen Minderheiten, die alle bestimmte, zum Großteil nun seit langem außer Kraft gesetzte Autonomierechte hatten: Es gab eine deutsche Schule, eine polnische, eine jüdische. Wir versuchen im Augenblick, diese Tradition nationaler Autonomie zu erneuern. In diesem Zusammenhang haben wir zum Beispiel in Riga die Einrichtung der ersten jüdischen Schule der gesamten Sowjetunion ermöglicht.

KONKRET: Gleichzeitig werden aber Schulen, in denen russischsprachige Schülerinnen und Schüler mit lettischsprachigen gemeinsam unterrichtet wurden, geschlossen und damit die Abschottung nationaler Gruppen voneinander unterstützt.

Skudra: Es gibt weiterhin, wenn auch sehr wenige, gemischte Schulen. Nach unserer neuen Politik sollen die Eltern entscheiden, ob gemischte Schulen aufgelöst werden oder weiterexistieren sollen.

KONKRET: Aber diese Politik, nach der russische Kinder in anderen Schulen erzogen werden als lettische, die nicht verhindert, daß in Großbetrieben fast nur russische Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt sind und in kleinen oder privaten Firmen fast nur lettische, die also die fast vollständige Trennung verschiedener Nationalitäten im sozialen und kulturellen Leben befördert, hat doch mit dem internationalistischen Anspruch einer kommunistischen Partei nicht mehr viel zu tun.

Skudra: Das ist eine oberflächliche Sichtweise. Am Beispiel des Sprachengesetzes läßt sich verdeutlichen, was für Überlegungen und was für eine Vorgeschichte unseren Entscheidungen zugrunde liegen: Es ging uns nicht nur darum, das Lettische zur Staatssprache zu erheben. Russisch soll, das ist eindeutig festgeschrieben, die Sprache für die zwischennationalen Kontakte sein. Das hat zur Konsequenz, daß die Zweisprachigkeit jetzt Praxis werden muß, während sie bisher lediglich ein theoretischer Anspruch war, tatsächlich aber als normal galt, daß die Letten zwar Russisch sprechen mußten, kaum jemand aus der russischsprachigen Bevölkerung aber die lettische Sprache beherrschte.

KONKRET: Die Kommunistische Partei ist mit diesem und anderen in den letzten Monaten verabschiedeten Gesetzen Forderungen der »Volksfront« nachgekommen. Sie handelt in der aktuellen Auseinandersetzung nicht als Avantgarde, die Initiativen für neue Entwicklungen gehen nicht von ihr aus. Gleichzeitig geraten die lettischen Kommunistinnen und Kommunisten auch unter Druck, der von Moskau ausgeht. Gibt es in dieser schwierigen Situation für Sie eine politische Perspektive jenseits der opportunistischen Anpassung an die »Volksfront« oder das Moskauer ZK-Plenum?

Skudra: Ich sehe unsere Situation nicht ganz so pessimistisch. Die »Volksfront« hat z.B. nur einen geringen Prozentsatz russischsprachiger Mitglieder. Das ist politisch angesichts des sehr hohen russischsprachigen Bevölkerungsanteils in Lettland ein ernstes Problem für sie. In der Kommunistischen Partei ist das Verhältnis von Russen zu Letten fast ausgewogen. Wir haben die Schwierigkeit, nach außen deutlich zu machen, daß wir in der nationalen Frage die Interessen auch der lettischen Bevölkerung vertreten. Deswegen gibt es seit einiger Zeit das »Aktionsprogramm der KP«, auf das einige Moskauer Politiker wenig begeistert reagiert haben. Aber die Beziehungen zwischen Moskau und Riga sind partnerschaftlich, nicht hierarchisch.

Wir sind mit einer völlig neuen, äußerst schwierigen Situation konfrontiert: Wir befinden uns seit zwei Jahren im politischen Kampf. Für eine Partei, die seit Jahrzehnten alleine und öffentlich unangefochten die Macht hatte, eine ungewohnte Situation. Wir müssen erst lernen, diesen politischen Kampf zu führen. Und das aus der in mancher Beziehung unvorteilhaften Lage, für die Regierungspolitik hierzulande verantwortlich zu sein und nicht nur griffige Losungen ausgeben zu können. Dazu kommt, daß wir unter erheblichem Zeit- und Erfolgsdruck stehen. Wir können die Lösung der anstehenden Fragen nicht lange hinausschieben, weil sich gerade die nationalen Kräfte dynamisch entwickeln und die Wahlen zum Obersten Sowjet im nächsten Jahr von erheblicher Bedeutung sind.

KONKRET: Eine zentrale Forderung der »Volksfront« ist die Loslösung Lettlands aus der Union der Sowjetrepubliken. Hat die Kommunistische Partei dazu eine eindeutige Position?

Skudra: Dazu müßte erstmal geklärt werden, was unter »Unabhängigkeit« verstanden wird. Ich persönlich meine z.B., daß es ein großer und guter Schritt in die wirtschaftliche Unabhängigkeit wäre, wenn Lettland auf seiner Bank 500 Millionen Dollar hätte. Wirtschaftliche Unabhängigkeit bedeutet nicht Loslösung von der Sowjetunion, sondern die Möglichkeit, Projekte zu realisieren, die aus unserer Sicht sinnvoll und notwendig sind – und wichtiger als andere, die wir jetzt realisieren, weil sie von der Zentralregierung in die Wege geleitet worden sind.

KONKRET: Können Sie ein Beispiel nennen?

Skudra: Es gibt einen Hafen bei uns, in dem es eine chemische Fabrik gibt, die auch als Umschlagplatz für unseren Ölexport in den Westen fungiert. Dieser Ölumschlag bringt der UdSSR Millionen Dollar, das ist eine ihrer wichtigsten Einnahmequellen – die Lettische Republik bekommt davon fast nichts, weil die Firma dem Moskauer Ministerium unterstellt ist. Unser Ziel ist es, daß wir dafür, daß wir die Infrastruktur und die Transitwege bezahlen und mit den ökologischen Problemen konfrontiert sind, auch einen Teil der erwirtschafteten Devisen bekommen. Damit könnten wir dann die Weiterentwicklung unserer Landwirtschaft investieren, könnten dringend nötige Umweltschutzprogramme finanzieren und ökologisch weniger problematische Wirtschaftszweige subventionieren. Im Augenblick fehlt uns für so eine selbständige, an den hiesigen Erfordernissen orientierte Wirtschaftspolitik die ökonomische Basis. Was die politische Unabhängigkeit betrifft, so meine ich, daß das auch für Kommunisten kein Tabuthema sein darf, wir müssen an dieser Diskussion aktiv teilnehmen.

KONKRET: Was heißt aktiv teilnehmen? Könnten auch Kommunisten ein Motiv haben, die Union zu verlassen?

Skudra: Teilnehmen heißt, den politischen Kampf führen. Und in diesem politischen Kampf geht es um viel mehr als um die nationale Frage: Wir versuchen hier in den baltischen Staaten eine moderne Wirtschaft und politische Demokratie aufzubauen. Das ist ein Vorhaben, das sich aber nicht auf Estland, Lettland und Litauen beschränken kann – auch die Leute in der Ukraine oder in Georgien sind in der Lage, diesen Weg zu gehen, und ich denke, sie müssen es auch. Wenn wir hier also diskutieren, die Sowjetische Föderation politisch umzubauen, ökonomisch anders zu strukturieren, dann, weil wir darin einen möglichen Weg zu mehr Demokratie, zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu mehr Kommunismus sehen. Weil wir diesen politischen Zusammenhang im Kopf haben, benutzen wir auch nicht die nationalistische Formel »Unabhängigkeit sofort!«, die suggeriert, eine Loslösung aus dem Verband der Sowjetrepubliken sei Voraussetzung für eine Lösung unserer Probleme. Kommunisten benutzen diese Parole nicht.

KONKRET: Kommunisten, zumindest lettische, sagen aber auch nicht: Wir bleiben auf jeden Fall im Staatenverbund mit den anderen sowjetischen Republiken. Stattdessen plädieren viele von ihnen nur für einen langsameren Loslösungsprozeß.

Skudra: Jetzt argumentieren Sie wie die Konservativen in der KPdSU. Die sagen auch: Jeder Schritt in Richtung auf ein neues Modell für unsere föderativen Beziehungen bedeutet bereits eine Loslösung von der Sowjetunion. Dem kann ich nicht zustimmen. Es stimmt, daß es bei uns in der lettischen KP zur Zeit einen Meinungspluralismus in dieser Frage gibt – es gibt wohl auch KP-Mitglieder, allerdings keine Funktionäre, die für eine völlige Loslösung von der Sowjetunion sind. Ich nehme freilich an, daß die im bevorstehenden Wahlkampf für den Obersten Sowjet von Lettland die Partei verlassen werden.

KONKRET: Derzeit gibt es in der »Volksfront« etwa 40.000 Mitglieder der Kommunistischen Partei – angesichts dieser Doppelmitgliedschaften und einer Zusammenarbeit zwischen KP und »Volksfront« in manchen Bereichen fragt man sich, worin der wesentliche Unterschied zwischen beiden besteht, ob es überhaupt eine politische Konkurrenz gibt?

Skudra: Die »Volksfront« ist von vornherein ein sehr heterogenes Bündnis gewesen: In ihr sind ehemalige Dissidenten aktiv, Künstler, Pastoren – und eben auch Kommunisten. Die Gemeinsamkeit besteht im wesentlichen darin, daß die nationale Unabhängigkeit gefordert wird. Daß die »Volksfront« so schnell so attraktiv auch für die breite Masse wurde, hängt sicher auch damit zusammen, daß politische Kritik hierzulande bis vor kurzem weitgehend unterbunden wurde und die »Volksfront« ein Forum und gleichzeitig einen gewissen Schutz bot. Jetzt, nach einem Jahr, nach gewissen Anfangserfolgen, ist die Frage, wie sich die »Volksfront« weiterentwickelt: Wird sie eine politische Partei, die mit der KP konkurriert? Das wäre so, wenn die Forderung nach »Unabhängigkeit jetzt« in ihr an Boden gewönne. Die Alternative ist, daß die »Volksfront« tatsächlich eine Volks-Front bleibt – und damit natürlich ein wichtiger Gesprächs- und Kooperationspartner für die KP.

KONKRET: Es steht zu erwarten, daß die durch die nationale Frage ausgelöste Konfrontation schärfer wird. Sie selber haben gesagt, daß damit in großem Stil mobilisiert werden kann. Gleichzeitig ist absehbar, daß sich auch die wirtschaftliche Lage in den nächsten Jahren verschlechtern wird – und die KP als Regierungspartei wird dafür verantwortlich gemacht werden. Sehen Sie da überhaupt noch eine Chance für die Kommunistische Partei, den Gang der politischen Dinge wesentlich zu beeinflussen?

Skudra: Am 10. Dezember finden in Lettland Kommunalwahlen statt. Die Ergebnisse, die unsere Kandidaten dabei erzielen, werden eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung unserer politischen Strategie sein. Wir müssen damit rechnen, daß in einigen Kreisen Kandidaten der »Volksfront« besser abschneiden als unsere und auch auf wichtige Posten

gewählt werden. Das müssen wir akzeptieren und damit umgehen-lernen. Wir müssen für die Zukunft deutlich machen, daß wir als Kommunisten uns unserer Politik in der nationalen Frage nicht zu schämen brauchen. Wichtig für uns ist aber vor allem, daß es uns gelingt, die Wirtschaftspolitik zum zentralen Thema zu machen: In diesem Bereich verfügen wir über eine herausragende Kompetenz, während die »Volksfront« hier programmatisch nichts zu bieten hat. Wir müssen deutlich machen, daß langfristig eine Verbesserung der Situation hier vor allem durch wirtschaftspolitische Maßnahmen erreicht werden kann. Davon müssen wir die Menschen überzeugen, und diese Überzeugung läßt sich nicht verordnen. Wenn wir die ökonomischen Probleme nicht lösen können, werden uns die Propagandisten mit ihrer nationalen Frage überrollen, und wir sind dann ganz schnell eine bedeutungslosen Sekte.

KONKRET: In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts war es gerade auch in Lettland riskant, Kommunist zu sein. Die KP war eine Kampf- und Agitationspartei. Heute ist die Mitgliedschaft in der KP Voraussetzung, um einen der vielen lukrativen Posten in der Bürokratie besetzen zu können. Wie soll diese erstarrte Staatspartei die Kraft aufbringen, den Meinungskampf auf der Straße zu führen und dem nationalen Ressentiment zu begegnen?

Skudra: Sicher bringen nicht alle KP-Mitglieder dieses Engagement zur Zeit auf. Andererseits hat ein Führungswechsel bis in die regionalen Untergliederungen der Partei stattgefunden. Und ich denke, daß die Perestroika-Prozesse sehr viele Kommunisten mobilisieren, diese Politik auch offensiv zu vertreten. Es gibt neue Leute in der KP, die mit viel Talent aufgetreten sind, und auch der nächste Wahlkampf wird wieder Namen von neuen Leuten, die sich wirkungsvoll und entschlossen engagieren, bekanntmachen.

Die KP verfügt über mehr Reserven, als manche denken. Diese Leute haben aber nicht nur die schwierige Aufgabe, gegen andere Positionen hart und eindeutig aufzutreten, sie müssen sich auch mit Vertretern bestimmter Positionen arrangieren. Es kommt derzeit alles darauf an, daß wir auf die ständig neu erwachsenden Anforderungen und die Vielzahl unvorhersehbarer Situationen undogmatisch antworten. Politik ist nicht nur Kampf, sondern auch Kunst, z.B. die Kunst, Verbündete zu gewinnen.

KONKRET: Zur Zeit ist Politik sicher auch die Kunst, zwischen »Volksfront« und dem konservativen Flügel der KPdSU zu lavieren. Halten Sie die Erklärung des ZK-Plenums zur Lage in den Ostseerepubliken nicht auch für eine deutliche Warnung an die Adresse der baltischen Kommunisten?

Skudra: Viele Konservative in Moskau gehen offensichtlich davon aus, daß die Prozesse in den baltischen Staaten schon heute nicht mehr maßgeblich von den hiesigen KPs beeinflußt werden, und sie befürchten, daß die Anhänger der »Unabhängigkeit jetzt!«-Fraktion bei den Wahlen die Mehrheit bekommen werden. Deswegen wollen sie die Notbremse ziehen. Ich beurteile den Einfluß der kommunistischen Parteien hier nicht so negativ und denke, daß die Möglichkeit besteht, die wichtigsten Fragen im politischen Dialog zu lösen – und darüber auch viel Einfluß zu behalten. Unruhen wie in Fergana wird es hier, auch das muß man bei der Beurteilung der Lage bedenken, definitiv nicht geben.

Wir bekommen aber riesige Probleme, wenn Interventionen aus Moskau hier benutzt werden können, um den Eindruck zu erwecken, die lettische Kommunistische Partei könne zwar viel versprechen, ohne Erlaubnis der Zentrale aber nicht wirklich etwas verändern. Wenn sich das festsetzt, haben wir keine Chance mehr, bei Wahlen unsere Vormachtstellung zu erhalten. Deswegen müssen die Beziehungen zwischen Riga und Moskau überdacht und sehr viel transparenter gemacht werden.

konkret 11/89, S. 26

Alexander Jakowlew

»Das ist das Unerwartete«

Am Rande eines Atomenergie-Seminars, das als Gemeinschaftsveranstaltung der GRÜNEN und der KPdSU im September in Moskau stattfand, sprachen Jutta Ditfurth, ehemalige Sprecherin im Bundesvorstand der Partei, Ralf Fücks, Sprecher im Bundesvorstand, Manfred Zieran, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft, und andere mit Alexander Jakowlew, Mitglied im Politbüro der KPdSU und Gorbatschow-Berater, über Probleme der »Umgestaltung« in der Sowjetunion Nationalitätenkonflikt, Wirtschaftskrise und die Bereitschaft der sowjetischen Führung, sich den Institutionen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems anzuschließen

Frage: *Sie kommen gerade vom ZK-Plenum – was gab es Interessantes?*

Jakowlew: Die Demokratie ist eine ganz schreckliche Erfindung, aber ohne sie geht es auch nicht.

Es sind Mitglieder und Kandidaten des Politbüros von »ihren Pflichten entbunden« und neue Mitglieder, Kandidaten und ZK-Sekretäre gewählt worden. Bedeutet das eine politische Verschiebung und wenn ja, in welche Richtung?

In eine gesunde Richtung! Sehen Sie: Veränderungen im Politbüro sind immer von politischem Charakter, sonst würde es nicht »politisches Büro« genannt werden. Andererseits würde ich diesen Aspekt nicht überbewerten. Es gab gegen niemanden persönliche oder politische Beanstandungen. Daß Einige in Rente gegangen sind, ist natürlich, denn es gibt bei uns im Politbüro die Regel, daß es funktionierende Mitglieder haben soll und keine Rentner. Ich würde aber die politische Seite dieser Angelegenheit nicht im Verabschieden dieser Genossen, sondern im Ernennen der Neuen sehen.

Der Nationalitätenkonflikt stand im Zentrum der ZK-Sitzung. Er könnte zum Sprengsatz für die politische Einheit der Sowjetunion werden.

Es ist klar, daß Sie diese Frage aufwerfen, ich hätte das an Ihrer Stelle auch getan. Aber Antworten haben wir, zumindest heute, nicht. Das heißt nicht, daß wir blind handeln – das Ziel, das wir uns gesteckt haben, kennen wir sehr gut: eine wirkliche Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft, die Veränderung der Rolle der Partei in der Gesellschaft und daß wir dem Sozialismus eine neue Qualität verleihen wollen. Aber wie wir das alles erreichen können, das wissen wir oft nicht.

In unserer Presse ist vor kurzem eine Karikatur veröffentlicht worden: Ein Mann im Pyjama stürzt aus seiner Wohnung und rennt zu einem Strick, als ob er sich aufhängen will. Ein Nachbar sieht ihn zu und fragt: »Was ist los, warum machst du das?« Der sagt: »Ich habe mich mit Zeitungen vollgelesen.« Ich glaube, das ist, so wie die Berichterstattung über das Leben in unserem Land läuft, verständlich. Tatsächlich wird von der Berichterstattung, vor allem im Ausland, der Eindruck erweckt, als ob bei uns Dinge geschehen, die wirklich Anlaß geben, den Kopf in die Schlinge zu stecken. Wissen Sie, ich spüre das an mir selbst. Wenn ich morgens die Zeitungen und Zeitschriften durchblättere, dann ist alles normal, nichts besonderes. Aber gegen Abend, wenn man eine Zusammenstellung aus dem Ausland bekommt, dann faßt man sich an den Kopf – aber nicht, weil sie lügen, nein, sondern weil alles Kritische wie in so einem kleinen Heftchen konzentriert wird. Ich will damit aber wahrhaftig nicht sagen, daß es diese schwerwiegenden Probleme bei uns nicht gäbe, die Sie mit Ihren Fragen angesprochen haben.

Die Nationalitätenkonflikte...

Die gehören zu den unerwarteten Effekten der Perestroika. Wir wußten, daß es Nationalitätenprobleme und Feindseligkeiten gibt, aber daß die Demokratie das alles an die Oberfläche bringt und Impulse gibt, die gleichzeitig in die unterschiedlichsten Richtungen führen, haben wir nicht zu prognostizieren vermocht. Wir hatten insgesamt eher den Eindruck, daß die Nationalitätenprobleme überall dieselben sind, sich überall auf ungefähr demselben Niveau befinden.

Aber jetzt beginnen wir, dies zu analysieren. Das Baltikum ist eine Sache, Transkaukasien ist eine andere, das Fergana-Tal eine dritte, obwohl es auch Gemeinsamkeiten gibt, z.B. die soziale Unzufriedenheit, die zu beheben wir die Perestroika begonnen haben. Aber als die Probleme, die unsere Perestroika an die Oberfläche gebracht hat, auf den Boden der Nationalitätenfrage hinüberschwappten, bekamen sie so eine nationale Färbung und die entsprechende Schärfe. Bis hin zu solch verbrecherischen Auswüchsen, wie sie im Fernaga-Tal z.B. passierten, oder die Morde im Kaukasus. Es wäre wohl möglich gewesen, vorauszusagen, daß die Nationalitätenprobleme an die Oberfläche treten werden. Aber daß sie in manchen Fällen in den Beziehungen zwischen den Menschen fanatische Formen, solche Formen von echtem Menschenhaß annehmen würden, hätte ich, offen gesagt, nicht gedacht.

Ich muß ehrlich sagen, ich hatte angenommen, daß es wahrscheinlich einen Kampf um wirtschaftliche Eigenständigkeit, einen um die politische Souveränität, für die Verteidigung der Nationalsprache und -kultur und -tradition geben würde, aber nicht, daß es bis zum Blutvergießen kommt, bis zum gegenseitigen Haß zwischen den Nationen. Das ist eben das Unerwartete. Aber wie dem auch sei, wir müssen damit fertig werden.

Es ist kein Zufall, daß gestern Michail Sergejewitsch (Gorbatschow) im ZK-Plenum alle Genossen zu Folgendem aufgerufen hat: Lassen Sie uns in einer normalen Föderation miteinander leben, lassen Sie uns vom unitären Staat

abrücken, lassen Sie uns eine Föderation, aber eine normale Föderation, aufbauen, mit wirtschaftlicher Eigenständigkeit, mit Sprachen- und Kulturautonomie, mit den nationalen Staatssprachen, mit dem gemeinsamen Besitz an den Bodenschätzen und allem anderen, mit der Verfügungsgewalt über das Eigentum auf der Ebene der Republiken und der Regionen. Lassen Sie uns jegliche Willkür der zentralen Behörden unterbinden, und lassen Sie uns dann sehen, was dabei herauskommt.

Mein Eindruck ist, daß dies Unterstützung auf dem Plenum bekommen hat, auch von unseren nationalen Unionsrepubliken. Aber um die verschiedenen Stimmungen zu überwinden, werden wir höchstwahrscheinlich noch Zeit brauchen. Wir werden keine Gewalt anwenden. Alles soll mit politischen Mitteln erreicht werden, mit Mitteln der Überzeugung. Dennoch kritisieren wir uns dafür, daß wir dort zu »barmherzig« auftraten, wo Verbrechen begangen wurden. Verbrechen müssen als Verbrechen behandelt werden.

Wie wird sich die Situation weiter entwickeln?

Gestern haben wir das Programm der KPdSU verabschiedet, und jetzt ist es Aufgabe des Obersten Sowjet, bzw. eine Sache des Kongresses der Volksdeputierten, über die einzelnen Bestimmungen des Programms zu befinden. Die Partei wird natürlich für seine Annahme kämpfen. Es wird dann die Aufgabe des Obersten Sowjet sein, dieses Programm sozusagen in die Sprache der Gesetze zu übersetzen.

Ich bin da optimistisch. Nach einem langjährigen Schweigen bricht nun alles hervor. Und die Menschen wundern sich, wie das alles passiert, wieso dieser ganze Lärm entsteht. Das entspricht den Gesetzmäßigkeiten der Psyche der Menschen. Hinter allen diesen Emotionen stecken ganz reale Dinge. Aber es mischen sich diesen richtigen Stimmungen, Strömungen und Forderungen manchmal zerstörerische, destruktive bei. Es gibt Personen, für die ist es gleichgültig, was zerstört wird, es ist nur wichtig, daß etwas zerstört wird: die Partei, die Kooperativen, die Demokratie. Andere schreien laut: »Die Demokratie muß vorangetrieben werden!« Wir befinden uns in einer Periode stürmischer Leidenschaften, und für uns ist das wichtigste, daß wir nicht in Panik geraten und Ausdauer haben und die Ereignisse realistisch einschätzen.

Was ist mit der ökonomischen Krise? Wie steht es mit der Wirtschaftsreform? In welche Richtung soll sie gehen?

Wir haben keine Tragödie, niemand hungert, die Menschen arbeiten, die Pläne werden erfüllt. Die Streiks fügen der Wirtschaft natürlich Schaden zu, und im Unterschied zu den Streiks bei Ihnen ist das ein Schaden für uns alle. Gestern, während des ZK-Plenums, wurde ein interessanter Gedanke zum Ausdruck gebracht. Ein Redner kritisierte unsere Regierung. Warum, sagte er, hat unsere Regierung drei Milliarden Rubel für die Bergleute aus dem Kuznezker Becken und aus dem Donez-Becken zur Verfügung gestellt? Hat die Regierung uns vorher gefragt? Woher hat die Regierung plötzlich dieses Geld? Wenn dieses Geld vorhanden war, warum hat sie es dann nicht früher verteilt? Ich glaube, die Regierung wird es schwer haben, diese Fragen zu beantworten.

Werden Sie einen Weg wie Polen oder Ungarn einschlagen, Richtung kapitalistische Marktwirtschaft?

Wir werden niemandes Weg beschreiten, wir werden unseren eigenen Weg gehen. Aber alles, was wir für nützlich halten und was unsere Aufmerksamkeit findet, können wir auch übernehmen. Wir wollen kein Sektierertum betreiben, wir sind offen.

Wie sieht es aus mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Ländern, speziell der Bundesrepublik?

Es ist mir bekannt, daß in der westlichen Presse, auch in den politischen Kreisen, folgender Gedanke sehr oft zum Ausdruck gebracht wird: Sollen wir uns überhaupt mit der Sowjetunion einlassen? Wie sicher ist die Machtposition Gorbatschows? Vielleicht passiert irgendetwas, und wir verlieren unser Kapital. Jedem steht es frei, selbst zu entscheiden, was zu tun ist. Wir können und wollen niemand zwingen. Wir haben auch nicht vor, zu bitten: »Helft uns, helft uns.. .« Wir sind bereit zur Zusammenarbeit.

Auf der Tagesordnung des Obersten Sowjet und des Zweiten Kongresses stehen Entwürfe wie die für das Gesetz über Eigentum, das Gesetz über Grund und Boden, das Gesetz über lokale Wirtschaft und lokale Selbstverwaltung, das Gesetz über wirtschaftliche Eigenständigkeit der Republiken und Regionen oder das Gesetz über die Pacht und die Pachtbeziehungen. In Vorbereitung sind Gesetze über Unternehmen und Unternehmenstätigkeit. Alle diese Gesetze werden, wenn sie von unserer höchsten Macht beschlossen werden, eine echte Revolution in den Wirtschafts- und Produktionsverhältnissen bedeuten. Sie sehen also, was unsere Perestroika vorhat: die Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse. Unsere heutigen Produktionsverhältnisse sind zu milde in bezug auf all den Unfug, der in der Produktion gemacht wird, sie dulden Verluste, Mißwirtschaft.

Alle Vertreter der Wirtschaft Ihres Landes, mit denen ich mich getroffen habe, kritisieren uns und sagen: Daß Sie da oben, also an Ihrer Führungsspitze diese Demokratie begonnen haben, das ist richtig, aber daß Sie gleichzeitig diese Demokratie auch ganz unten an der Basis, in der Produktion entwickelt haben, das wird zu Mißerfolgen und zum Scheitern führen. Wir in Westdeutschland, sagen sie uns, sind für breiteste Demokratie auf Parlamentsebene und Diktatur in der Produktion. Das sind ihre Ratschläge.

Das Parlament ist bei uns nicht so demokratisch.

Ich sage Ihnen auch nicht, wer mir das alles gesagt hat. Aber ich kann Ihnen sagen, daß diese Meinung unter denen, die ich getroffen habe, ziemlich verbreitet war. Es gibt in der Zusammenarbeit mit dem Westen einen Umstand, der mich, ich möchte mich vorsichtig ausdrücken, ein bißchen irritiert. Es war vor einem Jahr, bei meinem Gespräch mit Unternehmern, Bankenvertretern, Vertretern westlicher Industrie, nicht nur aus Ihrem Land. Sie haben uns gesagt: Wir sind bereit zur Zusammenarbeit, aber Sie haben kein Gesetz zum Schutz unserer Investitionen, und wir können nicht so einfach unser Geld zum Fenster hinauswerfen. Jetzt haben wir Abkommen, praktisch mit allen führenden Ländern, über regierungsamtliche Garantien für getätigte Investitionen, aber es gibt keine Vorwärtsbewegung. Oder wenn es sie gibt, ist sie nicht besonders stark. Aber ich muß gerecht sein: Ich würde die Dynamik unserer Behörden im Bereich der Wirtschaft auch nicht allzu hoch einschätzen.

Was bedeutet die Wirtschaftsreform und die Veränderung der sowjetischen Gesellschaft für die Ökologie?

Das ist einer der wichtigsten Bestandteile der Perestroika. Er steht nicht außerhalb der Aufmerksamkeit von Parteiführung und Regierung, aber manchmal kommt es zu Widersprüchen. Uns kritisieren zur Zeit alle dafür, daß hier eines schönen Tages plötzlich ein großer Mangel an Seife und Waschmittel entstand. Unter dem Druck unserer Grünen vor Ort haben die lokalen Behörden insgesamt 39 Seifenfabriken geschlossen; jetzt stehen wir ohne Seife da. Jetzt kaufen wir sie bei Ihnen, bei Ihnen werden diese Seifenfabriken nicht geschlossen. Wir waren vorschnell, wir haben das nicht gut durchdacht. Man hat in einem Gebiet des Landes die Seifenproduktion eingestellt, hat auf die Nachbargebiete gehoR, aber die haben ihre Seifenproduktion auch eingestellt.

Das klingt gut, aber wir hegen gewisse Zweifel, daß das der wirkliche Grund war.

Leider ist das der wirkliche Grund. Welcher Grund soll es sonst sein?

Die Betriebe wurden wahrscheinlich wegen massiver ökologischer Belastungen geschlossen. In den alten Seifenfabriken fallen zum Teil noch große Mengen von Quecksilberabfall an, der das Wasser vergiftet hat.

Sie sind ja alle schon vor so langer Zeit gebaut worden, sie hatten nicht die notwendigen Kläranlagen. Was die Ökologie anbelangt, ist das ganz richtig gemacht worden mit dem Schließen der Fabriken. Aber offensichtlich hätte man einen Koordinationsplan gebraucht, welche Fabrik wann geschlossen wird, damit das Land nicht in die Situation gerät, in die wir jetzt geraten sind. Darauf kommt's an. Ohne Kompromisse zwischen Natur und Mensch wird weder die Natur noch der Mensch weiterleben können.

Dazu braucht man nicht unbedingt mehr Marktwirtschaft oder mehr Importe, sondern ökologische Beratung bei der Planung von Industrieanlagen.

Wir sind am Anfang. Es ist natürlich eine Frage der Planung. Eine Aufgabe der Perestroika besteht darin, daß sich die Wirtschaft dem Menschen zuwenden soll. Unsere Wirtschaft hat nur für sich selbst gearbeitet. Wenn irgendwelche Werkzeuge, überhaupt irgendwelche Erzeugnisse notwendig wurden, wurden ganze Betriebe aus dem Boden gestampft, während vielleicht im Nachbarbetrieb leere Werkshallen standen. Mit einem Schichtkoeffizienten von 0,9 konnten nicht einmal richtige Schichten gefahren werden. Bei Ihnen dagegen, in Betrieben mit fortschrittlicher Technologie, arbeiten Sie im Dreischichtsystem, und anders ist das in der Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution auch kaum zu machen, sonst bleibt man zurück. Nur der Sozialismus kann sich so einen Luxus leisten wie einen Schicht-Koeffizienten von 0,9.

Die Technologie hat sich auf einer technokratischen Grundlage entwickelt. Wir müssen sie dem Menschen zuwenden, aber das ist schrecklich kompliziert, das können wir nicht im Nu tun. Jetzt findet bei uns eine Konversion statt, in der Rüstungsindustrie. Das ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine soziale Frage. Ein Genosse z.B., der zu den Wahlen zum Obersten Sowjet aufgestellt war, wurde nicht gewählt, nur weil er sich in seinem Wahlkreis für die Konversion ausgesprochen hat. Die Arbeiter ließen ihn durchfallen. Das sind Widersprüche, mit denen wir zu tun haben.

Im nächsten Fünfjahrplan werden unsere Mittel für ökologische Maßnahmen um das Mehrfache erhöht. Es geht nicht so sehr darum, wie man die gegenwärtige Situation verbessern kann, obwohl wir das auch tun werden, sondern daß wir keine neuen Dummheiten mehr zulassen dürfen. In manchen Gebieten verbieten wir z.B., daß die Ufer von Seen oder Flüssen unter Pflug genommen werden; daß Viehzuchtfarmen nicht an Wasserreservoirs gebaut werden, wurde im Gesetz verankert. Es entstehen Kooperativen, um die Flüsse von Baumstämmen, die beim Flößen gesunken sind, zu befreien. Die Kooperativen werden am besten damit fertig. Unsere ökologischen Gesellschaftsorganisationen sind sehr wachsam. Sie beobachten, ob irgendwo Verletzungen der Umwelt passieren, ob irgendwo die Errichtung von Kläranlagen und dergleichen mißachtet wird.

Jemand sagte uns: Der Versuch, die zum Teil gescheiterte zentralistische und bürokratische Planwirtschaft mit kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Elementen zu kombinieren, das sei so, als ob man in einer Gesellschaft, die den Rechtsverkehr im Autoverkehr hat, beschließt, auf Linksverkehr umzustellen, aber für eine Weile eine Übergangszeit hat, wo man sagt: Okay, die PKW-Fahrer, die dürfen noch rechts fahren, aber die LKWs fahren schon mal links. Das gibt

Chaos. Müßte man nicht die Planwirtschaft umgestalten, demokratisieren, dezentralisieren und die betriebliche Selbstbestimmung so koordinieren, daß sich nicht durch Leistungsanreize und Prämiensysteme einzelbetriebliche Egoismen entwickeln, die immer gegen Ökologie gerichtet sein werden und Teil einer Struktur sind, die auch jene sozialen Probleme bringen wird, die wir zur Genüge kennen, Arbeitslosigkeit zum Beispiel?

Ja, diese Frage steht im Raum. Gestern haben wir in unserem Programm in Bezug auf unsere Wirtschaftsreform noch einmal die Vollbeschäftigung bestätigt. Aber Sie haben natürlich recht: Daß etwas reingeschrieben wird, ist eine Sache, aber etwas ganz anderes ist, was in der Praxis daraus wird. Schon jetzt haben wir in manchen Regionen des Landes einen Überfluß an Arbeitskräften. Das betrifft vor allem Regionen mit islamischer Bevölkerung.

Wir haben uns nicht vorgestellt, daß der Gruppenegoismus so stark sein würde. Wir haben den Betrieben Rechte gegeben, und sie haben nun u.a. einen Fond für die Sozialentwicklung, aber sie vergeben das als Lohn. Unter anderem dadurch kam es im Laufe der letzten zwei Jahre dazu, daß sich in unserer Gesellschaft eine riesige Geldmasse angesammelt hat. Wir sprechen heute schon von einer Krise des Konsummarktes. Wir haben immer mehr produziert, aber auf dem Konsummarkt ist nichts da, weil diese große Geldmasse wie ein prähistorisches Monstrum ist, das alles wegfrißt, was ihm in den Weg kommt. Und was sollen wir diesem Monster noch zum Fraß vorwerfen?

Es gibt verschiedene Ideen, in der Regierung werden außerordentliche Maßnahmen zur Sanierung unserer Finanzen ausgearbeitet. Die Situation ist bei uns so, daß lediglich 40 Prozent der Geldmasse durch Konsumwaren gedeckt sind. Die Geldmenge, die die Menschen in der Hand haben, ist in den letzten zwei Jahren um 30 Prozent gewachsen, also das, was sie als Lohn mehr bekommen. Die Arbeitsproduktivität ist um 5 Prozent gestiegen, bei den Konsumgütern liegt die Wachstumsrate bei 12 Prozent. Gorbatschow hat ein Beispiel genannt: In den 50er Jahren gab es bei uns etwa 42 kg Fleisch pro Kopf der Bevölkerung, jetzt haben wir etwas mehr als 60 kg pro Kopf jährlich. Butter wurde produziert, also ich weiß die genaue Zahl nicht, aber die Hälfte von dem, was heute an Butter produziert wird. Aber in den 50er Jahren lagen überall in den Geschäften alle Sorten Fleisch, Butter und alles andere. Jetzt produzieren wir das Doppelte, können es aber nicht kaufen, weil so viel Geld im Umlauf ist.

Wollen Sie Mechanismen kapitalistischer Wirtschaftsformen übernehmen? Was erhoffen Sie sich davon, oder haben Sie Alternativen?

Erstens, wir suchen ein Verständnis des Marktmechanismus auf sozialistischer Grundlage. Wir sprechen, und das geht aus unseren politischen Beschlüssen hervor, von der Schaffung eines sozialistischen Marktes. Der Markt ist keine Erfindung des Kapitalismus oder des Sozialismus, auch keine Erfindung des Feudalismus, sondern wurde von Menschen erfunden zu der Zeit, als sie von der Naturalwirtschaft zum Tausch kamen.

Nun könnte man einen »sozialistischen Markt« für einen Widerspruch in sich halten. Aber in Anerkennung aller positiven Seiten des Marktes und in der Überzeugung, daß der Tausch von Arbeitsäquivalenten nur auf einem Markt möglich ist, da kein Staat wissen kann, was die eine oder andere Ware kostet, sprechen wir trotzdem von der Schaffung eines sozialistisches Marktes. Und zwar deshalb, weil wir eine Variante des Marktes finden wollen, die die sozialen Interessen der Menschen schützt. Erstens, damit es keine Arbeitslosigkeit gibt, zweitens, damit die Inflation sich unter einer sehr strengen Kontrolle befindet, und drittens, damit der Markt für sich nicht die dominierende Kraft wird, die etwa die Menschen in reiche und arme teilt. Aber, wie kann das gemacht werden? Das ist nicht einfach.

Wir müssen dabei eine regulierende Rolle für den Staat finden. Diese Rolle muß die Rolle des Staatsanwaltes sein, damit der Markt als solcher, indem er die Funktion des Tausches von Arbeitsäquivalenten erfüllt, gleichzeitig auch die sozialen Interessen der Menschen wahrt. Darüber finden bei uns Debatten statt.

Ganz konkret zu den Marktverhältnissen: Was ist mit den Defiziten, werden die unter den Teppich gekehrt? Was ist dann mit der Inflation? Und schließlich setzt der Markt noch eine weitergehende Arbeitsteilung voraus, auch eine größere internationale Arbeitsteilung. Und dann kommt sofort die Frage: Wie ist es mit der Konvertibilität unserer Währung? Sie sehen: Indem ich auf Ihre Frage geantwortet habe, habe ich noch mehr Fragen gestellt. Aber, glauben Sie mir bitte, wenn wir Antworten wüßten, hätte ich sie Ihnen gesagt.

Sie wollen eine Variante des Marktes schaffen, die die sozialen Bedürfnisse der Menschen schützt, sie wollen sich aber auch am kapitalistischen Weltmarkt beteiligen und ihrer Ökonomie durch Beitritt zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfond aufhelfen. Nun sind aber diese Institutionen für die Völker der Dritten Welt Ausbeuterinstitutionen die zudem zur Zerstörung der globalen Ökologie beitragen. Insofern ist die Frage der Effizienz eine relative, gerade gemessen an den Zielen, die ein sozialistischer Staat, im Unterschied zu einem kapitalistischen, hat oder haben müßte. Wie wird das in der UdSSR diskutiert, daß einerseits von den Staaten der Dritten Welt und auch von linken Kräften innerhalb der kapitalistischen Staaten eine Abschaffung dieser Institutionen gefordert wird und andererseits die neue Politik der UdSSR diesen fortschrittlichen Kräften objektiv in den Rücken fällt?

Zur Zeit tun wir überhaupt nichts zur Lösung dieses Widerspruchs. Wissen Sie, ich habe nicht »Marktwirtschaft« gesagt, ich habe »sozialistischer Markt« gesagt mit Blick auf die regulierende Rolle des Staates. Wenn ich von dieser regulierenden

Rolle des Staates spreche, verstehe ich darunter ein System von Gesetzen, also bestimmte Gesetze zur Ökologie, Gesetze zur Inflation, Gesetze über den Lebensstandard, über die Beschäftigung usw. Es sollen klare Vorschriften da sein, für Umschulungen oder den Bau neuer Betriebe, damit Vollbeschäftigung gewährleistet werden kann. In Usbekistan sind wir jetzt gezwungenermaßen dabei, diese Fragen zu lösen. Wir brauchen dort verarbeitende Betriebe, Betriebe der Leichtindustrie. Dabei werden nicht nur die ökonomischen, sondern natürlich auch die sozialen Aufgaben gelöst. Wir können nicht einfach mir nichts, dir nichts, die Marktwirtschaft einführen – was würde mit den Menschen geschehen?

Aber was ist nun mit der Mitgliedschaft in IWF und Weltbank, die gegen die sozialen Interessen der Menschen in der Dritten Welt stehen würde. . .

Für uns ist diese Frage nicht aktuell. Bis jetzt will uns ja keiner reinlassen. Die Amerikaner gewähren uns nicht einmal die Meistbegünstigungsklausel im Handel.

Wollen Sie oder wollen Sie nicht in die Weltbank? Daß Ihr Antrag erst mal abgelehnt wird, heißt nicht, daß er nicht existiert.

Also, wir diskutieren diese Frage überhaupt nicht. Einfach aus dem Grunde, weil wir überhaupt keine Zeichen sehen, daß wir den Zutritt bekommen. Wir haben es mit dem GATT versucht, dem allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, aber man hat uns nicht reingelassen.

Hat die Demokratisierung gerade erst begonnen, oder geht sie schon zu Ende? Wohin führt sie, welche Rolle spielen gesellschaftliche Institutionen, und welche Rolle spielt die KPdSU?

Also, die Demokratisierung unserer Gesellschaft wird in dem Geist weitergehen, wie sie von uns begonnen wurde. Es kommen jetzt die Neuwahlen zu allen örtlichen Sowjets, das beginnt mit den Siedlungen und Dörfern und geht bis zu der Ebene der Republiken. Es kommt auf uns sehr viel Arbeit zu, umso mehr, als bis zu dem Zeitpunkt der Wahlen unser Gesetz über die lokale Selbstverwaltung und Wirtschaft verabschiedet sein wird. Im Sommer des nächsten Jahres wird in der Partei die Wahl- und Rechenschaftskampagne durchgeführt, im Oktober des nächsten Jahres unser Parteitag. Und wir haben sehr große Hoffnung, daß das viel zur weiteren Demokratisierung der Partei beitragen wird, zur Erneuerung der Partei. Neue Kader kommen, es kommt ein neuer Stil der Arbeit und auch eine neue Rolle, die der politischen Avantgarde.

Wird die KPdSU ihre exekutive Rolle aufgeben?

Natürlich, natürlich. Die Funktionen der gesetzgebenden, ausführenden und gerichtlichen Gewalt müssen exakt gegeneinander abgegrenzt werden. Die Partei wird weder die erste noch die zweite noch die dritte Gewalt innehaben, sie wird lediglich die politische Avantgarde bleiben. Unsere Politik wird von den Kommunisten, den Parteimitgliedern ausgeführt, die überall dort arbeiten, wo sie gewählt werden. Das ist für uns eine sehr ernstzunehmende Prüfung, für uns alle bedeutet das große Veränderungen. Ich weiß nicht, ob es jemand jetzt überhaupt wagen würde, alle Pluspunkte und Minuspunkte mal zu kalkulieren. Ich werde das nicht wagen. Aber wir werden uns in diese Richtung bewegen.

Welchen Weg wird die KPdSU empfehlen: den der Demokratie und der Fraktionsbildung in einer Partei oder den Weg eines westlichen Mehrparteiensystems?

Ich weiß nicht, ob es Aufgabe unserer Partei ist, andere Parteien zu bilden. Was die Fraktionsbildung angeht: Wir verwenden diesen Ausdruck nicht, wir haben heute eine solche Meinungsvielfalt in der Partei, daß ich kein anderes Beispiele von Fraktionen nennen könnte, die eine solche Meinungsvielfalt hätten. Das Problem, das wir mit Pluralismus und Meinungsvielfalt haben, ist, daß wir uns verständigen müssen, z.B. wenn Beschlüsse gefaßt worden sind, müssen sie auch von allen ausgeführt werden.

Redaktion des Gesprächs: Jutta Ditfurth

konkret 11/89, S. 32

Charlotte Wiedemann; Bruno Feige

Etwas andere Großmacht

Während bei den Konservativen noch darüber gestritten wird, wie lautstark die Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 gefordert werden soll, haben sich die bundesdeutschen Sozialdemokraten schon ans Werk gemacht. Sie konzipieren die etwas andere Großmacht Deutschland modern und effizient: des Revanchismus unverdächtig und doch der wesentliche Profiteur der Erosion des »Ostblocks«. Von der »Selbstbehauptung Europas« wird geredet, Deutschland, Deutschland über alles ist gemeint

Die Sozialdemokraten bereiten sich darauf vor, 1990 die Regierung zu übernehmen. Sie tun dies in einer Zeit, in der die Nation zum Sprung ansetzt: Sie ist zwar noch keine Großmacht, sie benimmt sich aber schon so, als sei sie eine. Ein deutscher Konzern, Daimler-Benz, übernimmt in Westeuropa und anderswo die System-Führerschaft. Hand in Hand mit Edzard Reuter fordern und fördern Sozialdemokraten und Konservative nach Kräften den Aufbau einer bemannten deutschen Raumfahrt – eines der klassischen Insignien von Großmächten. Kapital aus der Bundesrepublik wird, angetrieben von Politikern aller Parteien, Polen und Ungarn so lange helfen, bis diese in ihrem eigenen Land gar nichts mehr zu sagen haben und kein hiesiger Konservativer mehr sich veranlaßt sehen wird, eine jener mühseligen und so fruchtlosen Grenzdebatten anzuzetteln. George Bush bat Helmut Kohl bei seinem letzten Besuch, er möge doch sein »partner in leadership« sein, und sogar Richard von Weizsäcker, der weltweit die Veranstaltung harmloser darstellt, als sie ist, räumt ein: »Eine Großmacht sind wir nicht, aber ein Spielball anderer auch nicht.«

Der »Ostblock« erodiert schneller, als dpa es melden kann. Da bieten sich ungeahnte Chancen, weil Macht und Märkte neu verteilt werden, da kann nur der gewinnen, der rasch und entschlossen zugreift. Die Konservativen, das zeigt sich immer mehr, können das nicht: Ihr Personal taugt nicht viel. Die Widersprüche im eigenen Lager gehen tief. Mißtrauen in östlichen Ländern ihnen gegenüber ist immer noch reichlich vorhanden. Wiedervereinigung gegen europäische Einigung, neue Ostpolitik gegen alten Revanchismus, atlantische Bindungen gegen westeuropäische, solche Konflikte halten auf. Länger als ein Jahr mußte Helmut Kohl mit seinen Parteifreunden Waigel und Dregger feilschen – jetzt erst lassen sie ihn nach Polen reisen. Die Rücksicht auf nationalistische und rechtsradikale Wähler kostete viel Zeit, und Zeit ist Geld. Wenn Theo Waigel und andere wieder einmal Grenzdebatten führen, dann müssen erst Außenminister und Bundespräsident die erhitzten Gemüter im Inund Ausland beruhigen, bevor die Arbeit weitergehen kann.

Wer heute noch in den Grenzen von 1937 denkt, hält auf. Es geht um mehr, und das wiederum ist die Chance der Sozialdemokraten: die, erfahren im Ostgeschäft und des Revanchismus unverdächtig, klare Positionen in allen Grenzfragen und zum hitlerdeutschen Faschismus bezogen haben und dennoch allzeit bereit sind.

Ein Gespenst geht um in Osteuropa – das Gespenst der Sozialdemokratie. Genüßlich erzählt man sich in SPD-Kreisen diesen Witz. Wer hätte denn auch vermutet, daß der »Wandel durch Annäherung« einmal dies Ergebnis zeitigen würde? Auch wenn es sich die Architekten der »neuen Ostpolitik« in der Ära Brandt so nicht einmal in ihren kühnsten Träumen vorgestellt haben: Sie bereiteten den Boden dafür, daß die Bundesrepublik heute als erste von der Erosion des »Ostblocks« profitiert. Als wichtigster Handelspartner und größter Gläubiger der RGW-Staaten, zugleich Hegemonialmacht in der EG, kann die Bundesrepublik den realsozialistischen Staaten die Bedingungen weiteren Wandels diktieren. Was sich die neuen deutschen Herren bereits wieder leisten können, das zeigen sie im Umgang mit Polen. 50 Jahre nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht nimmt Alfred Herrhausen, Deutsche Bank, die Sache in die Hand: Die westlichen Industriestaaten sollten eine »Anstalt zur wirtschaftlichen Erneuerung« Polens gründen und finanzieren. Er sei davon überzeugt, daß Polen dagegen nichts einzuwenden habe, selbst wenn diese Anstalt unter ausländischer Kontrolle stehe; Wolfgang Roth, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, betonte sogleich, dieser Vorschlag stimme mit den Vorstellungen der SPD voll und ganz überein.

Von der Souveränität Polens oder Ungarns zu sprechen, das hat sich auch die bundesdeutsche Sozialdemokratie längst abgewöhnt. Geld und Hilfe soll nur der bekommen, der guten Reformwillens ist, der alles so ändert, wie die SPD es haben will. So legte sie dem Bundestag jüngst eine Entschließung zur Abstimmung vor, in der es unter anderem heißt: »Der Deutsche Bundestag unterstreicht jedoch, daß das Ausmaß der wirtschaftlichen Unterstützung seitens der Bundesregierung und Westeuropas für Polen und Ungarn davon abhängig sein muß, wie umfassend und schnell die wirtschaftlichen Reformen weiter vorangetrieben« werden.

Wolfgang Roth weiß bereits genau, wohin Polen und Ungarn getrieben werden sollen: »Reformen müssen vor allem auf Preisreformen zielen, also eine markt- und kostenorientierte Preisgestaltung«, und dies bedeute für die Bevölkerung, von der bereits »große Teile in Armut leben«, höhere Mieten, höhere Lebensmittelpreise, höhere Arbeitslosigkeit »und weitere Einschränkungen des Lebensstandards«. Kredite müsse man dorthin lenken, »wo die besten Aussichten auf Ertrag bestehen«. Die Entscheidungen über die Verwendung der Kredite »treffen ausschließlich die Kreditgeber«, und auf keinen Fall dürfe der Westen »pauschale Kreditmittel« zur Verfügung stellen. Gibt es noch etwas zu beachten, Herr Sozialdemokrat? Ach ja, besonders großzügig sollen alle Investitionen im Umweltschutz gefördert werden, seien doch

global gesehen »strikte Umweltschutzauflagen bei uns weniger effektiv, als etwas weniger strikte Auflagen bei uns und dafür mehr Umweltschutzanstrengungen in Osteuropa«; so hat nicht nur jener Unternehmer was vom Niedergang des Ostblocks, der dort direkt seine Geschäfte betreibt – schließlich gewährt beispielsweise Ungarn bei Neugründungen in den ersten vier Jahren Steuerfreiheit – , der Unternehmer hier darf dafür ein bißchen mehr Dreck machen.

Es wundert niemand mehr, daß die Sozialdemokraten auch keinen Gedanken an die Souveränität Polens verschwendeten, als Lech Walesa auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, in Anwesenheit der Arbeiterführer Brandt, Breit, Vogel, Ehmke und anderen, vor dem bundesdeutschen Kapital niederkniete: »Kommt mit Euren Banken.« Und: »Ich kann Ihnen in jedem Bereich den Beweis führen, daß Sie bei uns mehr verdienen können als irgendwo anders.« Mit Schmunzeln goutierten sie vielmehr dieses Angebot zum Winterschlußverkauf, ließen sich mit solchen und ähnlichen Äußerungen länger als eine Stunde vom Norbert Blüm der polnischen Arbeiterbewegung auf das trefflichste unterhalten. Sie sahen und hörten einem Lech Walesa zu, der sich demütigte und sein Land zum Schleuderpreis anbot. Es traf sie nicht, es war für sie Amüsement, manchmal wackelte Karsten Voigt sogar mit seinen Ohren, soviel Spaß hatte er. Wer zuläßt, daß sich seine ideologischen Freunde öffentlich so demütigen, wie mag der erst mit jenen umgehen, die versuchen wollen, von der Idee des Sozialismus und des planvollen Aufbaus der Gesellschaft noch zu retten, was zu retten ist?

Wirtschaftspolitik alleine reicht natürlich nicht. Die sozialdemokratische Neuordnung des Ostblocks verlangt nach einem politischen Konzept, und Karsten Voigt hat es bereits geschrieben. Das Motto ist ganz unverfänglich: »Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten«. Gemeint ist das Tempo der Annäherung an Marktwirtschaft und westliches Parteiensystem, und damit im Gemenge der Überblick nicht verloren geht, hat Voigt ein Modell konzentrischer Kreise entworfen, das man sich auch als Staffelung von Hinterhöfen veranschaulichen kann:

Auf dem Ausguckposten im innersten Kreis von »Gesamteuropa« sitzt die Nato. Sie soll nämlich, schreibt Voigt, »westliche politische Initiativen zur Gestaltung des Wandels koordinieren«. Den inneren Kreis selber hält die Westeuropäische Verteidigungsunion (WEU) besetzt, die nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten der europäische Pfeiler der Nato werden soll. Dort will man natürlich unter sich bleiben, mit Geld, Macht und Atomwaffen. Schon im nächsten Kreis beginnt aber die »systemöffnende Zusammenarbeit«: Die EG solle, so schlägt Voigt vor, all jenen Staaten die Mitgliedschaft anbieten, die hierzu »aufgrund ihrer demokratischen Ordnung« und ihres »wirtschaftlichen Entwicklungsstands in der Lage« seien. Vergleichsweise kurzsichtig wollen manche Konservative immer noch die EG zum westeuropäischen Nato-Pfeiler machen und damit auf sie als Instrument zur Aufweichung des Ostens verzichten. Zurück zum Modell: Wer für die Aufnahme in die EG wirtschaftlich noch nicht reif ist, aber zumindest einen »weiteren Fortschritt in der Demokratisierung« attestiert bekommt, darf im äußeren Hof des westlich hegemonisierten »Gesamteuropa« partizipieren: Da winkt die Mitgliedschaft im Europarat.

Wie selbstverständlich dabei Sozialdemokraten unter westeuropäischen Interessen die der Bundesrepublik verstehen, zeigt folgende Randepisode: In einer zweiten Fassung seines Texts, veröffentlicht in der Zeitschrift »Europa-Archiv«, hat Voigt an manchen Stellen das Wort »Bundesrepublik« einfach durch »Westeuropa« ersetzt.

Die Nato läßt sich ihrerseits nicht lange bitten, im Sinne Voigts aktiv zu werden. Auch Generalsekretär Manfred Wörner hat die »Vision« eines »ungeteilten Europa« und betont den feinen Unterschied zwischen der Nato-Vision und Gorbatschows Konzept vom Gemeinsamen Europäischen Haus: Beides habe wenig gemeinsam, denn Gorbatschow gehe ja weiterhin von der ideologischen Teilung Europas aus... Ein »Vierstufenplan« für den Wandel nach Nato-Manier werde bereits bei der Außenministerkonferenz des Bündnisses im Dezember erörtert, will die »Welt« erfahren haben. Auf Stufe drei des Nato-Modells seien die osteuropäischen Staaten neutral und Mitglieder einer erweiterten EG.

Die SPD liegt also voll im Trend, während die Union immer noch nicht über den Tellerrand der Grenzen von 1937 hinaussehen kann. Kleinkarierte Gebietsansprüche stören nur, wo es nun ums größere Ganze geht – die Grenzen anerkennen, um sie durchlässig zu machen, ist das Gebot der Stunde. Frei nach einem chinesischen Sprichwort: Egal was auf der Fahne steht, Hauptsache der rote Stern ist raus.

Zurück in die Schaltzentrale des sozialdemokratischen Gesamteuropa, wo auch Richtung Westen der Vorhang aufgezogen ist. »Selbstbehauptung Europas«, so lautet das sozialdemokratische Codewort für das trotzige Aufstampfen der Mittelmacht BRD gegenüber der Supermacht USA. Der Begriff ist so schillernd wie die Politik, die mit ihm gemacht wird. Wahlweise kann darunter eigenständige Abrüstung oder eigenständige Aufrüstung Westeuropas verstanden werden. In jedem Fall geht es aber darum, die Bundesrepublik politisch, militärisch und wirtschaftlich unabhängiger von den USA zu machen. Und in jedem Fall sind die Sozialdemokraten für einen westeuropäischen Militärverbund, in dem Bonn und Paris den Ton angeben. Oskar Lafontaine, vom Nato-Kritiker im Sturmschritt zum Gaullisten geworden, hat sich bereits Gedanken gemacht, wer denn dann den »Oberbefehl in Europa« hätte. Seine Lösung nennt er »europäisch«: Franzosen und Deutsche sollen sich abwechseln.

Beim Stichwort Frankreich fällt auf, daß die Sozialdemokraten an einem entscheidenden Punkt bisher eine Festlegung vermieden haben. Ob nämlich die Bundesrepublik in dieser westeuropäischen Militärmacht irgendeine Art von

Mitverfügung über Atomwaffen erhalten würde – und damit endlich nach dem klassischen Insignium einer Großmacht greifen könnte. Bisher haben die Sozialdemokraten den Verdacht nicht entkräften können, sie wollten derartiger »Selbstbehauptung« zumindest den Weg bahnen. Der Sicherheitspolitiker Horst Ehmke sprach sich für die bundesdeutsche Beteiligung an der Einsatzplanung französischer Atomwaffen aus, und sein Kollege Egon Bahr sah die Bundesrepublik zu diesem Behufe bereits mit den Franzosen am Tisch einer Europäischen Nuklearen Planungsgruppe sitzen. Der Bonner Regierung bot die SPD-Fraktion schon vor zwei Jahren den Schulterschluß in Fragen westeuropäischer Sicherheitspolitik an, und obwohl die CDU zwischenzeitlich in ihrem Grundsatzprogramm die Forderung nach einer Europa-Streitmacht mit integrierten Atomwaffen festgeschrieben hat, revidierte die SPD ihr Angebot nicht. Horst Ehmke verwies erst kürzlich noch einmal darauf.

Und schließlich: Unter taktischen Verrenkungen wird die SPD im Bundestag den Antrag der Grünen ablehnen, per Grundgesetz alle Schleichwege zur nuklearen Mitverfügung zu versperren. Das Erbe Willy Brandts soll offensichtlich unangetastet bleiben: Denn schon der machte sich als Außenminister stark dafür, daß die Fesseln des Atomwaffensperrvertrags für die Bundesrepublik nicht mehr gelten, wenn erst einmal ein Vereinigtes Europa mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik auf der Tagesordnung steht.

Soweit ist die »Selbstbehauptung« notgedrungen noch Theorie. Der Sozialdemokrat Edzard Reuter hat jedoch bereits gezeigt, wie die Praxis aussieht. Nicht diese Bundesregierung, sondern zuallererst Reuter, den Johannes Rau 1987 zu gerne als Schatten-Wirtschaftsminister an seiner Seite gehabt hätte, schmiedete aus Dornier, AEG, MTU und MBB – Messerschmidt, Bölkow, Blohm, alle drei waren erstklassige Adressen in den Zeiten, in denen Hitlerdeutschland sich rüstete – den größten Rüstungskonzern Westeuropas; ein »militärisch-industrieller Komplex« entstehe da, meint sogar Wolfgang Roth. MBB beispielsweise liefert direkt oder auf Umwegen, nämlich über ausländische Firmen, Waffen weltweit: Minenkampfboote, Kampfbomber, modernste Raketen jeder Art, ob in den Irak oder anderswohin. Edzard Reuter sieht es so: »Wir werden nicht ein Rüstungsunternehmen in dem Sinne, daß wir nun die ganze Welt mit Mordwaffen überschwemmen. Wir tragen hier zur Verteidigungsfähigkeit der Nato bei«.

Kein Sozialdemokrat wollte die Fusion von MBB und Daimler-Benz ernsthaft behindern: Das sozialdemokratisch regierte Bremen und das sozialliberal regierte Hamburg hätten als Anteilseigner bei MBB die Möglichkeit dazu gehabt. Nicht einmal in der Opposition fordert die SPD in Bonn das, was deutsche Waffenhändler tatsächlich in gewisse Schwierigkeiten bringen würde: das Veto gegen jeglichen Weiterverkauf von Waffen durch ausländische Rüstungspartner. Heute verkauft der britische oder französische Rüstungskonzern Waffen in alle Welt, die er zusammen mit dem deutschen herstellt, die dieser aber nicht verkaufen darf.

Edzard Reuter hat jedoch noch mehr Freunde. Helmut Schmidt, auch SPD, teilte via »Zeit« mit, die Fusion von MBB und Daimler-Benz sei »wirtschaftsstrategisch« notwendig, komme doch nur so die Bundesrepublik zu einer wettbewerbsfähigen Luft- und Raumfahrtindustrie. Die europäische Raumfahrt kostet allein den bundesdeutschen Steuerzahler bis zum Jahr 2000 annähernd 30 Milliarden Mark. Eine Minderheit in der SPD regt sich über diese Investitionen, weil sie volkswirtschaftlich völlig unsinnig seien, noch auf, die Mehrheit billigt jedoch diesen Kurs. Es sei übrigens die einstige sozialliberale Koalition gewesen, daran erinnert Wolfgang Roth immer wieder, die mit der bemannten Weltraumforschung »1972 begonnen hat«. Auch hier geht es, ganz im Sinne der SPD, um die Selbstbehauptung Europas. Reimar Lüst, Generaldirektor der europäischen Raumfahrtorganisation ESA plustert sich bereits heute gegenüber den USA mächtig auf: »Mit der Ariane 5 können wir gegebenenfalls auch allein Weltraumprogramme durchführen«; sie soll 1995 den Raumgleiter »Hermes« in die Umlaufbahn bringen. Die ESA will, nach Möglichkeit unabhängig von den USA, eine Infrastruktur im Weltall schaffen, die den ständigen Aufenthalt von Menschen dort erlaubt.

Der Bundesrepublik und Daimler Benz sind in diesen Plänen herausragende Rollen zugewiesen. Eine Expertengruppe der »Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik«, in der Vertreter von Union, FDP und SPD saßen, hat bereits 1986 erläutert, um was es hier geht: »Die politische Rolle eines Staates, sein Ansehen und sein Einfluß innerhalb der internationalen Gemeinschaft sowie seine Fähigkeit, zur Kooperation und Stabilität in der internationalen Politik beizutragen«, hänge in zunehmendem Maße davon ab, ob er in der Lage und bereit sei, »den Weltraum zu erforschen und zu nutzen«.

Zwischen einer militärischen und einer zivilen Nutzung dieser Techniken kann und soll nicht unterschieden werden. Es ist kein Zufall, daß Daimler-Benz der führende Rüstungs- und der führende Raum- und Luftfahrtkonzern ist. Die Planungen der ESA passen zu jenen der WEU, die den Aufbau eines sowohl defensiv als auch offensiv nutzbaren Schutzschirmes gegen anfliegende Raketen und Flugzeuge zum Ziel haben. So wird auch die neugegründete »Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten« (DARA) von einem Kabinettsausschuß geleitet, in dem der Verteidigungsminister Sitz und Stimme hat.

Raumfahrt und Militär – das führt wieder zu Edzard Reuter, der mit seinem Konzern bei möglichst vielen Großprojekten die Systemführerschaft übernehmen will. Ein Begriff aus der Technik, aber auch einer aus der deutschen Geschichte.

Bezeichnend, wie leicht er wieder über die Lippen geht, wie selbstverständlich er in den Sprachschatz aufgenommen worden ist.

Wer aus Parteitradition des deutschen Größenwahns unverdächtig ist, kann sich auch leisten, in eine Kerbe zu hauen, die von der äußersten Rechten geschnitzt worden ist. Schluß mit Besatzungszeit und alliierten Vorrechten, 44 Jahre Nachkriegszeit sind genug, so tönt es neuerdings aus der SPD. »Fellachentum«, wenn die Deutschen ihre Souveränität nicht endlich einklagten – das klingt, als wär's von Schönhuber, doch es ist von Egon Bahr. Vordergründig geht es um Tiefflug und um GI-Stiefel in deutschen Biotopen, doch wer bei diesen Anlässen so auf die Pauke haut, der will noch etwas anderes zum Schwingen bringen. Mehr Souveränität, mehr Selbstbehauptung, wir sind wieder wer – die Konservativen verwenden dafür die Formel »aus dem Schatten treten«, und da weiß man, wer und was gemeint ist. Die Sozialdemokraten akzeptieren den Schatten, aber erklären seine Reichweite schlicht für begrenzt. Das kommt besser.

Unverdächtig auch, wenn SPD-Linke da landen, wo Deutsch-Nationale schon lange in den Startlöchern scharren: Bundeswehr in die weite Welt, vorerst noch unter dem Blauhelm. Sind deutsche Truppen erst einmal international wieder rehabilitiert, wird es egal sein, ob dafür die Argumente von Norbert Gansel (SPD) oder Michaela Geiger (CSU) den Ausschlag gaben. Gleichberechtigung und Emanzipation von der Vergangenheit, von der Nato, von den USA – ein Fellach, wer Böses dabei denkt.

Diese Sozialdemokraten – einfach raffiniert: Immer wieder tauchen sie im Rücken der Konservativen, ihrer politischen Gegner, auf und besetzen nach und nach deren gesamtes ideologisches Feld. Erst werden sie die Partei der Marktwirtschaft. Dann werden sie die Partei der soliden Finanzpolitik und verdammen jegliche Staatsverschuldung. Und jetzt wollen sie sich auch noch aneignen, was bisher in der Regel ausschließlich den deutschen Konservativen und Rechten zugeschrieben worden ist: das Recht auf die Vertretung der deutschen Großmachtssucht. Sie wollen es nicht so machen wie sonst üblich: mit Gepolter und Säbelrasseln. Nein, eine etwas andere Großmacht soll es werden: modern und effizient und unauffällig, eben eine mit sozialdemokratischem Design.

Charlotte Wiedemann erklärte in KONKRET 8/89 wie die SPD den »Republikanern« Wähler abjagen will; Bruno Feige ist Journalist in Bonn

konkret 11/89, S. 36

Pit Wuhrer

Schollentreue

»Die Schweiz hat keine Armee, die Schweiz ist eine Armee« – mit solchen Sprüchen ziehen derzeit konservative Knalltüten durch das Alpenland. In der Tat: Die Schweizer Armee ist mit keiner anderen in Westeuropa zu vergleichen. Nun steht ihr die größte Schlacht bevor, die sie in diesem Jahrhundert zu schlagen hat. Ende November stimmt das wehrhafte Volk über eine Initiative ab, die die Armee abschaffen will

Als nicht nur Gallien, sondern ganz Kontinentaleuropa von der Nazi-Wehrmacht besetzt war, trotzte eine kleine Schar unbeugsamer Krieger der faschistischen Übermacht. Tapfere Soldaten und schneidige Offiziere äugten damals wachsam über die Grenze, das Volk war geistig gerüstet, nationale Werte standen wieder hoch im Kurs – kurz: Der »völkische Selbsterhaltungswille« des Schweizervolkes nahm Hitlers Kriegsstrategen jede Freude an einem Angriff auf die Schweiz. Die Alpenfestung war unbezwingbar. Und da die Weltgeschichte kaum vergleichbare Heldentaten kennt, wurde diese beachtliche militärische Leistung fünfzig Jahre nach Kriegsbeginn ausgiebig gefeiert. Bergauf und bergab gedachten Regierungsminister, Bankpräsidenten, Chefredakteure, Brigadiers und Veteranen der Generalmobilmachung vom September 1939. Auf der Ruetli-Wiese, wo sich vor fast 700 Jahren die ersten Eidgenossen die Hand zum Schwur gereicht hatten, standen sie Schulter an Schulter: Altgediente Offiziere neben neuen Rekruten, Alt-Bundesräte neben Generaldirektoren, Parlamentarier neben Schützenvereinspräsidenten. Nur die Armee habe die Schweiz vor der Unbill des Zweiten Weltkriegs bewahrt, die Wachsamkeit habe sich gelohnt damals. Und: Was früher gut war, könne heute ja nicht schlecht sein. In Bern, in Frauenfeld, in Lausanne – überall kamen sie zusammen, um sich an den mutigen Widerstand vor fünfzig Jahren zu erinnern. Die Schweiz war das einzige Land in Europa, das den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges regelrecht feierte.

Die Gedenkversammlungen, Aufmärsche und Festreden schienen selbst der erzkonservativen »Neuen Zürcher Zeitung« (NZZ) zuviel: »Die pausenlosen Veranstaltungen«, kritisierte das Blatt der Schweizer Finanzwelt Monate zuvor, könnten Geschäftspartner befremden: »In den Augen ausländischer Staaten... nähme sich eine Schweiz im Mobilmachungsfesttrubel etwas merkwürdig aus.« Vielleicht wären ja die Kundgebungen eine Spur bescheidener, die Ansprachen eine Idee ziviler ausgefallen, hätte es die Armee nicht wieder mit einem, diesmal inneren Feind zu tun, der eine Attacke lancierte, welche die kleine, aufgeräumte Welt der Schweizer Militärköpfe nachhaltig erschütterte.

Als sich im Frühjahr 1985 eine kleine Gruppe daran machte, das Undenkbare zu tun und Unterschriften für die Abschaffung der Schweizer Armee zu sammeln, nahm kaum jemand von ihr Notiz. Daß es jemand wagen würde, die heiligste Institution der Schweiz in Frage zu stellen, hielten die meisten, auch viele Linke, für einen ausgemachten Blödsinn. Adrian Schmid, der zu den Erstinitianten gehört, die sich im Herbst 1982 trafen, um die »Gruppe Schweiz ohne Armee« (GSoA) zu gründen: »Ich hatte anfangs große Bedenken, daß wir nicht genügend Unterschriften zusammenbekommen würden. Viele Volksbegehren sind gescheitert, weil sie nicht ausreichend Unterstützung erhielten.« Um ein Volksbegehren durchzusetzen, müssen 100 000 Stimmberechtigte den Initiativ-ntrag unterschreiben. »Als wir auf den Straßen standen, haben uns viele als Spinner bezeichnet, aber es gab auch Beifall. Im Grunde genommen haben uns doppelt so viele unterstützt, denn jeder zweite hatte Angst vor Repressionen. Vor allem in den kleinen Gemeinden, wo die Gemeindekanzlei die Unterschriften prüft, trauten sich viele nicht. Manche kamen gar zurück, und ließen ihre Unterschrift wieder streichen.« Im September 1986 gab die GSoA 112 821 beglaubigte Unterschriften in Bern ab – seither ist die Initiative zur Abschaffung der Armee das innenpolitische Thema Nummer Eins. Kein Regierungsskandal, keine Drogengeld-Wäscherei, auch nicht die in Zürich deponierten Millionen und Milliarden der Marcos- und Papa Doc-Dynastien werden so heftig diskutiert wie der GSoA-Vorstoß. Die enge Verflechtung mit den Terrorregimes der Welt (südafrikanisches Gold beispielsweise wird vorwiegend in der Schweiz vom Blut der schwarzen Minenarbeiter gereinigt), die massiven Rüstungsexporte, die inhumane Behandlung der politischen Flüchtlinge, die wachsende Wohnungsnot in den Städten, die ständigen Verfolgungsjagden der Zürcher Polizei auf Drogensüchtige, Demonstranten und Hausbesetzer, bei denen auch mal das eine oder andere Todesopfer hingenommen wird – all das berührt die offizielle Schweiz weit weniger als das Ergebnis einer Umfrage, in der kürzlich 24 Prozent der Interviewten ihre Sympathie für die GSoA-Initiative bekundeten. Weder Befürworter noch Kritiker des Militärs hatten mit so vielen Armee-Gegnern gerechnet.

Kaum war klar, daß nicht nur vier oder fünf Prozent Landesverräter und Chaoten die Zerstörung der schweizerischsten aller Schweizer Institutionen befürworteten, als die Medien, die lange Zeit das Thema ignoriert hatten, großangelegte Kampagnen begannen. In den Hinterzimmern der Dorfkneipen organisierten sich Lokalpolitiker, Schützenvereine und Veteranenverbände, reaktionäre Organisationen stellten Dossiers über die Initianten zusammen, die sie allesamt als Moskauer Agenten enttarnten, und im Parlament empfahlen die meisten Redner dem Stimmvolk ein »wuchtiges Nein« bei der Abstimmung am 25., 26. November. Bei einer Annahme der Initiative, warnte ein Parlamentarier, verschwinde die Schweiz. Ein anderer, Abgeordneter der konservativen Freisinnigen Partei, Brigadier und Direktor der Schweizerischen Bankgesellschaft, befürchtete eine Auflösung der Eidgenossenschaft: »Wie könnten wir dieses Land mit seinen

verschiedenen Kulturen, Sprachen und Religionen ohne diese Armee zusammenhalten?« Und manche erinnern an die Worte des großen Generals Henri Guisan, der in der Stunde der Not die eidgenössischen Truppen befehligte. »Die Armee ist die älteste unserer Einrichtungen, jene, die sich am wenigsten verändert hat und am natürlichsten aus unserem Volke hervorgegangen ist«, sagte er 1935 – sie »ist die Erstgeburt des Schweizervolkes«. Die Parole auf den Abstimmungsplakaten der Bürgerlichen lautet daher auch klar und deutlich: »Die Armee abschaffen heißt die Schweiz liquidieren.«

Die Gleichung Armee = Staat und die implizite Warnung, daß ohne die Schweizer Armee die Schweiz nicht mehr dieselbe sein wird, haben durchaus ihre Berechtigung. Das Militär spielt im öffentlichen und privaten Leben eine überaus bedeutsame Rolle, und die GSoA will nicht nur die Armee abschaffen, sondern mit ihrer Initiative eine »umfassende Friedenspolitik« durchsetzen, die beispielsweise Rüstungsexporte unterbindet. Andererseits ist die simple Gleichstellung Armee/Staat historisch nicht haltbar, da die föderalistische Schweiz über eine lange Zeit hinweg keine zentral befehligte Armee unterhielt. Im Mittelalter spielten die schweizerischen Kriegshandwerker durchaus eine Rolle – aber außerhalb der Eidgenossenschaft, die durch den Export von Söldnern das heimische Arbeitslosenproblem löste. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts standen fast so viele Berufssoldaten im Dienste der preußischen, französischen, vatikanischen und anderen Militärs wie Milizsoldaten im eigenen Land. Denn die Schweiz hatte sich nach der Niederlage in der Schlacht bei Marignano (1515), als die Franzosen im Kampf um das Herzogtum Mailand siegten, zur außenpolitischen Enthaltsamkeit durchgerungen. Bis Ende des letzten Jahrhunderts konnte von einer Schweizer Armee keine Rede sein, im Bedarfsfalle stellten die Kantone der Bundesregierung bunt zusammengewürfelte Kriegshaufen zur Verfügung. Auf nationaler Ebene gab es sie praktisch nicht, auf kantonaler Ebene war sie kaum funktionstüchtig: Ihre angeblich staatstragende oder gar nationbildende Rolle ist reine Fiktion.

Der Mythos von der integrativen Kraft der Armee entwickelte sich erst mit der Industrialisierung der Schweiz, als Fabrikanten und Bankiers eine nach innen gerichtete Schutzmacht für ratsam hielten. Das folkloristische Element, wesentlicher Bestandteil jeder Legende, steuerten die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts bei. Die Armee entwickelte sich in dieser Zeit zu einem soziokulturellen Transmissionsriemen, der gleichzeitig mehrere Räder trieb. In ihr lernten die jungen Arbeiter, Bauern und Handwerker die Disziplin für die Fabrikarbeit, gleichzeitig formierte sich in den Kasernen und durch die jährliche Einberufung eine Art Männergemeinschaft, die – vergleichbar den deutschen Burschenschaften – von oben kontrolliert und gesteuert wurde. General Ulrich Wille, Oberbefehlshaber der Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg und begeisterter Anhänger des preußischen Militarismus (er wäre am liebsten auf Deutschlands Seite in den Krieg gezogen), formulierte das so: »Der nach meiner Überzeugung allein entscheidende Faktor ist das durch Erziehung bis zur höchsten Potenz gesteigerte Manneswesen vom höchsten Führer bis hinunter zum letzten Trommler.« Manneswesen war zweifellos gefragt, als die Schweizer Armee tatsächlich zum Einsatz kam. 1918 und 1932 schossen die eidgenössischen Truppen – beide Male auf streikende und demonstrierende Arbeiter, bis dato die einzigen Gefechte in diesem Jahrhundert. Manneskraft hält das Unternehmen auch heute noch zusammen.

Die Schweizer Armee ist eine Milizarmee. Rekruten erlernen in einer 17-wöchigen Grundausbildung Schießen und Gehorchen, absolvieren dann bis zum Alter von 32 fast alljährlich dreiwöchige Wiederholungskurse, treten schließlich zwei Wochen dauernde Wiederholungskurse an (bis sie 42 Jahre alt sind), und dienen danach (bis 50, Offiziere bis 55) im Landsturm. Später werden sie dem Zivilschutz zugeteilt. Militärdienstverweigerung wird mit 16 bis 18 Monaten Gefängnis bestraft und kommt einem Austritt aus der Eidgenossenschaft gleich. Wer verweigert, kann jede Hoffnung auf eine berufliche Karriere fahren lassen. Vorarbeiter wird nur, wer auch gedient hat, Lehrer (in der Schweiz ein Wahlamt) sollten es zumindest bis zum Unteroffizier gebracht haben. Der berufliche Aufstieg ist eng mit dem militärischen verknüpft. Ein Offiziersgrad ist das Mindeste, was der Personalchef einer Bank von den Bewerbern für höhere Posten erwartet. Die Armee ist die Schule der Nation, und darauf ist man stolz; die Generalstabsausbildung, heißt es in Militärkreisen, sei die »beste Managerschule der Welt«. Die parallelen Karriereleitern in Armee und Wirtschaft sichern die Elite ab und garantieren den oberen Kadern der Finanz- und Industriewirtschaft eine doppelte Kontrolle über den Nachwuchs. Diese enge Verflechtung zwischen Kapital, Militär und Politik führte in diesem Jahrhundert zu einer weitgehenden Militarisierung der Gesellschaft. Die Manager lernen in der Armee das Befehlen, die Untergebenen das Gehorchen. Die innenpolitische Dimension dieser Armee ist daher auch weitaus bedeutsamer als ihre außenpolitische Orientierung. Im Kriegsfall wird sich die Schweizer Armee ruckzuck der Nato anschließen, wenn sie nicht von dieser besetzt werden will. Denn Neutralität hin, Neutralität her – bei der Waffenbeschaffung hat das Militärdepartement bisher ausschließlich Panzer, Raketen und Flugzeuge des Westblocks erstanden, eine Rüstungskooperation mit osteuropäischen Staaten fand nie statt.

»Diese Armee ist die Leibgarde der Bourgeoisie«, sagte Max Frisch in einem Interview mit dem Schweizer Journalisten Roman Brodmann für dessen TV-Film über den »Traum vom Schlachten der heiligsten Kuh«. Und: »Man kann schon sagen, die innenpolitische Schußrichtung dieser Armee ist klar.« Die Ausstrahlung des Brodmann-Films durch die ARD erregte die Gemüter über alle Maßen. Daß ein Schweizer (!) im Ausland (!) Unverschämtheiten über das Militär äußern durfte, war so manchem schon fast eine Kriegserklärung wert. Die sonst so männlich-soldatisch zu Gehorsam und

Stillstand verpflichteten Schweizer Wehrwilligen schäumten. Da hatte jemand nicht nur die Armee, sondern die ganze Nation attackiert und ein Tabu gebrochen, das da lautet: Über die Armee spricht man nicht . Jedenfalls nicht kritisch.

Gesungen und getrunken wird hingegen mit Wonne. Die riesige Männervereinigung (nach offiziellen Angaben haben rund 650 000 Soldaten, ein Zehntel der Bevölkerung, ein Sturmgewehr daheim im Schrank) pflegt hingebungsvoll das alljährliche Ritual des Übungsschießens beim örtlichen Schützenverein. Die mehrwöchigen Wiederholungs- und Ergänzungskurse kommen für viele einem vom Boß bezahlten Urlaub von Familie, Beziehung und Betrieb gleich. Raus aus dem Alltagstrott, rein in die Uniform – vielleicht muß man in der Schweiz aufgewachsen sein, um den Unterhaltungswert dieser Veranstaltungen nachvollziehen zu können. In diesen Kursen wird zu Manöverzeiten der Ernstfall fast im Verhältnis 1:1 geprobt. Die Armee begnügt sich nicht damit, Panzer über Weizenfelder donnern zu lassen, sondern integriert die gesamte Bevölkerung. Alle sollen nachvollziehen können, wie ernst es werden kann. Divisionen besetzen Dörfer und Städte; der geprobte Häuserkampf führt die Kombattanten in Keller und Schlafzimmer, von wo aus auf den Feind im Treppenhaus oder in der Nachbarwohnung geschossen wird; manchmal wird dabei um jeden Gemüsegarten gekämpft, als hätte sich an der Kriegsführung seit Stalingrad nichts geändert. In diesen Manövern probt auch eine Arbeitsgruppe für Propaganda den Kriegseinsatz, indem sie Radiostationen benutzt, eigene Sender installiert oder Manöverzeitungen publiziert. Diese Arbeitsgruppe besteht im wesentlichen aus leitenden Redakteuren der großen und kleinen Tageszeitungen, des Rundfunks und Fernsehens. Die proben in den Manövern, was sie teilweise ohnehin tagtäglich ausführen: In den Chefetagen der Medien ist so schon zu Friedenszeiten die Armee immer mit dabei. Kein Wunder, daß die GSoA-Initiative vor Roman Brodmanns ARD-Frechheit im Sommer 1987 nur zweimal im Schweizer Fernsehen erwähnt wurde: Der erste Spot war 18, der zweite 28 Sekunden lang.

Mit der Volksarmee, der fast zwei Jahrhunderte lang jeder Einsatz versagt blieb (wenn man von den Schüssen auf die Arbeiter absieht), erhält und erzieht sich der Schweizer Staat ein Volk, das die bestehenden Verhältnisse – die Macht der Banken und des Industriekapitals – jederzeit zu verteidigen bereit ist. Da die Kampfkraft jedoch nie getestet wurde, mußten Legenden die Verteidigungsbereitschaft in die nächsten Generationen transportieren. Völlig legendenhaft ist die Rolle der Schweizer Armee während des Zweiten Weltkriegs. Heute wird der »Widerstand« pathetisch gefeiert, damals wäre hingegen eine Reihe oberster Militärs am liebsten dem großdeutschen Reich beigetreten. Besonders in deutschschweizerischen Offizierskreisen galt der preußische Militarismus als Vorbild für die Organisation der eigenen Truppen. Generalstäbler kehrten nach Besuchen in deutschen Kasernen entzückt über preußischen Drill und preußischen Geist in die Schweiz zurück und lobten die Disziplin über den braunen Klee. Schon in den 20er Jahren hatte übrigens die Zürcher High Society Gefallen an Adolf Hitler gefunden und ihn zu Dinners und Spendensammlungen eingeladen; der angesehene Zürcher »Tages-Anzeiger« ließ Hitler gar einen Leitartikel schreiben, und selbst der Weltkriegsheld, General Henri Guisan, pflegte Kontakte zur SS.

Von »Widerstand« war beim Schweizer Bürgertum nicht viel zu spüren, Arbeiter und Arbeiterinnen schafften Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Juden illegal über die Grenze, sie schmuggelten oppositionelle Literatur nach Deutschland, paddelten in kleinen Booten über den Bodensee, wurden dabei von der Gestapo geschnappt und in KZs inhaftiert, verloren dort ihre Gesundheit oder ihr Leben – aber die Herrschenden in der Schweiz ging das alles nichts an. Sie duldeten lange Zeit die Aktivitäten der NSDAP-Auslandsorganisationen, erklärten schließlich »Das Boot ist voll« und ließen geflohene Juden zurück ins Reich deportieren. Schweizer Grenzsoldaten hatten mehr mit den Flüchtlingen zu tun als mit einem Feind, der keiner war. Auch in militär-strategischer Hinsicht war Appeasement, Anpassung, die Maxime. Während unmittelbar nach Kriegsbeginn noch die Evakuierung von rund einer Million Menschen aus den nördlichen Kantonen vorgesehen war, evakuierte sich ausgerechnet im Sommer 1940, als Nazideutschlands Generäle mehr freie Truppenkapazitäten in der Nähe der Schweizer Grenze stehen hatten als zu jedem anderen Zeitpunkt während des Krieges – als mithin ein Angriff möglich gewesen wäre – die Schweizer Armee selbst. Sie zog sich in die Berge zurück. War zuvor noch die Verteidigung des Mittellandes, also der Industrieregionen geplant, so demobilisierte die Regierung nun die Hälfte der aufgebotenen Soldaten und schickte sie in die Betriebe zurück, wo sie für Nazideutschland Maschinenteile und Kanonenrohre fertigten. Die andere Hälfte wurde dorthin gesandt, wo die Bodenbeschaffenheit dem Schweizer Charakter am nächsten kam: »Der Schweizer hat in seinem Charakter ein Stück Granit. Ein mächtiger Nachbar könnte vorübergehend die Schweiz verschlucken, er wird sie nie verdauen«, schrieb der Gotthard-Bund im Jahre 1942.

Der Rückzug in die Berge, das sogenannte Alpen-Réduit, aus dem die Armee eine Schweiz ohne Volk verteidigen sollte, war ein cleverer Zug einer Militärführung, die wußte, daß ernsthafte Gegenwehr – schon aufgrund mangelnder Ausrüstung – nicht möglich war. Denn für eine echte Verteidigung hätte die Schweizer Rüstungsindustrie ihre Produktion für die Nazis auf den heimischen Bedarf umstellen müssen. Nazideutschland honorierte die Geste und lieferte Stahl und Zement, die nötig waren, um die Alpenfestung auszubauen. Im Volk selber regte sich keine Opposition gegen diese Strategie. In einer Reihe von glänzend inszenierten Hurra-Kundgebungen wurde der Bevölkerung der Sinn des Alpen-Réduits beigebracht. Auf die »Geistige Landesverteidigung« komme es an, hieß die Parole. Diese Art der Landesverteidigung war den Schweizern schon vor Kriegsbeginn eingebleut worden, als Kaufleute, Fabrikanten, Geldhändler und Politiker für eine Landesschau mobilisierten (1939), in der vor allem Schweizer Werte und Heimatgefühle zur Schau gestellt wurden.

Angesichts der »Landi« ortete ein Regierungsmitglied »das schollentreue Schwingen unserer Volksseele«. Die Vibrationen waren von St. Gallen bis zum Genfer See zu spüren, Helvetien stand emotional wie ein Mann.

Nazideutschland griff nicht an, weil es nicht mußte. Eine scheinbar neutrale Schweiz war ihm wichtiger als ein kleines besetztes Land. Die Schweizer Regierung erlaubte einen ungehinderten Nord-Süd-Verkehr zwischen Großdeutschland und dem faschistischen Italien. Schweizer Konzerne produzierten pausenlos für die deutsche Wehrmacht und die angespannte Kriegswirtschaft. Vor allem aber hatte sich die neutrale Schweiz zu einem unverzichtbaren Dienstleistungszentrum für das »Dritte Reich« entwickelt. Schweizer Banken tauschten die geklauten Vermögen in saubere Franken, die Nationalbank und die Basler »Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« – eine auch heute noch wichtige Institution vieler Zentralbanken der ersten und zweiten Welt – wuschen das Gold, welches die Nazis in fremden Ländern geraubt hatten. Die deutschen Monopole und der deutsche Staat hätten ohne den Service der neutralen Schweiz erheblich früher große Probleme gehabt. Adrian Schmid, erinnert sich noch gut an das, was ihm sein Großvater einmal erzählte: »Wir haben sechs Tage in der Woche für die Nazis gearbeitet und am siebten für die Alliierten gebetet.«

Heute ist die Schweiz für Südafrika, was sie früher für die Nationalsozialisten war. Mit ihrer Initiative, die nicht nur gegen die Armee zielt, will die GSoA einer »anderen Schweiz« zum Durchbruch verhelfen. In Ansätzen ist diese »andere Schweiz« bereits vorhanden. Humanitär gesonnene Pfarrer öffnen die Kirchen, um von der Abschiebung bedrohten Asylbewerbern Unterschlupf zu gewähren, Asylgruppen verstecken von der Polizei verfolgte Flüchtlinge, Theaterleute, Schriftsteller und Buchhändler vertreten nicht nur verbal die Belange der Ausgebeuteten in der Dritten Welt. Auch die Gewerkschaften, die durch das 52 Jahre alte Arbeitsfrieden-Abkommen weitgehend zahn- und kraftlos geworden sind, engagieren sich mittlerweile für die Flüchtlinge. In der Schweiz, wo das Bewahren des Gehabten stets wichtiger war als jede noch so kleinmütige Anwandlung von Utopie, wurde die große Utopie – Abschaffung der Armee und mit ihr die Abschaffung der bisherigen Schweiz – anfangs nicht nur von rechts belächelt und kritisiert. Auch die Linke hatte und hat ihre Schwierigkeiten damit. Die POCH, ein 68er Sammelbecken progressiver Oppositioneller, entschied sich nur mit knapper Mehrheit für eine Unterstützung der GSoA. Andere linke Organisationen argumentierten teilweise für die Armee (weil es sonst eine starke Polizei gäbe und weil ja auch beispielsweise Nicaragua über eine Volksarmee verfüge) oder gegen das Mittel des Volksentscheids (weil damit der Staat nicht wirklich bekämpft werden könne). Im Kern aber fürchten die oppositionellen Gruppen eine mächtige Bestätigung der Volksarmee durch das Volk – ein Plebiszit zugunsten des Militärs sei das letzte, was man im Moment brauche.

Doch die GSoA-Initiative hat einen Prozeß in Gang gesetzt, der seine eigene Dynamik entfaltet. Selbst konservative Blätter hinterfragen mittlerweile die Rolle der Armee während des Zweiten Weltkrieges. Keine noch so kleine Ortsgruppe welcher Partei auch immer kommt daran vorbei, keine Organisation kann es sich leisten, nicht Stellung zu beziehen. Vor Volksabstimmungen geben Parteien – so ist es üblich – Abstimmungsempfehlungen (im militärisch-parlamentarischen Jargon »Parolen« geheißen) aus. Besonders knifflig war die Situation in diesem Fall für die Sozialdemokratische Partei (SP) und die Grüne Partei. Während das Grüne Bündnis (eine Föderation linker Grüner) ohne große Diskussion die Initiative begrüßte, hielten sich SP und Grüne Partei lange Zeit bedeckt und entschieden sich entgegen den Voten der Parteibasen schließlich für »Stimmfreigabe«. Besonders die SP-Führung sah sich in einem Dilemma. Denn erst nachdem sich die Partei im Jahre 1935 von ihrer bis dahin geltenden antimilitaristischen Programmatik losgesagt und in den bürgerlichen Chor der »Landesverteidigung« eingestimmt hatte, galt sie als ministrabel und wurde 1937 in die Regierung aufgenommen (in der Schweiz herrscht seit dieser Zeit eine Art von Allparteienregierung, in der die Konservativen den Ton angeben). Selbst als die SP jetzt auf ihrem Berner Parteitag den unverbindlichen Mittelweg wählte, und mit Rücksicht auf ihre wehrwillige Wählerschaft das Jein zur Armeeabschaffung empfahl, diskutierten Politiker der Freisinnigen, der Christlichen und der Schweizerischen Volkspartei über den Rauswurf der SP aus der Regierung. Angesichts dieser Reaktion beglückwünschten sich die SPler noch nachträglich zu ihrer »realpolitischen Entscheidung« (die konservativ-ökologisch orientierte Grüne Partei sah sich, weil weitgehend prinzipienlos, nie in diesem Zwiespalt).

Während sich in der SP Unter- und Oberoffiziere von dem wachsweichen Standpunkt der Partei entfernen und besonders in den konservativen Regionen der Schweiz als Protagonisten der Armee zu profilieren suchen, während manche Linke immer noch mit sich ringen, ob sie überhaupt abstimmen sollen, entwickeln die GSoA-Aktivisten bereits – sie leben schließlich in der Schweiz – ein realpolitisches Konzept für die Zeit danach. »Das Erstaunliche an der Initiative ist, daß alle wissen: wir haben keine Chance, wir erhalten nie eine Mehrheit – und trotzdem sind die Leute begeistert. Sie realisieren, daß sich in dieser trägen Schweiz etwas bewegen läßt. Solch intensive Diskussionen hat es nie zuvor gegeben, und das nur, weil wir die Frage grundsätzlich und radikal gestellt haben. Die Menschen sahen plötzlich eine Utopie.« Den größten Erfolg sieht Adrian Schmid in der Tatsache, daß nach der GSoA-Abstimmung »alle sogenannten realpolitischen Vorlagen der Zukunft – wie Änderungen in der Militärjustiz oder die Einführung eines Zivildienstes – nicht mehr mit dem Argument abgelehnt werden können, daß es dabei um die Abschaffung der Armee gehe. Denn das radikale Volksbegehren wurde vorweggenommen.«

Als im Jahre 1960 eine Initiative das Verbot der Atombewaffnung forderte, schrieb die »NZZ«, daß jeder, der der Schweiz die besten Waffen, also Atomwaffen, vorenthalten wolle, ein potentieller Armeeabschaffer sei. Dieses Argument werde in

Zukunft nicht mehr so schnell Gehör finden, meint Schmid. Das GSoA-Begehren habe aber noch weitere Auswirkungen. »Die Volksabstimmung gegen die Atombewaffnung der Schweizer Armee 1960 scheiterte, aber sie scheiterte so knapp, daß hinterher Atomwaffen in der Schweiz nie wieder zur Diskussion standen.«

konkret 11/89, S. 41

Dokument "Radikale Linke"

»Wir wollen die Kraft der Negation sein«

Wenn Bürgerblätter und Talkshowmaster von den bundesdeutschen »Linken« sprechen, meinen sie die bei den Grünen oder in der SPD tätigen Reformer, die an einer Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft mitwirken wollen. Daß die Gleichsetzung von »links« und staatsloyal so glatt gelingt, ist auch die Schuld jener antikapitalistischen Gruppierungen, die sich in ihr Vereinsleben zurückgezogen haben und einer auch selbstkritischen Diskussion mit anderen Strömungen ausgewichen sind. Das soll anders werden. Im Mai 1990 wollen sich radikale Linke aus der BRD und Westberlin zu einem ersten bundesweiten Kongreß treffen. Zuvor schon hat sich ein Kreis »Radikale Linke« bei zwei Wochenendtreffen in Hamburg und Frankfurt auf den »Entwurf einer politischen Grundlage« verständigt, dessen Erstfassung von einer zehnköpfigen Redaktionsgruppe bearbeitet wurde. Der hier dokumentierte Text lag dem dritten Treffen des Kreises »Radikale Linke« in Frankfurt am 14./15. Oktober vor

Der sozialliberalen Euphorie, den inneren Reformen und der neuen Ostpolitik folgten Sicherheitsgesetze, Berufsverbote, Mittelstrecken-Raketen und Massenerwerbslosigkeit. Was wird der rosa-grünen Besoffenheit und dem »ökologischen Umbau der Industriegesellschaft« folgen?

Ist es sinnvoll, derlei jetzt schon zu fragen? Wäre es nicht besser, sich erst nach dem Eintreten des allfälligen Katzenjammers zu Wort zu melden? Oder sollte man den rosa-grünen Zug durch die Gemeinde mitmachen in der Absicht, ihn umzulenken? Vielleicht sogar Hoffnung auf den »Fortschritt '90« selbst schüren?

Daß sich radikale Linke und linke Feministinnen aus so unterschiedlichen Traditionen und Gruppierungen (Grüne, KB, VSP, DKP, autonome oder bewegungsorientierte Gruppen, Zeitungs-/Zeitschriftenprojekte, Personen ohne »Zugehörigkeit«) gerade jetzt zusammensetzen, um über gemeinsame Perspektiven und – soweit schon möglich – gemeinsame Praxis zu diskutieren, hat Gründe:

- Die Grünen, die ein Jahrzehnt lang linke Diskussionen und Hoffnungen okkupieren konnten, haben sich zu einer systemintegrativen Partei entwickelt, deren überwältigende Mehrheit mitregieren will und den linken Mitgliedern jede Möglichkeit versperrt, ihre Vorstellungen in der Partei und durch die Partei zu verwirklichen. Daß ausgerechnet die linksalternative Westberliner AL (und nicht der rechte Realo-Flügel) es war, die den letzten Schub organisierte, kennzeichnet den »Zeitgeist« in der BRD und nicht nur hier: Bis tief in die Linke und in die alternative Szene hat sich der Wunsch durchgesetzt, in einem harmonischen Konsens den Kapitalismus mitzugestalten, »Verantwortung« für ihn zu übernehmen. Diese Entwicklung trennt die Staatsfreunde von den linken »Staatsfeinden«, die aus der öffentlichen Diskussion verbannt, isoliert und im Zweifelsfall der staatlichen Repression ausgeliefert werden.
- Der Kampf von Frauen um Selbstbestimmung wurde auf eine sozialdemokratische Gleichstellungspolitik reduziert, die nur die Teilhabe am Kapitalismus »gleich« unter Frauen und Männern aufteilen will. Propagiert werden konservative Ideologien »neuer Mütterlichkeit«, die die Frauen letztlich für bevölkerungspolitisch-rassistische Ziele zu gewinnen suchen.
- Die Flügel der DKP, uneinig in Fragen der innerparteilichen und gesellschaftlichen Demokratie, der Bewertung geschichtlicher Epochen (Stalinismus), der Veränderungen in der Sowjetunion, der Bedeutung der Emanzipation der Frauen, der Beurteilung von Umweltzerstörung und Kritik der Produktivkraftentwicklung, schlagen beide für die Sozialdemokratie: Das Präsidium der Partei sieht »die stärkere Annäherung von Kommunisten und Sozialdemokraten..., die gelegentlich schon bis an die Frage heranreicht, ob nicht gar eine 'Wiedervereinigung' von kommunistischer und sozialdemokratischer Strömung ins Blickfeld rücke«. Und das Vorbild vieler »Erneuerer«, die Kommunistische Partei Italiens, feiert die Errungenschaft, endlich »mit Gorbatschow und Willy Brandt eine Sprache zu sprechen.«

Was hier geschieht, ist weniger ein parteipolitischer als ein gesellschaftlicher Geländegewinn sozialdemokratischer Ideologie. Die aktuelle Entwicklung erinnert an die Integration der Außerparlamentarischen Opposition Anfang der siebziger Jahre, die dazu diente, den BRD-Imperialismus zu modernisieren und ihm ein weltoffeneres Gesicht zu geben. Sie unterscheidet sich von der damaligen Integration dadurch, daß zwar der Kapitalismus sich wiederum modernisieren will, indem er ein paar Umwelttechniken in seine Exportpalette aufnimmt, einige Karriere-Plätze für Frauen bereitstellt und sich Friedensfähigkeit attestiert, aber jenen, die sich heute in die »Gemeinsamkeit der Demokraten« aufnehmen lassen, keine Reformen anbietet, sondern in einer »Deregulierungs«offensive viele der Reformen zurückholt, die er einmal gewährt hatte oder gewähren mußte.

Angesichts dieser »Revolutionierung« der Verhältnisse von oben und des allgemeinen Trends zur Anpassung sollten sich radikale Linke den »Luxus« isolierter Diskussion und Politik nicht länger leisten. Sie müssen versuchen, eine wirksame linke Opposition gegen den Konsens der kapitalistischen Modernisierung zu entfalten.

Die radikale Linke trifft sich zunächst auf einer schmalen Basis. Sie kann heute noch keine Einigkeit darüber erzielen, ob z.B. der Beitritt vieler Linker zu den Grünen den Trend zur Anpassung beschleunigt hat; ob das Verharren in kleinen Parteien, Gruppen und Redaktionen nicht Schein-Sicherheiten konserviert hat, die sich im politischen und theoretischen Streit nicht messen mußten (linke Ignoranz gegenüber der ökologischen Dramatik und gegenüber feministischer Analyse und Gesellschaftskritik); ob es nicht auch »autonomes« Sektierertum gab, das Widerspruchspotentiale in der Gesellschaft leichtfertig übersah und bisweilen Militanz fetischisierte.

Auch in der Frage, wie eine radikale Linke sich zu Parteiorganisationen, Wahlen, Wahlkämpfen und Parlamenten zu verhalten hätte, wird schnelle Übereinstimmung nicht zu erzielen sein. Nach den Erfahrungen mit dem Entstehen und der Entwicklung der Grünen Partei käme es für eine radikale Linke aber darauf an, ihren Umgang mit dem Parlamentarismus nicht noch einmal zur Glaubensfrage zu machen.

Das parlamentarische System ist zwar einerseits eine politische Herrschaftsform, deren ganzer Sinn darin besteht, den Umsturz der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu verhindern, und tatsächlich ist es in keiner entwickelten kapitalistischen Gesellschaft je gelungen, Änderungen der sozialen Machtverhältnisse übers Parlament auch nur zu forcieren, geschweige denn durchzusetzen, während umgekehrt die Bedingungen parlamentarischer »Mitarbeit« (Elitebildung durch korruptive Diäten, Verleihung gesellschaftlichen Ansehens und andere Zuwendungen, Förderung des Fachidiotismus der Experten, Trennung der MandatsträgerInnen von ihrer politischen Basis) die Zähmung und Integration ehedem rebellischer Politiker stets gefördert, wenn nicht erzwungen haben. (Wie kurzlebig präventive Maßnahmen wie imperatives Mandat oder Rotation sind, haben die Grünen in weniger als zwei Wahlperioden exemplarisch vorgeführt.)

Taugt das Parlament auch nicht zur Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, so ist andererseits seine Zusammensetzung doch nicht ohne Einfluß auf die Bedingungen, unter denen gesellschaftliche Kämpfe geführt werden (können). Eine radikale Linke hätte die systemstabilisierende Funktion des Parlamentarismus immer wieder deutlich zu machen, das Parlament als solches zu bekämpfen und könnte doch jeweils prüfen, ob die Situation es zuläßt oder verlangt, die von diesem System dennoch gebotenen Möglichkeiten sichtbarer politischer Intervention zu nutzen. Welche Formen diese Interventionen annehmen könnten (Aktionen, Wahlboykott, Wahlempfehlung oder Kandidatur) wäre von Fall zu Fall mit einer Gelassenheit zu diskutieren, welche die grundsätzliche Kritik des Parlamentarismus nie aus dem Blick verliert.

Die radikalen Linken begegnen sich nicht ohne Mißtrauen. Daß keiner als großer Sieger und Garant für politischen Erfolg in ihrem Kreis aufläuft, sollte es ihnen erleichtern, von einander zu lernen und bei wichtigen Anlässen mit gemeinsam erarbeiteten Analysen und Stellungnahmen in die öffentlichen Debatten einzugreifen.

Besonders die linken Feministinnen nähern sich dem Kreis »Radikale Linke« mit großer Skepsis denn sie haben die Erfahrung gemacht, daß auch die Linken männerbündische Politik betreiben und sich den Inhalten der Frauenbewegung gegenüber Unwissenheit und Nichtachtung erlauben. Feministische Erkenntnisse und Forderungen wurden, wenn überhaupt, linker Politik meist nur aus machttaktischen Erwägungen hinzuaddiert und auf minder wichtige Plätze verwiesen. Auch die Arbeiterbewegung hat eine mächtige patriarchale Tradition, die Frauen immer wieder vom Markt bezahlter Arbeitskraft zu verdrängen und in den Bereich nicht entlohnter »Arbeit aus Liebe« abzuschieben. Es wird Zeit, daß eine radikale Linke den Geschlechterkonflikt nicht länger durch die Klassenfrage zu verdecken versucht, sondern die Dialektik zwischen beidem als zentrale Fragestellung begreifen lernt.

Wir haben es nicht mit einem – von Modernisierern suggerierten – Ende der Klassen und Klassenkämpfe oder einer Einebnung der Geschlechtshierarchien zu tun. Vielmehr erleben wir eine Phase ständiger Umwälzungen, regionaler Verschiebung und Zersplitterung der Arbeiterklasse, die zu ihrer Schwächung beiträgt. Das weltweit gelobte BRD-Modell zur Schlichtung sozialer Konflikte spielt dabei eine bedeutende Rolle.

Der Kapitalismus akkumuliert seit Mitte der siebziger Jahre in einem größeren Ausmaß über rationalisierende und die Produktion automatisierende Techniken. Die Gewinne entwickeln sich schneller als die Investitionen, die Arbeitsproduktivität steigt steiler an als das Sozialprodukt, die Reallöhne sinken im Aufschwung. Die Finanzmärkte verselbständigen sich gegenüber der Produktion. Dieser neue Entwicklungstyp hebt sich deutlich von einer bis dahin überwiegend vom Konsum angeschobenen und beschäftigungswirksamen Wachstumsproduktion ab.

Die moderne Arbeitsorganisation isoliert die Erwerbstätigen an den Arbeitsgeräten und bürdet ihnen durch eine integrierte Steuerung eine hohe Verantwortung für die gesamte Kapitalmasse auf. Der Ausfall an einer Stelle gefährdet das Ganze. Dies fördert die Entwicklung eines – zum Teil (überwiegend für Männer) relativ hoch bezahlten – Einzelkämpfertums. Der Empfindlichkeit der Prozesse entspricht die Einführung von »kalten« Überwachungsmethoden: Risikobereiche wachsen, sind nur mit persönlichem Code zugänglich, jederzeitige Ansprechbarkeit und Verfügbarkeit bis in den »Privat«bereich hinein über »Pieper« oder mobile Telefone wird verlangt. Die Gesellschaft beginnt, sich an Kamera-Überwachung und lückenlose Personal-Informations-Systeme zu gewöhnen. Die Übertragung von Wissen auf Computer erleichtert die Auswechselung der Beschäftigten in vielen Arbeitsbereichen. Die Ware Arbeitskraft gerät so doppelt unter Druck oder Preisverfall: durch anhaltende Arbeitslosigkeit und leichtere Austauschbarkeit.

Das Kapital nutzt diese Schwächung der Position der Erwerbstätigen für Flexibilisierungen der Arbeitszeiten zur besseren Ausnutzung der Maschinerie, bei der Gesamtdauer der Beschäftigung und der Rotation von ArbeiterInnen. Zwei Millionen registrierte Erwerbslose sagen noch nichts darüber aus, wieviele Menschen jährlich arbeitslos und zu schlechteren Bedingungen wieder eingestellt werden. Zwar gilt der »Normal«-Arbeitstag für die meisten männlichen Erwerbstätigen noch, doch auch sie erleben am Arbeitsmarkt den wachsenden Zwang zu ständiger Verfügbarkeit, wie ihn die Frauen aus ihrer Arbeit im Reproduktionsbereich kennen und auch im Erwerbsleben als weibliche »industrielle Reservearmee« schon lange hinnehmen müssen. Frauen werden nicht als Erwerbslose registriert, sondern auf den Lohn des Mannes oder später auf Sozialhilfe verwiesen. Sie erhalten, falls ihnen doch der Einstieg in Erwerbsarbeit gelingt, die schlechtesten Plätze. Die 2,5 Millionen Erwerbsarbeitsplätze, deren Abschaffung durch die neuen Informations- und Kommunikationstechniken in der BRD prognostiziert wird, sind zu zwei Dritteln Arbeitsplätze von Frauen.

Die Zersplitterung in reduzierte Stammbelegschaften, in GelegenheitsarbeiterInnen, in WanderarbeiterInnen (im Zuge der Europäisierung) und in eine wachsende Schicht Ausgegrenzter, die der Armut ausgesetzt werden (neben Frauen und Alten bereits viele junge Menschen) schwächt die Gewerkschaften, die in der BRD die Beschneidung des Streikrechts hinnehmen mußten und die in England bereits an der Schwelle ihres Zusammenbruchs stehen.

Aber auch die Bewegung, die begonnen hatte, die Umstellung der Produktion und die Ausschaltung der unbeherrschbaren technischen Risiken zu fordern und für »Ökologische Regionen« einzutreten, wurde geschwächt. Je größere Sorgen sich viele Menschen um die Sicherung ihres Erwerbs machen müssen, desto tiefer fällt ihr Bewußtsein in den »Gegensatz« Arbeitsplätze contra Ökologie zurück, umso eher suchen sie nach individuellen Lösungen als weitgehend rechtlose »JobberInnen«.

Die Erkenntnis, daß die Kritik am Ausbeutungscharakter der Lohnarbeit auch eine Kritik an den Arbeitsinhalten und -produkten sein muß, hat an Einfluß verloren. Die Forderung nach Herstellung gesellschaftlich nützlicher Güter (z.B. durch Rüstungskonversion oder Umstrukturierung der Werften) ist leiser geworden, ebenso die Kritik der Bedingungen, unter denen Menschen arbeiten müssen (Zerstückelung und Sinnentleerung, Intensivierung und Computerisierung).

Die Gesundheitszerstörung (auch am Arbeitsplatz) durch Giftstoffe und Intensivierung drängt das Kapital zu immanenten Strategien, deren Ziel es ist, nicht die Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz (und durch die Produkte) zu verhindern, sondern die Beschäftigten »resistenter« gegen die Belastungen (auch psychischer Art) zu machen. Die Gen- und Reproduktionstechnik soll u.a. ein Mittel werden, mit welchem die Erwerbstätigen durch Kontrolle der Fortpflanzung an gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen angepaßt werden können. Was sich jetzt noch hinter der »Erbkrankheiten«-Forschung versteckt, ist erst der Anfang einer Politik, die auf Aussonderung »unwerter« Menschen hinauswill. Besonders Frauen werden, derzeit vor allem über die Ausweitung der vorgeburtlichen Diagnostik, immer stärker unter Druck gesetzt, individuell vorab zwischen »wertem« und »unwertem« Leben zu entscheiden.

Jede radikal linke Politik muß an der Produktion und an der Lage der Menschen in ihr ansetzen. »Wenn man von der Produktion ausgeht, so muß man sich um die wirklichen Produktionsbedingungen und die produktive Tätigkeit der Menschen bekümmern. Wenn man aber von der Konsumtion ausgeht, so kann man sich bei der Erklärung, daß jetzt nicht menschlich konsumiert werde und bei dem Postulat der menschlichen Konsumtion, der Erziehung zur wahren Konsumtion und dergleichen Phrasen beruhigen, ohne sich im geringsten auf die wirklichen Lebensverhältnisse der Menschen und ihre Tätigkeiten einzulassen« (Marx). Die Verharmlosung der Umweltprobleme durch Appelle an die Verbraucher (weniger autofahren, phosphatfreie Waschmittel kaufen, Bioläden nutzen), soll den Verzicht auf Eingriffe in die Industrie und die Durchbrechung der Kapitallogik kaschieren.

Die These, daß alle Menschen von den Umweltproblemen »gleich« betroffen seien, ignoriert den gesundheitszerstörenden Arbeitsalltag der Industriearbeiterschaft. Der krasse Anstieg von Berufskrankheiten und die wachsende Zahl von Beschäftigten, die aus Krankheitsgründen viele Jahre vor Erreichen der Altersgrenze in Rente gehen müssen, zeigen, daß der Dreck und Lärm erst mal in den Fabriken und Innenstädten »wirkt«, ehe er die Wohnviertel der Besserverdienenden erreicht.

Andererseits überschreitet die Zerstörung der Umwelt Klassen- und Staatsgrenzen. Zwar hat die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit offensichtlich mit den inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu tun (Zwang zum Wachstum, Akkumulation, rücksichtslose Profitlogik, Konkurrenz), aber eine Überwindung des Kapitalismus, die sich in der Abschaffung des Privateigentums erschöpft, bedeutet noch keine Lösung der Krise der äußeren Natur. Weil die traditionellen Organisationen hierauf zumeist gar nicht oder nur hilflos geantwortet haben, haben sich neue Organisationsformen mit neuen (sozialen) Bündnisstrukturen entwickelt. Allerdings wird der Begriff »Gattungsfrage« (alle sind von der Umweltzerstörung betroffen) auch für Ökodiktatorische Lösungen und »volksgemeinschaftliche« Strategien (Abschied vom Klassenkampf) mißbraucht, werden Umweltprobleme mehr und mehr zum ideologischen Rekrutierungsfeld für rechtsradikale Gruppen, wobei die Übergänge zum grünen Spektrum manchmal fließend sind (Gruhl, Weltbund zum Schutze des Lebens usw.). In dem Maße, in dem radikale Ökologische Forderungen (Umwälzung des

Industriesystems) durch Umwelttechnik und Ökokapitalistische Strategien ersetzt werden, wird der Ökologiebegriff seines politischen Inhalts beraubt und kann neu besetzt werden – als Marketingstrategie oder als Blut-und-Boden-Ideologie.

Die radikale Linke geht davon aus, daß das Kapital in den kommenden Jahren die Klassenwidersprüche verschärfen und einen wachsenden Teil der Bevölkerung um eine einigermaßen gesicherte Versorgungsperspektive bringen wird. Es läßt sich noch nicht erkennen, welche Bewegungen mit welchen politischen Zielen daraus erwachsen. Der Katalog der Fragen, mit welchen die radikale Linke sich dabei auseinanderzusetzen hat, ohne schon heute mit einer Stimme antworten zu können, ist lang. So bleibt beispielsweise vorläufig offen,

- ob die Gewerkschaften sich weiterhin darauf beschränken werden, die Interessen der Stammbelegschaften zu vertreten, und GelegenheitsarbeiterInnen andere Formen organisierter Interessenvertretung finden. Selbst die dadurch veränderten, reduzierten Gewerkschaften wollen unterschiedliche Wege gehen. Die einen kündigen weitere Kämpfe für Arbeitszeitverkürzungen an (IG Metall) oder wehren sich gegen die ausgedehnten Arbeitszeiten (HBV), erheben möglicherweise Ansprüche auf die Gestaltung der Arbeit (IG Medien), andere, wie die IG Chemie, stehen an der Seite »ihrer« Kapitalfraktion im Kampf gegen ausländische Konkurrenten – auch um den Preis der Ausdehnung von Arbeitszeiten und der Vergiftung;
- ob der verstärkte Zustrom von Frauen in die Gewerkschaften und die damit verbundenen neuen Debatten (Kritik an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, Verkürzung des Arbeitstags, Quotierung der Erwerbsarbeitsplätze wie der Plätze »am Kochtopf«) ein Gegengewicht bilden kann gegen die Beschränkung gewerkschaftlicher Politik auf die Interessen der angeblich die Familie ernährenden Patriarchen;
- ob Ausgegrenzte und – weitgehend – Rechtlose überwiegend um ihre unmittelbaren Interessen kämpfen und sich deshalb links orientieren werden oder sich von rechtsradikalen Parolen einfangen lassen.

Die absehbare Zuspitzung von Widersprüchen belegt nur, wie wichtig die Stärkung einer linken Opposition wird, zumal eine Grüne Partei der Mittelschichten (des »konsumbewußten Citoyen«) den Ausgegrenzten hauptsächlich als ordnungspolitische Kraft entgegentreten wird, wie das Kreuzberger Beispiel angekündigt hat.

Die Umwälzung der Verhältnisse von oben wird mit der europäischen Deregulierungsoffensive eine neue Dimension erreichen. Der britische Minister Lord Young prägte dafür die Kurzformel: »Die Thatcherisierung ganz Europas naht heran.« Der Chef des Veba-Konzerns, Bennigsen-Foerder, erläuterte die Absichten wirtschaftstheoretisch: »Wir haben heute eine erhebliche Bewegungsfreiheit für Kapital... Die Geld-Kapital-Bewegung ist praktisch grenzenlos geworden... War ein hoher Staatsanteil in der Aufbauzeit noch durchaus sinnvoll, um nachfrageseitig das Wachstum abzustützen (Keynes), so erzwang die übermäßige Staatsverschuldung (Ansammlung von unproduktivem Kapital) eine Umkehr. War bei niedrigen Einkommen eine staatliche Zwangsvorsorge gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Altersarmut voll und ganz gerechtfertigt, so ist das heute längst keine zwingende Staatsaufgabe mehr...« Als konkrete Aufgaben der nächsten Zeit nennt Wirtschaftsminister Haussmann die »Senkung der Löhne in schwachen Gebieten, niedrige Einstiegslöhne für Arbeitslose, Senkung der Lohnnebenkosten (also Senkung der dadurch finanzierten Kosten für Arbeitslose, Gesundheit und Renten)«.

Mehr Armut wird ebenso geplant wie die Zunahme unbezahlter Frauenarbeit. Kein Stein soll auf dem anderen bleiben. Subventionen sollen ohne Rücksicht auf die Gefahr regionaler Verödung gestrichen, die eh unzureichenden Grenzwerte für den Giftausstoß von Chemie und Kohlekraftwerken ebenso gesenkt werden wie die Sicherheitsstandards von Atomanlagen, staatliche Versorgungsbetriebe sollen privatisiert, Arbeitsschutz-Vorschriften ausgehebelt werden.

Erzwungen werden soll diese »Modernisierung« durch Standortkonkurrenz, flexiblere Verschiebung der Produktion und/oder der billigen Arbeitskräfte, die europaweit zu »Heimatbedingungen« beschäftigt werden. »Wir müssen von der Illusion Abschied nehmen..., bei der Massenproduktion mit Billiglohnländern konkurrieren zu können. In einem grenzenlosen Binnenmarkt müssen die Unternehmen... ihre Produktion dort aufbauen, wo sie am billigsten ist« (Lothar Späth).

Die Deregulierung wird der seit 40 Jahren größte Angriff auf historisch erkämpfte oder zwecks präventiver Befriedung zugestandene »Kompromisse« (Reformen) sein. Staatsgelder werden in den produktiven Wirtschaftssektor umgeleitet, die Zeit Keynesianischer Anwandlungen ist vorbei. Mit der Deregulierung, die in der BRD noch die größten Reserven hat, deutet sich der Abschied von einem insgesamt integrierenden Konsummodell an. In Vorbereitung auf weltweit neue Verteilungs- und Verdrängungsschlachten wird die Verelendung in der »3. Welt« vorangetrieben und zugleich ein Stück weit in die Metropolen »zurückgeholt«.

Politisch geht es dabei um die Stärkung des imperialistischen Machtblocks Europa, der den Block USA/Kanada beerben, den fernöstlichen in Schach halten und bei der ökonomischen Durchdringung des Ostens die Nase vorn haben will. Das

europäische Kapital, dessen Monopolbildung rasend voranschreitet, hat eine Entwicklungsstufe erreicht, auf der ihm die tausend Eigenarten und Verordnungen der einzelnen Nationalstaaten zu eng und zu kostspielig sind.

Radikale linke Politik wird versuchen müssen, eine Strategie zu entwickeln, die die Opfer der Modernisierungs-Offensive zusammenbringt und unter ihnen das Bewußtsein schafft, mit der Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus und des Patriarchats brechen zu müssen. Wir werden es dabei mit einem neuen – vielleicht BRD-typischen – Eurochauvinismus zu tun bekommen, der hier ein volksgemeinschaftliches »gemeinsames Haus« baut, sich gegenüber der »Dritten Welt« und ihren Flüchtlingen einerseits abschottet, sie andererseits als seine Verfügungsmasse behandelt, schließlich sich auch gegen die Hauptkonkurrenten USA und Japan abgrenzen wird. Der zu erobernde »Russe« erhält einen Sonderstatus, solange er seine Geschäfte vornehmlich mit der BRD abwickelt, westliche Werte lobt und ankündigt, daß auch an die Wiedervereinigung gedacht werden darf.

Die ökonomische Überlegenheit der BRD (eine Mischung aus höchster Produktivität und politischer Stabilität) zwingt die Konkurrenten zu Anpassungsmaßnahmen (siehe Großbritannien). Sie macht die BRD auch zu einer Schaltstelle für die Ostgeschäfte. »Bonn rückt auf zum Führungspartner Washingtons und Moskaus« (»Frankfurter Allgemeine«).

Während sich die CDU/CSU mit den Nationalisten in den eigenen Reihen und der Rückgewinnung der »Republikaner« »herumplagt«, setzt die SPD modern auf die Großmacht Europa. Es darf jetzt sogar aus vollem Herzen gegen die Amerikaner gehetzt werden. Peter Glotz: »Nivellierende Massenkultur, die von den Majorcompanies in den Vereinigten Staaten konzipiert wird, (zerstört) die europäische Identität«; Helmut Schmidt: »Wir können in der Tat ohne die Amerikaner auskommen. Die Franzosen haben auch Kurzstreckenraketen«; Oskar Lafontaine: »Europas Interessen sind global. Europa soll daher zu jedem Zeitpunkt sowohl politisch als auch (militär)strategisch funktionsfähig sein.«

Der traditionelle Nationalchauvinismus der Sozialdemokratie, der den deutschen Griff zur Weltmacht 1914/18 nicht nur durch die Bewilligung von Kriegskrediten gefördert hatte, blüht als Eurochauvinismus wieder auf. Die grünen Realpolitiker ziehen bereits mit, andere haben noch Bauchschmerzen. Man/frau ist erinnert an die konservative Nostalgie des »europäischen Abendlandes«, in deren Zusammenhang auch immer antisemitische und rassistische Elemente eine Rolle spielen.

Zugleich mit der Vollendung der Großmacht Europa beginnt die Rückholung des durch Revolutionen oder Kriegsergebnisse abhanden gekommenen Ostens. Die Jahrzehnte des kalten Krieges, die ökonomische und militärische Überlegenheit des Kapitalismus und seine Erpressungen haben, zusammen mit tiefen Krisen der Wirtschaft und der politischen Legitimation im »realen Sozialismus«, das einzuleiten vermocht, was mit kriegerischen Überfällen nicht zu erreichen war: die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt und den Umbau nach den Gesetzen den Kapitals. Polen, Ungarn und Jugoslawien stehen bereits vor der politischen Übernahme. Bei den anderen setzt sich ein Prozeß der ökonomischen Durchdringung fort, der an die Politik des »Informal Empire« der USA Ende des 19. Jahrhunderts erinnert, mit der die formal souveränen Staaten Lateinamerikas von den USA ökonomisch durchzogen und angebunden wurden.

Das System, das sich »realer Sozialismus« nennt, ist am Ende. Es hat die ArbeiterInnen der Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nicht näher gebracht, sondern sie den gleichen nerv- und geisttötenden Technologien und Arbeitsabläufen ausgesetzt, die im Kapitalismus den Menschen verstümmeln. Höhere Produktivität sollte die Überlegenheit des »realen Sozialismus« über die kapitalistische Wirtschaftsweise beweisen – nicht eine andere, kreativere Art des Arbeitens, nicht mehr Selbstbestimmung der Produzenten über das Was und Wie der Produktion, und erst recht nicht ein anderer Umgang mit der äußeren Natur. Die Verwirklichung formaler Gleichberechtigung von Mann und Frau hat nicht verhindert, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Gewalt gegen Frauen weiter bestehen: auch die »realsozialistische« Abschaffung des Kapitalismus hat das Patriarchat nicht beseitigt. Der gehorsame, im Rahmen einer Leistungsgesellschaft funktionierende Arbeiter wurde zum gemeinsamen Ideal von Kapitalismus und »Realsozialismus«.

Zwar fehlte bislang im »realen Sozialismus« der Stachel der permanenten Konkurrenz, den im Kapitalismus Arbeitslosigkeit und Deklassierung bilden, und das milderte das Schicksal des Malochers. (Dies soll jetzt anders werden.) Doch die Doktrin vom Staat des ganzen Volkes, der keine Klassenkämpfe mehr kennt, und von der Staat-gewordenen Partei, die pausenlos die objektiven Interessen der Klasse »verwirklicht«, bedeutete das Verbot der eigenständigen Organisation subjektiver Interessen, ob in der Form unabhängiger Gewerkschaften mit Streikrecht, politischer Parteien, unabhängiger Frauenorganisationen oder anderer Zusammenschlüsse. In der Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse sahen die Herrschenden des »realen Sozialismus« nur ein Hemmnis für die Systemkonkurrenz, das deshalb zu ignorieren war. Ein rationaler politischer Diskurs, der nur bei Meinungsfreiheit denkbar ist, wurde als Propaganda der äußeren Feinde verfolgt. Daß heute, da aktuelle Politik und Historie in der Sowjetunion nach Jahrzehnten des Verbots und der Strafverfolgung offen und kontrovers diskutiert werden können, so viele Erscheinungen rassistischer und religiöser Borniertheit zu beobachten sind, zeigt zugleich, wie »ungeeignet« Zensur zur Bekämpfung reaktionären Bewußtseins ist.

Die »Rückgewinnung« des Ostens ist nicht einfach eine Wieder-Einsetzung des Kapitalismus. Große Gebiete werden erstmals für die Mehrwertproduktion erschlossen. Es bedeutet keine Verteidigung der alten Verhältnisse des »realen Sozialismus'« wenn die radikale Linke feststellt, daß der ökonomische Siegeszug des Kapitalismus neue Opfer fordern wird: Zuerst von denen, die den schärferen Leistungsanforderungen nicht gewachsen und deshalb der Arbeitslosigkeit und der drohenden Verelendung ausgeliefert werden. Indiz dafür, wie sich diese Entwicklung in der Sowjetunion beispielsweise für die Frauen auswirken wird, ist die zunehmende Propagierung ihrer Rückkehr zu »Heim und Herd«: Sie sollen den Markt der bezahlten Arbeitskräfte »entlasten« und die unbezahlte Reproduktionsarbeit wieder ganz allein verrichten.

Kapitaltransfers, Kredite einer relevanten Größenordnung und Umschuldungen (Polen ist pleite, die UdSSR muß bereits Kredite aufnehmen, um Kredite tilgen zu können) sind an ökonomische und politische Bedingungen geknüpft. Als der polnische Ministerpräsident Frau Thatcher als sein Vorbild bezeichnete, weil sie vorgemacht habe, wie unrentable Wirtschaftszweige zu liquidieren seien, war das der notwendige Kotau eines Kredit- und Umschuldungsbettlers; daneben mag auch der ehrliche Wunsch eine Rolle gespielt haben, mit der polnischen Arbeiterbewegung nach britischem Vorbild umspringen zu können.

Gorbatschows Lob westlicher Werte, der Marktwirtschaft und ihrer Spitzenmanager, der Friedensfähigkeit der CDU-Regierungspolitik, der Fähigkeit des Imperialismus, globale ökologische Krisen zu bewältigen – all das ist, ob erzwungen oder freiwillig, eine ideologische Aufwertung des Kapitalismus. Sie ist für die Herrschenden hierzulande besonders wertvoll, weil der Chef der einstmals am meisten bekämpften und dämonisierten Macht sie vornimmt.

Die staatsfeindliche oder auch nur systemkritische Linke der BRD ist in den letzten Jahren schwächer geworden. Kämpferische soziale Bewegungen wie die Anti-Atom- und Teile der Friedensbewegung sind stark geschrumpft und haben es deutlich schwerer, Massen zu mobilisieren. Die Zahl der Hausbesetzungen ist, der wachsenden Wohnungsnot zum Trotz, drastisch zurückgegangen. Wo gegenläufige, insbesondere militante Tendenzen sichtbar werden, wie z.B. in Kreuzberg oder um die Hamburger Hafenstraße, sind diese mehr als zuvor gesamtgesellschaftlich, aber auch von links-liberalen und staatslinken Spektren isoliert.

Dieser Sieg der staatstragenden Kräfte basiert auf geglückten Maßnahmen der Integration, die bürgerlicher Politik bis weit in die Linke hinein zu neuem Ansehen verholfen haben, auf der Resignation, welche die Niederlagen erzeugten, die der Opposition trotz größter Mobilisierungen beigebracht wurden, und auf der Androhung oder dem Vollzug einer umfassenden Repression jedes entschlossenen Widerstands.

Die regierende CDU hat, dem Rezept ihres ehemaligen Generalsekretärs folgend, ihren »Diskurs« modernisiert. So gelang es der »Frauenministerin« und jetzigen Bundestagspräsidentin, das klerikal-reaktionäre Frauenbild ihrer Partei mit »progressivem« Gerede so zu vernebeln, daß sie Ansehen bis in die Linke hinein gewinnen konnte, obwohl ihre tatsächliche Politik gleichzeitig zur stärkeren Kriminalisierung von Abtreibungen und damit zu weiterer Entmündigung von Frauen beigetragen hat. Kurt Biedenkopf und Lothar Späth konnten auch linkes Lob als ökologische »Querdenker« ernten, weil sie Chancen auf dem nationalen Markt und dem Weltmarkt für Umwelttechnologien entdeckten; daß sie die stoffliche Struktur der Produktion unangetastet lassen und die sozial Schwachen mit »Umweltopfern« aller Art belasten wollen, wurde (gern?) übersehen. Norbert Blüm erhielt Beifall als Reisender in Menschenrechten, obwohl seine Auftritte nur zu verschleiern hatten, daß die von seiner Partei regierte BRD ökonomisch eine Hauptstütze der chilenischen Junta und wichtigster Handelspartner Südafrikas ist.

Wie tief auch die staatslinke Sehnsucht sitzt, endlich einmal Ja sagen zu können und dabeizusein, läßt sich vielleicht am deutlichsten an der Begeisterung für den Bundespräsidenten v. Weizsäcker ablesen. Aus einem stinknormalen CDU-Politiker, der in Berlin regierte wie Barschel in Schleswig-Holstein oder Albrecht in Niedersachsen, wurde plötzlich »unser aller« Repräsentant, weil er die imperialistische Politik der BRD mit besinnlicheren Reden begleitet und fördert als sein in zackigem SA-Deutsch geübter Vorgänger.

Die SPD hat zwar ihr Ziel, die Grünen als parlamentarische Kraft auszuschalten, bisher verfehlt. Gelungen ist den Sozialdemokraten in der Bonner Opposition hingegen eine enorme Verbesserung ihres Ansehens bis in die Linke hinein. Bei vielen gilt die SPD nicht mehr als Atom-Partei, sondern als Partei des besonnenen, etwas langsameren, vor allem aber konfliktfreien Ausstiegs. Die Politik sozialdemokratischer Landesregierungen z.B. in Schleswig-Holstein und NRW gibt für diese Hoffnung nichts her, die SPD-Programmatik fast nichts: Ausstieg in 12 Jahren und auch dann nur im Konsens mit der Wirtschaft und allen anderen Parteien. Am Hanauer Plutonium hat die SPD das sonst nach ihrem Geschmack funktionierende hessische Regierungsbündnis platzen lassen. Faktisch ist es der SPD gelungen, ohne größere materielle Zugeständnisse einer ehemals sehr agilen sozialen Bewegung ihr gemeinsames Ziel »sofortige Stillegung aller Atomanlagen« zu rauben und sie mit der Diskussion zu beschäftigen, ob diese Forderung »realistisch«, »machbar« oder »illusorisch« ist.

Auf dem Gebiet der Friedenspolitik hat die SPD das Terrain, das sie als »Nach«rüstungspartei unter Helmut Schmidt verloren hatte, weitgehend zurückerobert. Der sozialdemokratisch-staatliche Ansatz der Rüstungskontrolle hat gegenüber

pazifistischen Forderungen nach bedingungsloser einseitiger Abrüstung an Popularität gewonnen, ohne daß die SPD eine relevante Verringerungen des Rüstungshaushalts auch nur versprechen mußte. Nicht einmal das einstimmige Ja der SPD-Bundestagsfraktion zu den Zusatzprotokollen des Elysée-Vertrages, also die Festlegung auf »atomare Abschreckung« als wichtige Komponente deutsch-französischer Militärpolitik, hat dem friedenspolitischen Image der SPD nennenswerten Schaden zugefügt. Daß es den Herrschenden neuerdings so leicht gelingt, europäische Aufrüstungspolitik als friedensstiftend, weil die US-Hegemonie überwindend, zu verkaufen, ist freilich nicht zuletzt auch Ergebnis von nationalen Parolen der Friedensbewegung, die »den Deutschen« suggerierten, sie seien die eigentlichen Opfer US-amerikanischer Kriegspläne.

Welch schweren Stand gegenwärtig gewerkschaftliche und erst recht linksgewerkschaftliche Positionen in der Gesellschaft haben bzw. wie konkurrenzlos sich Sozialdemokraten heute auf diesem Gebiet fühlen, veranschaulicht Lafontaines demonstratives Eintreten für Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich und für die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten über Nacht und Wochenende. Das ist nicht nur eine Botschaft an die großen Kapitaleigner, daß die Sozialdemokratie ihnen für jede Weltmarktschlacht verläßlich zur Verfügung stehe, auch nicht nur ein Koalitionssignal an die FDP. Die Frechheit, mit der Lafontaine seine Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte vorgetragen hat, zeugt auch vom Wissen, wie anfällig das »alternative« Milieu für Verzichtsforderungen ist (vorausgesetzt, es trifft einen nicht selbst), und wie viele »Alternative« die »soziale Frage« ad acta gelegt haben.

Der berechtigte und notwendige Kampf der Frauen um Gleichberechtigung, z.B. die fünfzigprozentige Quotierung aller Erwerbsarbeitsplätze und politischen Mandate, verliert seine emanzipatorische Kraft und verkommt zur Förderung bürgerlicher Karrieren, wenn es den Frauen dabei nur um »Plätzchen an der Sonne« als Teilhabe an geltenden Ausbeutungs- und Machtstrukturen geht. Nicht unbedeutende Strömungen innerhalb der Frauenbewegung, die nur »Frau an sich« thematisieren, ohne die Auswirkungen von Klassenauseinandersetzungen und Rassismus auch unter Frauen mitzureflektieren, geraten in die Nähe »völkischer« und konservativer Denk- und Handlungsmuster.

Die Grünen haben in einem langen Prozeß mehr und mehr rebellische, oppositionelle und antikapitalistische Momente verloren. Ihr Weg ist wohl die bedeutendste Integrationsleistung dieses Staates und dieser Gesellschaft. Sie war nur möglich vor dem Hintergrund relativer gesellschaftlicher Ruhe und schwächer werdender sozialer Bewegungen, die ein Gegengewicht zu jenem Anpassungsdruck hätten bilden können, dem jede Wahl- und Parlamentspartei ausgesetzt ist.

Die wichtigsten RepräsentantInnen der Grünen, mehrheitlich immer noch Leute, die sich vor Jahren als Linke, als Sozialisten, Kommunisten oder auch Feministinnen bezeichnet haben, werben heute für einen sogenannten ökologischen Kapitalismus. Sie befürworten das staatliche Gewaltmonopol, die NATO-Einbindung der BRD und die Beteiligung an der Regierungspolitik in Unterordnung unter den Seniorpartner SPD. Die Frankfurter Regierungsgrünen unterschrieben: »Wir werden Frankfurt wieder als internationales Finanzzentrum und Handelsplatz fortentwickeln«, die Berliner Regierungsgrünen sehen die dort stationierten Truppen als Garanten der Demokratie und das staatliche Gewaltmonopol als Schutzinstrument für sozial Schwache und Minderheiten. Daß Belange der Privatwirtschaft nicht negativ tangiert werden dürfen, ist hier wie dort keine Frage mehr. Allein eine gewisse Unzuverlässigkeit in Sachen »innere Sicherheit« läßt die Herrschenden noch zögern, die Koalitionsfähigkeit der Grünen auf Bundesebene bereits jetzt prinzipiell zu bejahen. Nach ihrer löblichen Haltung zum Hungerstreik der politischen Gefangenen und zum 1. Mai in Kreuzberg werden von den Grünen vor ihrer Beteiligung an einer neuen Formation bürgerlicher Regierung in Bonn noch einige weitere Beweise ihrer Bereitschaft erwartet, soziale und politische Militanz zu denunzieren und zu isolieren.

Trotz dieser Entwicklung binden die Grünen noch immer große Hoffnungen auf soziale und ökologische Zähmung des Kapitalismus im Rahmen rosa-grüner Regierungspolitik. Diese Hoffnungen sind auch ein Reflex erlittener Niederlagen. Vielen Menschen ist vor Augen geführt worden, daß größte Anstrengungen und massenhafte Mobilisierung nichts gegen die staatliche und wirtschaftliche Macht, die ihre Projekte durchsetzen wollte, ausrichten konnten. Trotz gewaltiger Demonstrationen und dem Unfall in Tschernobyl läuft das Atomprogramm weiter (der Verzicht auf Wackersdorf ist kein Ausstieg, sondern Resultat einer geänderten europäischen Arbeitsteilung); Zehntausende demonstrierten gegen die Frankfurter Startbahn-West, Hunderttausende unterschrieben Protesterklärungen, und trotzdem wurde sie gebaut; das massive Engagement gegen die Volkszählung hat den Überwachungsstaat weniger behindert als vielfach erhofft. Wider alle Erkenntnisse und Proteste treibt die chemische Industrie der Bundesrepublik, als weltweit führende Exportmacht, ihre umweltzerstörende Produktion weiter und schreibt sich traumhafte Profite gut. Auch dort, wo ArbeiterInnen außergewöhnlich entschlossen gegen Kapitalstrategien der Kaputtsanierung kämpften, zum Beispiel in der Stahlindustrie oder auf einigen norddeutschen Werften, konnte selbst die Besetzung einer Großwerft (HDW) die geplante Schließung nicht verhindern. Ehemals kämpferische Teile der Frauenbewegung, die zur Linderung dringendster Nöte der Frauen Selbsthilfe-Projekte aufbauten, wurden durch ihre Abhängigkeit von »Staatsknete« teilweise selbst zum mittlerweile modernsten Bestandteil des Sozialstaates und haben damit Probleme, den von ihnen »be-holfenen« Frauen nicht als Sozialbürokratie gegenüberzutreten.

Am Anfang der in vielfältigen Formen zu beobachtenden Anpassung an bürgerliche Normen und kapitalistische Ideologie steht häufig die politische Niederlage, das Gefühl, einem übermächtigen Gegner nicht gewachsen zu sein. Zwischen »Rebellion ist gerechtfertigt« und »Respekt vor Weizsäcker« liegt hundertfach »Rebellion lohnt sich nicht«. So entsteht die Selbstreduzierung zu WahlbürgerInnen, die ihre politischen Hoffnungen darauf reduzieren, dann wenigstens besser regiert zu werden – und einige Wünsche mögen durch die rosa-grüne Moderne tatsächlich in Erfüllung gehen. Der bürgerliche Staat erweist sich als reich und klug genug, denen, die als Intellektuelle und politische FührerInnen die Rückkehr in seine Arme befördern, ein gediegenes Plätzchen zu bieten. Die Metropole BRD lebt so gut von »Überschüssen« aus aller Welt, daß sie lukrative Angebote machen kann. Selbst Formen der Alternativwirtschaft haben ihren Platz, wenn sie sich im Markt behaupten können.

Wer freilich diesen großzügigen Angeboten sich verweigert, wird immer härter bestraft. Davon zeugen auch die zahlreichen 129a-Verfahren und -Verurteilungen und die große Zahl derer, die wegen ihres Widerstands gegen den Bau der WAA Wackersdorf bestraft wurden. Zeitweise werden ganze politische Szenen wie die Startbahn-West-Leute oder das feministische Initiativen-Netzwerk gegen Gen- und Reproduktionstechnologien unter Dauerverfolgung gesetzt.

Die Härte der Repression ist die andere Seite der Anpassungsmedaille. Ihre Wirkung läßt sich daran ablesen, wie wenig Protest und Legitimationsverlust dieser Staat erleiden mußte, als Ingrid Strobl ohne jeden Beweis zu fünf Jahren Knast verurteilt wurde. Auch beim Hungerstreik der RAF-Gefangenen gegen die modernen Methoden der Isolationsfolter zeigte der Staat äußerste Härte und stellte die Gefangenen praktisch vor die Alternative, zu verhungern oder die unerträglichen Zustände weiter zu erdulden. Selbst in dieser Situation haben Grüne und Liberale nicht etwa dem Staat Haftbedingungen nach allgemeinen Menschenrechtsnormen abgefordert, sondern die Gefangenen zu Unterwerfungsritualen zu überreden versucht. Viele scheinen die häßlichen Seiten dieses Staates ganz bewußt nicht mehr wahrnehmen zu wollen, weil der Anblick die Versöhnung stören könnte.

Die Orientierung auf rosa-grünes Regieren und die Versöhnung mit dem Staat wird die Minorität, die diesen Weg nicht mitgeht, zunächst nicht nur mehr als bisher isolieren, sondern auch ungeschützter der staatlichen Repression aussetzen. Um die Folgen dieses Faktums zu mildern, werden die zu militanten Aktionen bereiten Gruppen sich um ein größeres Maß an politischer Vermittlung ihrer Gründe und Absichten bemühen müssen. Mit dem Hinweis auf die erlittene Repression allein ist (zumal in diesem Land) keine Politik zu machen.

Die zugleich einschüchternde und integrierende Wirkung von Repressionen geht aber nicht nur von Justiz und hochgerüsteter Polizei aus. Eine wesentliche Wirkung läuft viel stummer ab. Wieviel schwerwiegender ist es heute, gemessen an der Zeit vor zehn oder fünfzehn Jahren, seinen Schulabschluß nicht hinzubekommen, aus der Lehre zu fliegen, nach der Berufsausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen, wegen linkem oder gewerkschaftlichem Engagement entlassen zu werden. Was in den siebziger Jahren als Jugendsünde verstanden und toleriert wurde – zum Beispiel wegen eines frechen Artikels in einer Schülerzeitung von der Schule zu fliegen – , ist heute oft ein Makel, der das Ende von Ausbildungs- und Berufschancen bedeutet. Die soziale Bestrafung ist ungleich härter geworden. Dies gilt erst recht für diejenigen, die den tyrannischen Leistungsanforderungen dieser Gesellschaft nicht gewachsen sind oder nicht gewachsen sein wollen.

Erlittene oder empfundene Niederlagen, die verschärfte staatliche Repression und die Attraktivität vor allem sozialdemokratischer »Modernisierung« ziehen die Grünen nach rechts und machen zugleich rosa-grün zum gegenwärtig größten Hoffnungsträger im fortschrittlichen Lager der Gesellschaft.

Auf dem Hintergrund des allenthalben zu beobachtenden Rückzugs der Linken hat ein fundamentaler Wandel des sozialen Verhaltens und des sozialen Milieus stattgefunden. Im Verlauf der gesellschaftlichen und politischen Revolten der sechziger und siebziger Jahre waren neue soziokulturelle Normen entstanden, die auf Egalität, sozialer Selbstbestimmung, auf kollektivem Denken und Handeln sowie dem Abbau geschlechtsspezifischer Unterdrückungsmechanismen basierten und sich mit einer massenhaften Verweigerung gegenüber den herrschenden Leistungsnormen in Schule, Betrieb und Gesellschaft verbanden. Es war der »neuen Linken« gelungen, die kulturelle Hegemonie des nachnazistischen Leistungstyps zurückzudrängen.

In den vergangenen Jahren hat sich die Situation drastisch verändert. Bedingt durch den inneren Verfall der linken Gegenkultur, die wachsende Arbeitsplatzunsicherheit und den Aufbau neuer Leitbilder auch über die reprivatisierten Medien, hat sich ein neuer Sozialtyp durchgesetzt: An die Stelle leistungsfeindlich-emanzipatorischer Verhaltensnormen traten ein radikaler Egoismus, offen zur Schau getragene Ellenbogenmentalität und enthemmte Bereicherungssucht auf Kosten anderer. Ein neuer sozialer Condottiere-Typ macht sich breit, der nicht mehr (wie in den fünfziger Jahren) durch fanatisch geleistete eigene Arbeit nach oben will, sondern die Leistung anderer ausbeutet und alles mit Füßen tritt, was sich verweigert oder nicht reibungslos verwertbar ist. Propagiert werden offene Vernichtungsfeldzüge gegen die Alten, ein neuer Sexismus, die Ausgrenzung aller unangepaßten sozialen und nationalen Minderheiten. Wer auf der Verliererseite der Kapitalinnovation steht, ist selbst schuld und hat keine Solidarität verdient.

In diesem Klima wird die radikale Linke es sehr schwer haben, an gesellschaftskritischem Bewußtsein und emanzipatorischen Utopien festzuhalten. Wenn es nicht gelingt, die ins Abseits gedrängten Strukturen einer leistungs- und integrationsfeindlichen Gegenkultur zu verteidigen und zu erneuern, wird dieses soziokulturelle Milieu bald vollständig verloren gehen, werden die Orte und Regionen, in denen radikale Linke in den vergangenen zwanzig Jahren lebten und kämpften, ihnen fremd werden. Es kommt also darauf an, die noch vorhandenen Ansätze zu sozialer Selbstbestimmung zu bündeln und sie mit politischen Initiativen zu verbinden, die den Neuaufbau einer radikalen Gegenmacht zum Ziel haben.

Die Modernisierer aller Parteien, besonders aber die rosa-grünen, stehen für das Versprechen, den Kapitalismus etwas umweltverträglicher, sozial abgefedert, friedensfähiger und frauenfreundlicher zu gestalten. Das Versprechen ist irreal. Arbeitslosigkeit und soziale Deklassierung werden wachsen. Die ökologischen Krisen und Katastrophen werden zunehmen, auch hier, selbst wenn die Tendenz sich verstärken sollte, besonders zerstörende Produktionsverfahren und hochtoxische Abfälle in die »3. Welt« oder in den »realsozialistischen« Osten zu verschieben. Hochrüstung und Kriegsgefahr werden andauern, »handhabbarere«, kriegsfähigere Waffensysteme werden den »Frieden« nach imperialistischem Diktat erpressen; der Einsatz der Waffen wird dann akut, wenn es notwendig erscheint, die kapitalistischen Weltmarktgesetze militärisch abzusichern. Ein mit einigen Karriereplätzen für Frauen »reformiertes« Patriarchat wird an seinem Wesen als Gewalt- und Ausbeutungsstruktur gegen die Masse der Frauen nichts ändern.

Wem sagen wir das? Der wachsende Glaube an die Innovationsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse speist sich schließlich nicht zuletzt aus der resignativen Auffassung, der Versuch ihrer Überwindung sei illusorisch. Rosa-grün ist insofern ein seltsamer Hoffnungsträger, als von ihm in Wahrheit erstaunlich wenig erwartet wird, viel weniger als manche Grüne selber versprechen. Rosa-grün steht noch weniger als die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt Anfang der siebziger Jahre für die Zuversicht, daß alles oder vieles besser werden könne, viel mehr für die (trügerische) Hoffnung, alles möge erträglich bleiben. Es werden nicht wenige sein, die ihre Ansprüche an Rosa-grün auf Null reduzieren, wenn ihnen nur eine rechte Regierung erspart bleibt. Die rechtsradikalen Wahlerfolge werden diese Haltung fördern.

Natürlich wird kurz vor Wahlen, die arithmetisch spannend zu werden versprechen – und das scheint für die nächste Bundestagswahl zutreffen zu können – , die Hoffnung auf rosagrüne Mehrheiten dominieren, und wer sie als Linker nicht teilt, wird sich in einer unbequemen Stellung befinden. Sie muß dennoch ausgehalten werden, bis der Jubel des Wahlabends verrauscht ist und die Jubler angesicht der Realität rosa-grüner Politik mit dem Räsonnieren darüber anfangen, daß mensch sich schließlich nicht zu viel versprechen dürfe.

Der Aufstieg der »Republikaner« (und in Hessen der NPD) komplettiert das Parteiensystem nach rechts hin. Sie füllen eine Leerstelle, die dem westdeutschen Staat vierzig Jahre lang (mit kurzfristigen Ausnahmen: SRP in den vierziger und fünfziger, NPD in den sechziger Jahren) aufgezwungen war. Nach den Kapitulationen des »realen Sozialismus« und angesichts der immer deutlicher werdenden Dominanz der BRD in Westeuropa kann der Anspruch dieses Staates auf Führungsmacht des Kontinents aus der Latenz heraustreten.

Die Forderung nach den Grenzen von 1937 war bislang auch von den honorigen Parteien des alten Drei-Parteien-Systems nicht aufgegeben worden. Sie haben eine nationalistische Industriepolitik forciert, welche AusländerInnen als Verfügungsmasse des westdeutschen Kapitals behandelt. Die Konsequenzen ihrer Politik wurden von ihnen selbst meist nur verhalten artikuliert, nun werden sie von den »Republikanern« laut verkündet. Sie ergänzen den europäischen Chauvinismus durch den deutschen. Indem die expansionistische, auf ökonomische und politische Vorherrschaft ausgerichtete Staatsraison der Bundesrepublik jetzt von einer offen rechtsextremistischen Partei »pur« dargestellt wird, werden SPD und CDU/CSU keineswegs von diesen Tendenzen gleichsam »gereinigt«. Im Gegenteil: Die CSU benutzt die Konkurrenz der »Republikaner«, um nunmehr noch lauter als zuvor die Grenzen von 1937 zu fordern, die CDU schließt nach rechts auf, und die SPD pflegt – in Sorge um den Verlust ihrer Rau-Wähler – jetzt forciert den Kult der klassenübergreifenden »Volksgemeinschaft«, den sie seit Jahrzehnten in den eigenen Reihen gefördert hat, den die »Republikaner« aber überzeugender zelebrieren können.

Die Grünen wollen bei diesen Versuchen, den Rechtsextremismus dadurch zu bekämpfen, daß man ihm ein Moment von Wahrheit attestiert und sich dieses dann aneignet, nicht fehlen: Einige ihrer VertreterInnen empfehlen, vor allem jugendliche Nachläufer der Rechten durch »identifikationsstiftende Attraktivität« zurückzugewinnen, indem ein begeisterndes »Wir-Gefühl« organisiert wird. Alle wollen stolz sein dürfen auf unser Land und seine Heimaten. Sie übersehen, daß der Rechtsextremismus seine Stärke nicht in der Möglichkeit zur Identifikation hat, sondern in der Gelegenheit zur aggressiven Abwehr und Abgrenzung nach unten und außen.

Der Aufstieg der »Republikaner« hat seine Ursachen nicht nur im außenpolitischen Umbruch, sondern auch in der Innen-, Sozial- und Ideologiepolitik. Wo die Konkurrenz Aller gegen Alle zur Verhaltensnorm wird, auf dem Arbeitsmarkt und in der »flexibilisierten« Produktion den Tüchtigen freie Bahn geschaffen werden soll, »Schwächlinge« und »Leistungsverweigerer« aber verdientermaßen untergehen, gedeiht der theoretische und der praktizierte Sozialdarwinismus. Die Erfolgreichsten sind Elite. Sie müssen ihren Vorrang nach unten verteidigen. Dieses hierarchische Sozialbild, das

weitgehend die gesellschaftliche Realität der Bundesrepublik wiedergibt, entspricht den Interessen kapitalistischer Herrschaft. Seine positive Bewertung erfährt es in der krassesten Form als Ideologie des Rechtsextremismus.

Diejenigen, die in diesem Ellenbogenkampf hintenrunterfallen (oder dies doch fürchten), können sich in diesem Gesellschaftsbild ebenfalls wiederfinden. Sie müssen sich damit trösten, daß ihnen Unrecht geschehen ist oder droht und daß ihr Platz am unteren Ende eigentlich von anderen eingenommen werden müßte: von AusländerInnen, rassischen und sexuellen Minderheiten. Die »Republikaner« bieten dem benachteiligten deutschen Volksgenossen an, mit seinem Stimmzettel dafür zu sorgen, daß die richtigen Leute unten einsortiert werden – und nicht er.

Somit ist der Aufstieg des parteipolitischen Rechtsextremismus die logische Folge des gesellschaftlichen Umbruchs der letzten anderthalb Jahrzehnte, der politisch von CDU/CSU, SPD und FDP zu verantworten ist. Es ist nun allerdings absurd, ausgerechnet mit ihnen »gemeinsam gegen rechts« kämpfen zu sollen: Ein solcher Kampf müßte sich nicht nur gegen die »Republikaner«, DVU und NPD richten, sondern auch gegen diejenigen, die diesen Parteien den Weg bahnten.

Manche – so neuerdings immer lauter die grüne Abgeordnete Antje Vollmer – vertreten die Ansicht, die »Republikaner« seien ein Ausdruck demokratischer Normalität, denn solche Tendenzen existierten ebenso in Frankreich, Italien und Österreich. In der Schweiz gibt es ebenfalls immer wieder ausländerfeindliche Kampagnen. Auch Enoch Powell im Großbritannien der siebziger Jahre und Wallace – dann Reagan – in den USA liegen nahe, wenn man sich um Vergleiche mit den »alten Demokratien« bemüht.

Aber erstens: Die Normalität bürgerlicher Gesellschaften, die für ihre innere Balance immer wieder Rassismus und Ausländerfeindlichkeit benötigen, ist »normal« nur auf Grund einer kaputten Norm. Unsere Norm ist das nicht. Zweitens: Dieser Vergleich bagatellisiert die expansive außenpolitische Komponente, die dem Rechtsextremismus offen und den etablierten Parteien latent zu eigen ist. Der Rechtsextremismus der BRD ist der Rechtsextremismus eines Staates, welcher durch Vorherrschaft in Westeuropa zur Weltmacht werden will und im Osten Gebietsansprüche erhebt. Drittens: Ausgerechnet in der Bundesrepublik Deutschland die Rechtsextremen zur »demokratischen Normalität« zu erheben, leugnet die spezielle Schuld der deutschen Gesellschaft an Auschwitz und deren geschichtliche Kontinuität. Auch ist der Rassismus in der BRD nicht einfach »normaler« Rassismus, sondern steht in der Tradition des deutschen Antisemitismus.

Völlige Selbstüberschätzung aber ist es, wenn Realo-Grüne und Öko-Libertäre den Aufstieg der »Republikaner« als Beweis ihrer eigenen Erfolge im Bemühen um eine Liberalisierung, Demokratisierung, ja Feminisierung der Gesellschaft darstellen. Er sei ja nur der Protest gegen progressive Veränderungen, die sie inzwischen herbeigeführt hätten. Sie lügen sich was in die Tasche. Der Umbruch, welcher die »Republikaner« nach oben bringt, besteht nicht in einer endlich durchgesetzten Egalisierung, sondern in sozialer Segmentierung und Hierarchisierung, auch in neuer sozialer Not. Liberalisierung und angebliche Feminisierung sind allenfalls Bereichserfolge, Teil eines Segmentierungsprozesses, der den genußfreudigen Citoyen so weit oben eintütet, daß dieser sich – nicht anders als der ellenbogenstarke Yuppie auch – bereits für den Repräsentanten einer im Ganzen guten Ordnung hält. Er unterscheidet sich in diesem Punkt vom aggressiven »Republikaner« weniger, als er selber denkt.

Die radikale Linke ist sehr dafür, die Faschisten aufs Maul zu hauen. Aber sie wird das nicht gemeinsam mit denen erledigen, welche eine Ordnung, die den Rechtsextremismus fördert, für gut und »normal« halten.

Die radikale Linke in der BRD ist existent, aber sie ist nicht parteiförmig organisiert. Ihre Gemeinsamkeit besteht zunächst nur in der Ablehnung der Anpassung der bisherigen Linken und der Verhältnisse, welche diese Anpassung herausfordern. Insofern ist die radikale Linke eine Richtung der Negation. Die Linke in der BRD hat sich seit vierzig Jahren immer wieder als Gegenbewegung konstituiert: antimilitaristisch, antiautoritär, antikapitalistisch und antipatriarchalisch. Wir halten von diesen Anti-Begriffen zur Zeit mehr als von positiven Einbildungen. Anti-Militarismus ist besser als das Abfeiern eines imperialistischen Friedens, Antikapitalismus aktiver als frommer Sozialismus. Die schroffen Negationen sind die Voraussetzung für politische Utopien.

Wenn sich positive Reformpolitik an solche Anti-Bewegungen anschloß, blieb sie doch notwendig Teil eines Herrschaftssystems, das die radikale Linke immer wieder ausschloß: Mochte die sozialdemokratische Parole »Wir wollen mehr Demokratie wagen« die rhetorische Antwort auf die antiautoritäre Bewegung sein, so waren die praktische Konsequenz eben dann doch die Berufsverbote und die Repressionsgesetze. Diese Funktion: Kraft der Negation zu bleiben, auch wo sie objektiv immer wieder einmal auch die Gestikulationen von Reform bewirkt, muß die radikale Linke annehmen. Sie will die Opposition im Zeitalter der – sei es triumphierenden, sei es hangenden und bangenden, sei es frustrierten – rosa-grünen Besoffenheit werden. Gegen diese und alles, was rechts davon existiert, interveniert die radikale Linke überregional zunächst publizistisch hoffentlich bald zunehmend organisiert, und lokal in konkreten praktischen Auseinandersetzungen.

konkret 11/89, S. 50

Erica Fischer

Nachgerade kosmisch

Bicentenaire au féminin: Ist der Mann fähig, gerecht zu sein? Unter dem Motto »Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht – 200 Jahre Aufklärung – 200 Jahre Französische Revolution« debattierten Anfang Oktober in Frankfurt 2000 Frauen über Freiheit, Gleichheit, Differenz und den falschen Universalismus der Menschenrechtserklärung

Der 5. Oktober 1789 ist als »Tag der Weiber« in die Geschichte der Französischen Revolution eingegangen. An diesem Tag marschieren zehntausend Frauen aus allen Bevölkerungsschichten mit aus dem Pariser Rathaus entwendeten Waffen nach Versailles, um vom König Brot und stabile Mehlpreise zu erbitten. Nach sechsstündigem Fußmarsch im Regen dringen sie in den Sitzungssaal der Nationalversammlung ein. Sie erreichen, daß der König eine Delegation empfängt und ausreichende Mehlversorgung und Festpreise zusichert. Danach ziehen sie aber nicht ab, sondern senden eine zweite Abordnung zum König.

»Als wäre den Frauen«, sagt Frauke Strübing im überfüllten Hörsaal VI der Frankfurter Johann Wolfgang v. Goethe-Universität, »die bei ihrer Ankunft in Versailles vor allem von Brot redeten, der innere Kontext von politischem und sozialem Prozeß der Revolution aufgegangen«, fordert die zweite Abordnung die bislang vom König verweigerte Verabschiedung des Dekrets über die Abschaffung der Feudalität und die Anerkennung der Menschenrechtserklärung. Und ist erfolgreich, ja, sie zwingt die königliche Familie sogar, die Frauen nach Paris zu begleiten. Im Triumph kehren sie in die Hauptstadt zurück und marschieren bei den Revolutionsfesten der nächsten Jahre in einer eigenen Formation hinter den Eroberern der Bastille.

200 Jahre, nachdem die Weiber von Paris sich in der Männerdomäne der Nationalversammlung ungebührlich breitmachten, darf die feministische akademische Elite einen Abend lang höchst gebührlich die traditionsreiche Paulskirche in Besitz nehmen. Der rot-grüne Senat läßt sich nicht lumpen. In Versailles packten die Weiber in den Hallen der Herren ihr Jausenbrot aus, in Frankfurt steht den Damen nach dreistündigem Festprogramm der Lufthansa-Partyservice mit Happen vom Feinsten zur Verfügung.

Die Selbstdarstellung der Frauenbewegung ist bürgerlicher geworden, freie und gleiche Bürgerinnen sind die Frauen aber noch lange nicht. Ist die Frau ein Mensch? fragten die Frauen 1789 und fragen sie 1989 immer noch. Die französische Sprache antwortet ohne Umschweife: 'L'homme' setzt Mensch und Mann in eins. Frauen sind zwar Menschen, aber irgendwie anders. Der wirkliche Mensch ist der Mann. Selbst die südafrikanischen Schwarzen, denen Diskriminierung geläufig sein dürfte, organisieren sich gedankenlos um den Kampfruf »one man one vote«.

Die Französische Revolution ist für die Frauen eine Geschichte verlorener Hoffnungen, die Geschichte ihrer nie erfolgten Einbeziehung in die von ihnen aktiv miterkämpften bürgerlichen Grundrechte. Schon drei Jahre nach der »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« hat die aus der südfranzösischen Provinz nach Paris gekommene junge Witwe mit Kind, Olympe de Gouges, das Vertrauen in die Universalität der Egalité verloren. »Mann, bist du fähig, gerecht zu sein?« fragt sie rhetorisch in ihrer »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin«, einem feministischen Manifest, entstanden aus der Einsicht, daß die Geschlechterdifferenz benannt werden muß, soll der Mensch nicht weiterhin Mann bleiben. Olympe de Gouges will der »tyrannischen Herrschaft« des Mannes mit den Gesetzen von Natur und Vernunft begegnen. Doch sie unterschätzt die Kontinuität des männlichen Herrschaftsanspruchs. Am 30. Oktober 1793 verbietet der Konvent die politischen Frauenklubs, am 3. November wird Olympe de Gouges zum Tode verurteilt und sofort guillotiniert.

Olympe de Gouges ist ein Skandalon, weil sie dem eigenen Geschlecht Priorität gibt. 1913 diskreditiert Jules Michelet sie als »unglückliche Frau«, ein »Spielzeug und Opfer ihrer nervösen Reizbarkeit«. Ihre von Ute Gerhard als »einmaliges Rechtsdokument« bezeichnete Frauenrechtserklärung wird erst 1977insDeutscheübersetzt. Rudolf Augstein findet in seiner »Spiegel«-Serie zum Thema weder jene noch insgesamt den kämpferischen Beitrag der Frauen zur Französischen Revolution einer Erwähnung wert. In einer Besprechung bundesdeutscher Revolutionsausstellungen, die die Zeitschrift der IG Medien, »die feder«, veröffentlicht, kommt die von Frauen gestaltete Ausstellung des Historischen Museums Frankfurt »Sklavin oder Bürgerin?« nicht vor.

Diese Unterschlagungen und Verfälschungen sind ebensowenig ein Fauxpas der Geschichte wie die Verweigerung der Menschenrechte für Frauen zur Zeit der Französischen Revolution. Die Autoren der Menschenrechtserklärung hätten bei der Verwendung des französischen Wortes 'l'homme', schreibt die Organisatorin des Frankfurter Kongresses, Andrea Maihofer, nicht »stillschweigend« die Frauen mit-, sondern im wahrsten Sinne nur an sich selbst gedacht, »auch wenn das genau genommen eine kaum nachvollziehbare Ungeheuerlichkeit ist«. In späteren Formulierungen der Menschenrechtserklärung wird es explizit: »Keiner ist guter Bürger, wenn er nicht guter Sohn, guter Vater, guter Bruder, guter Freund, guter Gatte ist«, heißt es im Artikel 4 der Verfassung von 1795.

Das fortgesetzte Bestehen auf dem Universalismus der Menschenrechtserklärung ist eine Verdrängungsleistung, die es ermöglicht, die Frauen auch in Zeiten ihres aktiven und passiven Wahlrechts nicht nur sprachlich unter die Norm des

männlichen Menschen zu subsumieren, weshalb diese Norm auch niemals in Frage gestellt werden muß.

Um diesen Universalitätsanspruch des männlichen Formmenschen und die sich daraus für die Frauenbewegung ergebenden Konsequenzen ging es in Frankfurt. Egalität oder Differenz – wo liegt der Schlüssel zur Befreiung der Frauen? Beide Begriffe sind diskreditiert. Gleichheit bedeutet unter patriarchalen Machtverhältnissen gnadenlose Anpassung an den Status des Mannes, unter Vernachlässigung des vielzitierten und stets mißachteten »weiblichen Lebenszusammenhangs«. Dieser männlich definierten Gleichheit eine Kampfstrategie entgegenzusetzen, die die Frau beziehungsweise »Frau und Mann« in den Mittelpunkt stellt, ist seit zwei Jahrzehnten Ziel feministischer Theoriebildung. Die Kritik an der unreflektierten Gleichberechtigungsforderung war in den ersten Jahren der Neuen Frauenbewegung noch stets gekoppelt an die radikale Ablehnung einer biologischen und sozialen Mann-Frau-Polarität. Aber die Frustration über die Vereinnahmung und Verwässerung der radikalen feministischen Kritik durch grüne und sozialdemokratische Frauenpolitik verleitet heute Teile der Frauenbewegung zu einer Suche nach weiblicher Differenz, die Gefahr läuft, als Geschlechtsidentität zu akzeptieren, was den Frauen immer schon zugeschrieben wurde.

Differenz und Gleichheit können beide zur Falle werden, sind beide konservativ oder »fortschrittlich« vereinnahmbar. Doch während die in den Menschenrechten formulierte vorgeblich abstrakte Gleichheit als Forderung in den Händen der Frauen zu einem revolutionären Instrument werden kann, eben weil bei ihrer Abfassung nicht an die Frauen gedacht wurde, nützt die Betonung der Differenz – ohne Koppelung an Gleichheitsforderungen – unweigerlich dem Machterhalt der Männer.

Es ist kein Zufall, daß die maßlose Überhöhung und Entwertung weiblicher Andersartigkeit gerade in der Zeit vorangetrieben wird, als der weiße europäische Mann seine Freiheit und Gleichheit entdeckt. Mit Hilfe abstruser Rationalisierungen, die das subjektive Interesse der Männer nur mühsam tarnen, soll verhindert werden, daß auch die Frauen sich ein Stück von der soeben errungenen bürgerlichen Freiheit abschneiden.

Das »vernünftige« Zeitalter der Aufklärung führt so zur endgültigen Entmachtung der Frau, die in der alten Welt immerhin noch an der magisch-mythischen Deutungsproduktion beteiligt war. Unter der Dominanz der Medizin wird die körperliche und sexuelle Differenz zwischen Männern und Frauen auf einen gesellschaftlichen Dualismus »mit nachgerade kosmischen Folgen« (Claudia Honegger) übertragen. Die Frauen bekommen unter Ausblendung ihrer sozialen und kulturellen Realität den auch heute noch wirksamen Part von Naturwesen zugeteilt und werden verantwortlich für die physische Reproduktion der Art und die ästhetische Erbauung des Mannes. Je liberaler, also markt- und wettbewerbsorientierter die Gesellschaft, desto mehr benötigen die Männer im Haus eine festgefügte hierarchische Ordnung. Um der Vereinzelung des männlichen Subjekts in der neuen Zeit das Angstmachende zu nehmen, muß die Frau als Folie für Projektionen von verlorener Einheit und Geborgenheit herhalten. Der Protagonist der Aufklärung, Jean-Jacques Rousseau, macht, so Ulrike Prokop, aus der Frau ein Reservat für irrationale Sehnsüchte. Sein Bild der weiblichen Unschuld ist ein »Gegenentwurf für ganz andere Phantasien«.

Gerade dieses Bild der weiblichen Unschuld übt Ende der 80er Jahre unseres Jahrhunderts eine eigenartige Faszination auf viele Feministinnen aus. Das Gespenst des von einigen italienischen Frauengruppen erfundenen »affidamento« – der »Bezogenheit« von Frauen aufeinander – geht um. Was früher schlicht Frauensolidarität hieß, seit Anfang der Neuen Frauenbewegung besonders bei lesbischen Feministinnen gelebter Alltag ist und im Bereich feministischer Wissenschaft immer selbstverständlicher wird – schon allein deshalb, weil es bei den neueren männlichen Theoretikern kaum mehr etwas zu finden gibt, worauf Frauen sich positiv beziehen könnten – wird überhöht zu einem sprachlich komplizierten philosophisch-psychoanalytischen Diskurs über Geschlechterdifferenz. Mit fatalen Folgen für die vulgarisierte Rezeption an der (deutschsprachigen) »Basis«. Denn die von den Italienerinnen postulierte »weibliche Freiheit«, die aus der Praxis entstehen soll, in der anderen Frau die »symbolische Mutter« zu suchen, also sich selbst und der anderen jenen Wert zuzusprechen, der den Frauen im Patriarchat verwehrt wird, verzichtet zeitgeistig auf die Analyse anderer Unterschiede von Klasse, Bildung, ethnischer Herkunft, ganz zu schweigen von der »Differenz« zwischen erster und dritter Welt.

Mit der Festschreibung von Fraueninteressen im bestehenden Rechtssystem geben sich die als verschworene Gemeinden agierenden intellektuellen Frauen erst gar nicht ab, reden lieber – höchst unkonkret – von einer »Bisexualisierung des Rechts«. Luce Irigaray von der französischen Fraktion dieser Strömung will die Unantastbarkeit des weiblichen Körpers (»Jungfräulichkeit«) und die Mutterschaft in das Recht »einschreiben«, stellt aber weder Familie noch Staat noch »Mutterland« in Frage. Als der Chefin der »Philosophischen Arbeitsgemeinschaft Diotima«, Adriana Cavarero, deren eigenwilliger Gebrauch des Wortes »Freiheit« (»Nicht die Befreiung vom Haus bringt der Frau Freiheit, sondern ihre Freiheit befreit sie vom Haus«) in Frankfurt Unmut auslöst, sich schließlich als Mitglied des ZK der PCI zu erkennen gibt, reagieren die Anwesenden mit Sprachlosigkeit.

Ulrike Prokop sieht die Frauen heute an einem Wendepunkt, vergleichbar dem der Aufklärung. Die bürgerliche Familie löst sich auf, die Frauen werden als in sich zerrissene Einzelwesen in die Gesellschaft geschleudert, in der sie sich neu definieren müssen. Ihre soziale und psychische Verunsicherung ähnelt jener der Aufsteiger-Intellektuellen an der Wende zum 19. Jahrhundert. Doch die Salons der adeligen Damen, die als Verräterinnen ihrer Klasse die Parvenüs unter ihre

Fittiche nahmen, haben an der Jahrtausendwende kein männliches Pendant. Das in den Gefühlen der Frauen im ausgehenden 20. Jahrhundert fortlebende »Ancien Regime« läßt sich mit der anheimelnden Vertrautheit überkommener Weiblichkeitsmuster und mit dem vorgeblichen Ausstieg aus dem Patriarchat in die frostige Gegenwart hinüberretten.

Daß Gleichberechtigung pur nur für wenige privilegierte Frauen Attraktivität besitzt, versteht sich beinahe von selbst. Wer will schon ein Leben führen, das die Männer selbst am liebsten los wären, wenn sie nur wüßten, wie? »Das sowjetische Beispiel«, sagt die Grande Dame des italienischen Marxismus, Rossana Rossanda, bei ihrem Festvortrag in der Paulskirche, »ist wie kein anderes bezeichnend für die Grenzen einer Emanzipation, die die Geschlechterdifferenz nicht anerkennt und in das Private und Unbewußte zurückdrängt«.

Der Fehler, darüber sind sich die meisten Vortragenden einig, liegt in der polarisierenden Fragestellung. Denn den Forderungen nach Gleichheit oder Differenz ist es, sagt Frigga Haug, nicht von vornherein anzusehen, ob sie reformistisch oder revolutionär sind. Gleichheit als Anpassung und Unterordnung der »anderen« unter die Herrschaft ist nicht dasselbe wie das gleiche Recht der Frauen auf Freiheit und Brot. Diese Forderung war für die bestehende Ordnung vor 200 Jahren in ihrer antipatriarchalen und antikapitalistischen Dimension ebenso bedrohlich, wie sie es heute ist. Wenn Frauen das Gleichheitsprinzip ernst nehmen – also die Forderung nach Quotierung aller Arbeitsplätze, sozialen Orte und politischen Felder – und ihre Differenz massiv und unangepaßt in die Institutionen hineintragen, werden, meint Frigga Haug, »alle herrschaftssichernden Selbstverständlichkeiten« untergraben.

Die offensive Verknüpfung von Gleichheit und Differenz macht aus dem verschleierten und ungleichen Konflikt der Geschlechter einen sichtbaren. »Es handelt sich dabei um eine bislang ungelöste Dialektik«, sagt Rossana Rossanda, »die die beiden beteiligten Parteien derart verändern wird, daß sie die Person und die soziale Organisation im Innersten erfaßt und ein anderes Licht auf die sozialhistorischen Gebilde der Moderne wirft«. Das entscheidende Problem, vor dem die marxistische Theorie aufgrund des eingeengten männlichen Blicks ihrer Proponenten kapitulieren muß, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Frauen keine soziale Gruppe, sondern ein Geschlecht sind. »Die geschlechtliche Rollenteilung reicht so tief in die Geschichte zurück, daß sie fast zur 'Natur' geworden ist und somit die Archetypen der männlichen und weiblichen Identität bildet« (Rossanda).

Männer sind also nicht in der Lage, Frauen zu vertreten, weil die Interessen der Geschlechter in der Gesellschaft notgedrungen partiell verschieden sein müssen. Rossanda erdenkt sich eine Gesellschaft, in der diese Tatsache institutionell verankert ist. Vorstellbar wären etwa Wahlen nach Geschlecht, die zu Resultaten führen würden, die sich von den »gemischten« Durchschnitten unterscheiden. So wird etwa dem Umstand, daß die »Republikaner« eine überwiegend von Männern gebildete und gewählte Partei sind, in der politischen Analyse viel zu wenig Bedeutung beigemessen. Vorstellbar wären auch geschlechtsspezifisch abgehaltene Referenden zu Fragen, die hauptsächlich Frauen (oder, hypothetisch, Männer) betreffen. Durch dieses permanente Sichtbarmachen des Geschlechterwiderspruchs würde das Verhältnis von Frauen und Männern zu einem offen auszutragenden und stets neu verhandelbaren Konflikt.

Ein Ereignis illustriert in Frankfurt, auf welch unsicheren Beinen die Theorie der Differenz daherkommt: Als nach Stunden des geduldigen Zuhörens endlich die Zeit gekommen ist, um dem Publikum die beiden Saalmikrophone zu überlassen, meldet sich ein Mensch mit Kurzhaarschnitt und bulliger Zippjacke zu Wort. Seine mehrfachen Versuche, zu Wort zu kommen, gehen im allgemeinen Geschrei unter. Schließlich erklärt die Diskussionsleiterin peinlich berührt, daß es doch wohl nicht angebracht sei, wenn die erste Wortmeldung von einem Mann käme. »Ich bin eine Frau!«, übertönt der Mensch, nun schon einigermaßen entnervt, den Tumult. Befreiendes Gelächter stellt das emotionale Gleichgewicht wieder her. Die an ihren sekundären Geschlechtsmerkmalen nicht zu erkennende Frau sagt: »Es gibt keine Weiblichkeit per se. Es gibt nur heterosexuelle Weiblichkeit.« Wie wahr.

konkret 11/89, S. 54

Martin Fischer

Wenn's gut tut

Was bewegt die bewegten Männer? Männergewalt, »Gewalt-Arbeit«, Staatsknete oder gar Unterdrückung?

Die Zahl der Männer, die sich mit den verheerenden Folgen von Männerherrschaft beschäftigen und daraus für sich auch eine andere gesellschaftliche Praxis entwickeln, liegt jenseits statistischer Unschärfen. Linke halten mannhaft fest an der alten Mär vom Nebenwiderspruch und verändern sich immer nur so weit, wie es sich gerade mal nicht vermeiden läßt. Nur in tiefster Not und Krise, wenn intimste männliche Bedürfnisse sich anders nicht mehr realisieren lassen, wird ein flüchtiger Blick auf die eigene männliche Täterschaft gewagt.

Auch wenn die selbstabverlangten Erkenntnisse eher kokette denn konsequente Umsetzungen nach sich ziehen, erfahren sogar minimalste männliche Einsicht, vage männliche Zurücknahme und kleinmütige männliche Selbstkritik viel Vertrauensvorschuß und Solidarität von Frauen. Auch in der Beziehung der Geschlechter feiert der freie Markt Triumphe. Warum auch nicht?

In der SPD und bei den Grünen, deren mehr oder weniger quotierte Statuten schließlich nicht mehr leugnen, daß der Genossen Brüderlichkeit der größeren Hälfte der Weltbevölkerung Egalité vorenthält, ist die Männerfrage so schlicht wie falsch Frauensache. Wenn die Professoren Grottian, Wieck und Hollstein als frauenfreundliche Musketiere die SPD-Herren auffordern, »das Problem von Geschlechterdemokratie politisch und ökonomisch endlich anzugehen«, um »den Geschlechterkampf in den kommenden Jahren« nicht »unnötig zu verschärfen«, bringt selbst diese sozialdemokratische Logik die Herren der Bonner SPD-Baracke vom beredten Schweigen nicht ab. Und den Politikern der Grünen fällt in selten strömungsübergreifender Eintracht zum Politikfeld 'Mann' nur ein, daß es in grünen Zusammenhängen ohnedies schwule Referate gebe.

Kein Wunder also, daß ich erfreut bin, als mir auf einer feministischen Geburtstagsfete am Wannsee ein Mann anstelle eines Pornoheftes einen »antisexistischen Männerrundbrief« zusteckt. Obwohl die Lektüre der fotokopierten losen Blätter in mir unangenehme Erinnerungen an die Männergruppen der siebziger Jahre weckt, nehme ich mir vor, an einer der wenigen angekündigten Veranstaltungen teilzunehmen: »Männer wenden sich gegen (ihre) Gewalt.« Sollten es ausgerechnet Männer wagen, der Freud'schen Rede von der Vernunft, deren Stimme leise sei, durch ihr Verhalten laut und vernehmlich zu widersprechen? Ist ja höchste Zeit, denke ich, und mache mich auf den Weg. Zum »Bundesweiten Treffen der Initiativgruppen und einzelner Männer, die an diesem Thema arbeiten wollen« im Tagungshaus Waldschlößchen bei Göttingen fahren auch zwei Männer aus meiner Stadt. Sie nehmen mich in ihrem Auto mit. Die beiden Freunde, Psychologe der eine, Psychologiestudent der andere, wärmen auf der Autobahn gemeinsame Erinnerungen auf: »Ich habe sie nicht zwingen müssen, die hat ganz von alleine gewollt.«

Es ist ein Jammer, darüber herrscht am Tagungsort Übereinstimmung. Auch wenn das Softi-Bild früherer Jahre dem Outfit der Psychologie-heute-Szene gewichen ist, die Katerstimmung ist geblieben. Die aus mehr als einem Dutzend Städten versammelten Männer-Initiativen sind in Sachen Gewalt kompetent, potent und betroffen. Also kommen sie zusammen, um zu überlegen, wie sie mehr »abzocken« können. O-Ton Kaffeepause: »Ich bin gerade dabei, 35.000 DM aufzutreiben.« Zustimmendes Gelächter. Die übergroße Mehrzahl der angereisten Männer sind Profis. Männerberatung, Männertherapie, Männerforschung, das Feld ist weit und wartet darauf, bestellt zu werden. Wenn die Staatsknete erst mal richtig fließt, wird alles anders. Derweil aber bleibt die neue Männeravantgarde unter sich und bereitet sich vor auf künftige Aufgaben. Ein bewegter Mann und Soziologe: »Viele von uns versuchen, unsere Erfahrungen und unser Wissen bezüglich Männlichkeit in Lohnarbeit nützlich zu machen.«

Verlacht von Geschlechtsgenossen, die noch nicht bemerkt haben, wie den Männern die Felle davonschwimmen, ebenso wie von Feministinnen, die nicht einsehen wollen, warum sie ausgerechnet die Mischung aus mäßiger männlicher Selbstkritik, neuer Wehleidigkeit und alter Eitelkeit nicht arg komisch finden sollen, zieht es die Männergrüppler in regelmäßigen Abständen in ihre abgelegene Trutzburg. Daß diesmal 35 kamen, obwohl sie auch schon mal weniger als ein Dutzend waren, brachte sie von Anfang an aus dem Häuschen. »Diese Enge«, meint denn auch ein Therapeut, »macht mich ganz aggressiv«.

Seit der Therapie-Boom Männer als neue Defizitgruppe von Sozialarbeit und Psychologie ausgemacht hat, verhilft nicht das Erkennen männlicher Täterschaft zum antisexistischen Coming-Out, sondern männliche Orientierungslosigkeit, anhaltende Arbeitslosigkeit und vermuteter künftiger Bedarf an Männerspezialisten dank Rot-Grün. Den Verhaltens-, Gestalt-, und Etceteratherapeuten kommt die durch Stellenmangel erzwungene Orientierung auf die neue Zielgruppe Mann gelegen. Nur unter Männern ist Mann vor der feministischen Unterwanderung der Profession gefeit. Nur unter Männern kann der geschundene Mann wieder zu sich selbst finden.

Die Vertherapeutisierung männlicher Gewalt verdeckt die politische Kritik an der Männergesellschaft. Therapeuten und Psychologen nehmen sich zielstrebig der »sensibilisierten« Männer an und statten sie flugs mit neuem alten Selbstbewußtsein aus: Die männliche Panzerung aufbrechen, heißt, sich selbst zuzulassen. Der Mann als Mensch. Gewalt ist bloß destruktive menschliche Energie. Tanz dazu eine wunderbare Alternative. Anti-Gewalt als Selbstverständnis ist viel zu negativ, Pro-Hingabe schon sehr viel attraktiver. Ein Göttinger Männer-Therapeut im Wortlaut: »Ich sage das jetzt nur, damit ihr euch gleich darauf beziehen könnt.« Der verschworen-verworrene Kreis unisono: »Ich höre erst mal nur zu, das ist alles so neu für mich.«

Mitnichten. Während landauf landab Frauenhäuser überbelegt und Frauenberatungsstellen überlaufen sind, herrscht in den Männerberatungsstellen gähnende Leere. Der diagnostizierte männliche Leidensdruck treibt, falls überhaupt vorhanden, Männer an den Tresen oder hinter das Guckloch, nicht aber in die mittlerweile staatlich finanzierten Beratungsstellen. Ein neues Männerbüro im Ruhrgebiet brachte es in den ersten fünf Monaten auf vier Beratungen: drei Frauen und ein Mann. Andernorts verhält es sich ähnlich. 1987 wurden im gesamten Bundesgebiet fünfzehn Männer beraten. Kein Problem, Männerberatung geht eben in die Tiefe statt in die Breite.

Über ihren Umgang mit Männergewalt haben die Profis nicht viel zu erzählen. Dafür lachen sie erleichtert auf, wenn einer schildert, wie er von einem Frauenprojekt als »Projektionsfläche für wildgewordene Feministinnen« mißbraucht wurde. Am fehlenden Zuspruch der Feministinnen leiden sie allemal mehr als an der männlichen Verheerung der Welt.

Die Hamburger Initiative »Männer gegen Männergewalt«, das Aushängeschild der Szene, präsentiert sich im Waldschlößchen als Modell: Der vom Verein angestellte Therapeut macht Öffentlichkeitsarbeit, damit die Öffentlichkeit auf die Geldgeber Druck ausübt, damit die Finanzierung gewährleistet ist, ohne die diese Öffentlichkeitsarbeit nicht zu leisten wäre. Daneben therapiert er den Vorstand, versteckt Beratungsfrequenzen hinter Prozentangaben und verkauft Gewaltstories an die Presse.

Die Männer-Szene ist eine seltsame Mischung aus männlicher Nachäffung der neuen Frauenbewegung, trotzig-bornierter Verweigerung der Rezeption weiblicher Wissensproduktion und endgültigem Verzicht auf geistige Anstrengungen. Als Täter sehen sich diese Männer nur soweit, als sie sich auch als Opfer beweinen dürfen. Daß sie trotz Patriarchat, Kapitalismus, Entfremdung, spießiger Familiensozialisation und böser Mütter ihr Männerleben ganz einfach selbst verantworten sollen, halten sie für eine überzogene Forderung antisexistischer Hardliner.

Noch immer sind sie überzeugt davon, daß es der Welt vor allem an Emotionalität unter Männern mangelt. Als ob die traditionellen Männergruppen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur ihre alltäglichen Machenschaften nicht gerade diesen emotionalen Verstrickungen zu verdanken hätten. Zu Beginn des Seminars versammelt sich die Männerrunde im Kaminzimmer des Waldschlößchens, und alle schließen auf Geheiß des therapeutischen »Anleiters« die Augen. Mit hauchender Stimme fordert er auf, doch zu sich selbst zu sagen, »schön, daß du da bist«. Hätte auch ich die Augen geschlossen, und wäre das Interieur nicht gar so alternativ deutsch, ich hätte meinen können, mich auf einem Recreations-Wochenende für Börsenmakler zu befinden.

Der Scheck fürs Wochenende über knapp 10.000 DM kommt, wie schon im letzten Jahr, aus dem Bonner Familienministerium, der informelle Chef seit Anbeginn der »Gewalt-Arbeit« aus dem Bundeskriminalamt. Vorzeigemann Michael Baurmann jobt dort in der kriminalistisch-kriminologischen Forschungsgruppe. Sein Credo: Jedermann ist potentieller Vergewaltiger UND potentieller Liebhaber, »Emanzen« werden auf ein »übermächtiges Podest« gestellt und das Täter-Opfer Bild ist »zu einfach«. Der BKA-Mann Baurmann ortet im Seminar-Reader Gefahr im Verzug, weil »wir Männer uns üblicherweise zu schnell und unkritisch auf die Anliegen der Frauen einlassen«. Als ein Therapeut die Beschäftigung der Herrenrunde mit Männergewalt mit der Faszination erklärt, die von ihr ausginge, widerspricht auch der Täter-Opfer-Forscher nicht. Daß im BKA Gewalt auch als Faszinosum erlebt wird, geschenkt. Daß Männer Gewalt gerne erotisch verklären wollen, ist auch nicht origineller.

Der schlanke BKA-Mann in weitem Pulli und dunkelroter Lederhose ist umtriebig und sympathischer als die meisten seiner Kollegen. Aus dem Hintergrund dirigiert er überlegen und mit Erfolg das Geschehen. Seine Wiesbadener Spürnase treibt ihn in den Pausen immer wieder zu mir. Meine Anwesenheit macht mich verdächtig, doch die Wannsee-Geschichte kommt an. Er faßt Vertrauen und betont, daß seinen Argumenten in der Öffentlichkeit erst das BKA Gewicht verleiht. Das Mitglied im Kuratorium der Arbeitsgemeinschaft humane Sexualität e.V. ist besessen von der Vorstellung, daß unter den sexuell mißbrauchten Kindern der Anteil der Jungen wesentlich höher sei als allgemein angenommen. Das Thema erregt die Phantasien, eifriges Nicken im Kreis. Noch eine Variation der Deutschen Operette: die Täter als Opfer.

Nach langen Jahren mit Selbsterfahrung und Männergruppe ist der rundumerneuerte Mann endlich am Anfang angelangt. Über Männerherrschaft wird geschwiegen, über die »Zurichtung der Vorhaut« mannhaft gelacht. Im Waldschlößchen bleibt die häßliche Welt des Politischen ausgesperrt. Zuwiderhandelnde werden belehrt: »Vergiß doch endlich die blauen Bände.« Gleichzeitig ist das Politische anwesend im Beharren darauf, Benennungen zu vermeiden, Zusammenhänge zu verwischen und den roten Faden des Patriarchats restlos zu verheddern. So will ein junger »biodynamischer Psychotherapeut« aus

Berlin, der sich immer wieder stolz auf den Feminismus bezieht, »Kriterien jenseits von Moral« gefunden haben, die ihn die Unterdrückung von Frauen als »Unterdrückung eigener Lebensimpulse« erfahren lassen. Weshalb er »Männlichkeit« für heilbar hält.

«Ich möchte hier noch betonen«, schreibt ein Detlev im noch druckfrischen Zentralorgan Männerkalender, »daß ich kein Gegner der Kopfarbeit bin, sie aber speziell in Männergruppen in ihren Schranken sehen möchte«. Heiliger Pimmel, welche Schranken meint der Mann? Wieso soll ich mir verübeln, daß ich nach 24 Stunden Waldschlößchen mit heftigen Kopfschmerzen das Weite suche?

Auf meinem Schreibtisch finde ich eine dpa-Meldung: »Der ungeliebte und unterdrückte Mann soll sich endlich befreien.« Ein als Erziehungsberater tätiger 43jähriger Gesprächstherapeut hatte in München endlich jenen Rülpser rausgelassen, an dem er seit seiner Studentenzeit vor zwanzig Jahren laboriert. Hans Michael Krimm, dessen Bauernhofidylle keine weibliche Stimme mehr stört, hat eine Theorie, die dpa der Nation nicht länger vorenthalten kann: Benachteiligt seien inzwischen die Männer, weil sie »den Frauen oft verbal unterlegen und daher immer die Verlierer« sind. Die Frauen hätten sich zudem zu vieles unter ihre langen Nägel gerissen, Erziehung, Mutter-Sein, Kunst, Ordnung, Moral und Schönheit.

»Die Männer von heute«, weiß Krimm, »sind viel zu selbstkritisch«. Der Psychologe, der wegen einer Kollegin, gegen die er sich nicht wehren konnte, gar seinen Job aufgeben mußte, hat die Gründung einer »Selbsthilfegruppe für frauengeschädigte Männer« angekündigt. In Regensburg ist Studienfreund Franz Xaver in derselben Sache bereits aktiv geworden.

Im nächsten Jahr zu Christi Himmelfahrt werden sich »bundesweite Männer« traditionsgemäß wieder »näher kommen« im Waldschlößchen. Wer weiß, ob nicht dann der Erneuerer aus dem Süden den BKAler und sein Häuflein ein Stück weit auf Vordermann bringen wird. Viel braucht es dazu nicht. »Vielleicht«, hat mir im Waldschlößchen der einzige Nichtprofi kokett erzählt, »bin ich das letzte Mal da. Ich hatte gerade einen Rückfall«. Mit »Biofeedback« hatte der in die Jahre gekommene Sozialhilfeempfänger einer Prostituierten en passant »eine gescheuert«. Weil's grad so schön ist, gibt er noch Streiche aus der Peepshow zum Besten. »Weißt du, was der Kriminalbeamte hinterher zu mir gesagt hat? Wenn's dir gut tut!«

konkret 11/89, S. 56

Ulrich Herbert

Rassismus und »Rationalität«

Anmerkungen zu den Thesen von Susanne Heim und Götz Aly zur »Ökonomie der 'Endlösung'« (KONKRET 10/89)

In ihren Artikeln zur »Ökonomie der Endlösung« haben Susanne Heim und Götz Aly herausgearbeitet, daß es auf der Ebene der mittleren Funktionäre und Beamten des Nationalsozialismus, insbesondere im Umkreis der sogenannten »Regierung des Generalgouvernements« großraumpolitische und bevölkerungspolitische Vorstellungen und Konzeptionen gegeben hat, in denen eine wirtschafts- und sozialstrukturelle Modernisierung Polens und möglicherweise auch weiterer Gebiete im Osten ins Visier genommen wurde, die den Tod von Millionen von Menschen voraussetzte und ins Kalkül zog. Diesem Denken zufolge könne durch die Ermordung eines Teils der armen Bevölkerungsschichten zum einen Platz gemacht werden für eine moderne mittel- und großbetriebliche landwirtschaftliche und industrielle Produktion; zum anderen könnten die Ernährungsprobleme in Polen durch Verminderung der Bevölkerung ausgeglichen werden.

Belegt haben Heim und Aly, daß derartige Vorstellungen von einer Reihe von Personen aus dem genannten Kreis vorwiegend in der ersten Kriegshälfte geäußert bzw. niedergeschrieben worden sind. Damit verknüpfen die beiden Autoren allerdings eine Reihe von zum Teil außerordentlich weitreichenden Interpretationen, die ich hier nur kurz andeuten kann:

1. Es handele sich bei diesen Personen um eine relativ geschlossene Gruppe, die ein einheitliches Konzept entwickelt und betrieben habe. Christopher Browning hat in seiner Entgegnung auf Heim und Aly schlüssig nachgewiesen, daß diese Annahme nicht zutreffend ist und auf einer mangelnden Berücksichtigung des historisch-politischen Kontextes beruht; insbesondere übergingen Heim und Aly die kontroversen Auseinandersetzungen zwischen den von Browning »productionists« und »attritionists« genannten Fraktionen innerhalb der Führung des »Generalgouvernements« und berücksichtigten die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Zielsetzungen während der verschiedenen Phasen des Krieges zu wenig *. Dabei sei es aber für das Verständnis des hier analysierten Prozesses von grundlegender Bedeutung, daß die Phase zwischen dem Sieg über Frankreich im Sommer 1940 und der Umstellung der Rüstungsproduktion von einem »Blitzkrieg« auf einen »Abnutzungskrieg« im Herbst 1941, in der nahezu alle Vernichtungs- und Umsiedlungsprojekte der Nationalsozialisten geplant worden seien, von der Phase danach getrennt wird, in der die äußerst knappen Ressourcen des Reiches und die unmittelbare militärische Bedrohung konzeptionell so weit ausgreifende Vorausplanungen nicht mehr zugelassen hätten.**

2. Die genannte Personengruppe, so Heim und Aly, habe seit 1939 »die Endlösung ersonnen« und »mit der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion durchgesetzt«. Für diese Behauptung fehlt jeder Beleg. In keinem der dazu vorgelegten Papiere, Broschüren und Aufsätze gibt es auch nur einen Hinweis, geschweige denn einen Beweis dafür, daß die erwähnten bevölkerungspolitischen Konzeptionen in der sogenannten »planenden Intelligenz« irgendeine Einwirkung auf die Entscheidung gehabt haben, die europäischen Juden zu ermorden – ganz abgesehen davon, daß sich die Autoren der Diskussion um die Frage, wie dieser Entscheidungsprozeß vonstatten gegangen sei bzw. ob es einen solchen überhaupt gegeben habe, gar nicht stellen. Vielmehr *suggerieren* sie eine solche Einwirkung, indem sie die Vierjahresplanbehörde als Hirn der Endlösung seit 1938 darstellen, wo die Planungen und Konzeptionen ausgedacht und dann über Wien nach Warschau gebracht und in die Tat umgesetzt worden seien; wobei die Vierjahresplanbehörde »die Geschäfte der Abschiebung und später der Vernichtung regelmäßig dem Reichssicherheitshauptamt übertrug«. Das heißt, der Plan, die Juden umzubringen, um die Modernisierung in Polen voranzutreiben, sei im Vierjahresplan ersonnen, die Durchführung der Vernichtung sei vom Vierjahresplan dem RSHA »übertragen« worden. Auch dafür gibt es keinerlei Belege, es handelt sich vielmehr um reine Spekulationen, Suggestionen und Schlußfolgerungen. In keinem einzigen Punkt wird nachgewiesen, daß es eine mehr als gedankliche Verbindung zwischen den Konzepten Meinholds, Emmerichs oder Gathers und der tatsächlichen Ermordung der Juden gegeben habe. Der einzige Hinweis auf eine solche Verbindung ist die Tatsache, daß Heydrich am 31. Juli 1941 von Goering, dem Chef des Vierjahresplanes, beauftragt wurde, eine »Gesamtlösung« der Judenfrage vorzubereiten. Auf diesem Schreiben, dessen Bedeutung in der Literatur vor allem von Martin Broszat und Hans Mommsen eingehend analysiert worden ist, baut die Konstruktion von Heim und Aly von der Verbindung zwischen bevölkerungspolitischen Planungen und der Ermordung der Juden auf.

3. Der dritte Punkt der Globalinterpretationen Heims und Alys ist die Behauptung, daß ohne die genannten Konzeptionen und Planungen der Genozid nicht durchgeführt worden wäre: ohne diese »rationalen« Motive für den Völkermord hätten die sogenannten »irrationalen« Motive, auf der Basis der »Naziideologie«, allein »zu mehr als zu Pogromen, Plünderungen und Massenerschießungen nicht ausgereicht«.

Zum einen ist diese These deshalb in Zweifel zu ziehen, weil sich der Genozid auf die gesaste europäische Judenschaft erstreckte, also auch auf Juden aus all den anderen Ländern, in denen weder die Voraussetzungen noch die Planungen und Konzeptionen bestanden, wie sie von Heim und Aly für das Generalgouvernement beschrieben werden. Entweder aber die Motive für den Judenmord in Polen und den anderen Ländern waren ganz unterschiedliche, was wohl nicht ernsthaft ins

Kalkül gezogen werden kann, oder es gibt eine durchgehende Begründung. Heim und Aly versuchen in ihrem neuesten Papier*** nun eine solche Konstruktion in Parallele zu der These über Polen. Danach wird nun auch für Westeuropa und sogar für Deutschland ernsthaft behauptet, die »Vernichtungsdynamik« sei auch hier auf die »bevölkerungsökonomischen Programme im Hintergrund« zurückzuführen: »unbürokratische Hilfen« durch die Enteignung der Juden; »neue Verflechtungsmöglichkeiten für die deutsche Industrie und die deutschen Banken« durch die Enteignung von jüdischem Kapitalbesitz usw. seien hier ausschlaggebend gewesen. Während bislang die Argumentation auf das Generalgouvernement beschränkt war, konstruieren Heim und Aly nunmehr also eine ökonomische Motivation für den Gesamtprozeß der Vernichtung der europäischen Juden in allen Ländern.

Zum zweiten: Heim und Aly stellen hier zwei Motive und Motoren des Genozids gegeneinander. Zum einen »irrationale« Motive, darunter wird die nationalsozialistische Ideologie (gleichgesetzt mit »Rassismus« und beschrieben als »Haß und Gemeinheit«) verstanden – eine Mischung aus Manipulation, falschem Bewußtsein und charakterlicher Deformation. Dies, so Heim und Aly, werde in der Forschung übereinstimmend als Motiv und Motor der Vernichtungspolitik genannt. Demgegenüber betonen die beiden Autoren die sogenannten »rationalen« Motive, die nicht mit Rasse, sondern mit langfristigen wirtschafts- und sozialstrukturellen Programmen in dem von Deutschland beherrschten Großraum zu tun gehabt hätten.

Hier liegt der Kern des Dissenses; er beruht, wie ich glaube, auf einer falschen Vorstellung von »Rassismus«. Denn wenn man den »Rassismus« auf die Ebene von individueller Gemeinheit, charakterlicher Deformation oder »Mythos« reduziert, wird man das Geschehen im nationalsozialistischen Deutschland im Zusammenhang nicht verstehen können. »Rassismus« ist vielmehr als in sich geschlossenes Weltbild zu begreifen, das mit dem Anspruch auftritt, die Entwicklungen, Widersprüche und Probleme der Welt insgesamt schlüssig zu erklären – und zwar nicht auf der Grundlage von Mythen und Aberglauben, sondern auf wissenschaftlicher, naturwissenschaftlicher Basis; im Kern wäre Rassismus etwa mit »Biologisierung des Gesellschaftlichen« zu übersetzen.

Ausgangspunkt sind dabei zwei Hypothesen: a) gesellschaftliche Entwicklungen und Probleme ließen sich, wenn nicht vollständig, so doch wesentlich nicht auf soziale, sondern auf biologisch-genetische Konstellationen zurückführen – und b) Subjekte der Geschichte seien nicht Individuen oder Klassen, sondern Völker; die sich in den einzelnen Subjekten nur regenerieren und per Tradition und genetischem Code mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Eigenschaften ausgestattet seien; dabei sei das deutsche Volk besonders hochwertig, in seiner »völkischen Substanz« aber durch zwei Entwicklungen gefährdet:

Zum einen von innen – denn der moderne Zivilisationsprozeß habe dazu geführt, daß innerhalb des deutschen Volkes die kränklichen, degenerativen Elemente nicht mehr, wie vordem, durch natürliche Selektion ausgemerzt, sondern infolge der Fortschritte des modernen Zivilisationsprozesses naturwidrig geschützt würden und sich entsprechend überproportional vermehrten; da durch den Ersten Weltkrieg ein großer Teil der erblich Besten auf dem Schlachtfeld geblieben sei, wachse die Zahl der Minderwertigen innerhalb des deutschen Volkes überproportional an. Auf dieser Grundlage konnten und wurden die verschiedenen Formen gesellschaftlicher Abweichung biologisch, von der genetischen Struktur des Einzelnen her erklärt, derart daß, wer die beunruhigenden Erscheinungen der Moderne – von städtischer Kriminalität über Geisteskrankheiten bis hin zur »Asozialität« – beseitigen wolle, die Träger der genetischen Veranlagung zu derartigen Verhaltensweisen aus dem eigenen »Volkskörper« entfernen und an einer erneuten Beeinflussung der erblichen Substanz des Volkes hindern müsse.

Die zweite Gefährdung drohe von außen – durch die Vermischung des deutschen Volkes mit anderen, vom biologischen Wert her tiefer stehenden Völkern bzw. Rassen; dadurch werde die kollektive Erbsubstanz des Volkes besonders schwer geschädigt. Die größte Gefährdung stelle dabei das Judentum dar, und zwar aus zwei Gründen: a) das Judentum sei biologisch und aufgrund seiner Geschichte (als unter Anpassungszwang stehendes Volk ohne Land und Staat) mit besonders schlechten genetischen Eigenschaften ausgestattet, und b) es sei bereits tief in das deutsche Volk und seine Erbsubstanz eingedrungen.

Beides zusammen – innere und äußere Gefährdung des deutschen Volkstums – sei bereits relativ weit vorangeschritten; die Folgen dessen könne man in der inneren und äußeren Lage des deutschen Volkes seit 1918 beobachten, die durch inneren Verfall und äußere Ohnmacht gekennzeichnet sei. Wolle das deutsche Volk zum einen mit den Problemen im Innern fertig werden und zum anderen sich einen seinem Wert entsprechenden hervorragenden Platz in Europa und der Welt verschaffen, müsse es sowohl die degenerativen Elemente innerhalb des eigenen Volkstums als auch und vor allem die eingedrungenen Elemente eines fremden, parasitären und besonders degenerativen Volkstums, der Juden, ausschalten.

In dieser Weltsicht ist eine persönliche, emotionale Note nicht bzw. nicht notwendig enthalten; vielmehr setzten sich die Vertreter des sogenannten »seriösen« Antisemitismus' vehement vom Radau- und Pöbelantisemitismus etwa der SA ab, wie man das besonders deutlich an den Vorgängen des 8. und 9. November 1938 studieren kann. Diese Weltsicht ist aber auch nicht als »irrational« zu bezeichnen, denn sie versteht sich ja gerade als moderne, naturwissenschaftlich begründete und empirisch abgesicherte Theorie. Und sie war, das ist zu betonen, kein Spezifikum der NS-Führung oder gar weniger

Rassespezialisten. In ihren Kernelementen – Volk als Subjekt der Geschichte; biologistische Erklärung zahlreicher, wenn nicht aller Probleme moderner Industriegesellschaften; »völkisch« begründeter Antisemitismus – war sie vielmehr bereits zu Anfang der Weimarer Republik weit verbreitetes Gemeingut vor allem der akademischen Mittelschichten. Das Neue am Nationalsozialismus war nicht die Analyse, sondern das Drängen auf Lösung.

Wie dieses Drängen zur Lösung sich seit 1938 (als im Gefolge der Kritik am Radauantisemitismus der Straße während der »Reichskristallnacht« Heydrich und mit ihm die jungen akademisch ausgebildeten Führungsspitzen der Gestapo und des SD mit der weiteren Abwicklung des Judenproblems, insbesondere der forcierten Auswanderung, beauftragt wurden) innerhalb von drei Jahren beschleunigte, radikalisierte und schließlich zur Vernichtung der europäischen Juden führte, ist nicht Gegenstand dieser Bemerkungen. Es soll hier nur verdeutlicht werden, daß die rassistische Weltanschauung mit »Irrationalität«, »Emotionalität« oder »Mythos« nicht zutreffend beschrieben werden kann.

Während also der Radauantisemit die Juden haßt und seinem Haß in Pogromen und eruptiven Entladungen freien Lauf gibt, hält der »seriöse Antisemitismus« es sowohl für wissenschaftlich erwiesen als auch für evident, daß die Juden der genetisch codierte Nukleus der Fehlentwicklungen in der modernen Gesellschaft seien, was private Gefühle völlig untangiert läßt und vielmehr nach geordneten, staatlich gelenkten Maßnahmen zur Beseitigung der Juden aus dem eigenen Lebenszusammenhang und dem deutschen »Volksraum« verlangt. Diese in größeren Teilen der deutschen Führungsschichten verbreitete Form des Rassismus verlangte also schon von ihrer Struktur her nach umfassenden und gesamtgesellschaftlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Juden aus dem deutschen Machtbereich und stand in scharfem Gegensatz zu Pogromen und Haßausbrüchen. Eine grundlegende Verbesserung der gesamten Lage des deutschen Machtbereichs – der wirtschaftlichen, sozialen, sicherheitspolizeilichen, medizinischen, kulturellen usw. Lage – ließ sich dieser Überzeugung zufolge nur unter der Voraussetzung der vollständigen Beseitigung der Juden aus dem deutsch dominierten Europa erreichen. Die Beseitigung der Juden war danach also selbst ein durch und durch »rationales« politisches Ziel von fundamentaler Bedeutung.

Wenn Heim und Aly nun aber konstatieren, in den Augen der Bevölkerungsplaner habe im Generalgouvernement eine erhebliche Überbevölkerung bestanden, die einer Rationalisierung und Modernisierung im deutschen Sinne im Wege stünde, so daß einige Millionen Menschen zu beseitigen seien, muß es überraschen, wenn betont wird, daß gerade diejenigen beseitigt werden müßten, die aufgrund ihrer *sozialen* Struktur der Entwicklung einer modernen Gesellschaft entgegenstünden. Auf die Juden sei man, so Heim und Aly, deshalb gekommen, weil sich mit ihnen »ein großer Teil der sichtbaren Armut vernichten« ließ, und so »die elendsten Quartiere in den Städten verschwanden«. Die Juden seien also nicht deswegen, weil sie Juden waren, von den Deutschen umgebracht worden, sondern weil sie besonders arm und rückständig gewesen seien, wobei von Seiten der deutschen Bevölkerungsplaner die verbreiteten »Vorurteile« gegen Juden hätten genutzt werden können, um ihre Ziele leichter durchzusetzen. Wörtlich: »Völkermord war hier eine Form, die soziale Frage zu lösen.«

Nun wäre die Frage zu überprüfen, inwieweit diese »Planer« von tatsächlichen Zuständen und Entwicklungen ausgingen, ob ihre Beschreibungen zutreffend waren. Wenn wir uns also einen Augenblick auf die Autoren einlassen, so können wir feststellen, daß ihre Annahmen zu wesentlichen Teilen nicht stimmen oder jedenfalls nicht in den richtigen Relationen beschrieben sind. Denn was die Armut anbetraf, unterschieden sich die Juden weder in dem ehemals russischen Ansiedlungsrayon noch in anderen Gegenden Polens von der nicht-jüdischen polnischen Bevölkerung- der Unterschied bestand darin, daß die Juden mehrheitlich in Städten, die nichtjüdischen Polen vorwiegend in Dörfern lebten; wobei die jüdischen Quartiere in den Städten nicht elender waren als die der polnischen Unterschichten. Einen sozusagen objektiven Grund für die Vernichtung der Juden, der in ihrer sozialen Lage und unabhängig von ihrer »rassischen Einstufung« wurzelte, gab es nicht.

Hinzu kommt, daß zur »Stadtarmut« in den polnischen Städten, die einer »Wirtschaftsrationalisierung« in deutschem Interesse angeblich entgegenstand, nicht viel mehr als die Hälfte der polnischen Juden insgesamt zu zählen war; die anderen Juden setzten sich sozial aus allen Bevölkerungsschichten zusammen – von der Landbevölkerung über Mittelstand und Akademiker bis zum Patriziat.

Heim und Aly aber akzeptieren die Argumentation der von ihnen so apostrophierten »intellektuellen Planer« als zumindest immanent richtig, anstatt möglichst auf der Basis nicht-nationalsozialistischer Quellen zu prüfen, ob es sich bei den als solchen bezeichneten Sachzwängen auch um solche handelte oder nur um utilitaristisch verbrämte Legitimationsstrategien. Daß, um ein weiteres von Heim und Aly zustimmend angeführtes Beispiel zu zitieren, die »Krise der Ernährungswirtschaft eine Verringerung der Volkszahl« verlangte, ist tatsächlich der reine Unsinn; es gab in der »Festung Europa« keine objektive »Krise der Ernährungswirtschaft«, sondern politisch gesetzte Daten, wer zu ernähren sei und wer zu verhungern habe. Als die Frage der Ernährung der sowjetischen Kriegsgefangenen zur Debatte stand, wurde argumentiert, eine »Fütterung« der sowjetischen Gefangenen gefährde die deutsche Volksernährung. Im Jahr darauf waren mehr als zwei Millionen sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene im »Reich«, und von Ernährungsproblemen war keine Rede mehr.

Die beiden Autoren geben aber an anderer Stelle selbst ungewollt einen Hinweis auf die Lösung dieses Dilemmas: »Insofern die Juden, die in der Mehrheit in vermeintlich überbesetzten Branchen wie Handel und Handwerk tätig waren, nicht ohnehin schon wirtschaftliche Stellungen einnahmen, die den Deutschen als überflüssig und unrentabel galten, wurden sie durch die sozialpolitische und wirtschaftliche Umstrukturierung in solche Positionen abgedrängt, ihrer Habe und ihrer Einstellungsmöglichkeiten beraubt. Auf diese Weise werden rassistische und ökonomische Selektionskriterien in Übereinstimmung gebracht.« Der letzte Satz ist die reine Euphemie; tatsächlich denunziert der hier beschriebene Vorgang, den wir so oder ähnlich außerordentlich häufig in den Quellen über die Lage der Juden vor allem seit 1939/40 finden, die ganze Konstruktion von den »rationalen Planern«. Denn diese Konstruktion geht ja davon aus, daß für die Planer der Mord an den Juden ein Mittel zur Veränderung vorgefundener, objektiver – oder zumindest so perzepierter – Verhältnisse gewesen sei. Jetzt aber schaffen die NS-Behörden sogar erst den Zustand, auf den der Genozid eine Antwort gewesen sein soll.

Wenn Heim und Aly darauf hinweisen, daß die polnischen Juden zum Teil von den deutschen Behörden erst gewaltsam in eine soziale Situation gebracht worden sind, die dann als Grund oder Motiv der Verfolgung bezeichnet wurde, so verbirgt sich dahinter aber auch eine Erklärung des hier beschriebenen Problemkomplexes. In der rassistischen Weltanschauung des Nationalsozialismus sind die Juden eine Rasse, auf die ein erheblicher Teil der Mißstände und Probleme in Deutschland, Europa und anderen Teilen der Welt zurückzuführen ist. Daraus ergibt sich die Absicht, die Juden aus dem deutschen Machtbereich herauszubringen, als vorrangiges politisches Ziel. Als seit dem Herbst 1939 und verstärkt nach dem Sieg über Frankreich eine »Lösung der Judenfrage« nach der anderen sich als undurchführbar erwies (von der forcierten Auswanderung bis zum Madagaskar-Projekt), setzte eine Dynamik ein, im Verlaufe derer die »Judenfrage« von allen Seiten im »Generalgouvernement« immer dringlicher als »vordringlich zu lösendes Problem«, als »unhaltbarer Zustand« apostrophiert wurde. Im Verlaufe dieser Entwicklung produzierte nun jede damit beschäftigte Fachrichtung Argumente und Denkschriften, die die Unhaltbarkeit der derzeitigen Situation belegen sollten und nach radikalen Maßnahmen verlangten. In all diesen Stellungnahmen wurde gezeigt, daß für die in den verschiedenen Bereichen aufgetauchten Probleme die Juden als Hauptursache anzusehen seien und daß den angestrebten grundsätzlichen Veränderungen und Verbesserungen die Existenz und das Verhalten der Juden in Polen entgegenstünde.

Damit wurde nichts anderes konstatiert, als daß die im Generalgouvernement vorgefundene Wirklichkeit die bisherigen Kenntnisse und Überzeugungen vom verderblichen Einfluß der jüdischen Rasse bestätige und noch überträfe. (Genau diesem Tenor entsprechen übrigens auch die Presseveröffentlichungen in Deutschland über die Lage im Generalgouvernement, ebenso wie die Besprechungen beim Generalgouverneur Frank in Krakau). Die Sicherheitspolizei wies nun darauf hin, daß die Juden als der Herd der grassierenden Kriminalität erkannt worden seien. Die Mediziner und Hygieniker beschrieben die Juden als größte Gefahr für die Verbreitung von Seuchen. Die Ökonomen machten die Juden für das wirtschaftliche Chaos und den Schleichhandel im Generalgouvernement verantwortlich. Die Arbeitsbehörden begründeten die mangelnde Produktivität im Generalgouvernement mit der mangelnden Arbeitswilligkeit der Juden. – Nach wenigen Monaten im Getto war dann der Schmuggel von Lebensmitteln für viele Juden tatsächlich der einzige Weg, um etwas zu essen zu bekommen. Fleckfieber und andere Seuchen verbreiteten sich tatsächlich. Immer mehr Gettobewohner waren durch die unzureichende Ernährung tatsächlich arbeitsunfähig, die »Sicherheitsprobleme« hatten sich in den Augen der Polizeiführer und der Wehrmacht weiter verschärft, und die Juden saßen nun wirklich auf solchen Arbeitsplätzen, die in den Augen der Großraumplaner wegzurationalisieren waren. Daraus kann aber nun niemand schließen, daß Motive und Motor des Genozids nun tatsächlich darin gelegen hätten, daß die Juden kriminell, verseucht oder im Schleichhandel tätig waren. Vielmehr erkennt man, daß es sich dabei um Hilfskonstruktionen, um Legitimationen handelt, die die rassistisch motivierte Judenpolitik der Nazis aber nicht kaschieren, sondern die Richtigkeit, die Überlegenheit, ja die Wissenschaftlichkeit des nationalsozialistischen Rassismus' geradezu empirisch belegen und durch den Aufweis unvermeidbarer Sachzwänge auf eine beschleunigte, radikalere Lösung der Judenfrage hindrängen sollten.

Genau dies aber trifft auch auf die großraum- und bevölkerungspolitische Variante dieser Argumentationen zu: sie ist eine weitere unter zahlreichen anderen Legitimationsfiguren, die nun aber nicht den vermeintlich »irrationalen« Rassismus »rational« abfedern, sondern seine Richtigkeit und Nützlichkeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen belegen, ja empirisch beweisen sollten. Insofern stehen also die von Heim und Aly herausgestellten bevölkerungs- und großraumpolitischen Konzepte nicht in Konkurrenz oder Widerspruch zum nationalsozialistischen Rassismus, sondern sind ein Teil davon, den nun zu separieren und als den eigentlichen, den wirklichen, den »rationalen« Grund für das Ingangsetzen des Genozids zu bezeichnen, bedeutet, einzelne planerische und gedankliche Entwicklungen aus ihrem historischen Kontext zu lösen und damit der legitimatorischen Logik dieser Planungen selbst zu folgen.

Damit sollen nun aber weder die Existenz noch die Bedeutung der megalomanischen kontinentalimperialistischen Projekte der Nationalsozialisten und der deutschen gesellschaftlichen Führungsschichten in Abrede gestellt werden – Projekte, die zum einen durchaus in der Tradition der deutschen imperialistischen Kriegsziele (etwa des Alldeutschen Verbandes) vor und während des Ersten Weltkrieges standen, zum anderen aber insbesondere zwischen dem Sommer 1940 und dem Sommer 1941 eine unerhörte Dynamik und Radikalisierung erfuhren. Diese verschiedenen Planungen, die den Tod von

»zig Millionen Menschen« in der Sowjetunion als Voraussetzung für umfassende Strukturveränderungen bezeichneten und billigten, sind dann zwar bedingt durch den Kriegsverlauf nicht mehr zur Durchführung gekommen, haben aber doch erheblichen Einfluß auf die Formen der deutschen Kriegsführung und Besatzungspolitik gehabt, denen Millionen von Nichtkombattanten zum Opfer gefallen sind.

Auch hier waren gegenüber der als »minderwertig« angesehenen sowjetischen Bevölkerung rassistische Motive ausschlaggebend für die Art und Weise ihrer Behandlung durch die Deutschen (ein vergleichender Blick auf die deutsche Besatzungspolitik im Westen, etwa in Frankreich, wo ja auch umfassende wirtschaftliche und politische Zielsetzungen vertreten wurden, macht das evident). Aber in der Sowjetunion bestand eine Interdependenz zwischen imperialistischen Zielen und rassistischer Weltanschauung: Die Ermordung von Teilen der sowjetischen Bevölkerung war in den Augen der deutschen Kriegswirtschaftsplaner ein Mittel, um kurzfristige wirtschaftliche, sozialstrukturelle bzw. politische Ziele zu erreichen. Die Nutzung der Ukraine als »Kornkammer« für West- statt für Osteuropa war kein neues Traumziel deutscher Geostrategen, sondern tauchte schon in den Kriegszielentwürfen des Ersten Weltkrieges auf; daß dies zweifellos den Hungertod von Millionen von Menschen nach sich gezogen hätte, erwies sich jedoch damals als unüberwindliches Hindernis für die mögliche Verwirklichung solcher Ziele. Dieses Hindernis wurde in den Vorbereitungsplanungen für den »Rußland-Feldzug« seit Sommer 1940 nun aber dadurch beiseite geräumt, daß die sowjetische Bevölkerung in der nationalsozialistischen rassistischen Ideologie als »minderwertig« eingestuft, ihr Tod mithin als weniger schwerwiegend betrachtet wurde; so daß unter dem Gesichtspunkt des »rassischen Wertes« das Interesse an der Erweiterung der Ernährungsgrundlage für Deutschland und Westeuropa schwerer wog als das Leben von »zig Millionen Menschen« in der Sowjetunion. Das rassistische Denken räumte in diesem Fall also Bedenken beiseite, die einer Verwirklichung wirtschaftlicher Ziele durch die Ermordung von Millionen von Menschen im Wege standen. Ein genuines Ziel war der Massenmord an »Russen« hingegen in der nationalsozialistischen rassistischen Weltanschauung nicht, sondern ein rassistisch legitimierbares Mittel zur Durchsetzung kontinentalimperialistischer Ziele.

Hier wird der Unterschied zur Frage der »Endlösung der Judenfrage« offenbar – das Verhältnis von »bevölkerungspolitischen« bzw. wirtschaftlichen Zielen und rassistischer Weltanschauung ist in diesem Falle genau umgekehrt. Denn hier lag – wie beschrieben – das vornehmliche Interesse des NS-Regimes in der »Beseitigung« der Juden aus dem deutschen Machtbereich, letztlich in ihrer Ermordung. Wenn es darüber hinaus noch weitere wirtschaftliche, politische oder soziale Gründe gab, die Juden (und zwar alle, unabhängig von ihrer sozialen Stellung oder Staatsangehörigkeit) zu liquidieren: um so besser, denn darin, so die Überzeugung der nationalsozialistischen Regimeführung, zeigte sich ja nur, wie richtig die rassistische Weltanschauung insgesamt und die nationalsozialistische Politik gegenüber den Juden im besonderen war!

Das Problem des Ansatzes von Heim und Aly besteht also – abgesehen von den genannten, sehr weit reichenden Vermutungen und Spekulationen, für die Beweise und Belege nicht vorliegen – darin, daß sie diese grundsätzlichen und wesentlichen Unterschiede und Beziehungen zwischen rassistischer Weltanschauung und kontinentalimperialistischen Zielen verwischen. Durch die Reduktion des Rassismus auf ein Manipulationsinstrument zur Absicherung politisch-ökonomischer Zielsetzungen bereiten sie die Grundlage für die Einreihung der Shoa in die lange Tradition und Gegenwart »imperialistischer Vernichtungspolitik« – von der Ermordung der Indianer in Nord- und Südamerika seit der Kolonialisierung, über die Sklavenpolitik der Kolonialstaaten, bis hin zur Vertreibung und Ermordung der Indios im brasilianischen Regenwald. Hier liegt wohl auch die politische Perspektive und Brisanz des Ansatzes: die Shoa als einen weiteren und besonders furchtbaren Beweis für die Vernichtungsdynamik des Modernisierungsprogramms imperialistischer Länder zu funktionalisieren, die in ihrer Struktur und Zielrichtung unverändert fortbestehe; was nun seinerseits wiederum aussagekräftig in bezug auf den Charakter des bestehenden Herrschaftssystems wäre.

Zu zeigen, daß diese Konstruktion nicht haltbar ist, war Ziel der hier vorgetragenen Überlegungen.

Ulrich Herbert lehrt Neuere Geschichte an der Fernuniversität Hagen. Er hat diesen Beitrag zuerst auf der Tagung »Wissenschaft und Massenvernichtung – Zur Rationalität nationalsozialistischer Vernichtungspolitik« gehalten, die am 23./24. Juni dieses Jahres im Hamburger Institut für Sozialforschung stattfand.

** Der Aufsatz von Christopher Browning erscheint in KONKRET 12/89 (d. Red)*

** Ich beziehe mich im folgenden auf drei Veröffentlichungen von Susanne Heim und Götz Aly: »Ein Berater der Macht. Helmut Meinhold und der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung«, Selbstverlag, Hamburg/Berlin 1986; »Die Ökonomie der 'Endlösung'. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung«, in: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung? (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 5), Berlin 1987; »Sozialplanung und Völkermord. Zur Herrschaftsrationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik«. Diskussionsbeitrag für das Symposium »Wissenschaft und Massenvernichtung« des Hamburger Instituts für Sozialforschung am 23./24. Juni 1989 in Hamburg. Des weiteren beziehe ich mich auf die kritische Antwort darauf von Christopher R. Browning: »German Technocrats, Jewish Labor and the Final Solution: A reply to Götz Aly and

Susanne Heim, sowie auf meinem Aufsatz: »Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der 'Weltanschaung' im Nationalsozialismus«, in: Dan Diner (Hrsg.): »Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit«, Frankfurt 1987, S. 198-236.

****Siehe KONKRET 10/89 (d. Red)*

Kasten
Abend beim F(ührer)

im sehr heißen Bunker bis 3 Uhr. Sehr ermüdend trotz interessanter Unterhaltung.

Er sagt: Ich fühle mich wie Robert Koch in der Politik. Der fand den Bazillus der Tuberkulose und wies damit der ärztlichen Wissenschaft neue Wege. Ich entdeckte den Juden als den Bazillus und das Ferment aller menschl. gesellschaftl[ichen] Dekomposition. Ihr Ferment. Und eines habe ich bewiesen, daß ein Staat ohne Juden leben kann. Daß Wirtschaft, Kultur, Kunst etc etc ohne Juden bestehen kann und zwar besser. Das ist der schlimmste Schlag, den ich den Juden versetzt habe.

Tagebuchaufzeichnung von Hitlers Verbindungsmann zum Auswärtigen Amt. Walter Hewel 10 7 1941 (Streichungen wie in der Vorlage}

konkret 11/89, S. 61

Jan Philipp Reemtsma

Hitler im Comic-Strip
»Ein Maximum an Wirkung«

Auf zwei Bitten, den von der bürgerlichen Presse angepriesenen zweibändigen »Hitler-Comic« des Hamburger Carlsen-Verlags zu rezensieren, erhielt KONKRET anderthalb Körbe: einen von Jan Philipp Reemtsma, der dieses »in jeder Beziehung miserable Erzeugnis der papierschändenden Industrie« nicht durchlesen wollte, einen halben von dem Hamburger Maler Christoph Krämer, dem die Durchsicht dieses Schunds »selbst die Lust am Besserwissen vertrieb«. Sie lesen die Absagen:

Lieber Wolfgang,

es gibt noch Grenzen in Deutschland. Grenzen dessen wenigstens, was ich mir zuzumuten gedenke. Eine Rezension dieses anderweitig Schlagzeilen (und zwar positive, siehe »Spiegel« und »Sonntagsblatt«) machenden »Hitler-Comics« verspricht weder polemischen noch analytischen Gewinn. Als Teil einer Studie über den progredierenden Schamverfall hierzulande mag auch dieses Werk Materialwert haben, sicher. Aber zu Rezensionszwecken werde ich die beiden Hefte nicht durchlesen. Ich habe sie durchgeblättert, einige Seiten genau gelesen und festgestellt: einen so guten Magen habe ich nicht, daß ich mir jene genaue Lektüre antun möchte, die für eine das Detail analysierende Besprechung von mir zurecht erwartet würde. – Also pauschal: es handelt sich bei den bei den Comic-Heften des Carlsen Verlages um ein in jeder Beziehung miserables Erzeugnis der papierschändenden Industrie. Dilettantische, geschmacklose bis widerwärtige Bilder; debile Texte vorwiegend dieser Art: »Hitler, hier rasch zum Gefechtsstand damit! Es braut sich Furchtbares zusammen!« (1. Weltkrieg); oder dieser: »Goebbels, ich schicke Sie nach Berlin. Räumen Sie den Saustall dort auf« – »Goebbels bekommt den zerstrittenen Parteiverband in der Reichshauptstadt schnell in den Griff, vor allem mit seinen spektakulären Aktionen.« (Weimarer Republik); oder so: »Überlegene Strategie, aber auch überlegene Taktik haben die deutschen Erfolge möglich gemacht: während die Gegner ihre Panzer auf die verschiedenen Divisionen verkleckern, sind sie in den deutschen Armeen zu Divisionen und Korps zusammengefaßt. Im Zusammenwirken mit der Luftwaffe erreichen sie ein Maximum an Wirkung.« (2. Weltkrieg)

Soll ich jetzt analysieren, *wann* dieser vorherrschende Landserheftchenton in *welcher* Weise sich mit Schulbuchstilblüten *so* verbindet, daß der Rezensent des »Sonntagsblatts« von »kompakten, solide informierenden Begleittexten« sich zu schreiben genötigt sieht? Soll ich meine Zeit daran wenden, im Einzelnen zu zeigen, was die einen sowieso wissen und die anderen sowieso nicht hören wollen: daß aus dem Unterfangen, eine Darstellung des Nationalsozialismus mit dem Mittel einer Hitler-Biographie als Comic zu unternehmen, nur werden *konnte* was daraus geworden ist, ein unqualifizierbarer Schund?

Aber warum hat sich Erich Kuby eigentlich für dieses Unterfangen gewinnen lassen? Er müßte es doch eigentlich besser wissen, und er weiß es natürlich auch besser. Aber in Lagen, die alles daran setzen, daß man sie für aussichtslos hält, greift mancher gerne zu Strohhalmen, die Rettung versprechen, aber nichts nützen, wenn sie von Strohköpfen stammen. Ebensowenig wie die Überlegung, die Kuby in seinem Vorwort anstellt: »Die Mängel der Methode sind unvermeidlich – weil es anders in der Form eines Comics gar nicht sein kann; es ist aber auch so, weil nur durch das Zurückstutzen des Nationalsozialismus auf das Wesen und Handeln dieses einen Menschen, d.h. ohne die Personalisierung des Nationalsozialismus, der ganze Ablauf deutscher Geschichte zwischen 1920 und 1945 der beschriebenen Zielgruppe nicht nahegebracht werden kann.« – Die beschriebene Zielgruppe: eine »jüngere Generation«, die »überhaupt nichts mehr vom konzentrierten Lesen hält«, weshalb sie »die wissenschaftliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus« nicht zur Kenntnis nimmt. Kuby sagt es selbst: der Comic taugt nicht dazu, über historische Tatsachen zu informieren. Es geht nicht. Was allenfalls geht, ist, was der Rezensent des »Sonntagsblattes« auf diesen Nenner bringt: »ein Mann findet Gleichgesinnte« .

Wenn die Aufklärung unter die Pädagogen fällt, hat sie verloren. Wahrheiten und Kunstwerke sind nicht konsumierbar, man muß sich anstrengen oder es wird nichts draus. Wenn Kuby sagt, jene Lese-Unwilligen oder -fähigen seien an ihrer Unwilligkeit oder -fähigkeit nicht schuld, so hat er im Regelfall recht. Aber das ändert nichts am Sachverhalt. Es gibt keinen Weg zur Literatur über den Romanführer und keinen zur Geschichte über den Comic. Und da wäre sehr wohl eine Mitschuld zu benennen: wer die Illusion gepflegt hat, man könne Wahrheiten und Kunstwerke »aufbereiten«, konsumierbar machen usw. trägt sehr wohl eine Mitschuld an den Zuständen, die er zu beklagen vorgibt, denn er hat dumme Illusionen verbreitet und, was schlimmer ist, manchem die Bereitschaft zur Anstrengung damit abgeschwatzt. Und wer sagt, eine Halbwahrheit sei besser als eine Lüge, gibt die Wahrheit preis.

Aber genug davon. Ich möchte nicht den Eindruck machen, den Comic doch noch, und zwar auf der Basis des Kuby'schen Irrtums rezensieren zu wollen. Das pädagogische Mißverständnis, einen Text durch Vereinfachung so lesbar zu machen, daß er schließlich nicht mehr vorhanden ist, und eine Schwierigkeit dadurch zu beheben, daß man sie leugnet, erklärt nicht jedes bizarre Detail des Carlsen-Comics, vor allem nicht die Primitivität der Zeichnungen (die Kuby mit Werken Daumiers und Dorés vergleicht, was wir verschweigen wollen), ihren merkwürdig in verschmierten Pastelltönen gehaltenen

Buntstiftrealismus – aber das mögen andere analysieren, ich tu's schon bei den Wörtern nicht.

konkret 11/89, S. 62

Christoph Krämer

Hitler im Comic-Strip
Von Mäusen und Machern

Auf zwei Bitten, den von der bürgerlichen Presse angepriesenen zweibändigen »Hitler-Comic« des Hamburger Carlsen-Verlags zu rezensieren, erhielt KONKRET anderthalb Körbe: einen von Jan Philipp Reemtsma, der dieses »in jeder Beziehung miserable Erzeugnis der papierschändenden Industrie« nicht durchlesen wollte, einen halben von dem Hamburger Maler Christoph Krämer, dem die Durchsicht dieses Schunds »selbst die Lust am Besserwissen vertrieb«. Sie lesen die Absagen:

Soll man Worte verlieren über etwas, das einem so abgeschmackt vorkommt, daß es selbst die Lust am Beckmessern vertreibt? Mit einem Urteil vorab, von dem man denkt, es teile sich jedermann ohne weitere Erläuterung mit? Die Rede ist von dem *Hitler Comic,* dessen zwei bunte Bände der »lesefaulen Jugend« zu einem Geschichtsbild verhelfen sollen und, so steht zu befürchten, auch werden, sollten die begeisterten Reaktionen von »Spiegel«, »Sonntagsblatt«, »FAZ« etc. Früchte am Stecken der materialhungrigen Lehrerschaft treiben.

Selbst wenn die Nachprüfung ergäbe, die geschichtlichen Ereignisse seien »korrekt« («Spiegel«) dargestellt worden – es bleiben die Bilder. Was soll man zu diesem flachen, kolorierenden Verfahren sagen, mit dem bekannte Fotodokumente in Blei und Buntstiftgestrichel zu schnittigen, rhythmisierten Kompositionen im Stil der Filmprogramme der fünfziger Jahre collagiert werden? Was zu der routinierten Schablonierung der Figuren (der Opfer wie der Täter), die in Himbeersirupfäden ziehende Blutbahnen versponnen sind? Was zu der Lässigkeit, mit der SA-Choreografie in Häftlingsballett übergeht? Über den Vorsatz, zur Entlarvung der Verführung zu verführen, bar des Gedankens zum Nachdenken zu animieren, ist Hinreichendes gesagt. Und was für linke »Bildzeitungs«-Phantasien und Wallraffs Opfertourismus gilt, setzt auch die Bilderflut dieses Comics nicht außer Kraft. Attraktiv sein, an Sehgewohnheiten anknüpfen wollen, heißt immer, die Blindheit zu fördern.

Es hilft nichts. Sehen und verstehen kostet Anstrengung. Wer sehen lernen will, braucht Bilder, die sich dem Illustrieren verweigern, nicht opulent zur »Anschaulichkeit« aufgearbeitete Fotodokumente, die das Hinsehen aufs Durchblättern und das Verstehen aufs »Ich habe es gesehen« reduzieren.

Angesichts des Gegenstands ist es mir egal, ob es Naivität oder Dreistigkeit des Unvermögens ist, die hemmungslos Opfer und Täter gleichschaltet, den genauen Blick nicht herausfordert, sondern versperrt. Der Bildautor, der sich auf das Darzustellende nicht einläßt, verweigert dem Betrachter die Chance, hinter den Vorhang der »impressionistischen« Panoramen zu blicken. Das alte Lied, nicht einmal neu gesungen: Wo das Einzelbild keine Wirkung zeigt, wird aufgerüstet mit Legionen von Bildern. Doch die Vermehrung der Bilderflut markiert nur die Niederlage, ihr nichts entgegenstellen zu können. So belebten die Bildproduzenten des 19. Jahrhunderts die Konkurrenz durch Anpassung, als sie mit ihren Panoramen im »immer größer« das »immer schneller« der neuen Bildmedien zu bekämpfen glaubten. Das ist wie klappernde Blechdosen hinter dem Fahrrad herziehen, um dem Sound des Achtzylinders Paroli zu bieten, und aufzugeben, was die Eigenart jener Fortbewegung ausmacht.

Nicht mit Bildern aufklären – die Bilder aufklären: wie das geht, hat Brecht in der »Kriegsfibel« vorgemacht und Anhaltspunkte gegeben, was in und aus Fundstücken gelesen werden kann, wenn man in sie eindringt, die ganze Geschichte. Wobei wir beim Thema sind: das Flüchtige festzuhalten, auf den Kern der Bilder zu zielen, statt alles vorstellen zu wollen und nichts darzustellen.

»Fotorealistische Zeichnungen« – was soll das heißen? Zu ängstlich, das Monströse zu gestalten, versteckt sich der Zeichner hinter der Realität seiner Fotovorlagen und verflacht sie zum Normalen, dem er sich nicht ausgesetzt hat, statt aus der Normalität das Monströse herauszufiltern. Letzteres setzt, es sei zugegeben, künstlerische Fähigkeit und die Absicht voraus, erkennen zu wollen und nicht über etwas zu belehren, was man doch nicht versteht.

Daß es Erich Kuby nicht den Stift aus der Hand gerissen hat, als er im Vorwort dieses Werk in die Tradition von Daumier und Grandville gestellt hat! Nicht einmal im Tagesgeschäft des Karikaturisten unterlief Daumier, was im *Hitler-Comic* gang und gäbe ist: zeichnend Opfer und Täter gleichzurichten. Wenn Daumier in der *Rue Transnonain* das Opfer der Massaker individualisiert, es aus der gleichgültigen Wahrnehmung des Massensterbens herausreißt, den Gargantua aber auf einen gefräßigen Verdauungsapparat reduziert, nimmt er Maß am Gegenstand und frikassiert ihn nicht zum Brei, der die Wurst füllt.

Wie marktbesessen muß man sein, um den Gang ausgemergelter Körper ins Gas in Formen des Jugendstils zu komponieren und als Opferritual zu stilisieren? Das ist aus dem Zusammenhang gerissen? Aber das ist es ja gerade, der Zusammenhang, das Fehlen jeglicher Brüche, als könne man diese Geschichte fortlaufend erzählen, inszenieren, sich aneignen.

Nur über Brüche, über Lücken, über die Verweigerung des Sprechens kann die Annäherung an eine Realität gelingen, die man, um sie zu begreifen, sich erst einmal fremd machen muß. In »Maus. Die Geschichte eines Überlebenden« bricht die

Befragung des Vaters nach seiner Geschichte den Erzählfluß, wird die Mühseligkeit des Erinnerns thematisiert. Die Unbeholfenheit der Zeichnungen läßt die Grenzen des Darstellbaren sichtbar werden, das Unverschämte wird wörtlich genommen, es sei »recht und billig, die Welt von einer minderwertigen Rasse zu befreien, die sich wie Ungeziefer vermehrt«. Art Spiegelman nimmt die Ungeheuerlichkeit an und zeichnet in seinem Comic Juden als Mäuse. Er gibt dem Objektivieren keine Chance, einem Objektivieren, das der Vernichtung zur Betriebsgrundlage diente.

So forsch man Endlösung und Welteroberung anging, so forsch ist deren Bewältigung nicht zu haben, nicht im Comic noch anderswo, schon gar nicht durch die Pädagogisierung des Gegenstands. Verkommener kann man den Schrecken nicht darstellen, als ihn zu illustrieren.

konkret 11/89, S. 63

Oliver Tolmein

Buch des Monats - Militante Frauen

Ingrid Strobl: »Sag nie, du gehst den letzten Weg«. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besetzung, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1989, 351 Seiten, 16.80 Mark

Die Kommentare bundesdeutscher Fernsehredakteure muß man nicht gehört haben. Es war zu erwarten und gilt wohl in einem Staat, den seine Führungskräfte selbst stolz als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches bezeichnen, als normal, daß auch das Treffen antifaschistischer Widerstandskämpfer im Rahmen der 40. Jahrfeier der DDR mit Verweis auf das Alter seiner Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Anlaß einer weiteren hämischen Attacke gegen den Kommunismus hergenommen wird. Daß im Land der Mitläufer und Henker Respekt vor denen, die gegen das nationalsozialistische Regime gekämpft haben, nicht zu erwarten ist – das ist »normal«. Wenn es hierzulande trotzdem gelegentlich gelänge, den allzeit und zu allem bereiten, deutschfrommfröhlich hetzenden Propagandisten der »Normalität« den Ton abzudrehen, wäre das nicht nur ein Beitrag zur Humanisierung der Fernsehwelt. Stattdessen schweigen viel zu oft die anderen und nehmen hin, was unerträglich ist. Das zum Beispiel: In diesen Tagen erscheint ein Buch zu einem in der Bundesrepublik weitgehend tabuisierten Thema: bewaffneter Widerstand gegen nationalsozialistische Okkupanten. Die Arbeit, die vor allem den Anteil von Frauen am Widerstand aufdeckt, die aber auch präzise über den Kampf jüdischer Partisaninnen und Partisanen berichtet, mußte in einem bundesdeutschen Knast, teilweise unter Bedingungen der Isolationshaft geschrieben werden. Daß eine geplante Reise der Autorin nach Israel, wo sie mit überlebenden Widerstandskämpferinnen reden wollte, durch den Zugriff der Staatsgewalt verhindert worden ist, gehört ebenfalls zur Entstehungsgeschichte des Buches. Zwar soll hier nicht erneut gegen den Paragraphen 129a und seine Zielsetzungen argumentiert werden, festgehalten werden muß aber doch: Die Politische Justiz in der BRD hat nicht nur die Verfolgung der Täter des nationalsozialistischen Regimes erfolgreich verhindert, sie behindert auch die Geschichtsschreibung über den Widerstand der Verfolgten.

Ingrid Strobl hat für ihr Buch »Sag nie, du gehst den letzten Weg« (nach einem jüdischen Partisanenlied: »Sog nischt keijnmol, daß du gehst den letzten Weg«) ehemalige französische, spanische, niederländische und slowenische Widerstandskämpferinnen interviewt und darüber hinaus zahlreiche verstreut erschienene historische Arbeiten und Memoiren von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen so gegen den Strich gelesen und ausgewertet, daß sie daraus Informationen über das Engagement von Frauen im bewaffneten Kampf gewinnen konnte. Warum sie gerade dem bewaffneten Widerstand der Frauen so herausragende Bedeutung beimißt, erklärt sich aus den Ergebnissen ihrer Forschungsarbeit: Ob Frauen die Möglichkeit hatten, mit der Waffe zu kämpfen und nicht nur »typisch weibliche« Unterstützungsarbeiten im antifaschistischen Kampf zu leisten, sagt viel über den emanzipatorischen Charakter der jeweiligen Kampfgruppen aus. Hier, wenn auch nicht nur hier, gewinnt der Unterschied zwischen den jüdischen Partisaneneinheiten und etwa der offiziellen polnischen Untergrundarmee »Armia Krajowa« scharfe Konturen. Ingrid Strobl hat aber nicht nur in den bürgerlichen Widerstandsformationen reaktionäre Strukturen nachgewiesen. Auch linke, kommunistische und anarchistische Gruppen setzten während des Befreiungskampfes die Unterdrückung gegen Frauen fort.

Ein besonders bedrückendes Beispiel stammt aus dem spanischen Bürgerkrieg. Gelang es in den ersten Wochen und Monaten des Krieges vielen Frauen, mit dem etablierten patriarchalen Rollenverständnis radikal zu brechen und sich trotz etlicher Schwierigkeiten als weitgehend gleichberechtigte Kämpferinnen in den anarchistischen und kommunistischen Milizen zu engagieren, wurden ab Juli 1937 die alten Verhältnisse wieder neu etabliert, der militärischen Niederlage aller revolutionären Kräfte eilte die politische Niederlage der kämpfenden Frauen voraus: Gleichzeitig mit der Umwandlung der Milizen in eine reguläre Armee, der Einführung von Rängen und der Staffelung des Solds wurden die Frauen von der Front abkommandiert und im Hinterland als Krankenpflegerinnen, Näherinnen oder in der Militärbürokratie eingesetzt. Strobl, die sich das Ziel gesetzt hat, eine in der Erinnerung, wie sie zeigt, systematisch verschüttete Tradition des bewaffneten Kampfes freizulegen, begnügt sich nicht damit, den Roll back zu beschreiben. Sie läßt auch Frauen zu Wort kommen, die sich nicht in die Etappe und die Lazarette zurückschicken ließen. Der Preis für diesen Widerstand im Widerstand allerdings war hoch: Im Kampf durften sie sich, anders als die Männer, keine Schwäche leisten, ihr Frau-Sein mußten sie verstecken, nach Ende des Partisanenkampfes wurden die, die auch gegen den Mythos vom schwachen Geschlecht gekämpft hatten, oft genug in der neuen alten Gesellschaft isoliert und geächtet.

Viele der Frauen, die im besetzten Frankreich, die in den Ghettos von Warschau, Wilna und Minsk und in den lettischen, litauischen und estischen Wäldern und Sümpfen die nationalsozialistischen Besatzer und ihre zahllosen Kollaborateure angegriffen haben, waren Jüdinnen. Der Nachweis des engen Zusammenhangs von antisemitischem Ressentiment, nationalistischem und patriarchalem Denken ist ein zentrales Anliegen des Buches, das auch eine umfassende Darstellung des Widerstands in den Ghettos beinhaltet. Am Beispiel des im französischen Untergrund aktiven und hierzulande noch weitgehend unbekannten M.O.I.F.T.P. (Francs Tireurs et Partisans Main-d'Oeuvre Immigree) benennt Ingrid Strobl das »dreifache Stigma« der Kämpferinnen und Kämpfer: Sie waren in der Region, in der sie agierten, Ausländer, sie waren Juden, und sie waren Kommunisten. Das brachte sie in Schwierigkeiten nicht nur mit dem gaullistischen Widerstand,

sondern erschwerte auch die Unterstützung durch die Komintern, die gerade auf einen nationalistischen Kurs eingeschwenkt war. Da sie Kommunistinnen waren, oft nicht zionistisch und fast nie assimiliert, wurden sie auch von den traditionellen jüdischen Institutionen und Gruppen zumeist gemieden. »Sie hatten«, schreibt Strobl, »nur sich selbst. Ihren erbitterten Kampf gegen den Faschismus. Ihre Entschlossenheit, die ermordeten Juden zu rächen.«

In Osteuropa, wo die Jüdinnen und Juden in Ghettos konzentriert waren, wurde bewaffneter Widerstand angesichts des antijudaischen Ressentiments fast unmöglich: Jüdische Partisaninnen, die den Weg aus den Ghettos gefunden hatten, konnten sich in der Bevölkerung nicht wie die Fische im Wasser bewegen, sie wurden oft genug an die deutschen Besatzer ausgeliefert. Die Rote Armee und die ihr unterstellten Guerillaeinheiten taten sich oft schwer, jüdische Gruppen zu unterstützen, und auch die Eingliederung jüdischer Kämpferinnen und Kämpfer in die nach Stalins Direktiven national zusammengesetzten Partisanenabteilungen stieß auf Schwierigkeiten, weil die sowjetische Führung befürchtete, Jüdinnen und Juden könnten die Unterstützung der gesamten Partisanenbewegung durch die Bevölkerung erschweren. Schon die Beschaffung der für den Kampf dringend benötigten Waffen geriet so für den jüdischen Untergrund zu einem erheblichen Problem, viele Frauen und Männer wurden beim Versuch, Gewehre und Pistolen außerhalb der Ghettos zu besorgen, gefaßt, gefoltert und ermordet. Vielen blieb nur, einen verzweifelten Kampf mit Molotowcocktails, zu Handgranaten umfunktionierten Glühbirnen, Äxten und Messern aufzunehmen.

Der Kampf in den Ghettos wurde zusätzlich durch gravierende Differenzen zwischen verschiedenen politischen Fraktionen erschwert: Sollte der Aufstand im Ghetto zur Vorbereitung eines Massenausbruchs genutzt werden oder war das von vornherein aussichtslos und deswegen der Versuch, sich sofort den Partisanengruppen in den umliegenden Regionen anzuschließen, die richtige Taktik? Darüber hinaus wurde die Situation für die in den Ghettos organisierten Militanten dadurch verschärft, daß die Bevölkerung oft genug resigniert hatte und den Versprechungen der Deutschen und der oft mit ihnen kollaborierenden Judenräte eher Glauben schenkte als der Wahrheit über die Vernichtungsstrategie der Deutschen, die der Untergrund verbreitete. Ein Aufstand konnte aber gegen den Willen der Ghettobewohner nicht durchgeführt werden. Dort, wo es den Militanten gelang, die jüdische Bevölkerung von der Richtigkeit des Aufstands zu überzeugen, gerieten die hervorragend ausgestatteten deutschen SS-Einheiten in ernsthafte Schwierigkeiten. Zehn Wochen brauchten die nationalsozialistischen Truppen, um den Aufstand im Warschauer Ghetto niederzuschlagen.

Nachdem sie präzise und sorgfältig ein Bild des antifaschistischen Widerstands gezeichnet hat, das der herrschenden Sichtweise von den wehrlos zur Schlachtbank geführten Jüdinnen und Juden widerspricht und den verschwiegenen Anteil der Frauen am bewaffneten Widerstand ins Zentrum rückt, versucht Ingrid Strobl im Schlußkapitel des Buches Gründe für dessen bisher so konsequent verfälschte Darstellung in den meisten Forschungsberichten zu finden. »Ist es leichter, sich vorzustellen, wie eine graue, geduckte Masse widerstandslos in die Gaskammern flutet, als sich vorzustellen, wie eine Handvoll verzweifelter Frauen und Männer mit Molotow-Cocktails gegen die Maschinengewehre der Endlöser anrennt? ... Die Konfrontation mit Juden, die etwas getan haben, ist weniger bequem, sie stellt die Frage nach den 'Ariern', die nichts getan haben. Sie stört das beruhigende Bild des Philosemiten vom edlen, durchgeistigten Antlitz des stumm sterbenden Juden. Sie wirft generell den Verdacht auf, daß man die Verhältnisse, so wie sie sind, nicht hinnehmen muß. Daß man sogar gegen einen scheinbar hoffnungslos überlegenen Gegner kämpfen kann. Daß Überleben um jeden Preis nicht das höchste Ziel eines Menschen sein muß. Die Erkenntnis, daß Frauen die Waffe in die Hand genommen und auf hohe männliche Offiziere gerichtet haben, rüttelt an den Grundfesten des patriarchalen Rollenverständnisses. Von rechts bis links, von Kirchenfürsten bis zu Exponentinnen der Frauenbewegung wird auch heute noch an der Erhaltung und Verfestigung eines von allen dekretierten Dogmas gearbeitet: an dem Dogma von der friedfertigen Natur der Frau. Von ihrer Bestimmung als Spenderin des Lebens, als Beschützerin der Brut, Opfer vielleicht des männlichen Aggressionstriebes, aber selbst allem Kämpferischen abhold.«

PS.: Einen Monat nachdem »Emma« eine gekürzte Fassung von Ingrid Strobls Vorwort abgedruckt hat, veröffentlicht das »Magazin von Frauen für Frauen« als Titelgeschichte »Dämon-Lover«, eine als »feministische Analyse des Terrorismus« verpackte Ladung Niedertracht gegen Frauen, die den bewaffneten Kampf aufgenommen haben: »(Die Autorin Robin Morgan) seziert die 'Terroristen' weltweit und entdeckt hinter fast jeder 'Terroristin' das männliche Prinzip und sogar den Mann selbst, den Dämon Lover«. Auch das ist ein Teil der bitteren Wahrheit, die Ingrid Strobls Buch und die indirekten Reaktionen darauf deutlich machen: Gegen einen Mythos, der aus unterschiedlichen Motiven, aber immer mit dem Ziel geschaffen wird, Militanz und Feminismus als unvereinbar erscheinen zu lassen, richtet die Darstellung der Fakten wenig aus. Notwendig bleibt sie dennoch.

konkret 11/89, S. 68

Michael Wildenhain

Modell Kreuzberg

Ein halbes Jahr nach dem Ausbruch der "Hölle von Kreuzberg" ein ruhiger Blick auf die erkalteten Schlacken: auf die Wunder der staatlichen Sozialtherapie, auf die neuen Mittelschichten und die autonomen Kämpfer in ihren selbstbestimmten Kisten

I

Das Dorf war eingekreist, die Dorfausgänge waren besetzt, die Luft war bitter, die Herzen hämmerten... Werde ich durchkommen? dachte Steiner auf einmal ganz ruhig, und er dachte sofort: Wozu eigentlich? Und er wußte, daß dieser zweite Gedanke viel schrecklicher war als der erste.
Anna Seghers, Die Gefährten

Im September 1977 heißt es in einer Erklärung anläßlich der Entführung von Hanns-Martin Schleyer und der Erschießung seiner Begleiter durch ein Kommando der Rote Armee Fraktion: »Wenn heute Staatsbürger, insbesondere Justiz- und Polizeibeamte, rücksichtslos niedergeknallt werden, dann sind solche Taten eine Gefahr für die demokratische Republik. Solch brutales Vorgehen ist eine reale Bedrohung der Schutzrechte des Bürgers – auch weil auf diese Weise staatliche Organe dazu gebracht werden, als Reaktion demokratische Freiheitsrechte einzuschränken.«

Anfang Mai 1989 heißt es in einem sogenannten »Kreuzberger Manifest«: »Wir alle sind aufgerufen, uns gegen die weitere Zerstörung Kreuzbergs und die Gefährdung weiterer Menschenleben, auch die Gefährdung von Polizeibeamten, durch solche Gewalttaten zu stellen... Wir wollen verhindern, daß Kreuzberg nach der Welle der spekulationsbedingten Zerstörung nun eine Welle politisch motivierter Zerstörungen erlebt.«

Daran ist zweierlei interessant: zum einen die Frage, wer sich wann und wovon nicht nur ohne jede Not, sondern auch ohne jeden politischen Nutzen distanziert, zum anderen, zu einer wie geringen gesellschaftlichen Relevanz die Gegenstände linker Diskussion geschrumpft sind. Bildete sich die etablierte Linke im Herbst 1977 noch ein, Erklärungen und »Briefe zur Verteidigung der Republik« verfassen und veröffentlichen zu müssen, so gilt die Sorge derer, die einen nicht geringen persönlichen Nutzen aus der besonderen Situation eines sonderbaren Westberliner Bezirks gezogen haben und auch in Zukunft ziehen werden, einem lokalen Spektakel. Aufmerksamkeit verdient der von »gute Gaudi« bis »Hölle von Kreuzberg« titulierte Tumult weniger wegen seiner latent gesellschaftsverändernden Qualitäten als vielmehr aufgrund des Umstandes, daß ein nicht unerheblicher Teil der radikalen Linken in Westberlin seine Energie u.a. darauf verwendet, eine besondere Form der Folklore im eigenen Quartier an die Stelle politischer Anstrengung zu setzen.

II

Das wahre Bild der Vergangenheit huscht vorbei. Nur als Bild, das auf Nimmerwiedersehen im Augenblick seiner Erkennbarkeit eben aufblitzt, ist die Vergangenheit festzuhalten. Walter Benjamin, Geschichtsphilosophische Thesen

Nach einer zwar militanten, jedoch geschlossen bis zur Abschlußkundgebung durchgeführten, »revolutionären l. Mai-Demonstration« mit ungefähr 10.000 Teilnehmern kommt es in einigen Straßenzügen von Kreuzberg 36 zu einer Randale, die in ihrer ersten Bewertung durch Presse, Parteien und verschiedene Organisationen mit einer erklecklichen Anzahl von Superlativen ausgezeichnet wird. Zentral für die Bewertung der Ereignisse ist jedoch nicht so sehr ihr Geschehen, als vielmehr ihre Abfolge. Ermöglicht durch die große Zahl im wesentlichen sympathisierender Demonstranten und bedingt durch das weitgehende Fernbleiben der Polizei – »Deeskalation« – gelingt es einigen Gruppen, unbehelligt die Scheiben verschiedener Sex-Shops und Spielhallen am Rand der Demonstrationsroute in Neukölln einzuschlagen. Im Anschluß an einige Plünderungen gibt es Versuche, die aus den Geschäften geräumten Alkoholflaschen zu zerschlagen und einen Teil der erstandenen Artikel auf anliegende Balkone zu bugsieren. Die als Umverteilung zwar deklarierte, alles in allem aber rührende Form autonomer Sozialarbeit wird zweifellos nicht zur erhofften Mobilisierung der *verelendeten Massen* in Berlin-Kreuzberg und Neukölln beitragen, ist jedoch eine gewiß wohlgemeinte Geste.

Nach der Abschlußkundgebung kommt es auf dem Weg zum jährlich stattfindenden Lausitzer-Platz-Fest zu weiteren Plünderungen, die Scheiben einiger Banken auf dem Kottbusser Damm werden eingeworfen, ohne daß die Polizei eingreift. Schon zu diesem Zeitpunkt haben die Gruppen, die mit ihrem geplanten Vorgehen zumindest einen wichtigen Anstoß für die dann zunehmend ziellose Militanz gegeben haben, keinen größeren Einfluß mehr auf das weitere Geschehen. Das ist nicht ungewöhnlich. Denn obwohl ein derartiger Ausbruch ihrem »Politik«-Verständnis sehr nahe

kommt, können sie ein solches »riot« weder strukturieren noch ihrer Politik zugute halten. Sie sind nur die, die ein Angebot machen, von dem keiner wissen kann, wer es wann und wie annehmen wird.

Nach der Plünderung eines bei derartigen Anläßen sonst meist bewachten Getränkemarktes in der Nähe des Lausitzer Platzes und dem darauf folgenden Tränengasbeschuß des Platzes durch die Polizei markieren die sich anschließende Auseinandersetzung und der gleichzeitige Abbruch des Festes durch die Veranstalter den eigentlichen Beginn der nächtlichen Randale. Die als »Ausbruch eines blindwütigen Hasses« (»auf den Staat« oder, je nach Gusto, »rotgrünen Senat«) charakterisierten Ereignisse werden zwar in den folgenden Tagen zum Anlaß einer kurzen Erörterung möglicher Ursachen, müssen aber in erster Linie als augenscheinlich hochwillkommene Gelegenheit für eine fast einhellige Verurteilung der Akteure herhalten. Die wesentlich von der »taz« und großen Teilen der AL vorangetriebene Welle von Distanzierungen macht selbst vor den Schädeln der Beteiligten nicht halt und läßt sie, weniger selbstkritisch als reuevoll, der oft lebhaft verbrachten Nacht verkatert gedenken.

III

»Wenn Sie den Leuten in meinem Dorf sagten«, erwiderte Gletkin, »daß sie trotz der Revolution und trotz der neuen Fabriken immer noch faul und rückständig sind, so würden Sie keine Wirkung bei ihnen erzielen. Wenn man ihnen sagt, daß sie Helden der Arbeit sind. . . und daß alles Böse bloß von Teufeln und Saboteuren herrührt, dann erreichen Sie wenigstens etwas. «

Arthur Koestler, Sonnenfinsternis

Wenn eine SPD-Kommission in ihrem Bericht betont, »daß es irrig ist, die schlechte soziale Situation vieler Kreuzberger als ausschließlichen Grund für gewaltsame Ausschreitungen anzusehen«, und darauf hinweist, »daß die Situation vieler Jugendlicher sehr schlecht und die soziale Infrastruktur in einigen Teilen des Bezirks miserabel« ist, daß »sie aber in Teilen Neuköllns und Tiergartens noch schlechter (ist), ohne daß es dort zu gewaltsamen Ausbrüchen käme«, dann zeugt das von einer Einschätzung, die die Wirklichkeit weit genauer trifft, als die Ausführungen einer Gruppe, die in einer zur Mobilisierung gedachten »Mai-Zeitung« ihren Klassenbegriff darlegt:

»Eine Ahnung davon, daß 'die Klasse existiert', haben viele gekriegt, als am 1. Mai 1987 völlig überraschend Hunderte von Leuten gemeinsam die Bullen aus 36 vertrieben, Barrikaden errichteten und Läden plünderten.« Sollte es zutreffen, daß selbst rechts orientierte Schüler am Geschehen beteiligt waren, dann ist das nicht nur ein, wenngleich nie so gemeinter, Beleg für die These von der »Provokation des rot-grünen Senats«, sondern würfe vor allem ein sehr eigentümliches Licht auf das im Zitat aufscheinende Ideologem einer »Konstituierung der Klasse als kämpfender«, eine ebenso fragwürdige Konstruktion wie die von der »Vermittelbarkeit bestimmter Aktionen aus sich selbst« .

Schon die beschriebenen Phasen der Ereignisse deuten darauf hin, daß zwar die massenhafte und vor allem zunehmende Beteiligung am einmal begonnenen Krawall vorwiegend soziale Gründe hat, daß der eigentliche Beginn jedoch und die forcierte Unterstützung der »Kämpfe auf der Straße« wesentlich von den autonomen und anti-imperialistischen Gruppen geleistet wird. Das ausgesprochen kurzfristige Zusammengehen der organisierteren Gruppen mit der großen Menge derer, die die Ereignisse zwar entscheidend mitbestimmt, zu denen die Gruppen im Alltag jedoch kaum oder nahezu keinen Kontakt haben, charakterisiert die Aufstände vom 1. Mai; der Umstand, daß die Kämpfe in dieser Form und ausschließlich in Kreuzberg stattfinden, verweist auf die besondere politisch-soziale Struktur des Bezirks.

IV

In jeder Epoche muß versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen.

Walter Benjamin, Geschichtsphilosophische Thesen

Als im Mai 1981 noch mehr als 160 Häuser in Westberlin besetzt sind, bringen die vorgezogenen Wahlen zum Abgeordnetenhaus zwei wichtige Veränderungen: Zum einen wird, knapp eineinhalb Jahre früher als in der Bundesrepublik, eine ziemlich marode SPD/FDP-Regierung durch eine CDU/ FDP-Koalition ersetzt, zum anderen gelangt die Alternative Liste, die ihren Stimmenanteil fast verdoppelt, ins Abgeordnetenhaus. Beide Ereignisse sind nicht unwesentlich Folge des Westberliner Häuserkampfes. Nach einigen nicht sonderlich erfolgreichen Versuchen, des »Hausbesetzerproblems« durch direkte Konfrontation Herr zu werden, folgt der CDU/FDP-Senat im wesentlichen der von der SPD sowohl vorgegebenen als auch vorbereiteten »Berliner Linie«. Sie wird sich nicht nur in ungewöhnlichem Maß

bewähren, sondern ist auch eine der wichtigsten, wenn nicht die eigentliche Ursache für die heutigen Verhältnisse im Südosten Kreuzbergs.

Interessant an diesem Vorgang ist vor allen Dingen die Art, wie am besonderen Fall das allgemeine Verfahren zur »Lösung« sozialer Konflikte – in der BRD und Westberlin – auf sehr exemplarische Weise vorgeführt wird. Sieht man vom Propagandabombast ab, der vornehmlich dem Zweck dient, die Besetzer und ihren Angriff auf das Eigentum an Grund und Boden möglichst umfassend zu denunzieren, so bleibt die Berliner Räumungs- und Selbsthilfelösung in ihren Kernpunkten – sozial verbrämte Beschäftigungstherapie für die Involvierten und ihre Konzentration in einem Bezirk – ein genial konzipiertes und gekonnt umgesetztes Modell für die Kanalisierung dessen, was die entsprechenden Untersuchungskommissionen in ihren jeweiligen Berichten beinahe liebevoll mit »Jugendunruhen im demokratischen Staat« umschrieben haben.

Die Form der Befriedung erhält ihre über den Augenblick hinausreichende Bedeutung dadurch. daß die staatlichen Stellen als Erwiderung auf eine sich nur sehr diffus äußernde »Bewegung« eine Projekt- (und Kollektiv-) Kultur zwar nicht installieren, aber enorm befördern und insbesondere deren Konzentration in einem Stadtteil erheblich forcieren. Die Methode, aufkommende Konflikte zwar nicht zu lösen, aber auf ähnliche Art – gesellschaftlich – zu isolieren, hat sich inzwischen durchgesetzt. Ermöglicht durch den ausreichend vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum kann es sich die jeweilige Administration erlauben, einen Teil der Aktivisten des fraglichen Konflikts in gewisser Weise zu privilegieren. Indem sich die so Bevorzugten in ihrer materiellen und sozialen Situation oft entscheidend von der übrigen Bevölkerung unterscheiden, werden nicht nur die Differenzierungs- und Spaltungsprozesse vorangetrieben, ein nicht geringer Teil der politisch Aktiven entfernt sich auch zwangsläufig von der weiterhin herrschenden, sozialen Realität.

Nach den Wahlen im Mai 1981 ist Kreuzberg nicht nur der Bezirk mit den weitaus meisten besetzten Häusern, sondern auch mit dem höchsten Anteil an AL-Wählern. Bedingt durch die Stärke der AL und ermöglicht durch das stillschweigende Einverständnis der übrigen Parteien erhält Kreuzberg mit Werner Orlowsky, später einer der Unterzeichner des »Kreuzberger Manifests«, einen Baustadtrat, der nicht nur ein bekannter Mieter-Vertreter in SO 36 ist, sondern auch eine zentrale Person bei allen Verhandlungs- und Vermittlungsversuchen zwischen Besetzern, Besitzern und Administration. Ohne Werner Orlowsky oder eine entsprechende Person an der entsprechenden Stelle und ohne die Duldung einer solchen Person in einer solchen Funktion durch die übrigen Parteien in Kreuzberg und insbesondere durch den Senat hätte der Konflikt nicht in dieser Form »gelöst« werden können:

Im März 1982 beginnt der Senat mit der schrittweisen Räumung der besetzten Häuser in sämtlichen Stadtteilen, mit Ausnahme von Kreuzberg 36, das vergleichsweise unangetastet bleibt. Im Lauf der folgenden zwei Jahre werden so die bestehenden Strukturen in allen Bezirken, einschließlich Kreuzberg 61, weitgehend zerschlagen. Es kommt zu einer Art Rückzug, so daß die in SO 36 von jeher massierte »Szene« noch einmal erheblich verstärkt wird. Wenn die SPD-Studie davon spricht, daß »Kreuzberg seit Jahren das Lieblingskind für die Einrichtung sozialer Maßnahmen« ist, und daß »sich dennoch die Situation nicht verbessert hat«, weil »nichts unternommen wurde, um den Zuzug sozialer Probleme zu unterbinden«, dann verschweigt die Kommission gleichzeitig, daß es zwar nicht im Sinne der jeweiligen Regierung sein kann, wenn hin und wieder ein bestimmtes Viertel angezündet wird, daß aber gerade das der Preis für die umfassende Konzentration und, infolgedessen, weitgehende Isolierung der Szene in einem Bezirk ist. Der Umstand, daß der größere Teil der in Kreuzberg 36 besetzten Häuser einigermaßen zügig, wenngleich zu sehr unterschiedlichen

Bedingungen legalisiert wird, ist gewiß nicht allein dem Einfluß des Kreuzberger Baustadtrates geschuldet, sondern auch der besonderen Stärke der dortigen Szene sowie dem »filigranen Stadtteilfilz« zu verdanken; aber ohne die Ernennung und weitere Duldung eines AL-nahen Baustadtrates hätten das Getto SO 36 und der »Mythos Kreuzberg« nicht etabliert werden können.

V

die mystifizierung des kollektivs hat zu ihrer voraussetzung die resignation gegenüber der klasse.

Christian Geissler, Kamalatta

Im Winter 1981/82 beginnt die Zeitung »Radikal« eine als Theorie-Diskussion vorgestellte Auseinandersetzung, in deren Mittelpunkt die Begriffe »Selbstbestimmung« bzw. »Autonomie« stehen. In dem der Diskussion vorangestellten Papier heißt es: »Wir kämpfen für uns und führen keine Stellvertreterkriege. Wir kämpfen nicht für Ideologien, nicht fürs Proletariat, nicht fürs Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben... Alles läuft über die eigene Teilnahme und ist Politik der ersten Person... Tendenzielle Befreiung von der Lohnarbeit ist eine der Grundvoraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben... In der Linken- und Alternativscene haben wir uns seit einigen Jahren Strukturen geschaffen, die es uns ermöglichen, zunehmend selbstbestimmter zu leben. . .«

Was sich als »Kreuzberger Ideologie« herausbilden wird, indem es die »Szene« bzw. den »Kiez« als adäquate Politik- und Organisationsformen proklamiert, ohne zu erkennen, in welch erheblichem Maße es sich dabei um simple Rückzugsstrategien handelt, ist in den wenigen Auszügen schon erkennbar. Das im Bewußtsein der Szene fest verankerte und vorgeblich progressive Theorie-Versatzstück, die »tendenzielle Befreiung von der Lohnarbeit«, taucht als »Kampf gegen die Arbeit« in der für die revolutionäre Demonstration mobilisierenden »Mai-Zeitung« wieder auf. Obwohl die vielbeschworene »Selbstbestimmung« ebensowenig mit dem sehr eng gefaßten Verhaltenskodex der Autonomen zu tun hat wie die Arbeitsbedingungen in nahezu allen Kollektiven mit der »tendenziellen Befreiung von der Lohnarbeit«, durchzieht diese mehr als zweifelhafte Konstruktion nahezu alle autonomen Theoriefragmente.

Wie sehr das Denken der Szene quer durch sämtliche Fraktionen von der von vornherein vergeblichen, weil an sich widersprüchlichen Hoffnung auf »Areale selbstbestimmten Lebens außerhalb der Gesellschaft« dominiert ist, zeigt sich u.a. darin, daß selbst eine Zeitschrift wie die »Autonomie/NF«, obwohl in ihr ansonsten fortwährend von der »reellen Subsumtion aller Lebensbereiche unter das Kapitalverhältnis« die Rede ist, in den wenigen Passagen, in denen eine Perspektive immerhin aufscheint, von »Orten proletarischer Subsistenz, d.h. unkontrollierter proletarischer Reproduktion, die erkämpft werden müssen«, spricht. Der Bereitschaft, den Kiez, den vermeintlichen Ort »selbstbestimmter Reproduktion«, falls notwendig zu verteidigen, steht eine, vor allem in Zeiten fehlender politischer Initiative nicht selten rigide Kaderpolitik gegenüber. Die oft wenig durchsichtigen Kriterien für eine weitere Zugehörigkeit zur Szene werden durch strenge und nur mühsam zu überwindende Zutrittsbeschränkungen sinnig ergänzt. Ist die Erwiderung einiger Autonomer auf ein entsprechendes Ansinnen bei einem Kiezpalaver nach dem 1. Mai, ihre Beitrittsformulare seien gerade vergriffen, auch nicht unbedingt typisch, so wird in dem folgenden Abschnitt doch recht deutlich, wie weit das heftig verteidigte Bestreben, unter sich bleiben zu wollen, geht:

»Meiner Ansicht nach müssen den geschlossenen Gruppenstrukturen in der autonomen und antiimp. Szene unbedingt offene Strukturen überlagert werden, in denen die Kommunikation zwischen Leuten, die sich nicht kennen, möglich ist. Veranstaltungen, auf die sich jeder Mensch hintrauen kann, Zentren oder sowas, wo man/frau hinkommen und sich informieren kann, ohne mißtrauisch beguckt zu werden und ohne wochen- und monatelang isoliert zu sein.«

Darin drückt sich eine Verachtung gegenüber »den Massen« aus, die, selbst wenn sie gerechtfertigt wäre, verheerend auf die Verachtenden zurückschlägt. Indem den Kämpfen ein Terrain – z.B. das zu befreiende Kreuzberg – zugewiesen wird, das bar jeder gesellschaftlichen Relevanz ist, berauben sich die Kämpfer ihrer politischen Möglichkeiten. Die umfassend verinnerlichte Niederlage der bundesdeutschen Linken im Herbst 1977, die sich in der genannten Verachtung ausdrückt und deren Resultat sowohl die grünalternativen Parteien in ihrem kaum noch reformerischen Bemühen als auch die Autonomen und ihre allenfalls in Ansätzen politisch zu nennenden Aktions- und Ausdrucksformen zu einem Gutteil sind, beraubt zudem die potentiell Angesprochenen, indem die erfolgte Abgrenzung gegenüber der großen Menge ideologisch überhöht wird, jeder weiteren Hoffnung. Die trotzige Behauptung, »alle wollten dasselbe, mit diesem neuen Selbstbewußtsein, einfach du selbst sein, den Bullen eins vor den Bug knallen«, ändert an diesem Umstand nichts.

VI

Und doch entstand der Aufruhr eben dort, wo der Mangel an Wissen, die Emotion des Hasses am größten waren..., ohne Taktik, ohne Koordination. Und dies war nach anarchistischem Prinzip auch die einzige Möglichkeit, um zu einer wahren Veränderung zu kommen, denn sie würde nie bestehen können, wenn sie nicht von jedem aus eigenem Willen geschaffen wurde.

Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands

Im August 1987 kippt eine Gruppe, die in der nachfolgenden Diskussion unter der Bezeichnung »Kübel« firmiert, 15 Liter Scheiße in das Kreuzberger Schicki-Restaurant »Maxwell«. Mit dieser Aktion soll darauf hingewiesen werden, wie weit die Umstrukturierung eines Bezirks im Sinne sozialer Befriedung schon gediehen ist, wie weit die sogenannte »soziale Durchmischung« schon fortgeschritten sein muß, wenn sich eine durch derartige Lokale ausgezeichnete Infrastruktur zu etablieren beginnt. In dieser Aktion, die in der Folgezeit immer der »Entwicklung einer politischen Linie« zugeschrieben wird, kommt eine Vorstellung von (Stadtteil-) Politik zum Ausdruck, die viel mit der besonderen materiellen und sozialen Situation und noch mehr mit der gesellschaftlichen Isolation der Szene zu tun hat.

Die Anhäufung von – alternativen – Projekten in Kreuzberg 36 und die Beförderung der damit eng verschränkten Kollektiv-Kultur als Folge der Lösung des als 'Hausbesetzerproblem' denunzierten Konflikts hat nicht nur dazu geführt, daß sich die materielle Basis der Szene durch überproportionale Subventionierungen aller Art erweitert, sondern hat auch eine alternative (Sozial-) Betreuer- und Absahnerschicht herausgebildet, deren hervorstechendes Merkmal ihr Gerede vom »Frieden im Kiez« ist. Mit diesen »Vertretern der neuen Mittelklasse« sehen sich nicht nur die unmittelbar Betreuten konfrontiert. Während viele der ehemaligen Besetzer über mehrere Jahre hinweg damit beschäftigt waren, die häufig recht

desolaten und nun legalisierten Häuser mittels subventionierter Arbeitsplätze wieder aufzubauen, bestimmt der alternative Filz nicht nur sehr oft die Bedingungen für diese »Selbsthilfe«maßnahmen oder betreut die Projekte direkt, sondern ist häufig auch in flankierenden Einrichtungen beschäftigt.

Die Aufspaltung in Angehörige der neuen Mittelklassen auf der einen und in in politisch inspirierte Beschäftigungstherapien nur zeitweilig eingebundene Aus- und Absteiger aller Stufen auf der anderen Seite hat seinen ersten Grund sicherlich nicht in der Sanierung des Hausbesetzerkonflikts, diese jedoch hat sich nicht nur die in Ansätzen schon vorhandene Struktur zunutze gemacht, sondern sie ausgebaut und entscheidend verfestigt. Die Ausbildung der in den alternativen Filz eingebetteten Kreuzberger Szene-Struktur hat für die jeweils Herrschenden den unschätzbaren Vorteil, daß der damit eingerichtete Dauerkonflikt die Involvierten zumindestens zeitweise hinlänglich in Atem hält.

In welchem Ausmaß diese Installation bestehende Feindbilder inzwischen bestätigt und verstärkt haben muß, zeigt sich nicht nur daran, daß in der Mai-Nacht u.a. der VW-Bus eines Exponenten der Kreuzberger Macher-Clique angezündet worden ist, sondern mehr noch in der am 20.1.1988 erfolgten Verwüstung des Büros von »Stattbau«, einer im Zuge der Legalisierungen gegründeten alternativen Sanierungsgesellschaft, der u.a. die Betreuung mehrerer ehemals besetzter Häuser in Kreuzberg übertragen wurde. Die langjährige Geschäftsführerin von »Stattbau«, Franziska Eichstädt, ist unterdessen Kreuzberger Baustadträtin und damit Nachfolgerin von Werner Orlowsky.

VII

Weiterhin waren in neun«.ig von hundert Betrieben weniger als fünf Arbeiter beschäftigt, eng an den Eigentümer gebunden. War auch inzwischen die Notwendigkeit erkannt worden, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen, so überwog doch noch der Hang zur isolierten Aktion, auch in der kommunistischen Partei. . . Zu den Zusammenkünften der sechzig Kommunisten..., berichtete Gomez kam ein Genosse jedesmal mit einer großen, handgefertigten Bombe, die er unter einen Stuhl legte. Befragt, warum er sie bei sich trage, antwortete er, wenn plötzlich eine Bombe erforderlich sei, so befände sie sich hier.

Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands

Ausschlaggebend für die Ablehnung umfassenderer Organisationsformen, für die Betonung direkter Aktionen und die Favorisierung je unmittelbarer Konfrontation ist sicherlich nicht allein der in Grenzen verständliche Zorn auf die alternativen Absahner in Kreuzberg. Während die Arbeit in den Kollektiven die dort Beschäftigten nur den Zumutungen der herrschenden Realität ein Stück weit enthebt, und während das bewußte Inkaufnehmen einer – dauerhaft – subventionierten Existenz oder ein Dasein als kollektiver Kleinunternehmer oder ganz allgemein das Leben in der Szene die Verbindung zur »Klasse« nicht unbedingt befördert, sorgt die Abhängigkeit von staatlich zugestandenen, oft gestützten Projekten, vor allem aber deren Verbrämung zum »eigenen Kiez« für die Ausbildung der besonderen Ideologie.

Wenn die staatlichen Stellen jedem neuerlichen Aufbrechen des Konflikts mit mehr oder minder gezielten Zuschüssen und der Einrichtung neuer Projekte begegnen, dann treibt das zwar einerseits die Spaltungs- und Differenzierungsprozesse voran, läl3t es für die autonomen Akteure jedoch andererseits sinnvoll erscheinen, »anzugreifen« oder »in-Besitz-zu-nehmen«. Denn im schlechtesten Fall wird der Wille demonstriert, das Erreichte, »unseren Kiez«, zu verteidigen, im besseren Fall gelingt eine Ausweitung der Projekt-Kultur. Dort können, wenn die Befriedung geschickt ansetzt, die in wesentlich abgedämpfter Form simulierten Verhältnisse im Kapitalismus von den am »gesellschaftlichen Experiment« Beteiligten eingeübt werden. Hinzu kommt, daß die Autonomen durch ihre politischen Initiativen fernab von jeder Klassenrealität sehr oft, wenn nicht in der Regel, sofort oder doch sehr schnell mit der Polizei konfrontiert werden, gerade weil sie die Phänomene nur auf der Erscheinungsebene – Banken, Sklavenhändler, Sex-Shops usw. – zum Gegenstand ihrer Angriffe machen können. Da die Massierung in einem Bezirk zusätzlich den Blick auf die soziale Realität eher verstellt als erweitert, verfestigt sich der Irrtum, mit dem Angriff auf die Erscheinungen und dem Kampf gegen die Bullen sei etwas im Hinblick auf die bekämpften Phänomene oder die eigenen Anliegen zu erreichen.

Wo die politischen Begriffe durch militärische Kategorien ersetzt werden, macht es auch Sinn, jede im »eigenen Kiez« auftauchende Wanne als Provokation – »Bullen raus aus Kreuzberg« – zu interpretieren. Denn tatsächlich ist die nur staatlich lizensierte Kleinkultur zu jedem Zeitpunkt bedroht und muß verteidigt werden: »BRD-Bullenstaat, wir haben ihn zum Kotzen satt.« Das Bild einer geschlossenen Machtkonfiguration und einer sie bedingenden und durch sie bedingten gleichgeschalteten Gesellschaft, der nur noch mit Verachtung begegnet werden kann, und den allseits umstellten, der »endgültigen Subsumtion aller Lebensbereiche unters umfassende Kapitalverhältnis« ausgelieferten, aber noch immer antagonistischen Inseln, ist zwar nicht zwingend, liegt aber nahe.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Mannigfaltigkeit der Themen für die außerparlamentarische Linke augenscheinlich keinen anderen gemeinsamen Nenner zuläßt als die Leerform »Widerstand«. Während das Konzept

»Soziale Bewegung« – an erstmal einem bestimmten Punkt – spätestens mit den Schüssen an der Startbahn und dem folgenden Roll-back seine Schwachstellen offenbart hat, erklärt die Zusammenfassung unter »Widerstand«, die als strategische Fundierung in keinem Fall taugt, nicht nur die umfassende Fixierung auf justizielle und polizeiliche Repression, sondern unterstellt fälschlich auch eine Nähe zum antifaschistischen Widerstand. Indem der falsche Begriff vom »Widerstand« von einer weitgehend monolithischen Gesellschaftsformation ausgeht, fordert er beinahe zwangsläufig das Operieren in sich zumindestens klandestin, also auch abweisend gebärdenden Gruppen.

Der Verweis auf die »Selbstorganisation« verschleiert nur die Hilflosigkeit im Umgang mit den eigenen »politischen Inhalten«, von denen niemand überzeugt werden kann, wenn sie nicht da sind. Entsprechend eingeweiht geben sich die Schriften. Es ist in erster Linie nicht ihr Zweck, möglichst viele zur Durchsetzung eigener Anliegen zu gewinnen, sondern es geht den Verfassern darum, sich ihrer selbst fortwährend zu vergewissern. Eine derartige Politik, die für den Augenblick vielleicht effizient erscheinen mag, ist auf die Dauer nutzlos. Eine Mobilisierung über Moral muß zwangsläufig ohne Kontinuität bleiben. Ausdruck der darauf notwendig folgenden Krise ist dann erneut das berechtigte Schielen auf die zunehmend sich verfeinernde staatliche Repression.

Der deutsche Herbst und die Kreuzberger Krawalle haben insofern miteinander zu tun, als letztere eine adäquate Artikulation des politischen Gettos sind, das staatliche Stellen und westdeutsche Linke nach dem Desaster 1977 im Wechsel errichtet haben. Das Konzept vom Widerstand, auf das sich jede soziale Bewegung in ihren radikalen Teilen seit Anfang der 80er Jahre unausgesprochen bezieht, teilt eine umfassende Ohnmacht nicht nur mit, sondern setzt die Niederlage als gegeben schon voraus. Dadurch bekommt alles Agieren den Beigeschmack des Hoffnungslosen. Ausdruck dessen war die »Schlacht« am 1. Mai.

Michael Wildenhain ist Schriftsteller und lebt in Berlin/West. Zuletzt erschien bei Rotbuch sein Gedichtband »Das Ticken der Steine«

konkret 11/89, S. 73

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

'Lager', sagt eine italienische Freundin..., daß die DDR-Flüchtlinge ins (Auffang)Lager kämen...! Was sie eigentlich gelernt hätten, 40 Jahre lang, die Deutschen, daß sie ein Wort, das als Schreckenswort in fast alle europäischen Sprachen eingegangen sei, so bedenkenlos könnten benutzen... Daß sie es nicht einmal für nötig befänden, sich einen Euphemismus dazu einfallen zu lassen!

*

Teilen mit den 'Neubürgern' aus der DDR? (Oder soll man besser sagen: 'Teilnehmern des Kinderkreuzzuges ins Heilige Land BRD'?) Ob man will oder nicht: man teilt ja schon. Zum Beispiel über Beiträge für den Arbeiter-Samariterbund, der davon Erbsensuppe für sie kocht.

Sollen sie es sich schmecken lassen, die paar Hundert von ihnen, die überhaupt über die politische Phantasie verfügt haben, sich drüben plausibel in Gefahr zu bringen.

Die anderen?

In Hamburg droht eben den meisten ansässigen Roma und Sinti die Abschiebung. 300 von ihnen haben sich kürzlich demonstrativ auf das Gelände des ehemaligen KZ's Neuengamme geflüchtet und sind eben am Tag, an dem dies geschrieben wird, auseinandergetrieben worden.

Spenden für sie? Aber immer. Solange man noch nicht ganz runter ist auf die Höhe des Sozialhilfesatzes. Und wo eine gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft nicht zwischen uns steht.

*

'Traditionsbewußt' nennt sich das Hamburger Bestattungsinstitut GBI und bietet, unter anderem, Leistungen in Höhe von DM 3260,- für eine, nein, nicht Erst-, sondern: Erdbestattung mit Trauerfeier:

Im Preis eingeschlossen: Geschnitzter Kiefernholzsarg, Einkleidung, Erledigung aller Formalitäten, eine Überführung in Hamburg, Diener, Träger mit weißen Kragen, farbige Aufbahrung in einer Kapelle oderFeierhallemit8Leuchtern und 6 Vasen, Sargschmuck, 20 Trauerbriefe, musikalische Begleitung (Orgel und I Streichinstrument), weltlicher Redner, Bearbeitung sämtlicher Versicherungsunterlagen .

Also, könnt' ich schon mal zwei Monate von leben. – Überhaupt, für Snobs, mal zur Abwechslung, wie wär's mit einem Begräbnis à la Mozart?

*

»Gespenster« (Bastei Verlag) Heft Nr. 793: Lord Kensington und sein Diener Archie – für 750 Jahre guter Führung im Geisterreich auf einen Tag Urlaub zur Erde zurückgeschickt – beim Anblick eines Ritterfilms im Fernsehen:

Zwerge in einen Kasten zu sperren und zur Belustigung des Volkes kämpfen zu lassen... widerwärtig!

*

»Kolumbus sucht den Seeweg nach Westindien, findet ihn nicht; doch findet er Amerika. Er hat also Erfolg gehabt« (Brecht).

Wie, wenn sich herausstellen sollte, daß die SED in der Absicht den Sozialismus aufzubauen, am Ende ein menschenleeres Land geschaffen hat, Heimstatt für Beschützenswerteres als es unsereins zweibeinige Saftsäcke sind, ein Riesen-Ökotop womöglich für vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen, wie sie bisher allemal noch ein bißchen im Niemandsland der 'innerdeutschen' Grenze haben existieren können, und nur in ein paar Datschen und Lauben sitzen noch ein paar Altkommunisten mit ihren Ur-Enkeln, die Hand am Drücker, will sagen, am A-Artillerie-Abschußknopf, falls es jemand wagen sollte, ihren Herrgottswinkel doch noch zu kassieren...?

'Erfolg'?

Wenn denn schon die Vorbedingung schaffen für die Verwüstung zweier Kontinente 'Erfolg' gewesen sein soll, laut Brecht, dann wäre eine unfreiwillige Entwüstung eines vergleichsweise kleinen Landstrichs wie dem zwischen Usedom und Bad Schwartau ja wohl erst recht einer.

*

Einmal im Jahr, vorausgesetzt der Zufall will es und man sitzt an einem Montagmorgen in einer Flugmaschine, ist die »FAZ« unentbehrlich wegen ihres Sportteils. Und was bekommt man zu lesen? Nein, nicht, daß die Tifosi im San-Siro-

Stadion ihr neues blondes Erdbeben als ' Cataklinsmann' feiern, sondern:

Thurn und Taxis nimmt einen Anlauf im Holzgeschäft. Oder es hat Leserbriefschreiber D. Marscholleck (auch er mit einem 'm' zuviel im Namen) schon jetzt, im voraus, Mitleid mit den Polen darum, daß der Herr Bundespräsident von W. mit seinem Verzicht auf eine Revision der polnischen Westgrenze ähnliche Illusionen an der Weichsel geweckt haben könnte wie seinerzeit Hitler, als er, nach Annektierung des Sudetenlands, jeder weiteren Gebietsforderung abschwor; denn natürlich werde man früher oder später doch zur Sache kommen müssen.

Und E.O. Maetzke, warum begrüßt *er* unsere 'Neubürger'?

Nicht nur, weil sie etwas können oder es nötigenfalls im Handumdrehen lernen werden, sondern weil sie darüber hinaus ein Sauerteig sind, der hier gebraucht wird. ..

Wofür?

Er und sie werden hier viele das Fürchten lehren.

Wen?

Wenn Gewerkschaften der Bundesrepublik nur 35 Stunden arbeiten lassen wollen, dann ist jemand, der vergnügt und verläßlich 4S Stunden arbeitet, jedenfalls der Größte.

Gehört am Ende auch das zu den 'Erfolgen wider Willen' der SED, daß sie uns potentielle Streikbrecher und Lohndrücker beschert? Mal ganz abgesehen davon, daß von dem, was sie an dialektischem Materialismus gelehrt hat, offenbar auch nur das mit dem 'Materialismus' hängengeblieben ist.. .? Und dann diese blind-senile gutdeutsche Entschlossenheit, die Welt (des Sozialismus) lieber mit ins Grab zu nehmen, als den Rest-Eros, dessen man noch fähig ist, nämlich den der Macht, mit jüngeren, Besseren desselben Bekenntnisses zu teilen. . . !

Daß man selbst, nach all den Jahren, wenig zu bereuen, nichts zu widerrufen hat, wunderbarerweise? Auch nur ein trauriges Glück.

Ah, wie ich sie liebhabe, die List der Geschichte! Und wie sie mich manchmal gern haben kann.

konkret 11/89, S. 74

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

Erst jetzt, leider, erfahre ich von dem sog. »Rock-Supergroupie« Pamela Des Barres, daß Rock seinerzeit, so vor zwanzig Jahren, nichts anderes war als ein »archaischer Fruchtbarkeitskult«; nämlich nach dem Mick-Jagger-Text »let me put it in«. Ja, wenn ich das damals geahnt hätte. Wäre ich auch Mitglied geworden. Hätte mir sehr eingeleuchtet. Aber jetzt – ist es zu spät.

&

O Nürnberg! Stadt der Bewegung einst – Stadt der synästhetischsten Synthesen heute! Wenn ich die letzten zehn Jahre so Revue passieren lasse: Die besagte Revue findet in der Oper statt; Ballett in der Sebalduskirche; Mysterienspiel auf dem Bahnhofsplatz; Belcanto mit Placido Domingo hat es auf dem Christkindlesmarkt; das Opernhaus-Programm nennt sich (ich schwör's) »The Daily Singer«; Jazzkonzerte werden im Museum ausgetragen; »Pocket-Opera« (was immer das ist) gibt's im Straßenbahndepot – wann denn nun schlußendlich ein Musical im Club-Stadion?! Und: Fußball in der Meistersingerhalle!? Und: »Meistersinger« in der Pegnitzwiese?! Ihr werdet lachen, Nürnberger: Da fände der offenbar noch immer Nazischuld durch veitstanzend forcierten Progressionismus abtragende Geist nämlich wieder hegelisch zu sich selber – da gehört die Wagner-Oper nämlich glatt hin!

&

In klassischer Musikkritik betätigt sich im Zuge ihrer rundumhedonistischen Kurzbeiträge seit geraumer Zeit die Hamburger Zeitschrift »Szene« und kommt dabei zu dem Fazit, die Einspielung der je drei Streichquartette von Schumann und Brahms durch das Melos-Quartett klinge »mustergültig unromantisch«.

Die Demenz ist zwar im Angesicht Nürnbergs auch nicht ganz neu; aber sie hat Methode und, insofern Schumann und Brahms ja sozusagen Inkarnat von Romantik sind, sogar eine gewisse Größe. Und sie erklärt noch einmal drall und mustergültig auch dies, warum die moderne Welt vor lauter pubertärer Linkischheit nicht mehr Goethe und Eichendorff und die Grimm-Märchen auf sich wirken lassen will, sondern beflissen ja wie besessen nur noch allzeit deren und sei's noch so steindumme Parodie bzw. »Verfremdung«. Sie begründet und trägt fast das gesamte sog. »Regietheater« mitsamt all seinen regressiv-großschwurbelzähen Manien. Und sie beleuchtet noch einmal, weshalb in Nürnberg z.B. Ballett immer im gotischen Gotteshaus – – aber das hatten wir ja oben schon.

&

Beim herrlich hochnotpeinlichen und nun für alle Zeit ARD-gebannten Gedenkkonzert der Berliner Philharmoniker zugunsten H. v. Karajans dirigierte Carlo Maria Giulini Bruckners Neunte mit einer allzeit und derart mißvergnügt schmerzzerfurchten, gramzerfressenen Physiognomie mal Miene, als wolle jede einzelne zerquälte Zuckung sagen: Kinders, doch nicht jeder Ton bitte falsch!

Weil Giulini aber mit dem angeblich besten Orchester der Welt ein Standard-Repertoirewerk abspulte, war das gewiß ein Trugschluß. Die Gram- und Schmerzantlitzmiene wollte uns ja vielmehr sagen: Gott, ist diese E-Musik was von sterbensöde – ein Königreich für eine, für eine einzige falsche Note!

&

Es soll Menschen diesseits und jenseits des Ozeans geben, die begehren auf dieser Welt nur noch eines zu hören; nein, eben nicht Mahler an sich; sondern ausschließlich und exklusiv Mahlers Zweite Sinfonie, genannt »Auferstehung«. Na schön, entweder ist der Bedarf nach eben dieser profaniert christlichen wieder mal entsetzlich groß; oder es hat in diesem sinfonischen Brummer eben ein Aphrodisiakum, welches mir meinerseits entgeht; ob es nun allerdings auch im Sinne des Erfinders ist, daß der ehemalige New Yorker Wirtschaftszeitschrift-Herausgeber Gilbert Kaplan heute durch alle Welt reist, um, was er zusammen mit dem London Symphony Orchestra auch schon auf CD tat, als einziges und einzigstes Werk diese Mahlersche Zweite zu dirigieren, weil diese nämlich sein, Kaplans, »Leben verändert« (ZDF) habe; und daß der solchermaßen hochspezialisierte Dilettant Kaplan für eben dieses sein Hobby üppiges Lob von der New Yorker »Sunday Times« über »Newsday« (»Die bemerkenswerteste Zweite, die jemals zu hören war«) bis zur »Frankfurter Rundschau« einfährt, welche letztere darauf setzt, eine »Luxuserscheinung« wie Kaplan vermöge den Profis ihre »deformation professionelle« vor Ohren zu führen – –

ich meinerseits gebe, jenseits von Kaplans etwas dumpf anmahnendem Saulus-Paulus-Erlebnis, zu erwägen, ob hinter den Expressionen aller hier Beteiligten nicht abermals ganz primär hohe Betriebslangeweile sich artikuliere. Jedenfalls kann ich mich kaum bereit finden, das alles für unheimlich doll und jesusmäßig zu erachten – freue mich aber immerhin eines Aspekts der Sache: Wenn jeder hergelaufene Zeitschriftenmacher und Wallstreet-Banker es nach einiger unbeträchtlicher

Übung genau so gut kann, dann steht's ja immerhin um die Soltis und Bernsteins und Karajans sel., um ihren ganzen Mythos, um ihr hassenswertes Magierbrimborium ja wohl nicht gar so gut; auch wenn nun gerade wieder umgekehrt diese Mythisierung des Herrn Kaplan ... ach ...

&

»Mit revolutionärer Aufsässigkeit im historisierenden Gewand«, so erfahre ich abermals aus der »Frankfurter Rundschau«, erneuere gegenwärtig mit ein paar Ähnlichgesinnten und gemeinsam mit seinen London Classical Players der Engländer Roger Norrington derart unser Hören von Beethovens Eroica, daß uns gleich auch noch das Sehen vergeht – im Zuge einer »Aufnahme im Originalstil des Komponisten« und in einem Stile, der, gemessen an üblichen »Interpretationen«, fast an Remake grenzt; der, so Norrington im Covertext, die »Klangvorstellungen von 1800 rekonstruiert«; und der, so erfahre ich von einem euphorisierten Musikkritiker, uns gleichzeitig die »Flausen des 19. Jahrhunderts aus dem Kopf bläst«.

Um das für diese Sinfonie von 1804 zuständige 18. Jahrhundert zu restaurieren? Nein, gemeint ist offenbar die vielgescholtene, schlechte, ahistorische, romantisierende Aufführungspraxis des 19., des ach so odiosen.

Mir meinerseits schwant, auf diesem Feld wird, immer noch und inständiger als bei den noch recht unschuldigen Pionierbemühungen vor dreißig Jahren, zwischen Purismus und pararevolutionärer Rebellion gewaltig viel Schindluder, ja Spuk getrieben. In Form geradezu entgeisternd abhebender neuer Gläubigkeiten – Gläubigkeiten hinsichtlich des Werks und seiner bauschenden Würde. Im Grunde also alte Rezeptionsmetaphysik im neu-chicen Gewand. Als ob das Ganze nicht längst essentiell und exklusiv ein Problem der Redundanz, des im spätkapitalistischen Verwertungsprozeß maßlos überbordenden Marktes wäre, dreht sich das Expertengeschnattere erbittert und unerbittlich und immerwährend weiterhin um »Werktreue«, »Dogmatik«, »Historismus« einerseits, um »Aufbrechen« und »Hinterfragen« und »Verfremden« andererseits – und das alles ist natürlich so hanebüchen, so belanglos, wie sich schon immer im Gekeife um den/die optimalen Interpreten im Regelfall ja lediglich die aufgescheuchte Musikpassion der Unmusikalischen gütlich tat. Die im übrigen einzige Neuinformation, die mich, wenn überhaupt, aus Norringtons 18. Jahrhundert erreicht, wäre die, daß damals das Fühlen, das heroische zumal, offenbar etwas recht Eiliges, Verhuschtes hatte – ihm eigne »so was Geschwindes«, tadelt der Hauptmann an Büchners Woyzeck, er wirke so »verhetzt«. Ja, und lediglich verhuscht, verhetzt klingt mir auch diese neue Eroica – und das also wäre Norringtons überragend Neues? Ich find's nur platt, kaum auch nur amüsant, ohne jeden wie immer illuminierenden Erkenntnis-Choc Jetzt erst, lese ich, trete Beethovens Humor, im Hörner-Scherzo, ans Tageslicht. Was nicht gar. Der trat sogar beim fast doppelt so bedächtig dirigierenden Klemperer bestens hörbar.

Nein, die schöne Dialektik des Hans Sachs in den »Meistersingern« umzukehren: Es möchte so neu klingen, und ist doch so alt. Das ganze Interpretationsgewese plätschert fort als ewigalte Spintisiererei, wo längst etwelche beträchtliche Argumente, Perspektiven fehlen. Warum eigentlich denn überhaupt Rekonstruktion eines so oder so »Authentischen«? Warum nicht, statt diese offenbar ewig ruhelosen Interpretationskalamitäten, deren endliche Auflösung in ein Radikalprivatistisches und insofern vollends Spiritualistisches – etwas nach Maßgabe des Eroica-Hörens der kleinen Mick in Carson McCullers Roman »Das Herz ist ein einsamer Jäger«? Radio, Schallplatte, Interpretation sind da nur noch Mittel, Folie; der Rest findet zurück zu Beethoven pur; nämlich restlos statt im eigenen Kopf.

&

Im Zuge eines Aufsatzes zu – noch einmal – den Themen Dirigentenmythen, Aktualisierung, sog. Werktreue, abgedruckt in der Zeitschrift »Spuren«, schreibt Gustav Falke:

»Interpretation ist Übersetzung eines Werkes in die Gegenwart (...) In jeder Interpretation tritt also ein Künstler einer bestimmten Zeit in eine je historische Konstellation mit einem Werk einer anderen Zeit. Das vermöchte zu erklären, warum Interpretationen veralten. Wie Benjamin es an den Übersetzungen zeigt, kehren sie im Abstand ihren Zeitkern hervor. Noch Schnabels Beethovenspiel erinnert an Filmmusik der dreißiger Jahre, und Furtwängler hört man Weimar so an wie Wilhelm Kempff die Konrad Adenauersche Restaurationsepoche.«

Und genau das ist zwar nicht ganz unrichtig und sogar recht plausibel spekuliert - aber, so fürchte ich, doch schlicht und innig gelogen. Weil aber niemand genau weiß, was die hier gemeinte legendäre »Aura« denn nun eigentlich wirklich ist, deshalb, so schätze ich, hat hier die Spekulation jenseits der normativen Kraft des notentextlich Wirklichen weiterhin ein – besonders weites Feld zum Spekulieren.

Und zum Bluffen und zum Imponieren.

&

»Seit den zwanziger Jahren kämpfen sie einen aussichtslosen Kampf: Moderne Dirigenten wie Otto Klemperer, Fritz Busch oder Erich Kleiber befreiten Beethoven aus dem Titanen-Klischee der Jahrhundertwende, Hermann Scherchen und René Leibowitz leisteten nach dem Krieg die gleiche Ausgrabungsarbeit« (!) »nochmal, und heute stehen Namen wie Michael Gielen und Hans Zender für eine entschlackte, vibrierende Beethoven-Interpretation. Im Musikbetrieb ist die behäbige Bürgerlichkeit, der auf Hochglanz polierte Imponier-Schinken bis heute die Regel.«

Auch hier und noch einmal gilt: Die längst angejahrten, liebgewonnenen linken Mythen und Legenden lügen, was das linkskritisch linksklischierte Zeug hält, und als solche fürwahr kaum minder als ein schäbiger Nullachtfünfzehn-Reklame schrieb der Deutschen Grammophon-Gesellschaft; hier fast träumerisch im jungvergreisten »Pflasterstrand«, welcher die gerngehörten, schon von Bloch und Adorno petrifizierten, via die »Frankfurter Rundschau« endlich mumifizierten (alten Platten) ja auch noch zum Kehraus richtiggehend glaubt.

Merke: »Das Kapital hat ein Grauen vor Abwesenheit von Profit, wie die Natur vor der Leere« (K. Marx) – und das trifft zu auch und noch für die Schröpfung selbst der linksgestricktesten Brieftaschen.

&

Bernd Eilert andererseits verdanke ich den Hinweis, daß die FR auch weiterhin nichts anbrennen läßt und nämlich – jetzt wieder im Pop-Rock-Folk-Genre – schrecklos einen neuen und aktualisierten, wenn nicht akutisierten Liefland zu Wort kommen läßt, er heißt Volker Kühne, und dieses sein Wort aber war bei Gott und geht z.B. so:

»Ein wuchtiger Grundton, der sich wie ein auf- und abwärts rotierendes Subjekt auf einem Looping anhört (...) Pentatonische Koto- bzw. Cheng-Reihen werden unvermittelt in einen fließenmechanisch pulsierenden Sequencer-Beat überführt (...) Über einem hektisch pulsierenden Sequencer-Ostinato wölbt sich ein Verzerrersound (...) E-Piano-Girlanden über einem statischen Floating (...) String-Melos, fernöstliche Melasmen (nicht doch »-ismen«? Anm. E.H.: nein, »-asmen« ist wirklich besser) »Quellenplätschernd plus statisches Floating (...) Panflötenmelisma (Aha! Anm. E.H.) mit dem massiven Unterbau von Paukenschlägen« – – –

kurz, The Best of Volker Kühne, gesammelt von B. Eilert. Worum geht's? Kannitverstan, aber jedenfalls um die Debut-LP eines gewissen Yanni, und um den sollte man sich auch mal näher kümmern, denn man kann sie »für ein Meisterwerk halten«. Sagt V. Kühne, der mit seiner Rezension den Gesellenstatus im Gleitflug seines speziellen Showdown-Floatings aber auch schon weitweit hinter sich läßt.

&

Latest news, Nürnberg 1989 once more: Am 12.8. fand in der nahen Ludwig-Tropfsteinhöhle ein Rockkonzert statt, das eben deshalb »Höhlenrockfestival« hieß.

Mit verbissener Relaxtheit und mit einem Lokal in der Innenstadt zu seufzen: Sowieso.

Konkret 11/89, S. 76

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats: Die Aufgabe der Rockmusik ist es mitunter, geschundene Begriffe zu retten

Neil Young: »Freedom«; Reprise/WEA

»Von Kindesbeinen an fühlte ich mich schwächlich.«
Neil Young im deutschen Fernsehen

»Das Schreiben heute ist nicht einfach 'ans Opfer gebunden', sondern in Übergangszuständen angesiedelt, in denen zwischen Opferung (anderer) und Selbstopfer Entscheidungen zu treffen sind. Entscheidungen, die nicht inhaltlich fallen (pro oder contra), sondern in den artistischen Verfahren der jeweiligen Autoren. Kafka entfernt sich vom Ü-Pol *(dem Pol des Überlebens – Anm. d Verf.),* indem er bestimmte *Töne* nicht zuläßt in seinem Schreiben (...) Ist das die einzige Alternative? Daß man, künstliche Wirklichkeiten produzierend, speziell: schreibend, opfert oder sich selbst verzehrt?«

Klaus Theweleit im »Buch der Könige«.

Seine populärsten Platten, »Harvest« und »After The Gold Rush«, wurden in den frühen 70ern vor allem von heranwachsenden Mädchen gekauft und geliebt, von diesen ersten Mädchen, die nicht mehr so klein und selbstlos waren, daß sie sich hätten vorstellen können, einen glänzenden herrlich schönen Superstar nur anzuhimmeln, sondern in deren Gefühlen während des immer schon erschütternden Verwirr- und Vermischungsprogramms der Pubertät neuerdings eine Ahnung der Vorstellung beigemischt worden war, daß sie eines Tages oder bald mehr von sich durchsetzen, in der Wirklichkeit wiederfinden könnten als ihre Mütter. Der schwächlich und klein klingende Mann, dessen Stimme sie immer und immer wieder hören wollten, war nicht, wie wir Jungs damals dachten, ein abgefeimter Poser und »Verwundbarkeits«-– wie bald das Lieblingswort des neo-innerlichen Feuilletons lauten würde – Darsteller, sondern von seinem kaputten Rücken und seiner Epilepsie so fertig gemacht, Drogen halfen dabei, daß er bei diesen beiden Platten buchstäblich im Liegen singen mußte. Man hatte ihm im Studio ein Krankenbett eingerichtet, und seine Stimme hatte deswegen diesen körperlosen, vollkommen hingeworfenen Klang, weil sie nicht aus einem aufgerichteten, mit sich selbst einigen Körper kam.

Während der Lektüre des »Buches der Könige«, insbesondere der Passagen über Kafka, mußte ich immerzu an Neil Young denken, als denjenigen, der dieses Selbstopfer, diese Verzehrung überlebt hatte, vielleicht als erster, und zwar nicht vom Ü-Pol aus, sondern im Liegen. Und wie da tatsächlich der Erfolg einer Änderung, einer – vielleicht vorübergehenden – Verbesserung an Rändern und in bestimmten Nischen der Künstlichkeitsproduktion erzielt worden ist, der auf die entschlossensten Hippies zurückgeht. Und Entschlossenheit heißt hier, die Option der Selbstverzehrung zu wählen, aber trotzdem im weiteren Sinne so politisch zu sein, daß man damit nicht die Niederlage wählt. (Neil Young hatte ja auch vorher deutlicher als ein anderer die andere Geschichte, die in diesem Buch immer wieder erzählt wird, formuliert (und erlebt): »She could drag me over the rainbow/.../Down by the river/I shot my Baby.«)

Eine der schönsten Fähigkeiten Neil Youngs war es immer, im Pathetischen genau zu sein, wenn alle nur ein bestimmtes, Scheitern bestätigendes Pathos und Bewegung und große Emotion wahrnahmen und hören wollten, etwas ganz genau zu sagen, dem sich auch die große Aufwallung der Gefühle in seiner Gefolgschaft zu unterwerfen hatte. In »Rockin In The Free World« heißt es über das Baby einer Crack-Süchtigen: »That's one more kid/That will never go to school/Never get to fall in love/Never get to be cool«. Daß cool zu sein, nicht wie es bürgerliche oder europäische Lebensentwürfe, Visionen, Utopien, Ideologien haben wollen, Selbstverwirklichung, Karriere, Hab und Gut und Demokratie, das sei, wofür es sich lohnt zu leben, wozu jeder eine Chance haben muß, sondern *cool zu sein* (also im Grunde genommen eben gerade auch Nicht-Mitmachen, Abhängen, auf der Straße Rumstehen), korrespondiert in seiner Genauigkeit mit den besten Sätzen aus »Hey, Hey, My My«, der letzten großen Hymne, die Neil Young – vor zehn Jahren – schrieb, und derem Insistieren auf einer Rock'n'Roll-Wahrheit, die sich gegen kulturindustrielle Verblendungen ebenso durchsetzen würde und müsse, wie gegen die Fehler des Alterns, der Selbstmythisierung etc... Damals, als noch kein Mensch über 22 einen Pfifferling für Punk-Rock gab, drückte er Johnny Rotten die soeben von Elvis abgegebene Fackel in die Hand. Dazu hieß es damals: »It's better to burn out than it is to rust.« Und: »Once you're gone/You can't come back/When you're out of the Blue/And into the Black«.

Young für Punk war, als hätte Kafka gelebt, um in die Kommunistische Partei einzutreten (und zwar in deren stalinistischer Phase, nicht in irgendeine ideale Kommunistische Partei). Seine besondere, nicht mehr im Liegen singende Stimme wollte nichts mehr mit dem zu tun haben, was jetzt inflationär im von bürgerlich gewordenen Ex-Hippies vollgeschriebenen und vollgesendeten deutschen Kulturraum »leise Töne« und »Mut zur Verletzlichkeit«, hieß und die Niederlage eben der Hippies zu verklären half, und dennoch ließ er bestimmte Töne weiterhin nicht zu und lief nicht einfach zur Jugend und zum Punk-Rock über, 1979, sondern ließ sich aus seinem Leben ergeben, was beim »historischen Phänomen« Punk-Rock

sich aus einer bestimmten teleologischen Subkulturmythologie ergeben sollte. Wir können davon ausgehen, daß sich die mit »Freedom« ebenso lapidar wie entwaffnend betitelte neue Young-LP gegen die Verklärung der Niederlage des Punk betreibende Teile unseres heutigen Bewußtseins richtet.

Die Erfahrungen der vielen Seiten- und Sonderwege, die Young seit »Rust Never Sleeps« (der LP, auf der »Hey, Hey, My, My« drauf war) gegangen ist, richten sich als Erfahrungssumme auf dieser Platte gegen die Versuche, sich in den Scheinidyllen des Spezialistentums oder der Massenwirksamkeit industriell gefertigter Instant-Caritas, also in der heutigen Lage einzurichten, in der auf der guten Seite, der des Underground, vor lauter Sekundärtaktiken, Strategien, intergenerationellen Problemen und daraus folgender Orientierungslosigkeit fast vergessen worden ist, um was es eigentlich geht, nachdem man sich entschieden hat, lieber auszubrennen als zu rosten. Die Freiheit (cool zu sein).

Früher war man allerdings von alleine cool, um dann zusätzlich noch mehr zu wollen, heute ist schon die Voraussetzung, irgendetwas zu wollen oder erreichen zu können, bedroht: die Chance zum Cool (geboren vor knapp 40 Jahren auf einer Miles-Davis-Platte) wird nicht nur dem Baby einer Crack-Mutter genommen, die weltweite Sterilisierung und Verängstigung des Einzelnen tut bei den materiell besser Weggekommenen ein übriges. Während man sich über Triumphe in der Kultur freute, hat die Wirklichkeit deren Bedeutung und Kraft kurzerhand lahmgelegt und in Glaskäfige gesperrt. Es wurden tolle Waffen erobert, die längst nicht mehr funktionierten.

Neil Young hat die theoretische und postmoderne Epoche der Popmusik durchaus nicht arrogant ignoriert, hat sich beteiligt an den Perspektiven, die entstanden, als Pop-Musik sich im Spiegel betrachtete, als Musik über Musik gemacht und gedacht wurde, und sich nicht wie die Mehrheit der, gerade amerikanischen, alten Helden in den Schmollwinkel eines authentizistischen Rockism zurückgezogen. Er hat eine Disco/Computer/Kraftwerk-Adaption seiner Musik mit großem philosophischem Erfolg unternommen (»Trans X«), er hat harten, aber erweiterten Punk-Rock so gespielt wie die zehn Jahre jüngeren Punk-Bands selber erst drei Jahre später (»Re-ac-tor«, teilweise »Rust Never Sleeps«), er hat demonstrativ alte Wege beschritten und Country-Wurzeln gesucht, um den Song zu retten oder zu überprüfen, wie der sich mitten im Zeitalter des reinen Sounds in reiner Form wohl anfühlt (»Old Ways«), er hat neue Mischformen um seine klassischen Crazy-Horse-Rockstile gebaut (»Landing On Water«, »Life«), er hat eine Soul/R & B-Platte mit Brass-Section aufgenommen (»This Note's For You«). Dabei hatte er im Titel-Song wie im dazugehörigen Video Pepsi, Budweiser und andere wichtige Sponsoren/Werbekunden des immer mächtiger werdenden MTV-Kanals angegriffen sowie Kollegen, die mit diesen oder gar mit Politikern zusammenarbeiten, und reichlichen Ärger u.a. mit den Anwälten von Michael Jackson und Whitney Houston bekommen, die er im dazugehörigen Video, das natürlich nicht auf MTV gespielt wurde, parodierte.

Da deutete sich schon an, daß Neil Young, der sich während der 70er fast zu Tode selbstgequält hatte und in den 80ern im Zickzack-Kurs vor allem sein Werk vor der Kulturindustrie retten zu wollen schien, erstmals wieder Verantwortung für die ganze Pop-Nation zu übernehmen sich entschlossen hatte. Anfang des Jahres sahen ihn dann begeisterte Kalifornier in der Begleitband Bob Dylans als Gitarristen (diesem sein manchmal verschüttetes und von Gospelgesinge vernebeltes Punk-Herz in Erinnerung rufend, nehme ich an, wenn ich gerade höre, wie »Oh Mercy« auch die mit Abstand beste Dylan-Platte ist, die dieser seit »Blood On The Tracks« aufgenommen hat), während Musiker der nächsten Generation, und zwar die Creme, von Nick Cave über Sonic Youth, Pixies, Flaming Lips bis zu Henry Kaiser und Dinosaur jr. eine Hommage-Platte für Neil Young (»The Bridge«) mit Coverversionen aufnahmen und das Geld seiner Organisation für geistig behinderte Kinder (zwei seiner drei Kinder leiden an so einer Behinderung) spendeten. Kurz tauchte auf dem japanischen Markt im Sommer eine neue LP von ihm auf, »El Dorado«, bevor sie gleich wieder zurückgezogen wurde, Bootlegs und Cassetten fanden den Weg zu Fans, die japanische CD mit 5 Titeln war vorübergehend für um die 70 Mark in einigen Plattengroßmärkten auch dieser Republik der Dienstleistungsabende für Dienstleistungspeople zu haben. Ein Gerücht besagte, die Platte sollte nicht auf den Markt kommen, weil sie der Plattenfirma zu radikal, punkrockig und lärmig sei, und die nach all dem Ärger der letzten Veröffentlichungen auch mal in Ruhe Geld verdienen wolle.

Das, was jetzt (mit »El Dorado«) als »Freedom« erschienen ist, widerlegt dieses Gerücht. Diese Platte enthält die härtesten Stellen seit »Re-ac-tor« (z. B. in »Don't Cry«). und Young, der bei aller Bereitschaft zur intellektuellen Auseinandersetzung mit den Popismus des letzten Jahrzehnts als ausgenutzter, einsamer, abgeschweifter Songwriter, dessen einsam erkämpfte, *authentische* Gefühle von der Musikindustrie benutzt worden, um die toten, perfekten *Tracks,* die sie immer schneller und makelloser produziert (und in ihrer toten Alltäglichkeit, von wenigen Ausnahmen in exponierten Dancefloor-Labors abgesehen, ohne jedes chancenöffnende Flair neuer Künstlichkeit, sondern als geistesabwesende Wiederholung der immer gleichen Schaltung), zieht im Text dieses Fazit zur Lage der Musik, nach den erwähnten Erfahrungen eines Mannes, der sich schon auf seiner ersten Solo-LP »Loner« nannte und dennoch in den 80ern in allem, was sich als neu ausgab, zunächst eine Chance witterte, seinem Image und dessen ausweglos-ewiger Reproduktion zu entkommen: »The artist lookes at the producer/The producer sat back/He said: 'What we have got here/Is a perfect track/But we don't have a vocal/And we don't have a song/If we could get these things accomplished/Nothin' else could go wrong'/So he balanced the ashtray/As he picked up the phone/And said: 'Send me a songwriter/Who's drifted far from home/And make sure that he's hungry/Make sure he's alone/Send me a cheeseburger/And a new Rolling Stone'/Yeah« (aus »Crime In The City (Sixty To Zero Part 1«)

Dem entspricht eine Musik, die ebenfalls die Summa Summarum aller Aktivitäten, die Neil Young in den letzten zehn Jahren unternommen hat, darstellt, die jeweilige Situation bekommt, was sie verdient: unbegleitetes Solo, Bläserensemble, Linda Ronstadt, meistens Crazy-Horse (seine alte Band)-Gitarrist Frank Sampedro plus neue Band und immer wenn nötig, die salvenartigen Gitarrenschüsse, die er schon bei »Reac-tor« so wirksam gegen das einsetzte, was beim Zuhörer eine Idylle hören will.

Wie »Rust Never Sleeps« beginnt die Platte mit der akustischen Version eines Songs, der sie in seiner elektrischen beschließt: »Rockin In The Free World«. Darin verarmen die Menschen auf der Straße, sterben verwahrlost und hoffnungslos an Drogen, sind obdachlos, und die letzten Segnungen des Fortschrittes lassen nur die Handgriffe an den Maschinengewehren handlicher werden (die Thematik kehrt zwischendurch noch einmal wieder in einer bitteren Hardcore-Version von ausgerechnet »On Broadway«, auf deren offensichtliche Bedeutung ich jetzt nicht noch eingehen kann: nach dem Absingen zu einer Heavy-Beat-Version gibt es Crack am Broadway, wobei offen bleibt, ob es sich um die Droge oder einen Krach oder eine andere denkbare Bedeutung handelt). Am Ende des Jahrzehnts steht ein ganz einfacher Protestsong, der im Gegensatz zu früheren Wieder-Protestsongs von Neil Young nur in einer Zeile auf zeitgenössische (=Umwelt-) Probleme eingeht und ansonsten nur die Stadt, den Müll und den Tod besingt, das von niemandem mehr gesehene Soziale. Darin sich selbst als einen sieht, den seine Umwelt in ihrer totalen auch geistigen Verwahrlosung nur noch für Satan hält, obwohl er sich »gar nicht so fühlt«. Als Gegenmittel oder einzige Chance fordert der Kehrreim, zart in der ersten Version – live in Long Island aufgenommen – , nachdrücklich in der zweiten: »Keep On Rockin In the Free World«. Was für eine freie Welt?

Neil Young war nie Ideologe, er ist der Folk-Denker, den nichts, auch nicht die Systeme und Fraktionen, die auf derselben Seite wie er zu stehen vorgeben, bestechen können. Ihm ist natürlich reichlich oft in Europa vorgeworfen worden, daß er nette Worte für Reagan und auch einmal für Nixon fand. Doch waren das keine Phasen oder später unter großem Brimborium revidierten Überzeugungen, sondern die Äußerungen widersprechen für ihn offensichtlich nicht seiner ebenso eindeutigen Verurteilung der Nixon-Administration in anderen Songs (»What if you knew her and found her dead on the ground?«), noch seinen Feldzügen gegen die Sozialpolitik in den USA unter Reagan, seinem Engagement in Veranstaltungen der US-Linken. Er ist skeptisch, wie er sagt, gegenüber europäischen Intellektuellen, die die Amis für doof und für reaktionäre Schweine halten, aber nur amerikanische Filme sehen, amerikanische Musik hören und amerikanische Autos fahren wollen (und obwohl wir jetzt alle Argumente wüßten, um diese europäischen Intellektuellen zu verteidigen, lassen wir ihm hier das letzte Wort). Amerika ist für ihn tatsächlich ein besonderes Land, aber es gehört den Indianern, daran hat er nie einen Zweifel gelassen (»Cortez the Killer«, »Zuma«, »American Dream«). Er hat mehr über diesen Völkermord gesungen, als irgendein anderer, und er hat daraus nie eine ethnologische oder andere billige Pose aus anderer Leute längst geschehenem Elend gemacht. Auf dem Cover dieser Platte trägt er eine Radical-Chic-Revolutionärs-Mütze mit weißem Stern und ein T-Shirt, das ein »Nuclear Free America« fordert. Es ist anzunehmen, daß er, so er überhaupt noch wählt, inzwischen wieder den Demokraten seine Stimme gibt, aber das ist kein Ergebnis einer stringenten politischen Systematik oder gar einer solchen Heimat, wie es im Deutschen immer so eklig genannt wird. In Amerika stimmt man, wenn man denn noch daran glaubt, für bestimmte guys und gegen andere, und da ist dieser Folk-Singer auch nichts anderes.

Neil Young ist »Satan« sowohl für einen Haufen fundamentalistischer Christen und Medienreiniger der immer stärkeren Rechten, aber möglicherweise ebenso auch für homeless Schwarze, die auf der Straße schlafen (und vielleicht eine Predigt von Farrakhan gehört haben). Die Widersprüchlichkeit hört nicht auf, wenn man auf die Straße geht (auch wenn die der Ort ist, der traditionell dem traditionellen Rockisten immer die letzte Wahrheit versprochen hat), die Fronten werden nicht klarer, nicht für das Auge. Die abstrakte Reflektion ist andrerseits so weit weg von dem Leben irgendwelcher Leute, die es da oder auch in besseren Gegenden leben müssen, sie hilft niemandem, der sie bräuchte, sie ist unendlich weit weg. Da hilft nur das »Rockin«. Und das ist längst nicht mehr ein fieser Mythos, an dem sich alte Säcke aufgeilen (ein paar werden es tun, aber »Taktik« ist obsolet, nicht nur angesichts der Lage, sondern auch angesichts der Ergebnisse, die nicht nur Neil Young im Laufe der 80er Jahre damit erzielt hat), es ist ein ganz anderes, populäres, allgemeinstverständliches, an jeden gerichtetes Folk-Rockin, das eben auch, wie so vieles in der Subkultur und dem, was von ihr übrig ist, gezwungen ist, zu retten Vnd zu bewahren. Dabei aber so eine Größe und Massivität als Luftsäule in Neil Youngs eigenartig schiefem gewundenem Körper erreicht, der schon 77 prinzipiell wußte, daß wir »Helpless« seien, aber auch, daß er »a child« ist und daher lange vorhalte – und beides sind keine Wunschrollen eines Versagers oder Opportunisten, sondern schlichte wie komischerweise auch immer sensationelle Wahrheiten – , daß er eben dieses rein Bewahrende, diese Sorge um das Überleben der Menschen auf der Straße und ihre vielleicht vergifteten Hirne, die in ihm Satan sehen, übersteigt und wieder eine Forderung wird. So wie »Rock'n'Roll will never die« vor zehn Jahren keine bierselige Selbstversicherung eines alternden Stammtisches war, sondern eine mit zitternder Stimme vorgebrachte, sehr ernste Entdeckung, die etwas herausgefunden hat: daß es etwas gibt, das größer ist als das Ego des Sängers, etwas, an das man sich anschließt, dem man dient. Und das ist das Volk – so kitschig und terroristisch auch die Bilder sein mögen, die sonst von ihm kursieren oder herumgeistern und nur seine Verharmlosung und Beherrschbarkeit zum Ziel haben: ein gefährlicher, teilweise abstoßend

widerwärtiger Haufen, es gibt weiß Gott angenehmere Leute aber wer sich an ihr »Rockin« anschließt, wer ihren Kampf zu verstehen lernt, erwirbt sich das Recht, cool zu sein. Und nur wenn man verhindert, daß alle sterben, die eines Tages cool sein könnten, haben die Menschen überhaupt noch eine Chance. Dies ist die Lehre der Folk-Lore.

»Freedom« ist eine total konventionelle Neil-Young-Platte, sie ist von der Sprache bis in die Arrangements durch und durch unsensationell. Sie gewinnt dadurch so ungemein, daß sie ein Zusammenfassungswerk und Opus magnum von einem ist, der sich nicht vom Berg Horeb zurückmeldet, sondern der immer präsent war, immer vor aller Augen experimentiert und Gedanken durchgespielt hat, nie verheimlicht hat, wie er dahin kam, wo er gerade ist, bunt zwar in Songs, nicht aber in Interviews oder Gerede, und nun aus dieser Position heraus grundsätzlich wird (was übrigens nicht heißt, daß der seltsame Neil Young hier ausgeblendet wird: die klischeehafte, aber überragende Stierkämpfer-Geschichte »El Dorado« oder die nahezu unverständliche Geschichte mit Rommel, der Alaska Pipeline und dem Fernsehprediger, »Someday«, gehört ebenso zu dieser Erfahrungssumme, die auch schon allein von der Materialfülle so immens ist, daß die für LPs technisch kaum überwindbare Grenze von 60 Minuten Spielzeit durchbrochen werden mußte).

Neil Young ist weder der Selbstverzehrung noch der mondänen Künstlerstrategie grundsätzlich abgeneigt gewesen, er hat die Mythenbekämpfung, die Radikalität der Unverläßlichkeit als Überlebensstrategie in der Kulturindustrie, wie die auch völlige Auslieferung an ein verzehrendes, selbstidentisches Image, durch- und mitgemacht, wenn er jetzt einfach und grundsätzlich und rührend wird, ist das einer der seltenen Momente, wo das Einfache, Grundsätzliche und Rührende keinen semantischen oder semiotischen oder politischen Haken hat, an dem parasitär der Dreck einer anderen Lüge, Rechtfertigung oder Vereinnahmung hängt, wo sich einer diese Form zurecht und als vollkommen funktionstüchtige erkämpft hat. In einer Zeit, *wo Freiheit od er freie Welt* zu den schmutzigsten, kriegstreiberischsten, nationalistischsten, faschistischsten Wörtern geworden sind, ebenso schamlos benutzt wie die armen Medienunerfahrenen, die sie im wahrsten Sinne onetrackminded schreien, ist es unbezahlbar, wenn vom anderen Ende desselben Westens, der unter diesen Flaggen so obszön triumphiert, einer kommt, und, gerade weil er nur von Toten und Obdachlosen und religiös Wahnsinnigen erzählen kann, daran erinnert, daß es wirklich um nichts anderes als *freedom* und eine *free world* geht, wirklich. Dann kann danach wieder die Kritik einsetzen, dann hat sie wieder Sprit.

»Well I keep getting younger/My lif's been funny that way/Before I ever learned to talk/l forgot what to say«. Das sagt ein Neil, namens Young.

konkret 11/89, S. 80

Georg Heinzen

Oh, toll, Klasse, da freuen wir uns aber!

In der Hoffnung, durch das Fernsehen endlich lebendig zu werden, geben die Gäste der Rudi Carrell-Show bereitwillig alles her: ihre Geschichte, ihre Gefühle, ihr Leben

Wenn Joseph Beuys und Andy Warhol noch leben würden, sie hätten ihre Freude an der Rudi Carrell Show. Denn der holländische Showmaster bestätigte bereits zwölf Mal für ARD, ORF und SDR, was Beuys immer behauptet hat, daß nämlich jeder Mensch ein Künstler ist. Er erfüllt dabei auch Warhols Prognose, daß eine Zeit kommen werde, in der jeder mal ein Superstar sein wird, und wenn nur für eine Sekunde.

Da spielt in dem Studio des WDR, wo die Show donnerstags unter Teilnahme eines Publikums aufgezeichnet wird, um samstagabends ausgestrahlt zu werden, ein Techniker aus Thun vierhändig mit Axel Zwingenberger Boogie-Woogie, und es gibt keine Mißtöne. Da schwebt eine Garderobiere aus Hannover in den Armen des Weltmeisters im Zehntanz in den siebten Himmel der Liebe und tritt ihm kein einziges Mal auf die Füße. Da singen ein Versicherungsvertreter und eine Schülerin aus Ulm den Titelsong aus »Dirty Dancing«, und wenn man die Augen schließt, könnten es auch Bill Medley & Jennifer Warnes sein. Und die richtigen Stars, die sonst die Shows bestreiten, werden regelrecht demontiert.

Das geschieht so: Rudi Carrell betritt eine Fernfahrerkneipe, die in einem Fernsehstudio aufgebaut ist. Ein netter junger Mann balanciert sein Essentablett an einen freien Tisch. Er trägt eine Kassenbrille, einen dürren Schnäuzer, Jeans und ein kariertes Hemd. Carrell macht mit ihm ein kleines Interview. Der junge Mann fährt einen 7,5 Tonner im Güternahverkehr und singt in seiner Freizeit. Für die Rudi Carrell Show möchte er Tom Jones imitieren. Carrell drückt ihm einen changierenden Anzug in die Hand, der Junge geht in die Garderobe, Schnitt, und kommt als cooler Ladykiller auf die Showbühne zurück. Aus dem Teddy ist ein Tiger geworden.

Der Künstler im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit: Es bedarf nur einer spiegelnden Sonnenbrille, eines maßgeschneiderten Anzugs, des richtigen Make-ups, des passenden Hairstylings und der entsprechenden Körpersprache, Ton ab, Spot an, und aus einem Nobody wird ein Popstar. Wenn aber jeder ein Star sein kann, dann sind die Stars ganz gewöhnliche Menschen. Und das Fernsehen hat die Macht und die Mittel, die Schwerkraft der Verhältnisse für drei Minuten aufzuheben.

Dieser Umstand schlägt sich schon im Vorspann der Rudi Carrell Show nieder. Dort, wo sonst zum Beispiel Larry Hagman, Linda Gray und Patrick Duffy lächeln, lächeln im »Starring« der Rudi Carrell Show eine Marktfrau aus Nürnberg und ein Bäckermeister aus Berlin. Keine Schauspieler, sondern wirkliche Menschen, die zunächst noch ihr ganz normales Leben leben, unentdeckt vom Fernsehen. Aber irgendein Freund oder Verwandter hat Carrell geschrieben, daß es der größte Wunsch des Bäckermeisters sei, einmal eine richtige Dampflokomotive zu steuern. Null Problemo, das Fernsehen macht Träume wahr. Und schon schleicht sich Carrell nachts um eins mit einem Fernsehteam in die Backstube des Bäckers. Der starrt zunächst wie ein aufgeschrecktes Kaninchen in den Handscheinwerfer. Aber Carrells repressive Penetranz läßt ihm gar keine andere Wahl als glücklich zu sein: Ich bin, weil ich im Fernsehen bin. Also fügt sich der Bäckermeister in die Rolle des Kindes unter dem Tannenbaum und staunt.

Wissen Sie was, sagt nun Carrell, das Christkind, zu dem Bäckermeister, Sie vergessen Ihre Brötchen und fahren mit uns nach Nürnberg, da steht nämlich die Lok schon unter Dampf.

Da muß ich aber erst meinen Betrieb umstellen, wagt der Bäckermeister zu entgegnen. Ich kann doch nicht einfach...

Papperlapapp, unterbricht ihn Carrell, das haben wir schon alles geregelt.

Von nun an kann sich der entmachtete Mann nur noch seinem Schicksal ergeben. Und so donnert er wenig später mit rußgeschwärztem Gesicht durch Tunnels der Fränkischen Schweiz. Aber da ist er bereits kein Bäckermeister mehr, sondern der Star eines Eisenbahn-Videoclips, den er sich ein paar Wochen später zusammen mit Carrell, 200 Studiogästen und 15 Millionen an den Bildschirmen anschaut. Der Traum ist ausgeträumt, und deshalb kullern dem Bäckermeister die Tränen über die Wangen.

Diese Tränen sind das Salz in der Suppe der Show. Und sie sind der Preis, den die einfachen Leute dafür bezahlen müssen, daß sich ein ganzes Fernsehteam ein paar Tage lang mit ihnen beschäftigt. Wie Rumpelstilzchen von der Müllerstochter, die Königin werden soll, etwas Lebendiges verlangt, fordert Carrell von den Zuschauern, die TV-Stars sein wollen, auch ein Stück vom Leben, echte Gefühle. Und deshalb ist die Rudi Carrell Show im Wortsinn »live«, lebendig, denn es ereignen sich dort Dinge, für die normalerweise das Schicksal zuständig ist.

Da wendet Carrell sich an einen seiner 200 Studiogäste mit der lapidaren Frage, ob er schon mal was verloren habe, denn es ging im Interview zuvor um einen verlorenen Ring. Auf diese ganz leicht hingeworfene Frage antwortete der Angesprochene, ein seltsam gebrochen aussehender älterer Mann, der einerseits eine jungenhafte Entenschwanzfrisur trägt, andererseits unglaublich müde Augen hat, mit Grabesstimme, er hätte nichts mehr zu verlieren. Hier spricht das dritte

Drittel der Zwei-Drittel-Gesellschaft, ein Modernisierungsverlierer. Den wird Rudi Carrell nicht mit einer Eisenbahnfahrt auf die Sunny Side des Lebens ziehen können. Deshalb zieht Carrell ihn zur Exploration der Krankheitsgeschichte auf sein Studiosofa. Und weil Carrell schon alles über diesen enttäuschten Mann weiß, hat der gar keine Chance, irgendetwas von seinem schwierigen Leben zu verbergen, vor Carrell, dem Studiopublikum und den 15 Millionen Krokodilen, die zu Hause vor den Fernsehern lauern. Deshalb ist der Mann geständig: Fremdenlegion, Hüftgelenksoperationen, Frührentnerdasein, und die schönste Zeit des Lebens liegt schon lange zurück. Genau 32 Jahre, da ging nämlich der beste Freund nach Kanada. Seitdem hat er ihn nie mehr wiedergesehen, obwohl er nach ihm gesucht hat. Carrell schlägt vor, man könnte den Freund doch mit den Möglichkeiten des Fernsehens suchen lassen, er sollte der Redaktion ein Foto schicken... Ein Foto des Freundes habe er immer dabei, erklärt der Mann und zieht ein altes s/w Bild aus dem Portemonnaie. Und nun beginnt der Stein zu weinen. Carrell hat seine Seele berührt. Damit aber diese Wunde Mensch auf Carrells Couch in ihrer ganzen Erbarmungswürdigkeit nicht der Allgemeinheit aufs Gemüt schlägt, naht nun die Erlösung in Gestalt des Freundes aus Amerika. Wenn jetzt endlich Carrell seine Kameras von den sich schluchzend in die Arme sinkenden Männern abzieht, dann kann er sich diese Geste des Takts leisten, weil er die Szene längst im Kasten hat.

Carrell, der Robin Hood der TV-Unterhaltung, der dem launischen Schicksal Ordnung beibringt, ist in Wahrheit ein Agent des Großen Bruders. Aber weil dieser Große Bruder kein Monster ist wie in George Orwells »1984«, sondern eben ein freundlicher Holländer mit schneeweißem Haar, bedarf es keinerlei Gewalt, um die Leute dazu zu bringen, ihn in ihr Leben treten zu lassen. Carrell klingelt ordnungsgemäß, und laut Pressestelle des WDR wurde ihm noch nie eine Tür vor der Nase zugeschlagen. Denn wer will schon vor laufender Kamera ein Spielverderber sein? Liegt nicht ein großer Reiz darin, daß das Fernsehen nicht nur als elektronisches Signal ins Haus kommt, sondern als lebendiges Wesen? Und ist die eigentliche Überraschung nicht der Umstand, daß es diesen Rudi Carrell tatsächlich gibt?

Bisher wurde das Fernsehprogramm zwar öffentlich ausgestrahlt, aber fast immer nur privat empfangen. Der Bildschirm funktionierte wie eine semipermeable Membran, die die Informationen nur in einer Richtung passieren ließ, vom Sender zum Empfänger. Nun wird diese Membran auch in der umgekehrten Richtung durchlässig. Das Private wird veröffentlicht. Ist das nicht ein Fortschritt?

Die Show-Demokratie hört immer dann auf, wenn einer der Zuschauer versucht, die Rollen wirklich aufzuheben, wie es in der September-Sendung der Rudi Carrell Show die Garderobiere aus Hannover versuchte. Die 57 Jahre alte Frau arbeitet in der Kongreßhalle und muß abends immer wie Aschenputtel mit blutendem Herzen zuschauen, wenn die Beautiful People rauschende Bälle feiern, wo sie doch selbst so gerne tanzt. Carrell schickt sie also in die Maske und, Simsalabim, sie ist der glitzernde Mittelpunkt eines Balls. Während des kleinen Interviews, daß Carrell nach ihrem Tanz mit dem Weltmeister mit ihr führt, greift die Garderobiere plötzlich nach dem Mikrophon. Es ist eine ganz unbewußte Geste. Carrell hat diese Frau aus dem Schattenreich ihrer Garderobe ins Scheinwerferlicht gezerrt, und nun beginnt sie, diese neue Rolle anzunehmen. Sie will nicht länger Carrells Objekt sein. So kommt es zu einem kleinen Kampf um das Mikrophon. Carrell klopft der Frau sacht auf die Hand, droht mit dem Zeigefinger und bleibt Sieger.

Das Mikrophon ist das Zepter des Showmasters. Wer es besitzt, hat die Macht im Studio. Wie eine Pistole wird es auf die Zuschauer gerichtet, die paradoxerweise nicht aus Angst, ihr Leben zu verlieren, sondern in der Hoffnung, durch das TV endlich lebendig zu werden, alles bereitwillig hergeben: Geschichte, Gefühle, Leben.

konkret 11/89, S. 82

Sybill Gräfin Schwerin-Knosprigck, Horst Tomayer

After-Klatsch zum 15. Jahrestag

15 Jahre KONKRET. Dieses die linksradikale Weltpublizistik zu Waschkörben (ja, Waschkörben!) frenetischer Glückwunsch- und Solidaritätstelegramme anstiftende Jubiläum galt es am 26. September in einem Hamburger Kabarett-Café mit Blatt-spezifischem Aplomb, also mit Lokalverbot für alles Gesindel rechts von der Revolution, zügig abzufeiern. Der Verleger Hermann L. Gremliza persönlich leitete die durch freien Verzehr von Schnittchen und Schlückchen aufgelockerte Zeremonie mit erschütternden Ausführungen zum Elend der zeitgenössischen Literatur ein. Danach entwarf Horst von Tomayer in bewegenden Worten die Vision einer abenteuerlicheren Gründung der Zeitschrift, nämlich in den Trümmertagen des Jahres 45. Schließlich gab Ernst Kahl zur ungeteilten Erheiterung der Gästeschar an der Guitarre Proben seines virtuosen Könnens. Bis Mitternacht spannte man bei einem guten Tropfen von den Strapazen der Gebirge aus, dann rief die Glocke zum Aufbruch, warteten doch am nächsten Morgen in aller Herrgottsfrüh schon wieder die Mühen der Ebenen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen (so Ihr wirklich welche seid und nicht Schmarotzer bei Blättern am im bürgerlichen Sumpf gründelnden Zeitgeiststrünken), verehrte Genossinnen und Genossen (nun, bei Euch ist ja e alles in Ordnung, nicht wahr)!

Wenn wir uns heute und hier, wo mir, gestatten Sie die kleine private unpolitische Reminiszenz, vor gar nicht so geraumer Zeit, draußen im Flur, keinen Sektglaswurf weit entfernt, mein an Ernst Kahls, ihrer Tretlager- und Rahmenschwerfälligkeit wegen »Pinzgauer« oder auch »Kaltblut« gerufenen Zweiradrostlaube, die mittlerweil auch den Weg der kriminellen Wegnahme genommen, geketteter chromblitzender Eintausendachthundertmarkrenner mit einem Bolzenschneider abgenabelt wurde, weswegen ich schließlich, denn es war das fünfte, mir trotz sorgfältiger Sicherung entwendete Gefährt, meine »Kleine Fahrraddiebhalsgerichtsordnung«, ein die Herrn Caligula, Vlad Tepes und de Sade an delinquentiellen Umbringphantasien insgesamt drei zu Null schlagendes Endreimwerk, vollendete, wenn wir uns also hier und heute versammeln, damit ich mich der vom Verleger, dem Redaktionskollegium sowie der Ständigen Vertretung der festen KONKRET-Freien ohne jedes weitere Federlesen mir aufgedrückten Pflicht, anläßlich des 15. Jahrestages des sogenannten »Neuen KONKRET«, eine Festansprache mit allem üblichen Dran und Drum zu halten, mit der, nicht zuletzt durch Ihre hier dröhnend versammelte Intelligenz hoch aufgestachelten Erwartungen bedingten Nervosität zu entledigen trachte, so lassen Sie mich ausgangs des, wie ich selber allmählich merke, ein bißchen zu lang geratenen Entree-Satzes bitten, doch über den fünfzehnjährigen Tellerrand der hier und heute angesagten KONKRET-Retrospektive hinaus in den Raum und in die Zeit der allerersten Anfänge, ja, auf den Urpunkt von KONKRET zu schauen.

Steht die Existenz des Monotheismus in innigstem Konnexe mit dem Manne Moses, oder, anderes Beispiel, heißt die Banane nach Manfred Kaltz, oder, dritten Nebenbeweis: Verdankt sich das segensreiche Bausparkassenmodell seinem Begründer Wilhelm-August Wüstenrot, so muß auch bei der Nennung des Jahrhundertperiodikums KONKRET ein ganz bestimmter Name fallen – doch – – – der Reihe nach!

Folgen Sie mir. Schließen Sie die Augen, den Muskel: das Stammhirn wird schwer, die Arschbacken werden schwer...

(Verwandlung: Licht aus, Spot an)

Es ist ein frühsommerhaft sonniger Maientag im Jahre 1945. Deutschland liegt parterre, oder ist, wie Brecht wenig später notieren wird »Asch und Trümmerwand«, da spaziert ein grad mal siebzehnjähriger schwäbscher Schlaks durch die Ruinenstadt Stuttgart und verteilt an die Passanten, die teils Amikippen sammeln, teils Ziegel stapeln, Flugzettel.

»Deutsche! Stuttgarter!«, steht da, unter einer mit dem Wachsmatrizengriffel eingezeichneten Uhr, deren beide Zeiger auf die Zwölf weisen, »glaubt nicht an das Gerede von der Stunde Null, es ist kein neuer Anfang. Es wird mit den alten deutschen imperialistischen Kräften weitergehn, bloß nicht mehr so nazihaft, sondern mehr so marktwirtschaft. Der deutsche Imperialismus gibt keine Ruh und geht auf die nächste historische Stunde zu. Deshalb Deutsche, Stuttgarter: Retour mit den vorwärtsdrängenden alten Kräften, bremst sie aus!«

Es ist der 23. Mai 1945, nachmittags gegen 16 Uhr. Der junge Mann teilt diese Flugzettel aus, an die Oma, an den Opa, an Beckmann mit der Brille und an den Volksgenossen Hinkebein. Da – biegt eine Amimilitärstreife um die Ruine. »Hey goddamfucknazi, what you are doing here?« blafft der dicke Weißbehelmte den dürren Deutschen an. »I try«, sagt der in fließendem Gymnasiastenenglisch, »to agity my country people, to be on the hat against fascism.«

»Fascism is out for ever«, sagt der MP-Sergeant, »fuck off, boy!«

»For you maybe«, entgegnet ihm der Siebzehnjährige erfrischend frech, weil er sich nämlich nicht als Besiegter oder Mitläufer oder noch schlimmeres fühlt, sondern weil er ein frühreifer Antifaschist ist und einiges über die deutschen Verhältnisse respektive die verhältnismäßige Unbelehrbarkeit seiner Landsleute weiß.

»Look, the Germans«, sagt er, doch da hat ihn der Fahrer der Streife already am Krawattl gepackt und in den Jeep bugsiert und ab gehts ins Headquarter zum To-hearon, auf deutsch: zum Verhör.

»Intresting, very intresting«, sagt der Officer in der Anhörstube, als er nach längerer Vertiefung in das Flugblatt des jungen Deutschen wieder aufschaut, die Schublade seines Schreibtisches öffnet und dem Sistierten wahlweise Kaugummi oder Camel anbietet. »You are a headclear boy, whats your name?« fragt er – da hat der Bekomplimentierte auch schon den chewing gum in der Gosch und gibt wahrheitsgemäß zu Protokoll: »I bin der Hermann L. Gremliza und ein alter Antifaschist.«

»Oida Antifaschist, so is recht«, lacht der Officer in der Anhörstube, »a oida Antifaschist, ja da legst de nieda«, grad dröhnend lacht er, und dann haut er dem jungen Deutschen die Pratzn auf die Schulter und sagt »come on, lets go to the 'Traube'«. Und dann gehts nach nebenan in die beschlagnahmte Vine-Stubn, wo noch vor paar Wochen Nazi-Lieder gesungen wurden und die jetzt für den Umtrunk der Befreier requiriert ist. »Give us zwoa Trollinger«, sagt der Officer zum Wirt, der in diesen Maitagen 45 devot kuscht, aber schon wenige Jahre später NPD wählen wird, und dann stellt sich der zirka fünfzigjährige Worldwartwo-Teilnehmer dem siebzehnjährigen Stuttgarter Jungantifaschisten vor: »My name is Josef Smithfarmer, oiso i bin praktisch der Schmidbauer Sepp aus Wolfratshausen, und i bin mitm Oskar Maria Graf 33 nach Amerika ganga.«

Und dann läßt er dem hungrigen Einheimischen einen Mordsteller mouthpockets hinstellen und heißt ihn erzählen, wie er, dessen Eltern mit den kommunistischen Wolfs befreundet, dem jungen Hermann L. Tucholsky, Brecht, K.K. und die ganze fortschrittliche Vogelschar zum Lesen gegeben und wie der Jungsche aufgrunddessen überhaupt keine Veranlassung gehabt habe, sich wie seine Klassenkameraden im Hölderlin-Gymnasium beim SD als Nachrichtenoffiziersanwärter zu bewerben.

»What will you«, hebt Smithfarmer an, um dann als Schmidbauer fortzufahren, »wos mächstn amoi wern?«

»Writer, publisher«, sagt Hermann L. wie aus dem Revolver.

Smithfarmer denkt »my goodness«, bzw. »ja, mi leckst am Orsch, jetzt mächt der Verleger wern, net mehr und net weniger, bloß Verleger.«

Aber dann denkt er an die vielen ehemaligen Nazi-PK-Schmierfinken, die aus den Göring-Bomben über der verbrannten Erde die herrenmenschlichsten Feuilletons an die Zeitung »Das Reich« gefunkt, und daß die längst ihre Lizenzen haben, dieses Gschwerl, und dann schaut er sich, von dem vielen Trollinger leicht enthemmt, den jungen Kerl noch einmal an, haut ihm mit der US-Bavarianpratzn auf the shoulder, schreit nach draußen »Come on, John, start the jeep«, und dann gehts quickquick ins Stuttgarter Headquarter, ins Allerheiligste, in die Neuebesenkehrengutkammer, wo der Tresor aus Sperrholz steht, wo die Genehmigungen zum Bedrucken von Papier drinliegen, und Smithfarmer knackt das Rumpelkammervorhängschloß und greift hinein ins Tresörle und zieht ein »Allowed to print paper« raus und drückts dem baffen Hermann L. in die Hand. Und der nimmts, nimmts und kanns nicht fassen.

Smithfarmer ruft wieder nach John the Jeep, und dann fahren Sepp und Hermann L. retour in die »Traube«, und beim Trollinger erklärt Smithfarmer dem jungen License taker, daß er naturally a name ham muaß für sei Blattl.

»Future«, äh, »Zukunft«, schlägt Sepp vor.

»Noi«, sagt Hermann.

»Gegenwart?« meint Hermann.

»Schmarrn«, sagt Sepp.

Und so gehts Schoppen um Schoppen hin und her! Lifetime? Mirror? The Week? Star? Alles Bullshit.

Da geht des jungen Stuttgarter Antifaschisten vom Trollinger schweres Haupt wie von einem uppercut gerührt hoch, und es bricht aus ihm heraus: »Ist nicht die Wahrheit konkret? So soll auch meine Zeitschrift sein und heißen«.

Es ist ein frühsommerhaft sonniger Maientag im Jahr 1945. Deutschland ist, wie Brecht, wie gesagt, wenig später sagen wird, »Asch und Trümmerwand«, da hat das Jahrhundert eine neue Zeitschrift und die Zeitschrift ihren Namen.

Doch noch ist sie aus dem Schoß nicht heraußen, die neue Zeitschrift, erst muß Hermann L. in der Obersekunda des Hölderlin-Gymnasiums kündigen, dann von den Eltern Abschied nehmen und – das Programm definieren.

Am 26. September 1945 ist es so weit. KONKRET liegt in einer für die damaligen Verhältnisse erstaunlichen Auflage von 53.000 Stück an den zum größten Teil ausgebombten Kiosken aus.

Auf Seite eins aber stehen fett und unüberlesbar die sieben Anti- und die zwei Antianti-Essentials von KONKRET. Sie lauten: Antifaschismus, Antikapitalismus, Antimilitarismus, Antirevanchismus, Antiklerikalismus, Antipatriarchalismus, Antichauvinismus, und Antiantisemitismus und Antiantikommunismus .

53.000 Exemplare waren es heute vor 44 Jahren, 53.000 bei einem Umfang von 16 Seiten und einem Stückpreis von 25 Rpf. Mit dem DM-Terror im Juni 48 fiel die Auflage kurzfristig auf 46.000, stieg dann aber 1951 auf 107.000, um seither zügig zu klettern. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt um gut Hunderttausend. Heute sind es exakt 655.000. Und das ist gut so.

Ich sehe, Ihre Blicke schweifen zum Büfett, und auch die Gläser wollen wieder gefüllt werden. Ich komme also zum Schluß.

Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben und der seit dem 26. September 1945 verstorbenen Kioskkäufer, Abonnenten, Redakteure, der festen freien und der freien festen KONKRET-Mitarbeiter, sowie der Drucker, Auslieferer und Verkäufer zu gedenken.

(Gedenkminute) Und nun: Noch einen schönen Abend.

konkret 11/89, S. 86

Hermann L. Gremli□ a

Gremli□ as e□ press

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die mir schon darum teuer ist, weil sie sich hin und wieder Sorgen um die Sprache macht, macht in ihr auch die schönsten Fehler. Im Leitartikel vom 4. Oktober steht der Halbsatz:

... da doch die Mudschahedin früher gegen eine viel stärkere militärische Macht anzukämpfen und trotzdem beträchtliche Geländegewinne erzielt hatten.

Wo steckt der Fehler? Im »hatten«, das zwei Zeiten wiedervereinigt, die, wie anderes auch, zum Wohl der Sprache und zum Weh derer, die sie zur Mitteilung ihrer überflüssigen Meinung benutzen, auseinandergehalten zu werden verdienen: »Erzielt hatten« ist ein Plusquamperfekt; in »anzukämpfen hatten« ist »hatten« jedoch der Imperfekt eines Verbums, das im Präsens »etwas zu tun haben« (= etwas tun müssen, hier: ankämpfen müssen) heißt. Meine Leser aber werden mir antworten, daß ich solche Scherze, die ich einst geliebt, in diesen ernsten Zeiten sein zu lassen hätte.

Ob die Frauenzeitschrift »Emma« ihr Editorial tatsächlich dem Versuch widmet, das Vorurteil vom physiologisch bedingten

Schwachsinn des Weibes wiederzubeleben, oder ob sie nur testen will, welche Dosen von Heiteitei-Neckischkeit ihre Leserinnen nach zehnjähriger Emanzipationslektüre noch zu schlucken bereit sind?

Liebe Frauen, seit kurzem schwebt Margitta Hösel ganz verträumt durch die Redaktionsräume. Verliebt? Richtig geraten. »Ich liebe diesen Computer«, seufzt Margitta. Denn das »Büro der Herausgeberin« produziert neuerdings nur noch makellose Manuskripte, formvollendete Briefe, übersichtliche Protokolle etcetera. In der gesamten »Emma« ist seit dem 24. Juli, 11 Uhr, ein neues Zeitalter angebrochen: das elektronische. Eingeläutet wurde es von unserer Vertriebsfrau und EDV-Spezialistin Brigitta Lange, die Hard- und Software passend ausgesucht hat. Brigitta kennt das System, jongliert mit Disketten, bringt den Drucker zum Drucken und räumt den Datei-Salat auf

und wienert die Festplatte mit Domes-Dos. Help! Wer macht den Abwasch? Die »Emma«Frauen haben besseres zu tun:

Zu ihrem PC, ihrem »Personal Computer«, hat jede »Emma«-Frau bereits ihr jeweils ganz persönliches Verhältnis entwickelt. Monika Glöcklhofer, zum Beispiel: »Am ersten Schulungstag war mir alles viel zu abstrakt. Ich fand einfach keinen Zugang zu dem Ganzen.« Aber inzwischen hat's bei ihr geschnackelt: »Alles geht jetzt schneller im Verlag...« Als alte Computer-Hasen, die schon zu Hause mit ihren ganz persönlichen PCs geübt hatten, erwiesen sich Chefin vom Dienst Susanne Aeckerle und Redakteurin Judith Rauch. Und Allroundfrau Ulrike Thies lernte ihren Computer so schnell zu beherrschen wie sie neuerdings das Surfbrett dirigiert.

Und was macht, da es um die persönlichen Personal-Computer herum seufzt, schwebt, jongliert und schnackelt, daß das abstrakte Zeitalter sich allround lacht, die Verfasserin dieser holden Mitteilungen? Sie steht da wie die Störchin im Datei-Salat:

Nur eine macht nicht mit beim neuen EDV-Gefühl: Alice Schwarzer. »Die Gräfin Dönhoff schreibt heute noch alle Texte von Hand«, bemüht sie ihr großes Vorbild. »Dann darf ich doch wohl bei meiner Schreibmaschine bleiben.«

Nicht wenn's nach mir ginge. Computer stürzen wenigstens, wenn die verliebte Benutzerin ihre Intimsphäre nicht achtet, auch mal ab.

Was aber das große Vorbild, die Gräfin Dönhoff, alles mit der Hand macht, läßt weniger den Gebrauch einer Schreibmaschine vermissen als einen Zensor, der nicht nur Bücher über die Pferdezucht auf den Gütern Ostpreußens gelesen hat:

Da hatte Karl Marx vor 150 Jahren – wie seine Adepten seither und bisher – wirklich geglaubt, wenn die Menschheit seinen Ideen nachlebe, werde sie einen Endzustand paradiesischer Harmonie erreichen.

Kein Wort wahr, seither und bisher, und die Jahreszahl auch nicht. Alles falsch und dumm. Aber von Hand.

Vielleicht könnte eine Wissenschaft, die ich ansonsten weniger schätze: die Psychologie, mir einmal erklären, warum zur Sprachkritik sich vor allen andern die Leute berufen fühlen, deren Schwierigkeiten beim Schreiben des eigenen Namens beginnen. Da holt der Rolf Schneider unter dem Titel »Verbaler Barock« eine »linguistische Ernte aus vierzig Jahren DDR« ein und erzählt uns, was meinem Gemeinschaftskundelehrer auch schon aufgefallen war, daß nämlich Demos Volk und Volksdemokratie deshalb Volk-Volksherrschaft heiße, was »einen sprachlichen Quatsch bedeutet«. Durch diesen

erfolgreichen Abstauber ermutigt, macht Schneider sodann eine eigene Entdeckung: Den Kürzeln, mit denen die DDR ihre Institutionen bezeichne, hafte

ein publikumsfeindlicher Hermetismus

an, nämlich eine das Publikum ausschließende Publikumsausschließung auf *ismus.* Das bringt mich auf einen Tip an die angesprochene Wissenschaft: Gibt es Gehirnrheumatismus?

Der Westberliner Verleger Dieter Mink schreibt mir:

Anbei ein Rezensionsexemplar des dritten Buches von Paul Geiersbach: »Warten bis die Züge wiederfahren.«Ich hoffe, Sie lesen das Buch – trotz des Vorworts von Günter Wallraff, es verdient sicher mehr – mit Interesse und bringen eine Besprechung in KONKRET. Zu einer kurzen Prüfung verweisen wir auf das Nachwort des Autors,

nachdem wir auf das Vorwort schon verwiesen haben, das zwar, wir geben's zu, nichts taugt, denn es ist von Günter Wallraff, das wir jedoch bestellt und gedruckt haben, weil es nichts taugt, aber von Günter Wallraff ist. Ich wollte, es würde

Nacht oder die Motten kämen. Doch es kommt nur Max B. Ullmann von Martinis Medien Marketing:

Guten Tag, sehr geehrter Herr Gremliza, die Zielgruppe des von Ihnen ausgeschriebenen Preises sind die Journalisten, vorzugsweise jene, die besonders interessiert an ausgeschriebenen Preisen sind. Den umfassendsten Überblick gewinnen diese Kollegen aus dem Journalisten Jahrbuch, das seit langem im Zwei Jahre-Turnus Preise und Stipendien zusammenfaßt... Ich lade Sie deshalb heute ein, die Zielgruppe Journalisten mit einer Anzeige im nächsten Journalisten Jahrbuch gezielt und preisgünstig anzusprechen...

Sir Arthur Wellesley, Herzog von Wellington (stürzt sich in seinen Säbel): Scheiß Waterloo! Der Nächste, bitte:

Sehr geehrter Herr Gremliza, zunächst möchte ich mich vorstellen: Mein Name ist Michael Hopp, ich bin Österreicher, leitete dort die Magazine » Wiener« und »Cash Flow«, schrieb eine Zeit lang für »Tempo« in Hamburg und habe nun seit 1. August die Chefredaktion der »Männer Vogue« übernommen. Natürlich bin ich ehrgeizig.

Wär ich nicht draufgekommen.

Nun trete ich mit einer Bitte an Sie heran: Ich träume von einer Geschichte, die aus kurzen Ausschnitten aus den ersten veröffentlichten Artikeln der besten deutschsprachigen Journalisten besteht. Könnten Sie uns einen solchen Ausschnitt, freilich nach Ihrer Wahl und von Ihnen selbst eingerichtet, zur Verfügung stellen oder zumindest mit »bibliographischen« Hinweisen behilflich sein? Unsere junge Redakteurin Ines Wilke wird Sie in den nächsten Tagen anrufen. Mit Freude sehe ich Ihrer Antwort entgegen...

Das wäre doch nicht nötig gewesen. Ein paar weitere Angaben über ihre Redakteurin Ines Wilke, also ob sie nicht bloß jung ist sondern auch fesch, und natürlich Haarfarbe und Oberweite, hätten genügt – das fieberhafte Suchen nach den ersten veröffentlichten Artikeln und das Telefon ans Bett Stellen wären eins gewesen. Aber wie die Dinge jetzt liegen, träume ich lieber von einem anderen Ausschnitt, anstatt Ihnen den zu schicken, von dem Sie träumen.